DER SPIEGEL

Nr. 15/9.4.01 · 5,00 DM

Verfassungsgericht verurteilt die Politik:

Zurück zur Familie

Bin Ladens Killer in Deutschland

www.spiegel.de

Werbeseite

Werbeseite

Hausmitteilung

9. April 2001 **Betr.: Reichstagsbrand, Massaquoi**

SPIEGEL-Titel 43/1959

Als der Hobby-Historiker Fritz Tobias 1959/60 in einer elfteiligen SPIEGEL-Serie („Stehen Sie auf, van der Lubbe!“) zu belegen suchte, ein einzelner Täter, der halb blinde Holländer Marinus van der Lubbe, habe 1933 den Reichstag in Berlin angezündet, schlug ihm und dem SPIEGEL eine Welle der Kritik und Empörung entgegen: Alle Welt hatte geglaubt, die Nazis selbst hätten das Feuer gelegt. Inzwischen findet sich die These vom Alleintäter in vielen Standardwerken zur NS-Zeit; erst jüngst übernahm sie der Historiker Ian Kershaw in die neueste Hitler-Biografie.

M. URBAN

Wiegrefe vor Fragment des Reichstagstunnels

Eine kleine Gruppe von Historikern um den Schweizer Walther Hofer allerdings glaubt unverändert an die Schuld der Nazis und erhält seit kurzem lautstarke Schützenhilfe von vier akademischen Außenseitern. Die wittern zum Teil bei Tobias oder dem SPIEGEL „Geschichtsfälschung“ oder „Manipulation“ und berufen sich dabei insbesondere auf Akten, die jahrelang in Moskau lagen und heute im Berliner Bundesarchiv einsehbar sind. Van der Lubbe, so ihre Schlussfolgerung, könne gar nicht der Täter oder zumindest nicht der alleinige Täter gewesen sein.

F. SCHUMANN / DER SPIEGEL

Buschke

SPIEGEL-Redakteur Klaus Wiegrefe, 35, fand die Einwände aus den bislang unbekannten Akten zunächst durchaus beeindruckend und begann daraufhin seinerseits eine gründliche Recherche im Berliner Bundesarchiv, aber auch in den Archiven der Gauck-Behörde und des Münchner Instituts für Zeitgeschichte. Gemeinsam mit SPIEGEL-Dokumentar Heiko Buschke, 37, sichtete er außerdem eine Vielzahl von Dokumenten aus dem Privatarchiv von Tobias. Am Ende seiner Recherchen war sich der studierte Historiker Wiegrefe sicher: „Einige Einwände, Widersprüche und Ungereimtheiten werden sich – wie bei allen großen Kriminalfällen – nie ausräumen lassen. Aber die These vom Alleintäter van der Lubbe ist und bleibt die plausibelste Erklärung“ (Seite 38).

Hans Jürgen Massaquoi, Autor des autobiografischen Bestsellers „Neger, Neger, Schornsteinfeger!“, wurde in Hamburg geboren, ging dort zur Schule und fühlt sich auch mit 75 immer noch ein wenig wie ein Hanseat. Zwar lebt er längst in New Orleans, aber seine malerische Südstaatenvilla liegt direkt am Wasser – „fast so wie am Fleet in Hamburg“. In breitem hanseatischem Tonfall auch begrüßte der einstige Chefredakteur des Schwarzen-Magazins „Ebony“ die SPIEGEL-Redakteure Stefan Simons, 50, und Helmut Sorge, 59. Im Interview zieht Massaquoi eine erste kritische Bilanz der Rassenpolitik des neuen US-Präsidenten. „George W. Bush“, urteilt er, „glauben wir genauso wenig wie seinem Vater“ (Seite 186).

Die nächste SPIEGEL-Ausgabe wird wegen der Osterfeiertage bereits am Samstag, dem 14. April, verkauft und den Abonnenten zugestellt.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

In diesem Heft

Titel

Kinder sollen sich wieder lohnen 100
Das Karlsruher Urteil und die Prinzipien des Sozialstaats 104
Warum in Europa die Geburtenrate mit unterschiedlichem Tempo sinkt 108

Deutschland

Panorama: Schattenetat für Bundeswehr? / Mehr Spenden für Greenpeace und Robin Wood 17
Terrorismus: Der „Gotteskrieger“ Bin Laden rekrutiert Personal in Deutschland 22
Grüne: Rückkehr zu den Öko-Werten 26
Maul- und Klauenseuche: Interview mit Ministerin Künast über Impfungen gegen MKS ... 29
Die Ohnmacht des Bürgers im Sperrbezirk 32
Schule: Fällt das 13. Jahr? 34
Zeitgeschichte: Neue Kontroverse um den Reichstagsbrand 38
Verbrechen: Bundeswehr-Schutzschirm für kriminelle Albaner-Clans? 62
Schifffahrt: Neue Technik zur Vermeidung von Kollisionen kommt erst 2003 66
Hochschulen: Bei Deutschlands Studenten hapert es im Schriftlichen 70
Waffenhandel: Umstrittene Geschäfte der Bundeswehr 76
Kriminalität: Wie 86 Millionen Mark für NS-Opfer in der Ukraine verschwanden 80

Medien

Trends: Finanzspritze für bild.de / ProSieben schickt Promis in die Wüste 85
Fernsehen: Das neue ZDF-Logo / Doku-Soap aus dem Teenagerleben 86
Vorschau 87
Kolumnisten: Was „Bild“-Glossenautor Franz Josef Wagner antreibt 88
Hörfunk: Wer braucht digitales Radio? 94

Gesellschaft

Szene: Wiederkehr des Schnauzbarts / Ratgeber für junge Ehepaare 99
Hauptstadt: Aus für die Love Parade? 118
Mutproben: Immer mehr Jugendliche suchen den lebensgefährlichen Kick 120

Wirtschaft

Trends: Deutsche Bank macht Vorstände reich / Deutsche Bahn hat zu viel Geld / Neuer Ärger für die Telekom 123
Geld: Österreich-Index schlägt Dow und Dax / Öko-Aktien gehen an den Markt 125
Autorennen: Kampf um die Formel 1 126
Autoindustrie: Wie ein deutscher Manager Mitsubishi sanieren will 129
Fusionen: SPIEGEL-Gespräch mit Allianz-Chef Schulte-Noelle und Dresdner-Bank-Chef Fahrholz über den Finanzkonzern der Zukunft 135
Flugzeugindustrie: Boeing schlägt zurück ... 140
Kapitalismus: Das Gespenst der Viviane Forrester 144
Betrug: Eine internationale Bande kassierte Millionen mit Umsatzsteuer-Schwindel 146
Gastronomie: Lobbyist Schreiber will mit Nudeln die Welt erobern 148

Ausland

Panorama: EU-Erweiterung verzögert sich / Indiskretionen in Teherans Geheimdienst 151
China: Geopolitische Rivalität mit den USA 154
Großbritannien: Wettlauf gegen die Seuche ... 158
Russland: Putins Fernsehkrieg 162
Serbien: Schmählicher Abgang des Despoten .. 164

Jagd auf die Gotteskrieger

Seite 22

AFP / DPA — DPA — M. URBAN

Anschlag auf US-Botschaft in Nairobi, Bin Laden, Schily

Die Verhaftung von fünf mutmaßlichen islamistischen Extremisten in Frankfurt hat die Bundesregierung alarmiert. Bei den Anhängern des internationalen Top-Terroristen Ussama Bin Laden wurden ein Waffenarsenal und Material zum Bombenbau gefunden. Weitere Gotteskrieger werden noch gesucht. Innenminister Otto Schily fürchtet für Deutschland „enorme Gefahren“.

Grüne: Wiederentdeckung der Umwelt?

Seite 26

Aus den Niederlagen bei den Landtagswahlen, bei denen die Stammklientel wegblieb, folgern selbst Realos wie Parteichef Fritz Kuhn zähneknirschend: Die Grünen müssen wieder zur Umweltpartei werden. Noch aber verzetteln sich die Akteure, wie der Streit zwischen Renate Künast und Bärbel Höhn über MKS-Impfungen zeigt.

Milliardenpoker um die Formel 1

Seite 126

Im Kampf um Macht und Einfluss bei der Formel 1 fährt die Autoindustrie schwere Geschütze auf: Sie will eine eigene Rennserie gründen. Verlierer wären vor allem Medienunternehmer Leo Kirch und EM.TV. Sie haben für die Fernsehübertragungsrechte 2,7 Milliarden Dollar bezahlt – und hätten dann nur den Namen Formel 1.

ACTION PRESS

Formel-1-Star Schumacher

Sprachlose Studenten

Seite 70

M. VOLLMER / DAS FOTOARCHIV

Immer mehr Studenten brechen ihr Studium ab. Wissenschaftler entdeckten jetzt eine überraschende Ursache: Viele Jungakademiker scheitern an der Sprache, sie leiden unter regelrechten Schreibhemmungen – und die Uni hilft ihnen kaum. Die Arbeit an Computer und Internet scheint die Formulierungsnöte noch zu verstärken.

Studenten am Computer

Präsident Bush, havarierter US-Aufklärer

REUTERS (li.); AFP / DPA (re.)

Showdown in Fernost

Seite 154

Zwei Großmächte auf Kollisionskurs: Nach dem Zusammenstoß einer US-Spionagemaschine mit einem chinesischen Kampfjet eskalierte der Streit um die Freilassung der US-Crew zur ernsten Konfrontation. Für Präsident Bush steht erstmals seine außenpolitische Kompetenz auf dem Prüfstand.

Tödlicher Prallsack

Seite 194

Nur 20 Millisekunden dauert es, bis ein Airbag vollständig aufgeblasen ist. Er entfaltet dabei eine Wucht, die töten kann: Auf 1000 durch den Airbag Gerettete kommen 57 Erschlagene. Jetzt versuchen die Techniker, die Gefahr zu bannen.

Dummies im Crashtest

L. MURDOCH / NBA PHOTOS

Vorbild für Amerika

Seite 248

Als Mr. Nobody kam der Würzburger Basketballprofi Dirk Nowitzki 1999 nach Dallas. Inzwischen wird er als bester Ausländer der NBA gefeiert und brachte sein Team in die Endrunde der Meisterschaft. Den Vermarktern gilt er wegen seiner Bescheidenheit als Glücksfall: Das Publikum habe genug von Stars, die mit Diamantringen protzen.

Nowitzki

Aus Kinofilmen werden Werbeclips

Seite 220

Die Zeiten verschämter Schleichwerbung wie in alten „James Bond"-Filmen sind vorbei: Markennamen stehen mittlerweile im Mittelpunkt von Kino-Geschichten – so etwa Opel in der neuen deutschen Komödie „Viktor Vogel".

„James Bond"-Dreharbeiten

CINETEXT

Finnland: Staatspräsidentin Tarja Halonen über die Stabilität im Ostseeraum und Europas Verhältnis zu Russland 168
Spanien: Terroristen drohen Touristen 174
Israel: Trennung durch Mauer und Stacheldraht 176
Tschechien: Comeback der Altkommunisten .. 182
USA: Autor Hans-Jürgen Massaquoi über die Diskriminierung der Afroamerikaner 186

Wissenschaft · Technik

Prisma: Honig als Fitness-Präparat / Öko-Gefahren durch Schweröl-Verfeuerung in Schiffsmotoren 191
Automobile: Wie Forscher die Wucht des Airbags zähmen wollen 194
Internet: Umbau der Netzlandschaft 198
Recycling: Roboter schlachten Haushaltsgeräte aus 202
Medizin: SPIEGEL-Gespräch mit dem Epidemiologen Jörg Michaelis über Elektrosmog, Leukämie und die Tücken der Statistik .. 204
Genetik: Menschen mit Extra-Farbsinn 212
Polizeitechnik: Klebefallen für Motorradrowdys 214

Kultur

Szene: Die Verhandlungen mit Bayreuth-Chef Wolfgang Wagner / Leon de Winters Roman „Leo Kaplan" auf Deutsch 217
Filmgeschäft: Wie sich Product Placement in der Kinoproduktion durchsetzt 220
Musik: Der US-Dirigent Kent Nagano macht Berlin zur Hauptstadt der Avantgarde 226
Musikmarkt: Wie die Klassik-Sparte mit neuen Strategien um junge Hörer wirbt 232
Legenden: Per Olov Enquist erfindet das wilde Leben des Arztes Struensee neu 234
Bestseller 236
Kunst: Die bizarren Phantasiewelten des Künstlers Stephan Huber in Hannover 240
TV-Produktionen: Bibel-Verfilmungen lösen Drehboom in Marokko aus 244
Kinderfilm: Start des deutschen Zeichentrickfilms „Hilfe! Ich bin ein Fisch" ... 246

Sport

Basketball: Warum Amerika Dirk Nowitzki verehrt 248
Marketing: Der Absturz des Vermarkters ISL .. 252

Briefe 8
Impressum 256
Leserservice 256
Chronik 257
Register 258
Personalien 260
Hohlspiegel/Rückspiegel 262

TITELBILD: Foto Jo van den Berg für den SPIEGEL; AKG

Schlecht und Recht

Das Jurastudium muss dringend reformiert werden. Außerdem im UniSPIEGEL, dem Magazin für Studenten: Genom-Forschung, Archäologie unter Wasser und New York als Mega-Uni-Stadt.

SPIEGEL-Titel 13/2001

„Herzlichen Glückwunsch zu Ihrem gelungenen Titelbild. Endlich begegnet auch einmal der tier- und naturentwöhnte Großstädter seinem potenziellen Steak oder Schnitzel Auge in Auge. Ein tolles Bild, das zum Nachdenken anregt, ohne Grausamkeit zu zeigen. Kompliment.“

Wolfgang Kropp aus Offenbach in Hessen zum Titel „Was fühlen Tiere?“

Was fühlen Menschen?

Nr. 13/2001, Titel: Massentötungen, Käfighaltung, Tierversuche, Viehtransporte – Was fühlen Tiere?

Was sind das für abgestumpfte Bestien, die mit Tierquälereien, mit dem Elend der Tiere Geld machen?! Und wir Verbraucher unterstützen das auch noch mit einem verzweifelten Blick in unser Portemonnaie und dem Griff zum Billigsten! Ich jedenfalls nicht mehr. Mir ist der Appetit vergangen. Danke für die schonungslose Aufklärung.

Berlin — Regina Marianne Theuer

Da trägt der SPIEGEL akribisch eine ganze Seite lang die Möglichkeiten zusammen, unter welchen Umständen den Tieren vor der Schlachthaus-Atmosphäre die Angst genommen werden kann, unter dem Motto: Ist doch alles gar nicht so schlimm! Und dabei sind Vorläufer des Homo sapiens reine Früchte-Esser gewesen! Vielleicht sollten die heute Fleisch essenden Menschen ab und zu zu ihren Ursprüngen zurückkehren. Dann wären so genannte Trainingsfahrten im Viehtransporter zum Schlachthof nämlich überflüssig.

Hamburg — Linde Schütte

Die eigene Leidensfähigkeit ist unbestritten. Die der Mitgeschöpfe muss erst bewiesen werden. Dabei zeigt sich ein egozentrisches Weltbild, das zumindest in der Astronomie seit 500 Jahren obsolet ist.

Mannheim — Werner Albrecht

Es bleibt zu hoffen, dass die derzeitige Misere mit BSE und MKS insofern ihre positiven Aspekte hat, als beispielsweise die Tiertransporte und auch Tierversuche auf das Notwendigste reduziert werden, die Tierhaltung artgerechter wird und der quälerische Umgang mit unseren Mitlebewesen vermieden wird. Ein radikales Umdenken ist hier dringend erforderlich.

Köln — Prof. Claus Werning

Kompliment für Ihren Artikel! Schonungslos werden hier Zustände beschrieben, die eine Gesellschaft, die sich selbst gern als human bezeichnet, ad absurdum führt. Das Töten von Lebewesen zur Marktstützung und industrielle Massentierhaltung sind ein Armutszeugnis und eine Kulturschande. Uns jedenfalls ist der Appetit vergangen.

Taunusstein (Hessen) — Roswitha Bausch

K. AITKEN / SILVESTRIS

Spielende Delfine
Zurück zu den Ursprüngen

Bei der ganzen Diskussion, ob Tiere fühlen und denken können, wie lernfähig sie sind und ob sie eine Seele haben, wird immer von der vermeintlich hohen Entwicklungsstufe des Menschen aus argumentiert. Die einen wollen die Tiere auf unsere Stufe hinaufholen, die anderen wollen auf der Stufe über dem Tier stehen bleiben. Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass Tiere ohne Zweifel eine Seele und einen individuellen Charakter haben und lernfähig sind, sonst hätten sie als Tierart die Evolution nicht überlebt. Der Unterschied zwischen den Tieren und uns ist die Moral und die Karitas, beides ist den Tieren nicht bekannt. Nur – betrachtet man das, was auf der Welt geschieht, scheint Moral, Fürsorge und Rücksichtnahme auch bei Menschen nicht sehr verbreitet.

Kalletal (Nrdrh.-Westf.) — Kai Hasse, Landwirt

Müsste es nicht heißen: Was fühlen Menschen? Denn so, wie der Mensch mit Tieren umgeht, und bei allem, was er ihnen antut, ist es doch eigentlich nur schwer vorstellbar, dass der Mensch überhaupt ein (mit-)fühlendes Wesen sein soll.

Braunschweig — Marianne Engberts

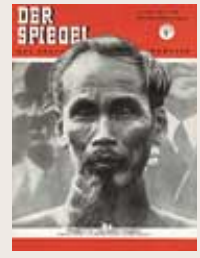
Was haben wir Tieren voraus? Dass wir in der Lage sind, Opern zu komponieren und Wasserstoffbomben zu basteln, beides Tätigkeiten, deren Sinn nur Menschen verstehen? Was fühlen Tiere? Was für eine Frage in einer Gesellschaft, in der Kinder in ihr Billigwurstbrötchen beißen, während sie den Tod ihres Tamagotchis beweinen und junge Pelzträgerinnen darüber spekulieren, ob ihr Computer lebt.

Düsseldorf — Lin May

In Wahrheit erschreckt der Mensch vor seiner eigenen Grausamkeit und nicht vor der möglichen Empfindsamkeit der Tiere. Er ist und bleibt in allem auf sich bezogen. Hier, beim Menschen, gilt es anzusetzen, wenn ein verändertes Bewusstsein – „eine neue Sensibilisierung“ – erreicht werden soll.

Braunschweig — Viktor Witkowski

Das Tierschutzgesetz bleibt in wichtigen Bereichen wirkungslos, solange es nicht gelingt, den Tierschutz als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen. Diesem Anliegen, das von mehr als 80 Prozent der Bevölkerung unterstützt wird, hat sich die Führung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im letzten Jahr erneut verweigert. Sie hat ihren Abgeordneten nicht einmal ge-



Titel: Revolutionär Ho Tschi-minh

Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL vom 11. April 1951

Erster Angehöriger einer Siegermacht vor deutschem Gericht Rund 200 Überlebende wollen Misshandlungen bezeugen. **Ratlosigkeit im Korea-Krieg** Günstiger Moment für Frieden. **Psychologische Tests zu Ermüdungserscheinungen** Gefühl und Willen nehmen Einfluss. **Heiße Bundestagsdebatte um Mitbestimmungsrecht** Vorstufe zur Sozialisierung? **Science-Fiction als Genre entdeckt** Zeitreise-Begegnungen mit Gestalten außergewöhnlicher Anatomie. **Lennie Tristano plant das „totale Musikunternehmen“** Vom Hot- zum Cool-Jazz.

Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter **www.spiegel.de**

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

stattet, nach eigenem Gewissen abzustimmen. Die notwendige Zweidrittelmehrheit wurde verfehlt. Mit dieser Haltung missachtet die CDU das Rechtsempfinden der Mehrheit.

Herrischried (Bad.-Württ.) Christoph Maisack

Völlig unwissenschaftlich wusste schon meine Mutter vor 50 Jahren: „Quäle nie ein Tier zum Scherz, denn es fühlt wie du den Schmerz!“

Mülheim (Nrdrh.-Westf.) Werner Schröder

Gleichmütiges Wohlwollen

Nr. 13/2001, Mazedonien: An der Schwelle zu einem neuen Balkankrieg

Als unabänderliche Spätfolge des vergangenen Osmanischen Reiches sind Albaner islamischer Religion über Albanien hinaus im Kosovo und in Mazedonien ansässig, mit extremer Population. Ihr Ziel ist ein Großalbanien, und sie werden nie Ruhe geben, bis das erreicht ist. Hierbei werden sie mit einem gleichmütigen Wohlwollen von den USA begleitet, die ein strategisches und wirtschaftliches Interesse an einem guten Verhältnis zur Türkei und den arabischen Golfstaaten haben und haben müssen. Wenn die EU den Frieden in Südosteuropa erhalten und zu diesem Zwecke die Albaner ruhig stellen will, müssen auf viele Jahrzehnte hinaus europäische, also auch deutsche Garnisonen, auf dem Balkan stationiert bleiben.

Herford (Nrdrh.-Westf.) Carl-Gustav Ernstmeier

Wie sich die Bilder gleichen, damals im Kosovo, heute in Mazedonien. Die Nato scheut sich heute nicht, dieselben serbischen Truppen, die damals angeblich Massaker und andere Menschenrechtsverletzungen begangen haben sollen, in die südserbische Pufferzone einrücken zu lassen, um dort dieselben albanischen Rebellen wie vor zwei Jahren zu bekämpfen. Heute sieht man, was das ganze „gelahrte“ Gerede von einem „Krieg neuen Typus“, der angeblich allein im Namen der Menschenrechte geführt wurde, wert war. Hat es sich gelohnt, sich schuldig zu machen und einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in Nibelungentreue mitzuverantworten? Die Zeit ist dabei, es zu erweisen: Der Kosovo-Krieg war kein Fehler, sondern ein Verbrechen.

Berlin Dr. Wolfgang Hintze

Freudig gespannt

Nr. 13/2001, Lifestyle: Neue Studie über das Konsumverhalten von Homosexuellen; SPIEGEL-Gespräch mit Modemacher Wolfgang Joop über stilbildende Schwule

Gratulation zum SPIEGEL-Gespräch mit Wolfgang Joop. Verblüffend wahr sind seine Ansichten, die auf genauer Beobachtung, hellwachem Verstand und grandiosem Witz basieren.

Hamburg Regina Spelman

Schon dass dieser Artikel im Inhaltsverzeichnis unter der Rubrik „Lifestyle“ steht, ist bezeichnend: Offensichtlich soll uns deutlich gemacht werden, dass es „in“ ist, schwul zu sein. Das wäre nicht das erste

REUTERS

Schwulen-Hochzeit (in Amsterdam)
Anders als die anderen

Mal, dass der SPIEGEL versucht, Homosexualität als bewusste Entscheidung für irgendeinen Trend oder eine Mode darzustellen. Ich bin schwul, aber glauben Sie mir: Ich habe mich garantiert nicht dafür entschieden, weil es gerade in Mode sein soll. Ich habe mich gar nicht bewusst entschieden, ich bin so, wie ich bin! Es ist auch gar nicht immer leicht, anders als die anderen zu sein. Ablehnung erfahren Homosexuelle nach wie vor täglich.

Saarbrücken Martin Sommer

Ein gelungenes Gespräch, das den Zeitgeist anhand der Homosexualität sehr plastisch widerspiegelt. Ich denke, wir sollten aber von einer „Androgynisierung“ der Gesellschaft sprechen. Denn was die Schwulen auszeichnet und was sie vorleben, ist, dass jedes menschliche Wesen zwei Seiten besitzt, die es zu entdecken und zu harmonisieren gilt. Wir sind auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaftsform, welche die immer noch vorhandenen patriarchalen Züge überwindet, sich androgynisiert und so das Tor zu einer völlig neuen, auch im Interview betonten Spiritualität öffnet. Wir können freudig gespannt sein auf die Verwirklichung dieser neuen Entwicklungsstufe.

Hannover Patrick Hahne

Joop bestätigt durch seine Äußerung „Lesben sind die letzten Männer“ das Klischee von Lesben als Mannweiber, was ein Ausdruck von selbstherrlicher, hirnloser Egomanie ist: Es genügt nicht, sich vor den Spiegel zu stellen, den eigenen Bauchnabel als hippen Trendsetter zu schlecken und

zu glauben, es endlich in den Mainstream geschafft zu haben. Solange Lesben nicht gesellschaftlich akzeptiert werden und nicht mit einigen hanebüchenen Vorurteilen aufgeräumt wird, bleibt auch die vermeintliche Akzeptanz schwuler und bisexueller Männer ein Werbegag, eine Illusion.

Frankfurt am Main — Constance Ohms

Jeder beschwert sich

Nr. 13/2001, Atomtransporte: Was die Schlacht um die Castor-Behälter kosten soll

Ich kann den Widerstand gegen die Castor-Transporte mittlerweile nicht mehr nachvollziehen. Der Ausstieg aus der Atomkraft ist beschlossen, und ein Ende ist absehbar. Jeder beschwert sich über die hohen Abgaben an den Fiskus, aber dass diese Gelder auch für die massiven Polizeieinsätze zum Schutz der Transporte ausgegeben werden, wollen viele anscheinend nicht verstehen. Ich habe nichts gegen friedliche Demonstrationen und Meinungsäußerung, aber doch bitte nicht auf Kosten der Gesundheit einiger Polizisten und des Steuerzahlers. Des Weiteren ist mittlerweile doch nun wirklich zuverlässig nachgewiesen, dass die Castoren sicher sind. Vielleicht sollte man sich mal an Frankreich orientieren, wo die Transporte in Ruhe durchgeführt werden können.

Warendorf (Nrdrh.-Westf.) — Dennis Wehmeyer

Wie ist es zu erklären, dass inzwischen privatisierte Energiekonzerne mit billigem Atomstrom Milliarden scheffeln und der Staat (und damit der Steuerzahler) für die Entsorgung der Altlasten aufkommt? Die Schätzungen liegen bei mehr als 100 Millionen Mark für den aktuellen Transport – so viel, dass man sich dieses Jahr eigentlich keinen mehr leisten kann! Die Gleisblockierer können sich meiner Sympathie sicher sein.

Karlsruhe — Pascal Klettenheimer

Polizeieinsatz bei Castor-Blockade
Mehr als 100 Millionen Mark Kosten

F. MATZERATH / DDP

Hin und wieder sogar glücklich

Nr. 13/2001, Nation:
Absurde Debatte über den Stolz der Deutschen

Es fragt sich, wer den von den Konservativen geforderten Stolz auf die Nation braucht, um moralisch den Rücken gestärkt zu bekommen: Unter der jungen Generation, der ich selbst angehöre, fällt mir nur eine Randgruppe ein. Und wenn ich ihn selbst doch brauche, so muss mir erst jemand erklären, wie Nationalstolz funktioniert: so wie bei den Amerikanern, die vor Baseballspielen die Hand ans Herz legen und die Fahne besingen? Hoffentlich nicht.

Regensburg — Florian Brandt

Auch wenn wir uns in der Behaarung kaum noch unterscheiden: Ich bin wahrlich nicht stolz darauf, mit dem – wie Sie richtig schreiben – „dreist polemisierenden CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer“ in einem Volk zu sein. Und Herr Trittin darf gelegentlich mal erwachsen werden!

Sinzig (Rheinl.-Pfalz) — Prof. Gerhard Eggert

Die „stolzen Deutschen“ haben offenbar nichts aus der Vergangenheit gelernt oder kennen sie gar nicht. Ich habe mich jedenfalls oft geschämt, eine Deutsche zu sein, vor allem auf Reisen nach dem Zweiten Weltkrieg und beim Besuch von KZ-Gedenkstätten. Nationalstolz? Mit ihm versuchte man immer, die Menschen dumm und blind zu machen. Aber darauf sollten wir uns heute nicht einlassen und den geistigen Nachfolgern derer, die den Tod ihrer Söhne mit „stolzer Trauer“ bekannt gaben, eine deutliche Abfuhr erteilen. Das sind wir unserer Vergangenheit schuldig.

Braunschweig — Lisa Petzold

W. SCHMITZ / BILDERBERG

Deutsche Campingtouristen: *Bedürfnis nach Gemeinsamkeit*

Die Absurdität der Debatte wird durch Schopenhauers Verdikt verdeutlicht: „Die wohlfeilste Art des Stolzes ist der Nationalstolz. Denn er verrät den Mangel an individuellen Eigenschaften, auf die man stolz sein könnte. Jeder erbärmliche Tropf“ kann Nationalstolz haben.

Köln — Fritz Baumgärtel

Wir haben nur dann die Berechtigung, „stolz zu sein, dass wir Deutsche sind“, wenn Deutschland auch stolz auf uns sein kann. Das brauchen wir nicht durch die Gegend zu brüllen. Die, die brüllen, erfüllen diesen Imperativ und die Anforderungen an Toleranz, Fairness und humanitäre Wertmaßstäbe nicht. Auch Herr Trittin und Herr Meyer müssen sich fragen, ob Deutschland auf sie stolz sein kann. Die Abgrenzung von den Missbrauchern und ihrem Missbrauch ist unverzichtbar. Deutschland ist noch immer „ein schwieriges Vaterland“, und wir dürfen die Gründe dafür nicht leugnen oder verdrängen. Doch es besteht das Bedürfnis nach einer identitätsstiftenden Gemeinsamkeit, die mehr umfasst als gut funktionierende öffentliche Einrichtungen für alle. Eine solche Identität ist auch für Deutsche legitim.

Weinstadt (Bad.-Württ.) — Wolf Tutt

Dazu fällt mir eigentlich nur folgende deutsche Redewendung ein: „Getroffene Hunde bellen.“ Und um bei den Redewendungen zu bleiben, man schlägt auch gleich zwei Fliegen mit einer Klappe; es wird von der eigenen Unfähigkeit und den Verfehlungen (Spenden, Fahndungsplakat) abgelenkt, und es wird auch ein neues Wählerpotenzial erreicht.

Dresden — P. Neumann

Dank Trittins unüberlegter, flapsiger Äußerung gegen CDU-General Meyer ist sie nun da: die für die Union so ersehnte Debatte um den Stolz auf die deutsche Nation. Was verlangen da diese CDU/CSU-Politiker von mir, der ich Deutscher bin, aber nicht von Geburt, sondern kraft der Sprache meiner Vorfahren? „Staatsdeutscher“ wurde ich erst nach 1938, als Hitler die Sudetendeutschen „heim ins Reich“ holte, um sich Kanonenfutter für den Krieg zu besorgen. Und was dieser dann untergegangene Staat seit 1933 verbrochen hatte, darauf stolz zu sein ist wohl eher Blasphemie! Ein Sprichwort sagt: „Dummheit und Stolz wachsen auf einem Holz.“ So gesehen ist es nur recht und billig, diese Stolz-sein-Debatte als bornierten Nationalismus zu bewerten. Daher auch die Unterstützung durch NPD und Konsorten.

Rodgau (Hessen) — Dr. Erhard Behrbalk

Auf Grund meiner Abstammung und meines Geburtsortes bin ich Deutscher. Solche Zufälligkeiten begründen für mich keinen Stolz. Unsere Geschichte und die widerwärtige Diskussion um die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter können Stolz noch weniger aufkommen lassen. Froh, ja hin und wieder sogar glücklich, bin ich, in einem demokratischen Staat und in einer freien Gesellschaft leben zu können.

Plakat gegen Ausländerhass
Schwieriges Vaterland

Heiligenhaus (Nrdrh.-Westf.) — Peter Berger

Ich finde es vertretbar, stolz auf Deutschland zu sein. Man muss ja nicht die falschen Dinge damit meinen, es gibt in unserer Gesellschaft genug Positives. Wer die Auslegung dieser Aussage jedoch kampflos den Rechtsradikalen überlässt, der knickt genau vor dem Deutschland ein, auf das ich nicht stolz bin.

Darmstadt — Max Robitzsch

Über den Slogan „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ habe ich als Lehrer schon vor zehn Jahren diskutieren müssen, noch ehe unter diesem Motto Farbige durch unsere Fußgängerzonen geprügelt wurden. Aber was kann ich heutzutage so einem irregeleiteten, glatzköpfigen Underdog sagen, der mich dann „anmeiert“, indem er ernsthaft behauptet: „Der klopft doch die gleichen Sprüche wie wir. Der versteht mich. Das ist einer von uns!“

Osterholz-Scharnbeck (Nieders.) — Jörg Quittkat

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen. Die E-Mail-Adresse lautet: leserbriefe@spiegel.de

In der Heftmitte dieser SPIEGEL-Ausgabe befindet sich in einer Teilauflage ein vierseitiger Beihefter der Firma Lloyd Schuhe, Sulingen. Einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe liegt eine Beilage des Zeit-Verlages, Hamburg, sowie des SPIEGEL-Verlages/UniSPIEGEL, Hamburg, bei.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

ATOMPROTESTE

Spenden-Plus durch Castor

Nach der Drohung einiger Innen- und Finanzminister, wegen der kostspieligen Blockade von Atommülltransporten nach Gorleben Umweltorganisationen die Gemeinnützigkeit abzuerkennen, erhalten Vereine wie Greenpeace und Robin Wood jetzt besonders viele Zuwendungen und Zulauf. „Wir haben ein höheres Spendenaufkommen“, sagt Robin-Wood-Chefin Djoeke Lueken, deren Organisation mit 1700 Mitgliedern jährlich rund 1,5 Millionen Mark Spenden verbucht. Auch bei Greenpeace (Spendenetat: 68 Millionen) haben die Castor-Proteste zwar „einige Austritte, aber ebenso viele Neumitglieder und weitere Zuwendungen“ gebracht, so Sprecher Fouad Hamdan. Weder gegen die vier Robin-Wood-Aktivisten, die sich im Gleisbett einbetonierten, noch gegen die Umweltgruppen lagen bis Freitag vergangener Woche Strafanzeigen vor. Nach einem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts können Sitzblockaden nicht als Nötigung bestraft werden. Bei dem Straftatbestand „gefährlicher Eingriff in den Bahnverkehr“, so die Robin-Wood-Anwälte, sei „nicht Leib und Leben“ Dritter gefährdet worden. Bremens Finanzsenator Hartmut Perschau (CDU) hat derweil erneut angekündigt, vom zuständigen Finanzamt Bremen-Mitte „intensiv“ prüfen zu lassen, ob sich die Öko-Kämpfer im „Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung“ bewegten und weiterhin als „gemeinnützig“ gelten können.

GREENPEACE / REUTERS

Greenpeace-Aktion gegen Castor-Transport (bei Seerau)

Steuerprivileg für Umweltschützer

„Die Umweltorganisationen Robin Wood und Greenpeace haben den Castor-Transport blockiert und möglicherweise Gesetze verletzt. Die Innenminister einiger Bundesländer wollen ihnen deshalb die Gemeinnützigkeit entziehen. Sind Sie dafür oder dagegen?“

	Befragte gesamt	Anhänger von SPD	CDU/CSU	Grüne/ Bündnis 90	FDP	PDS
Ich bin dafür	33	33	43	0	37	40
Ich bin dagegen	53	57	46	100	54	59
Weiß nicht, ist mir egal, keine Angabe	13	11	11	0	9	2

Emnid-Umfrage für den SPIEGEL vom 3. und 4. April 2001; rund 1000 Befragte; Angaben in Prozent

BUNDESWEHR

Umweg zum Geld

Bei einem Geheimtreffen mit Bundeskanzler Gerhard Schröder und Finanzminister Hans Eichel ist Verteidigungsminister Rudolf Scharping am vergangenen Donnerstag erneut mit dem Versuch gescheitert, zusätzliche Milliardenbeträge für die Bundeswehr einzuwerben. Weil eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts in der rot-grünen Koalition umstritten ist, plant Scharping jetzt, auf einem Umweg zu mehr Geld zu kommen. Dabei geht es um Privatisierungen und den Verkauf überflüssigen Militärgeländes sowie Geräts. Bisher hatte Finanzminister Hans Eichel zugesagt, Scharping dürfe im kommenden Jahr bis zu 1,2 Milliarden Mark aus solchen Erlösen behalten, um neue Ausrüstung zu kaufen. Scharpings Haushaltsplaner möchten diesen Spielraum nun ausdehnen. Einem Vermerk zufolge, der Anfang vergangener Woche im Eichel-Ministerium einging, will die Bundeswehr im Jahr 2002 statt der geplanten 1,2 Milliarden Mark rund 2,7 Milliarden behalten, danach soll die Marge stufenweise auf 4 Milliarden Mark im Jahr 2005 angehoben werden. Eichel hat rechtliche Bedenken: Er fürchtet, neben dem normalen Wehretat – für 2002 sind bislang 46,5 Milliarden geplant – werde ein „Schattenhaushalt“ entstehen. SPD-Wehrexperte Manfred Opel dagegen forderte vergangene Woche, die Bundeswehr müsse noch in diesem Jahr drei Milliarden zusätzlich erhalten. Sonst, so der Sozialdemokrat, „fliegt uns das ‚Sozialsystem Bundeswehr‘, die neue Wehrstruktur und die Bündnisfähigkeit um die Ohren“.

M. URBAN / MELDEPRESS

Panzervorführung (in Munster)

PRESSENS BILD / DPA

ACTION PRESS

Fährschiff „Estonia“, Bergung eines Wrackteils

ESTONIA-KATASTROPHE

Gutachten bestätigt

Der Wissenschaftlerstreit um mögliche Explosionen als Auslöser für den Untergang der Ostsee-Fähre „Estonia“ ist weitgehend beendet. Das Materialprüfungsamt des Landes Brandenburg und das Southwest Research Institute im texanischen San Antonio, haben mittlerweile eingeräumt, dass die von ihnen an Wrackteilen der „Estonia“ festgestellten Spuren – anders als bislang interpretiert – keine Hinweise auf Explosionen lieferten. Damit bestätigten sie ein Gutachten der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) in Berlin, das der SPIEGEL in Auftrag gegeben hatte (SPIEGEL 5/2001). Die BAM-Forscher hatten verdächtige Metallstücke von der „Estonia“ mit Schiffbaustahl verglichen, den sie zuvor zahlreichen Sprengversuchen und mechanischen Belastungen ausgesetzt hatten. Strukturveränderungen im Metall, die zunächst auf Explosionen hindeuteten, erwiesen sich dabei als Folge des im Schiffbau üblichen Rostschutzes durch Beschuss mit Metallkügelchen. Das Gutachten, so ein BAM-Experte, stehe „wie ein Fels in den Wellen“. Die Staatsanwaltschaft Hamburg, die im Fall „Estonia“ ermittelt, will im Mai Fachleute der verschiedenen Institute befragen und dann über eine Verfahrenseinstellung entscheiden. Ein Münchner Gericht hat derweil in erster Instanz das Magazin „Focus“ im Wege einer einstweiligen Verfügung dazu verurteilt, eine Gegendarstellung der BAM zu drucken. Das Blatt hatte berichtet, Experten der Anstalt hätten die Oberfläche eines Prüfstücks von der „Estonia“ geschliffen und dabei Indizien für eine Explosion unbedacht vernichtet. Tatsächlich aber wurden nur Querschnitte zur Untersuchung präpariert. Die „Estonia“ sank in der Nacht zum 28. September 1994 in der Ostsee, 852 Menschen kamen ums Leben.

NRW

„Ernsthafter Vorgang“

In der Steueraffäre um den nordrhein-westfälischen Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Detlev Samland (SPD), gerät dieser weiter unter Druck. Experten des NRW-Fiskus kritisieren, dass die von der Staatsanwaltschaft Essen ins Auge gefasste Geldbuße von 20 000 Mark, deren Zahlung zur Einstellung des Verfahrens führt, zu niedrig sei. Samland hatte vier Jahre lang Tantiemen als Aufsichtsratsmitglied des Kölner Tagebaubetreibers Rheinbraun nicht angegeben und dabei 43 000 Mark Steuern hinterzogen. In Nordrhein-Westfalen sind für ein solches Vergehen deutlich höhere Bußen üblich. Weil das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, kann die Höhe des Bußgeldes noch korrigiert werden, auch wenn Samland die Summe bereits überwiesen hat. Da der damalige Europa-Abgeordnete auf Gewerkschaftsticket Aufsichtsratsmitglied wurde, hätte er, den Gepflogenheiten zufolge, einen Teil der Tantiemen an die Hans-Böckler-Stiftung und ein Bergleute-Erholungswerk abführen müssen. Dass er das Geld für sich behielt, sei „eine private Angelegenheit“, so Samland zum SPIEGEL. Ministerpräsident Wolfgang Clement hält den Fall dagegen für „einen ernsthaften Vorgang“. Clement hatte dieses Mandat vor Samland inne und die Gelder in voller Höhe abgeführt.

DPA

Samland

HAUPTSTADT

Kulturvertrag auf der Kippe

Wieder auf der Kippe steht der zwischen Berliner Senat und Bundesregierung mühsam ausgehandelte Hauptstadt-Kulturvertrag. Das Bundesfinanzministerium (BMF), das der Vereinbarung schon zugestimmt hatte, zog vergangene Woche seine Zusage zurück. Begründung: Im Vertrag sei nicht klargestellt, dass die Grundstücke, auf denen die vier künftig vom Bund mit jährlich über 36 Millionen Mark zu finanzierenden Berliner Kulturinstitutionen Jüdisches Museum, Haus der Kulturen der Welt, Berliner Festspiele und Martin-Gropius-Bau stehen, dem Bund kostenlos überlassen werden. Wahrer Grund ist offenbar die tiefe Verärgerung des BMF-Staatssekretärs Manfred Overhaus, der sich wiederholt über unmäßige Forderungen des Berliner Senats erregt hatte. Der Vertrag war von Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin und Kultursenator Christoph Stölzl bereits abgezeichnet worden; in der vergangenen Woche sollte er den Haushaltsausschuss des Bundestags passieren.

POLIZEI

Fahndungscomputer abgestürzt

Das gemeinsame Computersystem der Polizeien von Bund und Ländern wird zum Millionengrab. Wegen technischer Probleme muss der für den 15. April vorgesehene Start des Datenverbunds um mindestens ein halbes Jahr verschoben werden. Der zuständige Projektleiter im Bundeskriminalamt, Peter Matschak, wurde von seiner Aufgabe entbunden. Nur einige Bundesländer werden Mitte April einen Testbetrieb des neuen Informationssystems starten, das bislang einen dreistelligen Millionenbetrag gekostet hat. Der Datenverbund, der die länderübergreifende Verbrechensbekämpfung erleichtern soll, war bereits 1992 von der Innenministerkonferenz beschlossen worden. Experten kritisieren vor allem die offenbar untaugliche Software, die das Bundeskriminalamt in Zusammenarbeit mit der Firma debis entwickelt hat. Wegen der Verzögerung kommen auf die Polizeien in Bund und Ländern jeden Monat Kosten in zweistelliger Millionenhöhe zu.

KRIMINALITÄT

Korrupte Richter

Gleich zwei deutschen Richtern droht jetzt wegen Korruptionsverdachts bei Insolvenzverfahren der Rauswurf aus dem Dienst. In Magdeburg wurde der Insolvenzrichter Sven R. bereits vorläufig seines Dienstes enthoben, für seinen Mannheimer Kollegen Jesko F. die Suspendierung beantragt. Beide Richter sollen in Insolvenzverfahren bestimmte Verwalter und Verwerter bevorzugt und sich im Gegenzug privat aus Konkursmassen bedient haben. Der Magdeburger Richter ist inzwischen wegen Bestechlichkeit angeklagt, im Mannheimer Fall steht die Anklageerhebung kurz bevor. Den Richtern drohen mehrjährige Freiheitsstrafen. Die beiden Fälle stellen nach Ansicht von Experten die Art der Vergabe von Insolvenzverwaltungen in Frage, bei der Einzelrichter nach eigenem Ermessen entscheiden, welcher Verwalter mit einem der oftmals lukrativen Aufträge bedient wird. „Das ist ein grundsätzliches Problem. Wo viel Geld fließt, wird auch geschmiert“, kritisiert der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes in Nordrhein-Westfahlen, Johannes Nüsse.

P. JUELICH

Richter F. (in Mannheim)

RECHTSEXTREMISMUS

Fristlos gekündigt

Internet-Propagandaseiten des Rechtsextremisten Horst Mahler (NPD) wurden jetzt gesperrt. Weil Mahler eine Rechnung über 436,80 Mark für die Homepages nicht bezahlt hatte, kündigte deren Verwalter Checkdomain.de diverse Mahler-Adressen. „Wir haben die Seiten auch wegen Verdachts auf rechtsextremistische Inhalte aus dem Netz genommen“, so Geschäftsführer Johannes Herold. Mahler vertritt die NPD im Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Auf seinen Seiten offerierte er Dokumente und Argumente gegen das von Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag beantragte NPD-Verbot.

Am Rande

Luder-Regatta

Es gab Zeiten, da hat „Bild“ Kanzler gemacht und Kampagnen. Der Krieg war kalt und der Feind auf den Manöverplänen der Bundeswehr rot. Dann war erstens der Feind weg und zweitens der Verteidigungsminister ein Roter. Es war also alles sehr schlimm: für „Bild“, weil man nur noch bei den Pin-up-Fotos richtig auf den Klischee-Lukas hauen konnte, und für die Truppe, weil plötzlich auch Frauen dienen durften und Hochglanz-Unbekleidete aus den Spinden verschwinden sollten. Typische Sozi-Idee. Nannte sich „Führungshilfe für Vorgesetzte“ über den „Umgang mit Sexualität“ und stellte das „Zeigen und sichtbare Anbringen pornografischer Darstellungen“ unter Strafe. Statt Helm ab nun Pin ab zum Gebet?!

Anfang dieses Jahres fand zusammen, was zusammengehört: „Bild“ und Bund, Klischee und Kampagnen. Heraus kam die Wahl zum „Spindluder“. Endlich durften sich unsere harten Jungs an der Witz-Front wieder auf Zapfenstreich- und Strammsteh-Niveau runterrammeln, bevor vergangene Woche der Hauptgefreite Martin Jungnickl vom Gebirgsnachschub-Bataillon 82 in Regensburg gewann: das lebende Silikongebirge der „Spindluder“-Siegerin Katie Price, Freibier sowie eine halbe Seite in „Bild“. Dort schrieb er, dass Liebesluder Katie ihm sogar „feuchte Träume“ wünschte. Die britische Blondine hatte bei „Bild“ vorher bereits als „Boxenluder“ des kleinen Schumi Karriere gemacht und würde sicher gern weiter unter „Bild“-Chefredakteuren dienen. Noch zu besetzen in deren Luder-Regatta: BSE-Luder, Gen-Luder, Börsen-Luder, Schind-Luder.

A. KULL / VISION PHOTOS

Stasi-Unterlagen in der Birthler-Behörde

STASI-AKTEN

Zeugen gegen Kohl

Im Streit um die Stasi-Akten von Altkanzler Helmut Kohl will die Behörde der Bundesbeauftragten Marianne Birthler notfalls hochrangige Beamte und Politiker als Zeugen benennen. So könnten etwa der heutige Staatssekretär im Justizministerium, Hansjörg Geiger, oder die frühere Grünen-Bundestagsabgeordnete Ingrid Köppe bestätigen, dass die Herausgabe der Akten Prominenter an Wissenschaftler und Historiker ausdrücklicher Wunsch des Bundestags gewesen sei. Kohl klagt vor dem Verwaltungsgericht in Berlin, um zu erreichen, dass die ihn betreffenden Dossiers unter Verschluss bleiben. Hintergrund des überraschenden Vorschlages, den die Birthler-Behörde dem Gericht unterbreitete, sind widersprüchliche Formulierungen im Gesetz. Da dieses damals „in größter Eile“ erarbeitet worden sei, könne es sein, dass dabei „textliche Mängel“ entstanden seien, die den Abgeordneten nicht aufgefallen seien, argumentieren Birthlers Anwälte. Deshalb sei die „Anhörung der am Gesetzgebungsverfahren Beteiligten“ sinnvoll. Bei den Akten, die den Altkanzler betreffen, handelt es sich um 1163 Seiten aus der Stasi-Telefonüberwachung, darunter 37 Gespräche des Ex-Kanzlers, und 3255 Seiten der DDR-Spionageabteilung Hauptverwaltung Aufklärung.

ACTION PRESS

Birthler

CHINA

Aufrüstung mit deutschem Hightech?

Die Bundesregierung hat die deutsche Wirtschaft davor gewarnt, an chinesische Firmen Hochtechnologie zu verkaufen. Derzeit sei Peking um „eine intensive Modernisierung der Ausrüstung der Streitkräfte bemüht“ und wolle „veraltete Technologien“ durch Hightech-Waffen ersetzen, heißt es in einem aktuellen Schreiben an die Spitzenverbände der deutschen Industrie. Namentlich führt die Regierung 56 Betriebe auf. Der Bericht rät den deutschen Firmen „angesichts einer unüberschaubaren Zahl von potenziell rüstungsrelevanten Betrieben“ zu genereller Vorsicht bei Exporten in das Reich der Mitte. Berlin verdächtigt die Chinesen, auch Drittstaaten bei der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und Raketen zu unterstützen.

Werbeseite

Werbeseite

TERRORISMUS

„Höchst alarmierend“

Nach der Verhaftung von fünf mutmaßlichen islamistischen Extremisten in Frankfurt am Main steht fest: Auch Deutschland ist vor blutigen Anschlägen nicht länger geschützt. Im Berliner Kanzleramt warnt man bereits vor der derzeit „größten Herausforderung“ für die innere Sicherheit.

Die Verhältnisse, auf die die Staatsmacht am vergangenen Mittwochmorgen in der Frankfurter Spohrstraße stieß, waren höchst unübersichtlich. Der offizielle Mieter des Ein-Zimmer-Apartments, ein algerischer Asylbewerber, war nicht da. Die Behörden hatten den Automechaniker längst in seine Heimat abgeschoben. Die Miete, 650 Mark kalt, wird seitdem, von wem auch immer, jeden Monat bar bezahlt.

Stattdessen stießen die Ermittler der Bundesanwaltschaft, die im Windschatten eines Kommandos der Anti-Terroreinheit GSG 9 die Wohnung Nummer 204 stürmten, auf einen Mann, der gar nicht da sein sollte: Denn Samir K., 33, ist einer Asylunterkunft im Rheingau zugewiesen. Obwohl sein Antrag abgelehnt wurde, schützt ihn eine Duldung vor Abschiebung ins heimische Algerien.

J. GÜNTHER

Terroristen-Unterschlupf*: *„In letzter Minute“*

Die muss er jetzt zunächst nicht mehr fürchten. K. sitzt in Untersuchungshaft, und dort wird er wohl auch noch eine Weile bleiben. Am Donnerstag erließ der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof Haftbefehl wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung.

K. soll genauso wie vier nach dem Tipp eines ausländischen Geheimdienstes bereits im vergangenen Dezember verhaftete Muslime zur deutschen Filiale einer der gefährlichsten Terrorgruppen der Welt gehören. Sie stehen im dringenden Verdacht, fanatische Gotteskrieger zu sein, die auf das Kommando des in Afghanistan untergetauchten Multimillionärs Ussama Bin Laden hören. In ihren Schlupfwinkeln in Frankfurt fand die Polizei damals ein ganzes Waffenarsenal und Chemikalien zum Bombenbau.

Wie ein „Robin Hood der arabisch-muslimischen Welt“, urteilt der Bundesnachrichtendienst (BND), werde der 44-jährige Bin Laden von seinen Anhängern verehrt. Bislang haben die brutalen Attentate, die seinen Kämpfern zugerechnet werden – darunter die Anschläge auf die US-Botschaften in Nairobi (253 Tote) und Daressalam (10 Tote) sowie auf den US-Zerstörer „Cole“ im jemenitischen Aden (17 Tote) – Europa nicht erreicht. Aber die nach dem Ende der Roten Armee Fraktion lieb gewordene Sicherheit, Deutschland habe blutige Terroraktionen nicht mehr zu fürchten, ist dahin.

Die Regierung, bis hinauf zu Kanzler Gerhard Schröder, ist hoch nervös und achtet darauf, dass die bisweilen nur widerwillig kooperierenden Sicherheitsbehörden – vom Bundeskriminalamt bis zum BND – diesmal eng zusammenarbeiten. „Das ist unsere größte terroristische Herausforderung“, mahnt Schröders Geheimdienstkoordinator Ernst Uhrlau.

Doch wie ernst die Bedrohung ist, die öffentlich bisher kaum wahrgenommen wird, macht Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) deutlich. „In letzter Minute“ habe man einen „terroristischen Anschlag“ in Straßburg verhindern können. Die aufgeflogenen Kämpfer stehen im Verdacht, sie hätten eine Bombe nahe des dortigen Münsters zünden wollen (SPIEGEL 9/2001). Ein in Deutschland vorbereitetes Massaker in Frankreich – das wäre auch politisch eine Katastrophe.

Nicht nur die Bundesregierung ist alarmiert. Mutmaßliche Terroristen der Bin-Laden-Truppe wurden mittlerweile in Großbritannien und in Italien entdeckt. In beiden Fällen lieferten deutsche Ermittler entscheidende Hinweise. Rom revanchierte sich – etwa mit abgehörten Telefonaten.

Wie die deutschen schlugen die italienischen Ermittler vergangenen Mittwoch Punkt sechs Uhr in und um Mailand zu und verhafteten fünf Tunesier. „Wir sind überzeugt, das Gehirn des islamistischen Terrorismus zerschlagen zu haben“, tönte Innenminister Enzo Bianco.

So siegessicher ist in Deutschland niemand. Denn trotz der Fahndungserfolge gilt, dass über die Strukturen der Gotteskrieger fast nichts bekannt ist. Wie viele sind es? Von wem bekommen sie ihre Befehle? Was haben sie vor? Die Behörden haben darauf keine Antwort.

Besonders beunruhigend ist für die Sicherheitskräfte, dass die Islamisten offen-

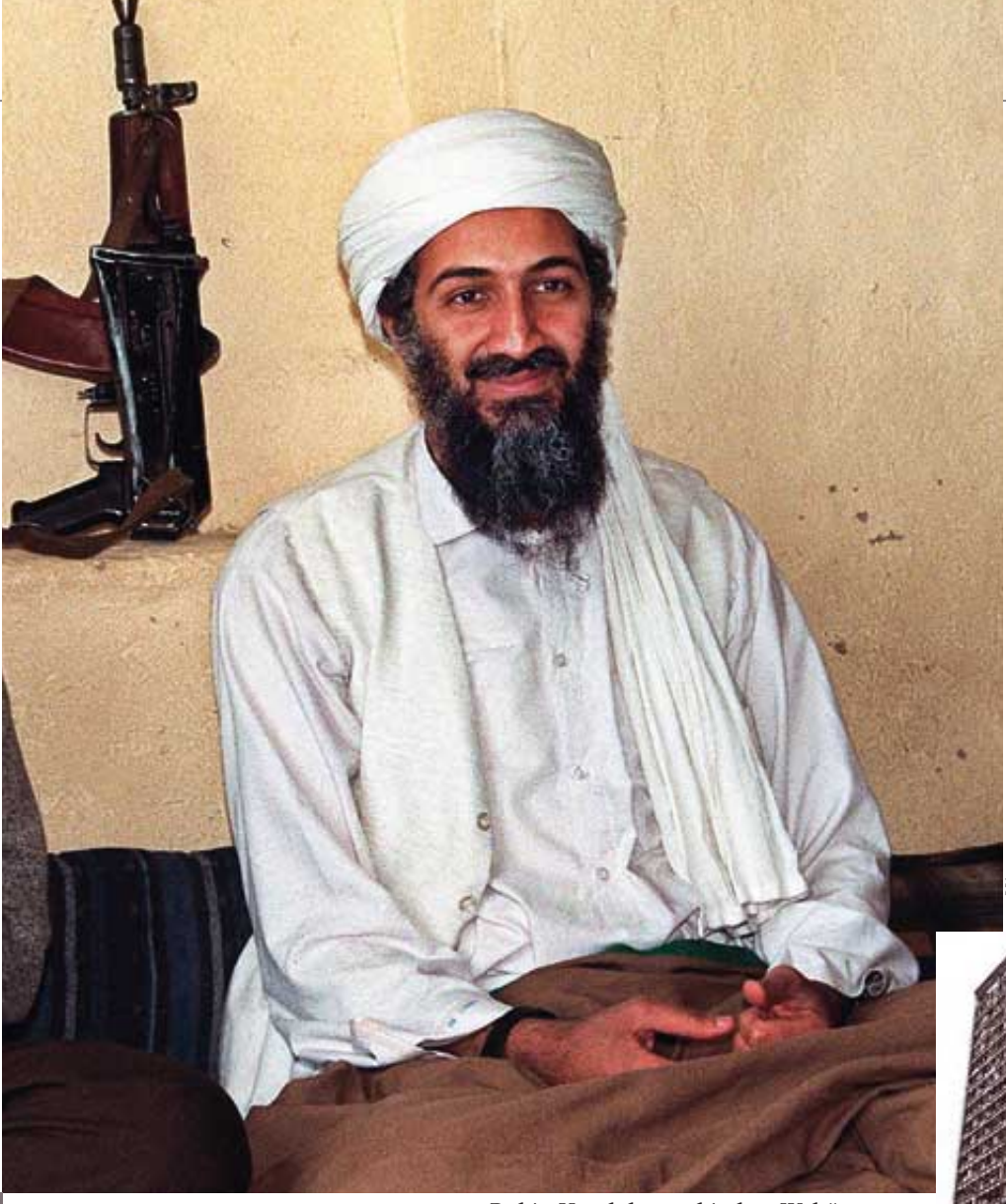
DPA

Innenminister Schily, Kanzler Schröder
„Wir haben längst nicht das volle Bild“

bar unter den in Deutschland lebenden Muslimen potenzielle Attentäter und Unterstützer rekrutieren. „Das ist kein kurzfristiger Anreiseterrorismus“, sagt Uhrlau.

Unter den jetzt Einsitzenden sind abgelehnte Asylbewerber, die untertauchten, um der Abschiebung zu entgehen. Nur einer von ihnen war den Staatsschützern schon einmal aufgefallen. In Frankreich hatte er bei dem algerisch-fundamentalistischen Propagandablatt „al-Ansar“ mitgearbeitet. Zwar hatte die Polizei über die

* In der Frankfurter Spohrstraße.



DPA

Mutmaßlicher Top-Terrorist Bin Laden: *„Robin Hood der arabischen Welt“*

anderen schon so manches zusammengetragen – aber stets nur gewöhnliche Straftaten wie Einbruch und Drogenhandel.

Dass mit den beiden Schlägen vom Dezember und der vergangenen Woche erst ein kleiner Sieg errungen ist, weiß auch die Bundesregierung. „Wir haben noch längst nicht das volle Bild“, so Schily.

Immerhin neun Tatverdächtige sind namentlich bekannt, aber erst fünf verhaftet. Wie weit verzweigt das Netz ist, beweist ein von den Italienern Ende Dezember abgehörtes Telefonat. Ein islamistischer Funktionär in Belgien wurde über den Fahndungserfolg informiert: „Ich setze dich davon in Kenntnis, dass die Hälfte der Gruppe in Deutschland festgenommen wurde.“ Die anderen sind trotz aller Fahndungsanstrengungen noch nicht gefasst.

Für Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) ist es „höchst alarmierend“, dass die Islamisten potenzielle Attentäter auch unter den Asylbewerbern rekrutieren. Beckstein: „Die schicken uns ihre Leute, die hier dann unter Ausnutzung des Asylrechts bleiben können.“

Dass die Fahnder womöglich erst am Anfang stehen, zeigte sich nach den insgesamt acht Durchsuchungen vorige Woche: Gegen zwei in Bayern und zwei in Hessen lebende Nordafrikaner leitete die Bundesanwaltschaft Verfahren wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung ein.

Einer aus dem Quartett sitzt mittlerweile – aber aus einem anderen Grund. Bei seiner Vernehmung wurde er ganz nervös, als die Polizei begann, sich für sein dickes Schlüsselbund zu interessieren. Bei weiteren Ermittlungen stellte sich heraus, dass das Schlüsselbund eine Spur zu einem schweren Raub war, den der mutmaßliche Terroristen-Unterstützer offenbar begangen hatte. Das war nicht der einzige Zufallsfund: In der Flensburger Straße in Frankfurt, wo die Ermittler ebenfalls durchsuchten, trafen sie auf einen zur Abschiebung ausgeschriebenen Algerier.

Einige der jetzt Inhaftierten sollen in einem der mindestens vier Lager Bin Ladens in Afghanistan ihre Ausbildung zum Got-

Die blutige Spur des islamistischen Terrors

REUTERS

18. September 1997
Vor dem Ägyptischen Museum in Kairo werden neun Deutsche bei einem Überfall getötet.

F. NEEMA / CORBIS SYGMA

17. November 1997
58 ausländische Touristen, darunter 4 Deutsche, sterben in Luxor im Kugelhagel.

AFP / DPA

AP

7. August 1998
Bombenattacke auf die US-Botschaft in Nairobi mit 253 Toten.

7. August 1998
Bombenanschlag auf die US-Botschaft in Daressalam – zehn Tote.

REUTERS

12. Oktober 2000
Selbstmordattacke auf den US-Zerstörer „Cole“ im Hafen von Aden. Es sterben 17 Seeleute.

AFP / DPA

Terroristen-Trainingslager in Afghanistan*
Kampf gegen das Böse

teskrieger erhalten haben. Jährlich werden dort nach Erkenntnissen westlicher Geheimdienste mehrere tausend Muslime für ihren Kampf gegen die Ungläubigen geschult. „In allen Konflikten, in denen sich muslimische und weltliche Parteien gegenüberstehen“, urteilt der BND, tauchten sie als „Söldner“ auf.

Auch deutsche Touristen gehörten schon zu ihren Opfern. Manche der Geiselnehmer von Jolo sollen ihr Handwerk in afghanischen Camps gelernt haben. Und auch die ägyptischen Radikalen, die 1997 in Kairo und Luxor insgesamt 13 deutsche Urlauber töteten, unterhielten engste Verbindungen zur Bin-Laden-Bewegung.

Trotz aller Versuche, die Mitglieder der Frankfurter Gruppe zum Reden zu bringen, schweigen alle zu den Terrorismusvorwürfen. Zwei von ihnen würden prima ins Bilderbuch der Freischärler passen: rund gestutzte Bärte, stets gelassen und bei den Vernehmungen sogar ein bisschen mokant.

Freimütige Geständnisse liefern sie nur in Randbereichen: Ja, sicher habe man gefälschte Papiere verwendet – was angesichts ganzer Bündel beschlagnahmter Pässe auch ziemlich schwer zu leugnen ist.

Aeuroubi B., 25, ein abgelehnter Asylbewerber, der untergetaucht war, gestand ein, mit Drogen zu handeln. Schon bei den Durchsuchungen im Dezember waren auch acht Platten Haschisch gefunden worden. Die vielen Telefonnummern in einem Kalender erklärte B. mit solchen Geschäften.

Die Erfahrungen aus dem ordinären kriminellen Milieu nutzten die Bin-Laden-Anhänger geschickt. Mit Hilfe einer ganzen Serie gefälschter oder entwendeter Kreditkarten finanzierten sie die Anschlagsvorbereitungen. Bei Peek & Cloppenburg erstanden sie feine Anzüge. Seriös gekleidet, reisten sie in zwei Mietwagen durch die Republik. In Berlin, Hamburg, Stuttgart und sogar am Sitz der Bundesanwaltschaft, in Karlsruhe, tauchten sie auf.

Bei ihrer Deutschlandreise kauften sie in Apotheken spezielle Chemikalien, aus denen sich Sprengstoff mixen lässt. Allein 30 Kilogramm Kaliumpermanganat erstanden sie so. Stets gaben sie an, den Stoff für einen befreundeten Arzt beziehungsweise ein Krankenhaus in Afrika zu brauchen.

Eine der hierbei benutzten Kreditkarten führte auch auf die italienische Spur. Dort war das Plastikgeld gestohlen worden. Zahlreiche von den deutschen Ermittlern ausgewertete Telefonate belegten die engen Verbindungen zwischen der Frankfurter und der Mailänder Gruppe. Deren mutmaßlicher Chef betrieb eine illegale Arbeitsvermittlung.

Wie ernst den Kämpfern ihre Sache ist, beweist das im Dezember in Frankfurt sichergestellte Arsenal. Neben Maschinenpistolen, Gewehren mit Zielfernrohr und Handfeuerwaffen mit Schalldämpfern wurden in arabischer Schönschrift verfasste Anleitungen zum Bombenbau gefunden. Ein Gutachten hat mittlerweile ergeben, dass die beschriebenen Schrittfolgen zwar etwas umständlich sind, aber am Ende zur Bombe führen.

Weil auch Nägel und Schnellkochtöpfe gefunden wurden, liegt der Verdacht nahe, dass die Bomben jenen ähneln sollten, die Fundamentalisten 1995 in Frankreich zündeten: ein fest geschlossener Topf mit einem chemischen Selbstlaborat, durchsetzt mit Metallteilen, die schreckliche Wunden reißen.

Dafür, dass in Straßburg Menschen sterben sollten, spricht auch, dass die Algerier im nahen Baden-Baden vom ersten Weihnachtsfeiertag 2000 an für eine Woche zwei Apartments gemietet hatten. Per Videokamera zeichneten sie die Fahrtstrecke von Baden-Baden ins Elsass und zur belebten Place Kléber nahe des Münsters auf. Arabische Wegbeschreibungen und dezente Kampfmusik bildeten die Tonkulisse des Bandes.

Neben Frankfurt gilt den Ermittlern der Großraum München als möglicher zweiter Schwerpunkt der Islamisten in Deutschland. Vergangenen Mittwoch durchsuchten die Fahnder eine Wohnung in Freising. Dort war bereits im September 1998 der mutmaßliche Finanzchef der Bin-Laden-Organisation „al-Qaida“, Mamduh Mahmud Salim, verhaftet worden (SPIEGEL 40/1998). Er wurde mittlerweile an die USA ausgeliefert. Genauso wie die 22 anderen, gegen die in New York bereits der Prozess wegen der Anschläge auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania eröffnet ist, soll auch Salim vor Gericht.

Der damals kaum beachtete Fall könnte jetzt wichtige Erkenntnisse für die laufenden Ermittlungen bringen. „Von Salim zu den jüngsten Verhaftungen in Frankfurt gibt es eine Spur“, so Bayerns Innenminister Beckstein.

Die Jagd auf die Bombenbauer ist eröffnet. Roms Innenminister Bianco sorgt sich schon um die Sicherheit des für Ende Juli geplanten G-8-Gipfels in Genua. Sein Berliner Amtskollege Schily verspricht: „Angesichts der enormen Gefahren werden wir höchste Anstrengungen unternehmen, um die Strukturen dieser international verzweigten Gruppen aufzuklären.“

Das muss wohl auch sein. Denn dass der Skrupelloseste bisher vermutlich noch nicht einmal enttarnt ist, legt ein am 3. März von den Italienern abgehörtes Telefonat nahe: „Der Gefährlichste ist nicht unter den Brüdern, die sie in Deutschland festgenommen haben“, hörten die Ermittler bei einem Gespräch zwischen den in Italien lebenden Tunesiern mit. „Er wurde erbarmungslos abgerichtet. Glaubt mir, in Deutschland kennt ihn keiner, weil er immer auf Reisen ist. Er ist wie ein Knopf, man braucht ihn nur zu drücken für jegliche Aktion.“ Wolfgang Krach, Georg Mascolo

* US-Satellitenbild des Zhawar-Kili-Support-Komplexes, 150 Kilometer von Kabul entfernt.

Werbeseite

Werbeseite

GRÜNE

„Der Kaiser ist nackt“

Nach 17 Wahlniederlagen erkennen selbst die Realos bei den Bündnis-Grünen: Joschka Fischers Traum, die FDP zu beerben, ist geplatzt. Wahlforscher empfehlen der Partei die Besinnung auf alte Werte: Umwelt, Umwelt, Umwelt.

N. MASKUS

Grüner Oberrealo Fischer*: *„Kurs halten“ – welchen denn?*

Die Szene wirkte wie eine gespenstische Reminiszenz an den späten Kanzler und CDU-Chef Helmut Kohl. Mochte die Herde um ihn herum noch so wild durcheinander laufen – der entrückte Leithammel ließ sich in seinem Optimismus durch nichts erschüttern.

Die braune Ledermappe lässig unterm Arm, verabschiedete sich Joschka Fischer am Dienstag vergangener Woche vor Ende der Grünen-Fraktionssitzung mit einem aufmunternden Spruch: „Kurs halten“, rief der Bundesaußenminister in den Saal, bevor er entschwebte, losgelöst von den irdischen Problemen der Parteifreunde.

Unter den Zurückgelassenen herrschte derweil Anarchie. In immer neuen Grundsatzerklärungen hatten Abgeordnete aus dem Realo-Lager ihren Parteichef Fritz Kuhn demontiert. Schlag auf Schlag musste Kuhn, selbst über die Realo-Seilschaft an die Grünen-Spitze gelangt, von seinen Gesinnungsgenossen einstecken. Eine quälende Stunde lang ließ Fraktionschef Rezzo Schlauch die Meute gewähren. Erst dann griff er ein: „Solidarität“ forderte er lautstark, besonders von seinen Realos.

Mit seinem Zickzackkurs zur Ökosteuer – erst plädierte er für eine Erhöhung über 2003 hinaus, dann wieder nicht – hatte Kuhn die Grünen-Abgeordneten auf die Zinne getrieben. Finanzexperte Oswald Metzger verlangte „selbstkritische Reflexion“ von seinem Vorsitzenden. Kuhns Politikpräsentation gehe ans Eingemachte, an die Glaubwürdigkeit der Grünen, schimpfte ein anderer Realo. Der Angegriffene keilte zurück: Kritik am Vorstand sei zwar erlaubt, aber man solle doch bitte die Form wahren.

Erst zwei Wochen nach dem desaströsen Wahlergebnis in Baden-Württemberg wird das ganze Ausmaß der Krise offenbar, in die sich die Grünen über Jahre hinweg hineinmanövriert haben. Der Öffnungskurs des alten Patriarchen Joschka Fischer hin zur bürgerlichen Mitte ist gescheitert: Die Wähler haben den Versuch, die Grünen in eine „Öko-FDP“ zu verwandeln, nicht angenommen.

Der Realo-Flügel, der nach außen stets wie der Stabilitätsanker der Partei und die Brücke zum bürgerlichen Lager erschien, hat sich in den vergangenen Monaten selbst zerlegt. Derzeit gibt es weder organisierte Flügel noch ein kräftiges Zentrum. Inmitten der Auflösung wirken die Anstrengungen von Parteichef Kuhn, die Grünen neu zu sortieren und auszurichten, verzweifelt und hilflos.

Beinahe jeden Tag, an dem Fritz Kuhn zur Arbeit kommt, lodert das Feuer an einer neuen Front. Erst veranstalteten die Realos eine Hetzjagd auf Parteifreund Jürgen Trittin und gaben damit der Oppositionskampagne gegen den Bundesumweltminister kräftigen Aufwind. Dann attackierten die Realos den verdutzten Vorsitzenden selbst wegen seiner Aussagen zur Ökosteuer.

Zuletzt gingen Renate Künast und Bärbel Höhn, die beiden grünen Stars in der Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik, wie Furien aufeinander los. Nach ihrem öffentlichen Streit über Impfungen bei der Maul- und Klauenseuche zwang Kuhn die beiden zum Versöhnungsgespräch an einen Tisch in der Berliner Parteizentrale. Spätestens da war klar, dass es zwischen den beiden Ministerinnen nicht nur um die Sache, sondern

Grünen-Chefin Roth: *„Wir brauchen Inhalte“*

C. AUGUSTIN / ACTION PRESS

* Im Juni vergangenen Jahres beim Bundesparteitag in Münster.

Werbeseite

Werbeseite

auch um den innerparteilichen Stellungskrieg ging.

Kurs halten? Welchen denn? Das Lachen über Fischers Empfehlung bleibt den Grünen im Halse stecken. „Bei uns geht die nackte Existenzangst um, gepaart mit strategischer Ratlosigkeit“, bilanziert Christian Simmert, 28, grüner Bundestagsabgeordneter aus Nordrhein-Westfalen. Ein „kollektives Gefühl der Hilflosigkeit“ habe die Partei ergriffen, klagt der Umweltpolitiker Reinhard Loske, 42.

Das Korsett, das Fischer der Partei Mitte der neunziger Jahre übergestülpt hatte, trägt nicht mehr. Die Umweltpolitik allein, hatte er als Parole ausgegeben, könne die Zukunft der Partei auf Dauer nicht sichern. Wenn die Grünen aus der Generationenfalle ausbrechen wollten, so die Idee, müsste die Links- und Protestpartei sich in eine moderne bürgerliche Funktionspartei nach dem Modell der FDP entwickeln. Mit einer Gruppe ehrgeiziger Abgeordneter gelang es der Bundestagsfraktion in den letzten Jahren der Kohl-Ära, sich als wirtschaftspolitisch solide zu profilieren.

So wurde die Finanzexpertin Christine Scheel Vorsitzende des angesehenen Finanzausschusses im Bundestag, heimste gar einen Mittelstandspreis ein. Wirtschaftsfrau Margareta Wolf avancierte auf ausdrücklichen Wunsch des parteilosen Wirtschaftsministers Werner Müller zu seiner Parlamentarischen Staatssekretärin. Und der Haushälter Oswald Metzger überzeugte selbst den früheren Kanzler Helmut Kohl: „Was der zum Haushalt vorträgt, könnten zum Teil auch wir vortragen.“

Genau darin besteht aber das Problem. Gewählt werden die Grünen, wie die 17 Wahlniederlagen dokumentieren, für diese Politik nämlich nicht. Die Anhänger der Grünen, schreibt Meinungsforscher Manfred Güllner vom Forsa-Institut, „stufen sich deutlich links von der Mitte ein“. Anders als FDP-Wähler, für die „Werte wie Leistung und Marktkräfte wichtig“ seien, blieben bei Grünen-Anhängern „eher postmaterialistische Orientierungen charakteristisch“.

Nur drei bis vier Prozent der Befragten billigen laut einer neuen Studie der Forschungsgruppe Wahlen, die der Parteivorstand unter Verschluss hält, den Grünen überhaupt eine finanz- und wirtschaftspolitische Kompetenz zu. Die Analysen der Landtagswahlen bestätigen diese Tendenz. Nur 12 Prozent der Grün-Wähler in Baden-Württemberg und 16 Prozent in Rheinland-Pfalz, ermittelte Infratest dimap, hielten die Wirtschaftspolitik für ein wahlentscheidendes Thema.

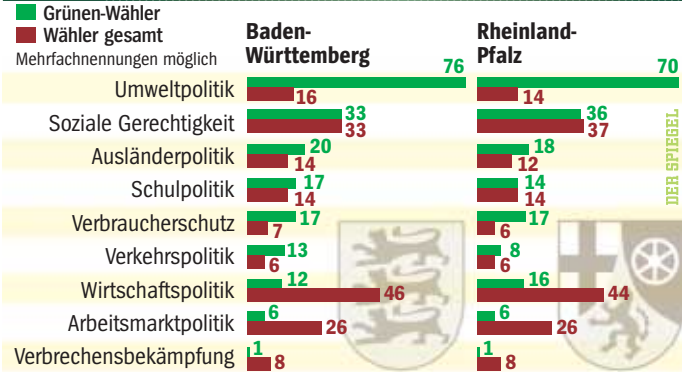
Vor allem in Baden-Württemberg war dies ein erschütternder Befund für die Realos. Spätestens seit dem grandiosen Wahlergebnis von 1996, als die Grünen in Stuttgart 12,1 Prozent geholt hatten, galt das Spätzle-Modell als wegweisend. Realos wie Oswald Metzger und der damalige Landtagsfraktionschef Fritz Kuhn wurden als Symbolfiguren für die grüne Zukunft als Wirtschaftspartei gehandelt. Jetzt höhnten Linke beim Blick auf das Wahlergebnis: „Der Kaiser ist nackt.“

S. BONESS / IPON

Grünen-Chef Kuhn*: *Stammwähler verprellt*

Wahlentscheidende Motive
bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz vom 25. März 2001 Angaben in Prozent

Quelle: Infratest dimap



Kein Wunder, dass Metzger derzeit wild um sich schlägt. Statt pünktlich in die Fraktion zu gehen, giftete er Dienstag vergangener Woche zehn Minuten vor 5 Kameras und 25 Journalisten, was ihm alles an den Grünen stinkt. Trotzig warnte er: „Wer sich jetzt nur auf die Stammwähler konzentriert, gefährdet das grüne Projekt.“

Der Absturz der Grünen in der Wählergunst ging mit dem innerparteilichen Siegeszug der Realos einher. Durch die Regierungsbeteiligung im Bund verprellte die Partei Stammwähler aus Oppositionszeiten. Ob Kosovo-Krieg oder Atomkonsens: Nach jedem Richtungsstreit seilten sich aufs Neue Überzeugungslinke ab – die Realos als Garanten der Regierungsfähigkeit begleiteten den Abgang mit überbordendem Selbstbewusstsein. „Das war ein grünes Godesberg“, jubelte Realo-Denker Ralf Fücks nach dem turbulenten Kosovo-Parteitag vor zwei Jahren. Joschka Fischer analysierte noch unlängst kühl: „Nach links haben wir kein Problem mehr.“

Den Preis des Durchmarschs übersahen die Realos geflissentlich. Mit zunehmender Regierungsfähigkeit verlor die politische Programmatik ihre ursprüngliche Frische – und die Partei Glaubwürdigkeit und Profil bei der mehrheitlich linkskonservativen Klientel. Jetzt erkennt die neue Parteichefin Claudia Roth: „Politik um des Machterhaltungswillens reicht für uns nicht aus. Wir brauchen Inhalte.“

Fritz Kuhn, in der Rolle des Parteichefs vom Oberrealo zum Integrator mutiert, versucht die Wende seit seiner Wahl beim münsterschen Parteitag im Juni 2000. Als Munition dient ihm dabei die geheim gehaltene Untersuchung von Stamm- und Wechselwählern der Partei, die die Forschungsgruppe Wahlen in seinem Auftrag fertigte.

Die Studie belegt, was Kuhn ohnehin als Königsweg erkannt hatte: Nur wenn die Partei ihre ökologisch motivierten Stammwähler pflege, könne sie den Schrumpfprozess der letzten Jahre aufhalten. Neue Wähler bekomme man nur, so die Wahlforscher, wenn man gezielt bestimmte Gruppen grün geneigter Wechselwähler anspreche. Und die potenziellen Neuwähler sind nicht markt-, sondern eher sozialliberal, wie Kuhns Studie verrät: Demnach geben 35 Prozent der grün geneigten Wechselwähler der SPD ihre Stimme, 16 Prozent der CDU und nur 3 Prozent der FDP. Im Realoland Baden-Württemberg wurde der Befund bekräftigt: 45 Prozent der abgewanderten Wähler begründeten ihre Entscheidung mit dem Thema „soziale Gerechtigkeit“.

* Vor einem Trittin-Foto.

Gemeinsam mit zwei dezidierten Linken aus NRW, Umweltministerin Höhn und Parteichef Frithjof Schmidt, sowie dem pragmatischen Klaus Müller, Umweltminister aus Schleswig-Holstein, formulierte Kuhn daher schriftlich eine Neubestimmung grüner Wirtschaftspolitik, in der Fragen wie soziale Gerechtigkeit und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine zentrale Rolle spielen. Freilich beging Kuhn den Fehler, die Wirtschaftsliberalen nicht einzubinden. „Die ganze Sprache hat mich massiv gestört", schimpfte der Baden-Württemberger Metzger und warnte vor einer Sozialdemokratisierung der grünen Wirtschaftspolitik.

Doch das populärste Thema für die Grünen ist ihr ältestes: die Umwelt. Die grüne Stammklientel, konstatiert die Forschungsgruppe Wahlen, will immer nur das eine: Öko, Öko, Öko. 74 Prozent finden die Ökosteuer gut, 66 Prozent halten giftfreie Lebensmittel für das wichtigste Umweltthema – weit vor dem Atomausstieg. Auch aktuelle Wahlanalysen bestätigen das: 76 Prozent in Baden-Württemberg und 70 Prozent in Rheinland-Pfalz wählten die Grünen wegen der Ökologie.

Dieser Befund ist für die beiden alten Vormänner der Grünen gleichermaßen bitter. Fischer muss feststellen, dass die von ihm betriebene Geringschätzung des Themas Umwelt an den Interessen der Wähler vorbeigeht. Und Trittin, persönlich so wenig ökologisch bewegt wie sein Rivale Fischer, muss erkennen, dass er an der Spitze des grünen Kernressorts Umwelt nicht die nötige Zugkraft entwickelt, um für seine Partei nützlich zu sein. „Wer sich im Frühjahr nicht freut, dass die Kraniche durchziehen, kann auch keine gute Umweltpolitik machen", sagte einst Reinhard Loske. Für die Grünen ist der Mangel an Glaubwürdigkeit im Kernbereich das wahre Problem mit ihrem Trittin.

Vor der Rückkehr zur Öko-Partei muss Kuhn freilich erst mal die Amokläufer und Fundamentalisten, zurzeit eher bei den Realos virulent, zähmen. „Die Flügel müssen von den Rändern her zerbröseln", rief er in der Fraktion. Mit Strömungsdebatten hätten die Grünen bei der Bundestagswahl „2002 keine Chance mehr, weil uns die Öffentlichkeit keine Chance gibt".

Wie recht Kuhn hat, erfuhr die thüringische Grünen-Abgeordnete Katrin Göring-Eckardt kürzlich beim Sonntagsfrühstück. Als sie mit ihrem Mann die große Politik diskutierte, meldete sich Sohn Friedrich, 11, und brachte sein Idol Harry Potter ins Spiel: „Realos, das hört sich an wie Muggels."

Muggels – das sind die phantasielosen Dummköpfe, die nichts wahrnehmen als ihre Welt.

Ralf Beste, Christoph Mestmacher, Gerd Rosenkranz

M. URBAN

Ministerin Künast: *„Ein Damoklesschwert über unseren Höfen"*

MAUL- UND KLAUENSEUCHE

„Ich vertrete deutsche Interessen"

Verbraucherschutzministerin Renate Künast (Bündnis 90/Grüne) über den Streit ums Impfen gegen MKS

SPIEGEL: Als ein Agrarlobbyist Ihnen im Januar Nachhilfeunterricht in Landwirtschaft empfahl, lehnten Sie dankend ab. Bei der Diskussion über das Impfen wegen der Maul- und Klauenseuche scheint es, als hätten Sie Nachhilfe nötig.

Künast: Sie gehen davon aus, dass ich keine Ahnung von Seuchenbekämpfungspolitik habe. Nein, hier brauche ich weder Nachhilfeunterricht noch Belehrungen. Bei meinem Amtsantritt habe ich eine Rechtslage der EU vorgefunden, die Impfen nicht zulässt. Ich kann sie in Krisenzeiten nicht einfach ändern. Aber für den MKS-Fall haben wir als Ausnahmen sichergestellt: Not-impfungen in oder rund um den Seuchenherd und den Schutz von Zootieren.

SPIEGEL: In Deutschland wird es also keine vorbeugenden Schutzimpfungen gegen MKS geben, komme, was wolle?

REPORTERS / LAIF

Impfung gegen MKS: *„Ich brauche keine Belehrungen"*

Künast: Trotz der Verzweiflung der Bauern muss ich nach Plan vorgehen: Das Impfverbot fällt erst, wenn es wissenschaftlich überzeugend begründet wird, die EU-Kommission einen Vorschlag macht und es dafür eine Mehrheit gibt. Ich schenke den Leuten reinen Wein ein: Für flächendeckendes Impfen gibt es weder eine Rechtsgrundlage noch die politische Mehrheit.

SPIEGEL: Sind die vielen namhaften Veterinäre, die sich für das Impfen stark machen, nicht auf der Höhe der Diskussion?

Künast: Es gibt kein absolutes Richtig oder Falsch im Sinne einer physikalischen Gesetzmäßigkeit. Wenn ein Apfel vom Baum fällt, fällt er immer in Richtung Erdmittelpunkt. Diese Gewissheit können Sie bei der Impfpraxis nicht garantieren.

SPIEGEL: Auch immer mehr Agrarminister der Länder verlangen eine Wiedereinführung vorbeugender Impfungen …

Künast: … und wollen damit erreichen, dass auf EU-Ebene über die zukünftige Impfpolitik diskutiert wird. Genau das tun wir.

SPIEGEL: Die Bundesländer wollen impfen, weil ihnen die Bauern im Nacken sitzen. Die haben Angst um ihre Bestände, wenn MKS nach Deutschland überschwappt. Diese Angst kann doch in Brüssel nicht so schwer zu vermitteln sein.

Künast: Die Mitgliedstaaten sind unterschiedlich stark vom Agrarexport abhängig. Manche Länder wie Dänemark exportieren Schweinefleisch nach Japan und in die USA. Solche Länder haben natürlich

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

ein eindeutiges Interesse, ihr Fleisch weiterhin zu verkaufen. Das können sie aber nur, wenn sie nicht impfen.

SPIEGEL: Wie kommen Sie eigentlich mit diesem ganzen Zynismus zurecht? Manchen EU-Ländern scheinen die Massenkeulungen wegen MKS geradezu gelegen zu kommen, weil sie die Fleischberge aus der BSE-Krise abbauen helfen.

Künast: Die Bauern berichten mir von ihren dramatischen Sorgen: Erst hat BSE als Damoklesschwert über unseren Höfen gehangen und jetzt MKS. Da gehen Jahrzehnte züchterischer Arbeit kaputt. Deswegen will ich das Thema MKS weiter aus dem Parteienstreit heraushalten. Sonst haben die Bauern am Ende das Gefühl, niemand kümmere sich um sie.

SPIEGEL: Noch in den sechziger Jahren gab es auf Tausenden Gehöften in Deutschland MKS. 1966 wurde dann in vielen Ländern Europas die Schutzimpfung eingeführt. Nur wenige Jahre später war der Kontinent praktisch MKS-frei. War es ein Fehler, 1991 mit dem Impfen aufzuhören?

Künast: Bis Anfang dieses Jahres hat die Nicht-Impfpolitik gut funktioniert. Sie können nicht einfach die letzten zehn Jahre EU-Politik aus Ihrem Geschichtsbuch streichen. Fakt ist, dass wir durch die globalisierte Wirtschaft viel mehr lebende Tiere durch die Gegend fahren und damit mehr Gefahren produzieren, Seuchen zu übertragen. Außerdem ist die Zahl der Virentypen ins Unermessliche gestiegen.

SPIEGEL: Einige Biobauern haben bereits angekündigt: Wenn bei ihnen MKS ausbricht, würden sie kein Keulkommando auf ihren Hof lassen. Wollen Sie den Bundesgrenzschutz und die Polizei gegen die aufständischen Landwirte einsetzen?

Künast: Ein klares Nein.

SPIEGEL: Die Zeiten sind vorbei, da Europa seuchenfrei war. Was wird man in Zukunft vorbeugend machen?

Künast: Zum Beispiel massiv die Tiertransporte einschränken. Wir transportieren im Augenblick quer durch Europa lebendes Schlachtvieh. Dadurch laufen wir ständig Gefahr, Seuchen weiträumig zu verbreiten. Ich will die maximale Transportdauer auf EU-Ebene von 30 auf 4 Stunden senken. Ich wäre aber schon froh, wenn wir am Ende bei 8 Stunden landen würden.

SPIEGEL: Agrarkommissar Fischler wirft Ihnen vor, Sie machten vor allem viel Wind.

Künast: Letztens hat er ausdrücklich begrüßt, dass wir die Chancen der Agenda 2000 nun nutzen. Herr Fischler hat eine andere Aufgabe als ich. Ich vertrete deutsche Interessen, das heißt Interessen der deutschen Verbraucher und Landwirte. Herr Fischler muss die Kompromisse zwischen den Mitgliedstaaten schmieden. Deutschland ist der größte Nettozahler. Wir tragen zwei Drittel der Nettolasten. Da halte ich es für richtig, dass ich laut sage, was wir wollen.

Interview: Rüdiger Scheidges, Olaf Stampf

Das Phantom der Felder

Für die Politiker ist die Massentötung nur eine bürokratische Maßnahme, für die Menschen im Sperrbezirk Mord am lieben Vieh. *Von Klaus Brinkbäumer*

Könnte sein. Der Schafbock, der mit zehn Muttertieren und fünf Lämmern in dem Schuppen am Rande des Neubaugebiets von Krofdorf-Gleiberg lebte, der morgens um vier von Karl-Heinz Leib, 70, gefüttert und abends um elf von Karl-Heinz Leib zu Bett gebracht wurde, könnte diese verdammte Maul- und Klauenseuche (MKS) gehabt haben. Hatte schließlich Blasen am Maul, das Tier.

Er könnte also auch sämtliche Schafe angesteckt haben, als er von Mitte November bis zum 18. März als Gastbock die Herde des Hofguts Bubenrod begatten durfte. Und die Tierärztin Sabine K., die selbst ein paar Schafe in Bubenrod hält und ein paar oben in Königsberg und ein paar unten im Tal an der Obermühle, könnte das Virus dann weitergetragen haben. Könnte es so sein? So könnte, so muss es sein, so ist es.

Sonst wäre dieses Tötungskommando nicht hier an der Obermühle, fünf Feuerwehrleute, die 18 ausgewachsene Schafe und 11 Lämmer mit Leitern in die Ecke der Weide drängen, und vier Veterinäre, welche die Tiere an den Beinen packen, auf den Rücken werfen und ihnen die Spritzen mit T 61 in die Venen jagen, dem Zeug, das in Sekunden die Atmung lähmt.

Es ist dann 14 Uhr am Donnerstag der vergangenen Woche, als sich einer der Tierärzte in der Bieber, jenem Flüsschen, das sich hier durch den Landkreis Gießen schlängelt, die Gummikleidung abwäscht; als die freiwilligen Feuerwehrmänner wehmütig an die Brände von 1998 zurückdenken, wo sie noch das tun durften, weshalb sie freiwillige Feuerwehrmänner geworden sind; als Sabine K., Tierärztin und ehemalige Schafhalterin, von „Brutalität“ spricht, von „Willkür“ und „Profilierung“. Sabine K., die ihren Tieren keine Beruhigungsmittel geben durfte, weint.

„Absolut hirnrissig“ findet Thomas Leib, 41, Gärtner in Krofdorf-Gleiberg und ehemaliger Besitzer eines zeugungsfähigen Schafbocks, die Tötung von über 70 Schafen im Sperrgebiet.

„Deutsche Gründlichkeit“, so nennt Martin Best, 48, ehemaliger Schafhalter auf Gut Bubenrod, den Vorgang, und dann spricht er, so leise, als wollte er es sofort wieder einfangen, das Wörtchen „Endlösung“ aus.

Was bleibt, ist ein tiefer Graben. Die drei Tage, die Mittelhessen in der vergan-

MKS-Schleuse in Hessen
„Deutsche Gründlichkeit“

K. MUELLER

Getötetes Schaf bei Königsberg: *Wieso darf ein Tier nicht mal mehr krank werden?*

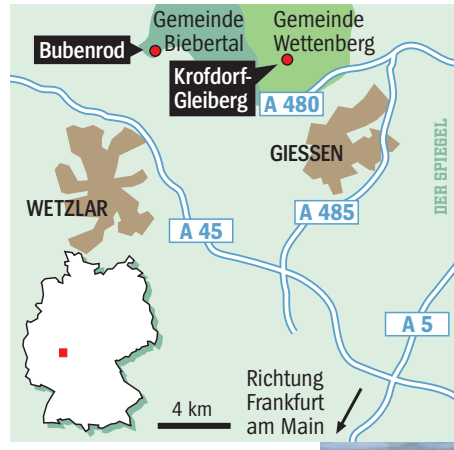
genen Woche mit dem MKS-Verdacht lebte, sagen sehr wenig darüber aus, wie die deutsche Provinz mit Europas Trauma Nummer eins fertig werden wird – aber eine Menge über die Distanz zwischen oben und unten.

Oben, das ist Brüssel, wo in Paragraf 7 der Maul- und Klauenseuchenverordnung festgelegt wurde, wie viele Tiere unter welchen Bedingungen zu töten sind. Oben ist Berlin, wo Ministerin Renate Künast gegen Impfungen argumentiert und dennoch Impfungen vertreten will. Oben ist Wiesbaden, Gießen, die Gemeindeverwaltung Wettenberg, wo Politiker und Beamte zeigen möchten, dass sie durchgreifen und Entscheidungen treffen können, wenn es gilt. Dass sie eben echte Kerle sind oder, wenn sie Frauen sind, *ganz wie* echte Kerle.

Oben sind die Städter. Und unten sind die Menschen vom Land.

Manche von denen lieben ihre Tiere und geben ihnen Namen; Sabine K.s Schafe hießen Carlos oder Fritzi, wurden mit der Flasche großgezogen und gaben auf Kommando die Klaue.

Die meisten Menschen vom Land sind sicherlich nüchterner als Sabine K.; doch warum, das fragen so gut wie alle Bauern im Sperrgebiet rund um Krofdorf-Gleiberg und das kleine Hofgut Bubenrod, warum begreift keiner in Brüssel dieses angebliche Ungeheuer namens MKS als das, was es ist: eine Krankheit und damit Teil der Natur? Wieso darf ein Tier im Jahr 2001 nicht mehr die Chance haben, solch eine Krankheit zu überstehen und dann immun zu werden, wieso muss es schon sterben, bevor es überhaupt erkrankt? Wie konnte irgendwer in irgendeiner Großstadt je die Wahnvorstellung entwickeln, mit Verordnungen, Quoten und Massentötungen eine Krankheit ausrotten zu können, die es draußen auf dem Land seit Ewigkeiten gibt, überall auf der Welt?



Es ist der klassische Konflikt in Krisenzeiten: Welche Reaktion ist angemessen und welche absurd?

Am vorvergangenen Sonntag starb in dem Schuppen am Rande des Neubaugebiets von Krofdorf-Gleiberg ein Schaf. Es fiel um und ging ein, „so wie Schafe auf dem Land manchmal umfallen und eingehen“, sagt Gärtner Leib. Am Montag wurde der Kadaver fortgebracht, am Dienstag kam der Tierarzt. Er holte den Amtsveterinär, sie sahen Bläschen bei den überlebenden Tieren, flüsterten „MKS“, und ab 16 Uhr wurde die Herde getötet.

Danach ist Ausnahmezustand in Mittelhessen. Natürlich: Helden der Provinz sind da am Werk, Menschen wie der Rechtsanwalt Uwe Hajdu, 32, der seine Kanzlei geschlossen hat und nun in der Uniform der Freiwilligen Feuerwehr Kinzenbach im Regen steht, stundenlang, und gegen wütende Autofahrer argumentiert und dafür kämpft, dass das Virus im Sperrgebiet bleibt – oder das Phantom eines Virus.

Es ist ein wenig wie damals in Tschernobyl oder heute im Kosovo. Die Straßen sind leer bis auf die Müllsäcke, die sich stapeln. Die Menschen kaufen „Edeka“ leer. Überall flattern rot-weiße Absperrbänder im Wind. Bauern stellen Traktoren quer und lassen selbst die Nachbarn nicht mehr auf ihre Höfe. Hubschrauber kreisen. Vermummte Männer springen mit entschlossenen Gesichtern auf Einsatzwagen und rasen hinaus in die Nacht. Natürlich: Krisenstäbe tagen. Und dann, um genau 20.15 Uhr, ist die Pumpe kaputt.

Die Pumpe ratterte neben dieser seltsamen Autowaschanlage mit dem Codenamen „Gleiberg 3“ an der Ortseinfahrt nach Krofdorf-Gleiberg, wo alle Fahrzeuge, die das Dorf verlassen, mit einer Formalinlösung abgespritzt werden. Das erledigen Männer in Gummianzügen, die sie „Ganzkörperkondom“ nennen, und mit Flaschen mit 3000 Barliter Pressluft auf dem Rücken; Männer, die das dürfen, weil sie den offiziellen Atemschutzgeräteträgerlehrgang absolviert haben. Erst vor wenigen Tagen, so ein Glück, hat der TÜV Marburg die Anlage gebaut, nach Bauplänen aus dem Internet, und der Sohn eines TÜV-Angestellten hat sie für den Einsatz fit gemacht.

Jetzt zerfrisst leider trotzdem das Formalin die Dichtungen, und die Suppe läuft aus, und mit Eimern und Gießkannen bechern die eifrigen Helfer die aggressive Flüssigkeit vom Boden zurück in die Behälter. Und der Stau wird immer länger.

K. MUELLER

Sperrzone Krofdorf-Gleiberg
Solidarität ist brüchig

Es ist nämlich so, dass ziemlich viele der mehr als 25 000 Menschen im Sperrgebiet die gleiche Idee hatten. Sie sahen nach, ob sie oder zumindest ihr Heimatdorf in der „Tagesschau“ vorkamen, und jetzt gehen sie in die Garage, um den Wagen aus der Sperrzone herauszufahren und draußen zu parken; so könnten sie es morgen pünktlich zur Arbeit nach Gießen schaffen. Wie Hunderte kleiner Schumachers und Häkkinens kämpfen sie um die Startaufstellung, aber weil die Pumpe kaputt ist, müssen sie doch wieder bis tief in die Nacht warten. Darum hupen sie, schimpfen auf „diese Hysterie“ – und hassen den Gärtner.

Solidarität ist ein brüchiges Gebilde in Orten des Ausnahmezustands. Es war ein Tierarzt, der gesagt hat, dass Blumen aus Holland MKS nach Hessen gebracht haben könnten, und natürlich steht das in der

K. LENZ / DDP

Zeitung. Man könnte das eine gewagte Theorie nennen, schon weil Thomas Leibs Schuppen, in dem die Schafe standen, und seine Gärtnerei drei Kilometer voneinander entfernt sind. Aber es klingt gut: „Seuchen-Tulpen aus Holland“.

Leib jedenfalls, dessen Vater Karl-Heinz die Schafe gehütet hat, steht nun in seinem Gewächshaus, und es ist Frühling, aber keiner kauft mehr Blumen bei ihm. „Die Leute stimmen mit den Füßen ab und bleiben weg“, sagt er.

K. MUELLER

Gärtner Leib *„Seuchen-Tulpen aus Holland“*

Es hätte, das könnte jeder hier wissen, für die Seuche tausend Wege nach Krofdorf-Gleiberg geben können. Die Arbeiter, die im Neubaugebiet neben dem alten Schuppen zugange sind, hätten das Virus an Schuhsohlen „oder mit einem weggeworfenen Goudabrot“ (Leib) nach Krofdorf-Gleiberg transportieren können; Wildschweine, Vögel, der Wind, jedes Auto, alle aus dem Ort hätten es irgendwie herschaffen können.

Hätten. Denn schon am Mittwochabend macht die Nachricht vom Ergebnis des Schnelltests die Runde: negativ.

Polizei, Feuerwehr und Veterinäre suchen am nächsten Tag dennoch weiter nach allen Schafen, die mit dem Bock des Gärtners in Berührung waren. Eine Quarantäne, das sagt unter der Hand jeder hier, würde reichen; drei, vier Stunden wird es dauern, bis das endgültige Ergebnis da ist. Doch die Schafe müssen noch sterben. Vor dem endgültigen Ergebnis: negativ.

Es hätte dann auch tausend Wege für das Virus gegeben, um aus dem Sperrgebiet wieder herauszukommen. Bis zu drei Wochen beträgt die Inkubationszeit: Jeder Bauarbeiter, jeder Lastwagen, jedes Wildschwein, jeder Pkw, jeder Journalist, der sich ungehindert die Ställe ansehen konnte, jeder Helfer, der die Kadaver wegschleppte und die Desinfektion vergaß, jeder Bauer, der mit dem Trecker über die Felder ausbüxte, hätte nach dem Ausbruch das Virus aus der Sperrzone und in die Republik schleppen können. „Ich studiere Medizin, ich weiß, wie sinnvoll das ist, was wir hier tun“, sagt ein freiwilliger Feuerwehrmann aus Langgöns an der Schleuse Gleiberg 3.

Worum also ging es in den hektischen Tagen von Mittelhessen? Es ging darum, dass die Städter demonstrieren wollten, dass sie auch auf dem Land alles im Griff haben, auch wenn sie in Wahrheit nichts im Griff haben können. Es war eine Prüfung. „Selbst die Frau Künast hat uns gelobt“, sagt die hessische Sozialministerin Marlies Mosiek-Urbahn, „ganz im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen.“

Sehr gut, setzen. ◆

SCHULE

Ein Jahr weghauen

Als erstes großes Bundesland im Westen verkürzt Baden-Württemberg das Gymnasium auf acht Jahre – Auftakt zu einer Wende in der Schulpolitik?

Am Anfang war es ein geradezu revolutionäres Modell, das ab 1991 an vier Schulen versuchsweise erprobt wurde. In so genannten Turbo-Klassen konnten ausgewählte Schüler die Abitur-Prüfung in Baden-Württemberg bereits nach acht Jahren am Gymnasium ablegen – unter ständiger wissenschaftlicher Kontrolle eines Münchner Bildungsforschers und beargwöhnt von Mitschülern, Eltern und Öffentlichkeit.

Inzwischen ist das Turbo-Projekt fest im Bildungssystem des Bundeslandes verankert, mehr als 60 Gymnasien bieten Express-Klassen für besonders begabte Schüler an. Künftig soll der Schnelldurchlauf gar der einzige Weg zur Hochschulreife sein: Spätestens zum Schuljahr 2005/06 will die Landesregierung eine generelle Verkürzung der gesamten Schulzeit auf zwölf Jahre einführen.

Kultusministerin Annette Schavan (CDU) folgt damit dem Beispiel ihres saarländischen Amtskollegen Jürgen Schreier (CDU). An der Saar müssen schon ab diesem Sommer alle Schüler, die in die fünfte Klasse eines Gymnasiums wechseln, den Stoff fürs Abi in acht Jahren lernen. Schreier erhofft sich für seine Schüler bessere Startchancen in den Beruf – im europäischen Vergleich, so der Minister, seien die deutschen Abiturienten einfach zu alt.

Den Wettbewerbsnachteil haben auch andere Landeschefs erkannt: Beinahe alle Länder – ob unions- oder SPD-regiert – experimentieren mittlerweile mit kürzeren Bildungsmodellen (siehe Grafik).

Die Baden-Württemberger kommen den Wünschen von immer mehr Schülern und deren Eltern entgegen. „Ich habe den Eindruck, das wird gerade Trend“, urteilt Hartmut Schmid, Schulleiter am Stuttgarter Karls-Gymnasium, das als eine der ersten Schulen in Baden-Württemberg Turbo-Klassen angeboten hatte. Bei Schmid stapeln sich derzeit die Anmeldungen für das neue Schuljahr im achtjährigen Gymnasialzweig (G 8).

DPA

Ministerin Schavan, Schüler: *Schnelldurchlauf zum Abi*

Die guten Erfahrungen mit dem G-8-Modell werden auch in das neue, für alle Kids verbindliche Konzept einfließen: Eine Kommission aus Schulpolitikern, Lehrern, Eltern und Vertretern der Wirtschaft soll in den nächsten Jahren die Lehrpläne entrümpeln und Vorschläge entwickeln, wie der Stoff in nur acht Gymnasialjahren untergebracht werden kann. „Eine Konzentration von Unterricht“, so das Schavan-Ministerium, „muss ja nicht bedeuten, dass es auch schwerer wird.“

Dass nicht alle Schüler für das schnellere Lernen geeignet sind, fürchten jedoch die Kritiker der Reform. „Ich halte nichts von einer generellen Verkürzung ohne Klärung der Ziele“, sagt Rainer Dahlem, Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. „Wenn die bisherige Form des Gymnasiums irgendeinen Sinn gehabt hat, kann man nicht einfach für alle ein Jahr weghauen.“

So sieht es auch Schulleiter Schmid: „Die Turbo-Klassen sollen ja eigentlich der Begabtenförderung dienen. Diese Differenzierung innerhalb der Schülerschaft geht uns jetzt wahrscheinlich verloren.“

JULIA KOCH, FELIX KURZ

SCHNELLER LERNEN

■ **Baden-Württemberg, Saarland**
Verkürzung der Schulzeit ist beschlossen.

■ **Niedersachsen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen**
Begabte Schüler können einzeln oder im Klassenverband ein Schuljahr überspringen.

■ **Rheinland-Pfalz**
Die Abiturprüfung wird vorgezogen, die Schulzeit endet nach zwölfeinhalb Jahren.

■ **Bayern, Schleswig-Holstein, Hessen, Bremen, Berlin, Brandenburg**
Modellversuche mit Turbo-Klassen existieren oder sind geplant.

■ **Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern**
Sachsen und Thüringen bleiben bei der zwölfjährigen Schulzeit aus DDR-Zeiten, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern haben das 13. Schuljahr eingeführt.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

ZEITGESCHICHTE

Flammendes Fanal

Brennender Reichstag 1933

Der Reichstagsbrand 1933 war das Signal für den Beginn des braunen Massenterrors. Über die Hintergründe wird bis heute gestritten. Einige Wissenschaftler wollen aus jetzt aufgefundenen Dokumenten herauslesen, dass der Holländer Marinus van der Lubbe doch nicht allein das Feuer legte.

Der Tag, an dem er Geschichte schrieb, begann für Marinus van der Lubbe im kleinen Obdachlosenasyl auf dem Hennigsdorfer Polizeigelände, in der Nähe von Berlin. Als er aufwachte, war es draußen noch dunkel, und der Februarfrost kroch durch die Türritzen in den kargen Schlafsaal. Er quälte sich aus dem Etagenbett gegenüber der Eingangstür, tauschte das weiße Nachthemd des Männerasyls gegen seine löchrige Hose, das schäbige braune Hemd und schlüpfte in die Schuhe; von einem löste sich die Sohle.

Der Polizeihauptwachtmeister Schmidt, der am Rosenmontag 1933 die Aufsicht im Asyl führte, schickte van der Lubbe noch zum Feuerholzholen, danach, um 7.45 Uhr, entließ er den Holländer auf die Straße. Van der Lubbe, 24, hatte gut zwölf Stunden in Freiheit vor sich.

Schräg gegenüber, in Max Wolters Lokal, schnorrte er noch eine Tasse heißen Kaffee. Dann stapfte der schmalbrüstige Anarchokommunist mit dem wilden Lockenschopf durch den Schnee Richtung Berlin.

Von Hennigsdorf bis in die damalige Reichshauptstadt sind es rund 20 Kilometer, und van der Lubbe nahm sich dafür Zeit. Der gelernte Maurer konnte mit dem rechten Auge kaum seine Finger zählen, und auch das linke war lädiert; er hatte bei einer Balgerei mit Kollegen und bei Bauarbeiten Kalk und Splitt in die Augen bekommen.

Van der Lubbe lief durch Tegel, vorbei an den Fahnen und Wahlplakaten, mit denen die Nazis und andere Parteien der Weimarer Republik für die letzten, halbwegs freien Wahlen warben, die Adolf Hitler zuließ. Der NSDAP-Chef war erst seit vier Wochen Reichskanzler und seine Macht noch begrenzt.

Attentäter van der Lubbe
Wie im Feuerrausch

In der Müllerstraße entdeckte van der Lubbe gegen halb elf Uhr einen Kohlenhändler. Er kaufte für 30 Pfennig vier Pakete Kohlenanzünder, auf deren Verpackung eine rot züngelnde Flamme lockte. Gut drei Stunden später stand er endlich vor seinem Ziel.

Dunkel und düster, wie für die Ewigkeit gebaut, thronte der Reichstag in der fahlen Wintersonne, ein Klotz aus Sandsteinquadern, Ziegeln und Granit, überragt von der mächtigen Kuppel, die die Berliner als „größte Käseglocke Europas“ verspotteten. Um einzusteigen, war es allerdings noch

zu hell; van der Lubbe lief durch die Straßen, wärmte sich im Postamt und kehrte erst gegen 21 Uhr zurück.

Aber dann hielt ihn nichts mehr auf, nicht das Eis auf dem Treppengeländer, nicht die klammen Hände, nicht die Wachmänner. Er kletterte an der Fassade zu einem Balkon im Hauptgeschoss empor und trat so lange gegen die Doppelscheiben aus acht Millimeter starkem Spiegelglas, bis sie splitterten.

Wie im Feuerrausch stürmte er durch die dunklen Räume, setzte einen Kohlenanzünder nach dem anderen in Brand, rannte die Treppe hinunter, stürzte in die Küche, sprang dann wieder eine Treppe empor ins Hauptgeschoss. Dass einer der Polizisten, die den Reichstag bewachten, von außen auf den tanzenden Lichterschein van der Lubbes schoss, hielt ihn nicht auf.

Während Feuerwehr und Polizei mit lautem Gebimmel herbeirasten, zündete der Brandstifter hastig Portieren und ein Tischtuch an, entflammte Handtücher, Servietten und den Papierkorb neben einer Waschtoilette. Weil die Anzünder schnell verbraucht waren, zog er Hemd, Weste, Jackett und Mantel aus, steckte sie nach und nach an und schleifte die brennenden Kleidungsstücke als Feuerträger hinter sich her, bis hinein in den Plenarsaal.

Als der junge Wachtmeister Helmut Poeschel und der Hausinspektor Alexander Scranowitz den Feuerteufel schließlich entdeckten, stand dieser schwer atmend, mit den Hosenträgern über der nackten Brust und schweißnass in einem Nebengang (nach anderer Quelle: im Bismarcksaal) im Hauptgeschoss des Reichstags. Sein Ziel hatte er erreicht: Der Plenarsaal verwandelte sich wenige Minuten später in ein brennendes Inferno; leuchtend rot und weit sichtbar schlugen die Flammen in der Kuppel empor.

An diesem 27. Februar 1933 brannte das Symbol der Republik, von Parlament und Parteien – die viele Deutsche damals verachteten. Der Reichstagsbrand wurde zum Fanal für die endgültige Zerstörung der Weimarer Demokratie.

Zugleich entzündete sich an der Aktion eine bis heute anhaltende Debatte über die Hintergründe. War der Holländer tatsächlich allein der Täter, wie er später vor Polizei und Gericht beteuerte, oder galt, was Hermann Göring, der Reichstagspräsident, sogleich als erster Politiker an der Brandstätte erklärte: „Ohne jeden Zweifel ist dies das Werk der Kommunisten.“ Oder war es so, wie nach dem Krieg die gängige Erklärung lautete: Tatsächlich steckten die Nationalsozialisten selber hinter der Brandstiftung? Sie profitierten doch ganz offensichtlich von der den Kommunisten untergeschobenen Tat, um damit den anschließenden braunen Terror gegen die Linke zu rechtfertigen.

Eine SPIEGEL-Serie 1959/60 brachte eine Aufsehen erregende Wendung in der Debatte. Ein Oberregierungsrat im niedersächsischen Innenministerium, Fritz Tobias, der sich die Reichstagsbrandforschung zur Lebensaufgabe gemacht hatte, legte mit zahlreichen Details dar, dass van der Lubbe nur allein gehandelt haben könne. Hans Mommsen, heute einer der angesehensten deutschen Historiker, unterstützte die These des nichtakademischen Außenseiters. Doch zu provokant war diese Version: Schien sie doch, so die Meinung vieler Kritiker, die Nazis und das nach dem Reichstags-

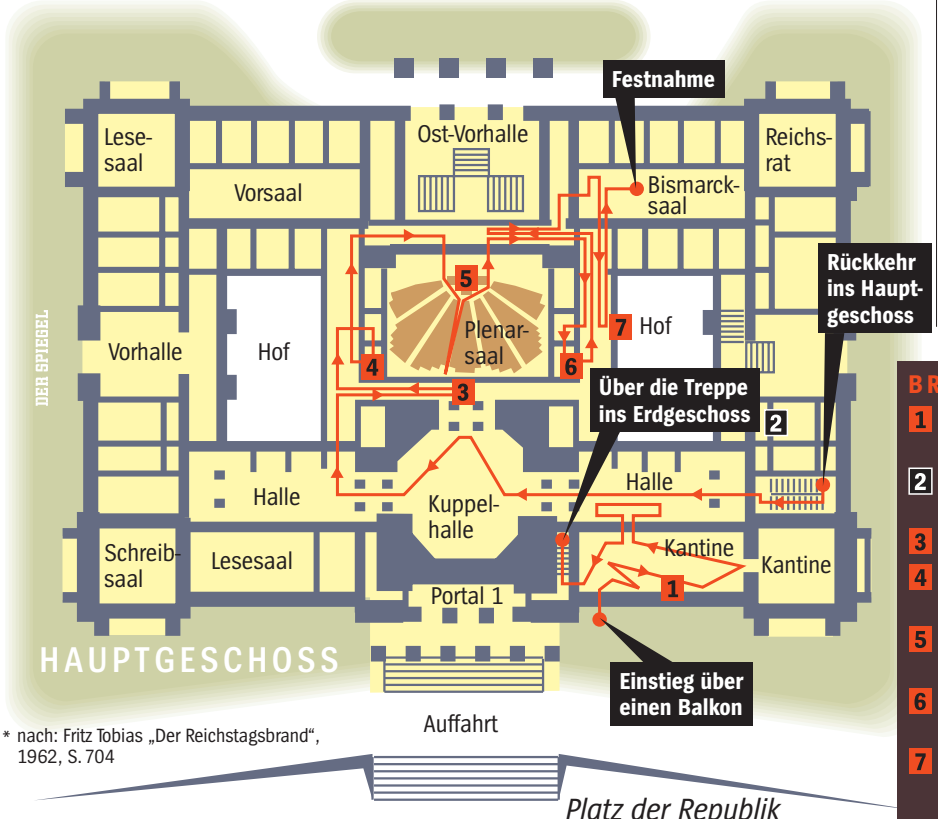
ULLSTEIN BILDERDIENST

NSDAP-Chef Hitler nach dem Brand im Reichstag*: *Vorwand für den braunen Terror*

* Mit Hermann Göring (3. v. r.) und Joseph Goebbels (M., halb verdeckt mit Hut).

Feuer und Flamme

Van der Lubbes umstrittener Weg durch das Reichstagsgebäude*



BRANDHERDE

1 Türvorhänge in der Kantine
2 Toilette im Erdgeschoss
3 Türvorhänge
4 „Ja“-Tür des Plenarsaals
5 Präsidium des Plenarsaals
6 „Nein“-Tür des Plenarsaals
7 Fenstervorhänge und Sessel

* nach: Fritz Tobias „Der Reichstagsbrand“, 1962, S. 704

brand einsetzende Terror-Regime von Schuld freizusprechen.

Walther Hofer, einer der prominentesten Forscher über die Zeit zwischen 1933 und 1945, bemühte sich, die Alleintäter-These anhand von Dokumenten zu widerlegen. Die waren allerdings offenbar gefälscht.

Die Debatte schien damit geklärt – erst kürzlich übernahm der Hitler-Biograf Ian Kershaw die Deutung des niedersächsischen Beamten Tobias. Inzwischen aber sind – nach den Wirren der Wende – über 200 Aktenbündel Ermittlungsunterlagen von 1933 zugänglich geworden, die zu neuen Spekulationen reizen. Die Diskussion über die Täterschaft lebt nicht nur munter wieder auf – sie reicht auch weit über das übliche Geplänkel unter wissenschaftlichen Spezialisten hinaus.

Einige akademische Außenseiter – der Physiker Wilfried Kugel, der Theaterwissenschaftler Gerhard Brack, der Soziologe Hersch Fischler und der Journalist und Historiker Alexander Bahar – lesen aus den Unterlagen nicht nur weitere Varianten über den Brand heraus, sie erheben auch schwere Vorwürfe gegen die Vertreter der Alleintäter-Theorie.

Im Internet, in Tageszeitungen wie „taz“ und „Die Welt“, in Fachorganen wie der renommierten „Historischen Zeitschrift“ und einem 860 Seiten dicken Wälzer ist von „Geschichtsfälschung“ oder „Manipulation“ durch den „Amateurhistoriker“ Tobias, durch Mommsen oder den SPIEGEL die Rede. Van der Lubbe könne auf Grund der neuen Aktenfunde gar nicht der Täter oder zumindest nicht der alleinige Täter gewesen sein.

Die Wissenschaftler verweisen auf Widersprüche in bislang unbekannten Aussagen des Holländers über seinen Weg durch den Reichstag; sie halten es auf Grund der Zeitangaben der Zeugen für ausgeschlossen, dass van der Lubbe allein durch den Reichstag stürmte und in wenigen Minuten mit Kohlenanzündern und einigen Textilien den Plenarsaal mit dem tonnenschweren Eichengestühl anzünden konnte. Sie finden es verdächtig, dass die Polizei viele auffällige Spuren nicht verfolgte, die sich in den Papieren im Bundesarchiv finden.

AKG

Angeklagter van der Lubbe*: *„Ich habe die Tat allein begangen“*

Droht also ein neuer Historikerstreit mit zudem brisantem Hintergrund, den die Vierer-Gruppe immer wieder in den Vordergrund spielt: eine braune Verschwörung in den Medien, speziell im SPIEGEL? Das Rätsel Reichstagsbrand lädt ja zu vielerlei Legendenbildungen ein.

Das Rätsel Reichstagsbrand lädt zu Legendenbildungen ein

Unstrittig ist nur, wie die Nazis ihre Schuldzuweisung in den Wochen nach dem Reichstagsbrand in Aktionen gegen ihre Gegner umsetzten. Polizei und die braune Schlägertruppe SA verhafteten noch in der Brandnacht Kommunisten, dann auch Sozialdemokraten und andere Linke wie den späteren Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky. Bis April wurden allein in Preußen über 25 000 Menschen festgesetzt; die SA-Männer schlugen ihre Opfer in Kellern und Hinterhöfen zusammen, folterten manche zu Tode.

Erstmals demonstrierte Hitler jene fein abgestimmte Melange aus Pseudo-Legalität und Massenterror, die seine Gegner einschüchterte, die ängstlich Unentschlossenen auf seine Seite zog und die bürgerlichen Verbündeten zu Komplizen werden ließ. Am Tag nach dem Feuer verabschiedete das Kabinett die Notverordnung „Zum Schutz von Volk und Staat“. Fortan konnte jeder ohne Anklage und Beweise verhaftet, konnten Wohnungen durchsucht, Zeitungen zensiert, Briefe geöffnet, Telefone abgehört werden.

Nach dem Reichstagsbrand begann der „permanente Ausnahmezustand“ (so der Berliner Historiker Ludolf Herbst), der erst 1945 endete, als Deutschland längst in Trümmern lag.

Der Terror nach dem Reichstagsbrand ebnete Hitlers Regierungskoalition aus NSDAP und Deutschnationaler Volkspartei (DNVP) den Weg zur absoluten Mehrheit bei den Wahlen am 5. März: Die Wahlwerbung der linken Opposition wurde massiv behindert und teilweise verboten. Gut zwei

* Bei der Urteilsverkündung am 23. Dezember 1933 in Leipzig.

Dem deutschen Volke Geschichte des Reichstags

1884
Grundsteinlegung in Gegenwart von Kaiser Wilhelm I.

1894
Feierliche Einweihung durch Kaiser Wilhelm II.

1916
Am Gebäude wird die Widmung „Dem deutschen Volke“ angebracht.

1918
Von einem Fenster des Reichstags aus ruft der SPD-Politiker Philipp Scheidemann die erste deutsche Republik aus.

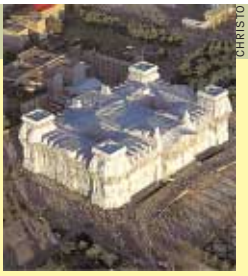
1933
Der Reichstagsbrand am 27. Februar wird Auslöser für die Aufhebung der Grundrechte der Weimarer Republik. Das Ein-Parteien-Parlament der Nazis tagt in der Kroll-Oper.

1945
Am 30. April, eine Stunde vor Hitlers Selbstmord, dringen Rotarmisten in den Reichstag ein und hissen auf dem Dach die rote Fahne.

DER SPIEGEL

DPA

Historische Aufnahme



CHRISTO

Christos Reichstag

1961
Walter Ulbricht lässt acht Meter vor der Ostfassade des Reichstags die Berliner Mauer errichten.

1991
Nach dem „Berlin-Beschluss“ wird der Reichstag zum Parlamentssitz des wieder vereinten Deutschland.

1995
„Wrapped Reichstag“: 14 Tage lang verhüllt das Künstlerehepaar Christo den Reichstag mit 100 000 Quadratmetern silbrigem Polypropylen.

1999
19. April: 1. Sitzung des Bundestags im umgebauten Reichstag – von Sir Norman Foster mit verglastem Plenarsaal und begehbarer Kuppel ausgestattet.

Sir Norman Fosters Reichstag

P. PIEL / GAMMA

Werbeseite

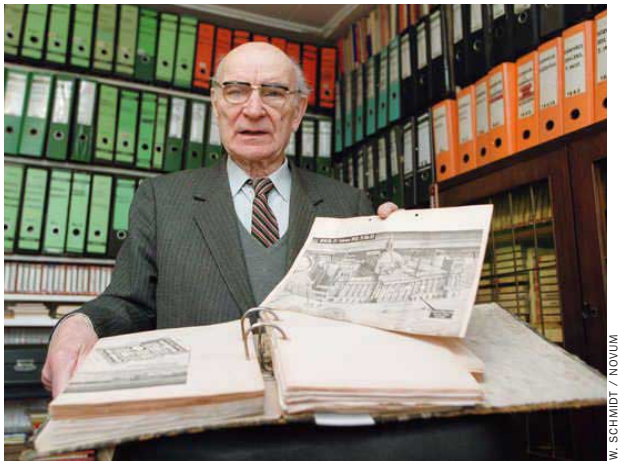
Werbeseite

Wochen nach dem Urnengang stimmte das neu gewählte Parlament, ohne die inzwischen verhafteten Kommunisten und gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, dem berüchtigten Ermächtigungsgesetz mit einer Zweidrittelmehrheit zu. Der Reichstag wurde damit endgültig entmachtet, Deutschland war eine Diktatur.

Der Brandstifter van der Lubbe bezahlte seine Tat mit dem Leben. Die Nazis verhängten Ende März 1933 für Brandstiftung rückwirkend die Todesstrafe. Das Leipziger Reichsgericht machte van der Lubbe gemeinsam mit dem KPD-Fraktionsvorsitzenden Ernst Torgler und drei bulgarischen Kommunisten den Prozess. Van der Lubbe wurde zum Tode verurteilt.

Seine Mitangeklagten, darunter der spätere Chef der Kommunistischen Internationale, Georgij Dimitrow, sprach das Gericht in dem spektakulären Verfahren allerdings frei. Nicht diese, sondern unbekannt gebliebene Kommunisten sollten nach dem Urteil van der Lubbe geholfen haben.

Nationalsozialisten und Kommunisten lieferten sich über die Schuldfrage wilde Propagandaschlachten. Die KPD lancierte gefälschte Dokumente, die noch Jahre später Historiker irreführten. Zwei so genannte Braunbücher der KPD wurden 1933 und 1934 in über 100 000 Exemplaren illegal verbreitet.



W. SCHMIDT / NOVUM

M. WAECHTER / AGENTUR FOCUS PLUS

Forscher Tobias, Mommsen: *Die Zweifel verstummten*

50 000 Seiten Akten heimlich in Moskau übergeben

Auch nach 1945 trug der Streit über die Schuld Züge eines Glaubenskriegs, den auch angesehene Wissenschaftler mit allen Mitteln ausfochten. Der Reichstagsbrandforscher Tobias war nach seiner SPIEGEL-Serie und einer anschließenden Buchveröffentlichung vorderstes Ziel der Angriffe.

1968 formierte sich ein Komitee „zur wissenschaftlichen Erforschung der Ursachen und Folgen des Zweiten Weltkrieges“ mit Sitz in Luxemburg, dessen Leitung der renommierte Schweizer Professor und Bestsellerautor Walther Hofer („Der Nationalsozialismus“) übernahm. Einer der Ehrenpräsidenten war der damalige Außenminister Willy Brandt, der sich allerdings bald zurückzog; zum Kuratorium zählten der Historiker Golo Mann und Kabinettsmitglieder wie Horst Ehmke (SPD).

Dem Außenseiter Tobias unterstellte Hofer, an einer „NS-Unschulds“-Legende zu stricken, die dazu verleiten könnte, die Nazis auch von anderen Verbrechen zu exkulpieren. Lubbes Alleintäterschaft, fand Golo Mann, sei „sozusagen volkspädagogisch unwillkommen“.

Über ein Jahrzehnt bekämpften Hofer und Edouard Calic, der Generalsekretär des Komitees, mit Dienstaufsichtsbeschwerden oder üblen Schmähungen Tobias, der sich seinerseits mit harten Bandagen und auch auf dem Rechtsweg wehrte. Tobias habe ihn, behauptete etwa Calic ernsthaft, mit Messer und Revolver bedroht; ein Strafantrag wurde abgewiesen.

Die Debatte um den Reichstagsbrand geriet über den polit-pädagogischen Streit zum ermüdenden Hickhack. Hofer und Calic trugen zwar einige Argumente gegen van der Lubbes Alleintäterschaft zusammen, doch den schlüssigen Beweis für eine Brandstiftung durch die Nazis konnte Hofer nie erbringen.

Als das Komitee schließlich 1978 Dokumente vorlegte, deren Echtheit auch wohlmeinende Wissenschaftler in Frage stellten, verstummten die Zweifel an der Alleintäterschaft.

Über ein Jahrzehnt später gab das Bundesarchiv in Berlin die Akten von 1933 zur Einsicht frei – und wieder entflammte der Krieg der Spurenleser, die in der Asche des alten Brandherdes herumdeuteten.

Die Berliner Unterlagen waren auf verschlungenen Wegen in die heutige Bundeshauptstadt gekommen. 1968 hatte sich die Stasi auf die Suche nach den Dokumenten gemacht, als sie den Chemiker und Dissidenten Robert Havemann ins Visier nahm. Der kommunistische Widerstandskämpfer hatte vor dem Brand 1933 einen der bulgarischen Mitangeklagten van der Lubbes beherbergt und war deshalb von der Gestapo verhört worden.

Die Stasi glaubte fälschlicherweise, Havemann habe Verrat begangen, und wollte ihn mit Hilfe des Verhörprotokolls überführen. In Sofia erfuhren Mielkes Männer von einer Dimitrow-Expertin, dass Dokumente zum Reichstagsbrand in Moskau lagen, einst Beutegut der Roten Armee. Es dauerte dann bis 1982, ehe der Kreml die 50 000 Seiten in der Moskauer DDR-Botschaft heimlich an das Ost-Berliner Institut für Marxismus-Leninismus übergeben ließ.

Fischler, Bahar und Kugel sind nach Sichtung der Akten allerdings über die tatsächlichen Täter unterschiedlicher Meinung. Der Soziologe Fischler vermutete zunächst, Hitlers erzkonservativer Koalitionspartner DNVP stecke hinter dem Brand. Die rechte Partei vertrat auch die ostelbischen Junker, und viele der Parteihonoratioren fürchteten, ein Subventionsbetrug bei der so genannten Osthilfe an die ostdeutsche Landwirtschaft könne auffliegen. Mit dem Reichstagsbrand, so Fischler, wollten die DNVP und ihr nahe stehende Kreise „einen Aufstand der Kommunisten provozieren oder vortäuschen, um dann per Notverordnung den Reichstag … auszuschalten“ und damit ein Aufdecken des Skandals durch das Parlament zu verhindern.

Inzwischen spekuliert er, ob sich nicht „nationalsozialistische Führer“ ausgedienter Mitglieder der Organisation Consul bedient hätten, um den Reichstag abzubrennen. Diese rechte Terrororganisation hatte 1922 den damaligen Außenminister Walther Rathenau ermordet, und einige ihrer Mitglieder waren laut Fischler auch für ein Bombenattentat auf den Reichstag 1929 verantwortlich.

Bahar und Kugel hingegen glauben, Goebbels und Göring seien „Ideengeber“ und „Hintermann“ der Brandstiftung, die ein „SA-Spezialkommando zur besonderen Verwendung“ angeblich durchgeführt hat. Die SA habe den arglosen van der Lubbe unter kommunistischer Flagge angeworben und dann in einer Parallelaktion in den schon brennenden Reichstag gebracht. Diese These hatte einst auch die KPD vertreten.

Kugel, Bahar und Fischler hegen einen brisanten Verdacht: Die Alleintäter-These sei aus einer Verschwörung Ewiggestriger entstanden. Die 1933 ermittelnden Beamten der Kripo und späteren Gestapo, so wird insinuiert, sollen mit Hilfe altbrauner Netzwerke, die bis in den SPIEGEL reichten, die angebliche Mär von der Alleinschuld van der Lubbes verbreitet haben, um die wahren Brandstifter zu decken oder sich gar laut Fischler vor Strafverfolgung zu schützen.

Bei fast allen großen Kriminalfällen gibt es ein Restquantum an widersprüchlichen Zeugenaussagen, abweichenden Spuren, unerklärlichen Hinweisen. Beim Reichs-

Werbeseite

Werbeseite

tagsbrand sind solche Unwägbarkeiten besonders zahlreich. Auf Druck Görings suchten Kripo und die Politische Polizei nach Helfern van der Lubbes unter den Kommunisten. Was dabei, auch unter dubiosen Umständen, an Beweisen gegen die Alleintäterschaft zu Stande kam, werten die vier Kritiker nun als Belege für rechte oder nationalsozialistische Helfer van der Lubbes – eine problematische Methode.

Der Techniker Paul Bogun etwa kam von einem Vortrag im Haus der Ingenieure und lief in jenen Minuten am Reichstag entlang, als van der Lubbe in das Gebäude einbrach. Gegenüber der Polizei behauptete Bogun, er habe einen Mann mit heller Hose aus einem Nebeneingang des Reichstags kommen und wegrennen sehen.

Als im Prozess gegen van der Lubbe die Zeitungen über Boguns Aussage in großer Aufmachung berichteten, meldete sich – das zeigen die Berliner Akten – ein Passant und erklärte, er habe an jenem Abend an der entsprechenden Tür des Reichstags gerüttelt, „um mich davon zu überzeugen, was es mit dem Feuerschein auf sich hatte“. Das Portal sei allerdings geschlossen gewesen, danach sei er weitergelaufen.

COMET

Historiker Hofer
Polit-pädagogischer Streit

Gut möglich, dass es sich um ebenjenen Mann handelte, den Bogun gesehen hatte. Im Prozess spielte diese Aussage freilich keine Rolle, sie passte nicht ins Konzept der Ankläger. Bahar, Kugel und Fischler sehen in Boguns Beobachtung trotzdem ein gewichtiges Indiz dafür, dass van der Lubbe nicht der einzige Brandstifter im Gebäude war.

Andere Fährten haben Kripo und Gestapo nicht weiter verfolgt. Der Postassistent Duchstein beispielsweise sprach wenige Tage nach dem Brand bei der Polizei vor und behauptete, er habe während van der Lubbes Brandlauf vier Männer in Polizeiuniformen aus einem Nebeneingang des Reichstags kommen sehen. Die Ermittler legten Duchsteins Angabe in dem Ordner „Unwichtige beendete Untersuchungen“ ab. Fischler hält Duchsteins Aussage gerade deshalb für eine heiße Fährte. Widerlegen lässt sich so etwas nicht.

Als Scoop gilt den Wissenschaftlern die Entdeckung des Schornsteinfegermeisters Wilhelm Heise. Der 37-Jährige war Stunden nach der Verhaftung van der Lubbes innerhalb der Absperrung am Reichstag festgenommen worden. Drei Mal versuchte er, sich während der Nacht in der Haft zu erhängen. Bahar, Kugel und Fischler finden das verdächtig. Die Polizei ließ Heise nach einigen Stunden gehen. Er war bei der Festnahme so betrunken, dass er torkelte.

Van der Lubbe verstand nicht, dass ihm viele seiner Vernehmer nicht glaubten. Er hatte sogleich alle Schuld auf sich genommen und in ungelenkem Deutsch erklärt, was er von dem Brand erwartete: „Die Arbeiter sollten sich auflehnen gegen die Staatsordnung. Die Arbeiter sollten denken, dass es ein Symbol für einen gemeinsamen Aufstand gegen die Ordnung des Staates ist.“

Der Holländer gehörte zu jener kleinen Gruppe Rätekommunisten der Zwischenkriegszeit, die von der Herrschaft des Proletariats träumten, aber sich der brutalen Disziplin der stalinisierten kommunistischen Parteien nicht beugten. 1931 war er aus der niederländischen KP ausgetreten. Er wollte Aktion und Basisdemokratie, nicht Theorie und Parteigehorsam.

Der junge Halbinvalide agitierte auf eigene Faust unter den arbeitslosen Textilarbeitern in Leiden. Er lebte von Gelegenheitsarbeiten und einer kleinen Rente. Neugierig wanderte er mehrfach durch Europa, auch um herauszufinden, wie die Weltwirtschaftskrise in den Nachbarländern wirkte.

Auf den Weg nach Berlin, das er bereits kannte, machte er sich im Februar 1933. Van der Lubbe wollte wissen, wie das deutsche Proletariat auf den „Führer“ reagierte.

15 Tage brauchte er bis zur Reichshauptstadt, und was er dort von den verbitterten Arbeitslosen auf der Straße, vor den Wohlfahrtsämtern und im Männerheim erfuhr, fand er ziemlich enttäuschend. Die Arbeiter, beklagte er später, würden „aus sich heraus nichts unternehmen“. Als er einigen eine spontane Demo vorschlug, verwiesen sie ihn an die KPD; die werde den Vorschlag „dann überlegen“.

Der Holländer trieb sich viel in Neukölln herum; in dem Arbeiterbezirk mit den trostlosen Mietskasernen, düsteren Hinterhöfen und den vielen arbeitlosen Jugendlichen hatten Nazis und Kommunisten vor der Machtergreifung Hitlers einander blutige Straßenschlachten um ihre Kiezlokale

M. SCHOUTEN

Brack

CORBIS SYGMA

Fischler

Bahar

M. LANGEMANN

Kugel

Tobias-Kritiker
Glaubenskrieg um die Schuld

geliefert. Nach dem Januar 1933 versuchten SA-Spitzel, die roten Genossen zu Straftaten zu provozieren, um sie hinterher dingfest machen zu können.

Es wird bis heute darüber spekuliert, ob auch van der Lubbe in Neukölln an verkappte Nazis geraten ist, wie schon die kommunistische Propaganda behauptete. Bahar und Kugel verweisen auf den Berliner Rätekommunisten Alfred Weiland, der später berichtete, er habe den Holländer damals am heutigen Karl-Marx-Platz getroffen.

Weiland erwartete einen niederländischen Genossen. Als stattdessen van der Lubbe auftauchte und für eine revolutionäre Aktion agitierte, will Weiland misstrauisch geworden sein. Der Besucher habe „von uns verlangt loszuschlagen“, alle linken Organisationen würden sich dann anschließen, auch die SA und die Reichswehr. Weiland hat nach eigener Erinnerung daraufhin dem Holländer ins Gesicht gesagt: „Du bist Provokateuren aufgesessen.“

Möglich, dass van der Lubbe für seinen Aktionismus („Man muss etwas machen“) Zuspruch von einem Agent provocateur erhielt. Vielleicht haben ihn auch nur einige Verzweifelte aus der grauen Armee der Arbeitslosen ermutigt. Aber außer Weilands Behauptung gibt es keine Belege, und Weiland ist ein problematischer Zeuge: Er hat in einem Brief 1960 ausdrücklich verneint, van der Lubbe getroffen zu haben.

Die Stasi argwöhnte zeitweise ganz andere Helfer van der Lubbes. Bei ihr stand in den fünfziger Jahren der Genosse Walter Jahnecke unter Verdacht, mit dem Holländer „individuellen Terror“ – so nannte man Anschläge ohne Erlaubnis der Partei – durchgeführt zu haben, wenn auch nicht auf den Reichstag. Jahnecke hatte bis 1926 mehrere Jahre in der Sowjetunion gelebt und behauptete später, er habe in Berlin Beziehungen zu van der Lubbes Mitangeklagtem Dimitrow gepflegt.

Gesichert ist freilich nur, dass van der Lubbe und Jahnecke sich vor der Zahl-

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

SUDD. VERLAG

Kommunistischer Aufmarsch*: *Kampf mit gefälschten Dokumenten*

stelle des Wohlfahrtsamts kennen gelernt hatten. „Der Mann“, urteilte Jahnecke über den Schwärmer aus Leiden, „ist ungeheuer edel in seinem Denken.“ Er bot dem abgerissenen, hungrigen, aber politisch gut informierten Wanderer Stullen an, organisierte eine Schlafstelle und einen alten Mantel.

Nach einer Woche hatte van der Lubbe vom Reden genug. Und da die Deutschen „nichts unternehmen wollten, wollte ich eben etwas tun“, so seine spätere Aussage vor der Polizei. Er kaufte vier Pakete Kohlenanzünder und warf einige Stücke auf das Dach des Neuköllner Wohlfahrtsamts, eines schleuderte er in ein offenes Fenster der Holzbaracke – aus Protest gegen die Arbeitslosigkeit, wie er in den Vernehmungen sagte. Das Wohlfahrtsamt galt als Zwingburg des Kapitalismus.

Erfolg hatten beide Versuche nicht. Den Dachbrand bemerkten Passanten rechtzeitig, und das offene Fenster führte in die Damentoilette; der Anzünder verbrannte auf dem Betonfußboden.

Zwei weitere, ähnlich dilettantische Brandstiftungen unternahm van der Lubbe noch am gleichen Abend am Roten Rathaus und beim Berliner Schloss. Das Rathaus galt ihm als politisches Symbol; das Schloss wählte er, weil es im Zentrum lag und „hohe Flammen“ zu erwarten waren: „Ich wollte den deutschen Arbeitern ein Vorbild geben; sie sollten endlich ihre Rechte durchdrücken.“ Beide Feuer wurden rechtzeitig entdeckt, die Gebäude blieben ohne Schaden. Bisher konnte niemand erklären, wie diese Brandstiftungen von angeblichen Hintermännern van der Lubbes initiiert worden seien.

Tags darauf machte sich der erfolglose Brandstifter vorzeitig auf den Heimweg nach Holland, wohl aus Enttäuschung. Eigentlich hatte er bis zu den Parlamentswahlen am 5. März bleiben wollen.

Hinter Spandau bog er Richtung Norden ab und meldete sich am frühen Abend im Hennigsdorfer Obdachlosenasyl an. Über den Abstecher nach Hennigsdorf am Vorabend des Reichstagsbrands ist viel geraunt worden, auch von Bahar und Kugel. In den nun vorliegenden Berliner Akten liefert der sehbehinderte, ortsunkundige van der Lubbe eine banale Erklärung: „Ich habe mich dorthin verlaufen.“

Es wird wohl ein Geheimnis bleiben, was den eigenwilligen, oft schwankenden Mann gut zwölf Stunden später wieder in die Hauptstadt trieb, entschlossen, dieses Mal dem Reichstag den roten Hahn aufzusetzen. Ein Einfall? Wollte er es einfach noch mal probieren? Oder hat ihn jemand zu einer erneuten Brandstiftung ermuntert?

„Der Reichstagsbrand ist ein von Gott gegebenes Signal“

Die Nazi-Führung, das legen die Berichte über jenen Abend nahe, war von dem Brand jedenfalls überrascht. Hitlers Auslandspressechef Ernst „Putzi“ Hanfstaengl lag mit einer fiebrigen Erkältung im Gästezimmer des Reichstagspräsidentenpalais gegenüber vom Reichstag, als er durch helles Licht geweckt wurde. Die Tür zum Nebenzimmer stand offen, und Hanfstaengl dachte zunächst, er habe die Leselampe brennen lassen. Da stürmte die Haushälterin in sein Zimmer: „Herr Doktor, Herr Doktor, der Reichstag brennt lichterloh!“ Hanfstaengl rief sofort Propagandachef Joseph Goebbels an, in dessen Privatwohnung Freunde und auch Hitler zu Abend aßen; es gab Forelle, der Vegetarier Hitler verspeiste Eier und Salat.

Goebbels wollte die Nachricht erst nicht glauben: „Soll das ein Witz sein?“ Später behauptete Hanfstaengl, der 1937 aus Deutschland flüchtete und sich von den Nazis abwandte, Goebbels habe ihm bei dem Telefonat Theater vorgespielt. Doch Hitlers Fotograf Heinrich Hoffmann, der beim Führer saß, beobachtete die Szene genau; Hitler wollte die Nachricht nicht glauben: „Was ist los, Hanfstaengl? Na, hören Sie auf. Leiden Sie an Halluzinationen? Oder haben Sie zu viel Whisky getrunken? Was … ? Sie sehen die Flammen von Ihrem Zimmer aus?“

Hitler eilte mit Goebbels zum Wagen; sie rasten in wenigen Minuten von Goebbels’ Wohnung am heutigen Theodor-Heuss-Platz zum Reichstag. Düster stapfte der „Führer“ durch das brennende Gebäude. Der britische Journalist Sefton Delmer hörte, wie der Reichskanzler seinen Stellvertreter Franz von Papen begrüßte: „Dies ist ein von Gott gegebenes Signal, Herr Vizekanzler. Wenn dies Feuer, wie ich glaube, das Werk der Kommunisten ist, dann müssen wir die Mörderpest mit eiserner Faust zerschlagen.“

Die NSDAP-Führung erwartete damals einen kommunistischen Aufstand. Sie konnte sich nicht vorstellen, dass die KPD dem braunen Diktator das Feld kampflos überlassen würde. Die Kommunisten, begründete Goebbels während des Prozesses gegen van der Lubbe diese Annahme, hätten schließlich gewusst, „dass wir, wenn wir die Macht einmal absolut besaßen … die Kommunistische Partei dann nicht ungeschoren ließen … “

Unter den Nationalsozialisten herrschte eine beinahe hysterische Kommunistenfurcht. Wochenlang hatte die KPD-Führung für einen bewaffneten Widerstand getrommelt, obwohl sie insgeheim glaubte, Hitler werde sich nur wenige Monate halten. In den Tagen vor dem Brand kam es immer wieder zu Schießereien zwischen SA-Männern und KPD-Mitgliedern.

Reichstagspräsident Göring, zugleich kommissarischer preußischer Innenminister, plante eine große Aktion gegen die KPD. Verhaftungslisten konnte er von seinem Vorgänger übernehmen; sie waren noch in der Weimarer Republik für den Ausnahmezustand vorbereitet worden.

Nach den Wahlen im März 1933 wollte Göring zudem die KPD-Mandate einfach kassieren. Am Nachmittag des Brandtages befahl der Berliner Chef der Politischen Polizei, Rudolf Diels, allen Polizeidienststellen in Preußen, sich auf kommunistische Anschläge vor und nach den Wahlen einzustellen. „Geeignete Gegenmaßnahmen“ seien sofort zu treffen, „kommunistische Funktionäre erforderlichenfalls in Schutzhaft zu nehmen“.

Es sind Vorbereitungen wie diese, die Kugel und Bahar glauben lassen, die Nazis hätten den Reichstagsbrand und die anschließenden Verhaftungen von langer

* Am 1. Mai 1926 in Berlin.

Werbeseite

Werbeseite

Hand präpariert. Plausibler ist es, darin die Vorbereitung für einen Schlag gegen die linke Opposition nach den Wahlen eine Woche später zu sehen.

Noch Jahre danach war Hitler überzeugt, Kommunisten um den in Leipzig freigesprochenen KPD-Fraktionschef Torgler seien die Brandstifter gewesen. Goebbels notierte in seinem Tagebuch im April 1941: „Bei Reichstagsbrand tippt er (*Hitler* –Red.) auf Torgler als Urheber. Halte das für ausgeschlossen. Dazu ist er viel zu bürgerlich."

Auch unter den Nazis wurde viel geraunt. Chefideologe Alfred Rosenberg vertraute noch am Brandort dem Journalisten Delmer an: „Ich hoffe nur, unsere Leute haben damit nichts zu tun. Das wäre genau die Dummheit, zu der ein paar von ihnen im Stande wären." Die SS vermutete damals angeblich in der SA die Täter. Die Gestapo soll ihren 1934 geschassten Chef Diels für den Hintermann gehalten haben. Göring schien Goebbels zu verdächtigen.

Nach 1945 nahmen die Täter-Theorien aus braunen Kreisen mitunter komödiantische Züge an. Der einstige SA-Führer Franz Knospe etwa berichtete, der Reichstagsbrand sei von einer SS-Einheit geplant worden. Bei einem SS-Angehörigen namens Brauser, der Knospe angeblich ermorden sollte, wollte dieser ein Taschenbuch mit Eintragungen in verklausuliertem Esperanto gefunden haben. Ein Untergebener aus der SA, der ein wenig Esperanto verstand, soll Knospe versichert haben, aus den erbeuteten Notizen gehe unmissverständlich hervor, dass Brauser „ein Kumpan van der Lubbes" gewesen sei. Die Knospe-Spur gehört zu den Fährten, die Fischler und Brack ernsthaft verfolgen.

Einer aus der Führungsriege der Nationalsozialisten hat sich immerhin der Brandstiftung bezichtigt, und das war Göring. Bei einem Geburtstagsfrühstück für Hitler in dessen ostpreußischem Hauptquartier Wolfsschanze rief er 1942 aus: „Der Einzige, der über den Reichstag wirklich Bescheid weiß, bin ich. Ich habe ihn ja angezündet", und klatschte sich auf die Schenkel. Die Tischrunde verstummte, berichtete Generalstabschef Franz Halder, Hitler sei unangenehm berührt gewesen. Die übliche Prahlerei des morphiumsüchtigen Adlatus, ein misslungener Scherz?

Vor dem Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunal stritt Göring, der andere blutige Schandtaten durchaus zugab, alle Verantwortung für den unblutigen Reichstagsbrand ab. Die Zerschlagung der KPD, erklärte er seinen Vernehmern ganz offen, sei sowieso geplant gewesen. Der Reichstagsbrand habe das Ganze nur beschleunigt.

Es sind faszinierende Spuren, die zu Göring führen und die Phantasie leicht beflügeln. Vom Reichstag lief ein etwa 120 Meter langer, mannshoher Tunnel mit Heizungsrohren unter der Friedrich-Ebert-Straße hinweg zum Keller von Görings Reichstagspräsidentenpalais und von dort zu den Unterbauten des so genannten Kesselhauses am Reichstagsufer; in diesem standen acht riesige Heizungskessel. Der Reichstagsarchitekt Paul Wallot wollte unbedingt seine Schöpfung vor Brandgefahr schützen und hatte deshalb die Kessel separat untergebracht.

AKG

Wähler in Berlin*: *Mit Terror den Weg zur Mehrheit geebnet*

Der Tunnel war stadtbekannt. Während der Revolution von 1918/19 hatten rebellierende Soldaten Waffen durch den Gang in den besetzten Reichstag geschleppt. Nach dem Reichstagsbrand spekulierte Göring öffentlich darüber, dass van der Lubbes kommunistische Helfer auf diesem Weg entflohen seien. Als Göring in der Brandnacht zum Reichstag herbeieilte, befahl er sogleich seinem Leibwächter, die Türen zu dem Gang im Parlamentsgebäude und in seinem Palais zu überprüfen. Sie waren verschlossen.

Die Verschwörer hätten auf Strümpfen schleichen müssen

Die kommunistische Propaganda nutzte die unterirdische Verbindung trotzdem für wilde Verdächtigungen; statt roter seien braune Brandstifter durch den Tunnel in den Reichstag eingestiegen und wieder entwichen. Eine Flucht durch den Tunnel in der Brandnacht schien allerdings wenig wahrscheinlich, weil der Pförtner, dessen Loge am Tunnel lag, nichts gehört hatte.

Nun haben Bahar und Kugel die Spur aufgenommen und alle Zeugenaussagen anhand der neuen Berliner Akten nochmals überprüft. 1997 ist Kugel sogar den Tunnel abgeschritten. Danach waren er und Bahar sicher: Ortskundige mit den notwendigen Schlüsseln konnten durch die verschachtelten Kellergewölbe und dann über die Mauer zum Reichstagsufer entkommen.

Die Verschwörer hätten allerdings, das geht ebenfalls aus den neuen Akten hervor, auf Strümpfen schleichen müssen, wie der Pförtner aussagte. Das Laufen im Gang habe nämlich so laut gedröhnt, dass es tagsüber sogar den Straßenverkehr übertönte.

Leider kann den Ortsbesuch im Tunnel niemand wiederholen – er wurde vor einigen Jahren den Umbauten im neuen Parlamentsviertel geopfert. Nur ein wenige Meter langes Reststück steht noch, abgesenkt in der Unterführung zwischen dem Palais und dem Reichstag. Das Bundestagspräsidium will dort demnächst eine Gedenktafel anbringen, die an das „Gerücht" erinnert, Göring habe „Brandstifter durch diesen Tunnel in das Reichstagsgebäude geschickt".

Bei Reichstagshistorikern, etwa dem amerikanischen Wissenschaftler Michael Cullen, sorgt allein die Erwähnung des „Gerüchts" für Verdruss; das sei „nicht seriös". Cullen will lieber in anderer Form an den Brand erinnern, im Reichstag. Schließlich führte das Leipziger Reichsgericht fast die Hälfte des Prozesses in den unversehrten Räumen des Gebäudes durch.

Große Polit-Kriminalfälle wie der Reichstagsbrand umgibt das Mysterium des Bösen. Sie versprechen jedem, der zur Lösung beiträgt, Bedeutung, Wichtigkeit, Rampenlicht. Im Fall des Reichstagsbrandes lockten auch noch 20 000 Reichsmark Belohnung für sachdienliche Hinweise. Und so meldeten sich bei der Polizei 1933 die üblichen Hundertschaften Wichtigtuer, eingebildeter Zeugen und Desinformanten, bis heute ein unerschöpflicher Quell für Verschwörungstheoretiker.

Den Berufsverbrecher Adolf Rall kostete sein Gerede das Leben. Ein Förster fand die nackte Leiche am 2. November 1933 mit eingeschlagenem Schädel und einem Einschussloch in der Stirn in der Nähe von Strausberg, östlich Berlins.

Ralls Spezialität war das Stehlen von Luxuslimousinen. Am 21. Dezember 1932, Wochen vor dem Reichstagsbrand, erwischte ihn die Polizei in Bayern und überstell-

* Am 5. März 1933 mit dem DNVP-Vorsitzenden Alfred Hugenberg (M.) vor einem Wahllokal.

Werbeseite

Werbeseite

te ihn am 1. Februar 1933 nach Berlin. Aus dem Knast meldete sich Rall im Herbst 1933. Der Prozess gegen van der Lubbe lief auf Hochtouren, und Rall behauptete, Angaben von „großer Wichtigkeit“ machen zu können, freilich nur vor Gericht.

Was Rall Geheimnisvolles enthüllen wollte, ist nur vom Hörensagen überliefert. Eine Truppe von SA-Männern sei Tage vor dem Reichstagsbrand zu dem hochrangigen SA-Führer Karl Ernst bestellt worden. Der knapp 30-jährige Ernst, einst Page und Fahrstuhlführer im Berliner Eden-Hotel, gehörte zu den besonders üblen Schlägern der SA. Seinen Männern soll Ernst befohlen haben, sich durch den Tunnel in den Reichstag zu schleichen und dort mit Hilfe einer speziellen Tinktur Feuer zu legen. Die Tinktur brauche man nur zu verspritzen, sie entzünde sich nach einer Weile von selbst. Ein Vorwand sei nötig, soll Ernst gesagt haben, um gegen die Marxisten loszuschlagen.

Karl Reineking arbeitete als Justizangestellter im Gefängnis Berlin-Tegel und erfuhr offenbar, was Rall erzählte. Reineking war gerade aus der SA ausgeschlossen worden und wollte sich wahrscheinlich rehabilitieren. Er informierte angeblich sofort Ernst, der das Aussageprotokoll Ralls beseitigte und den Zeugen durch Reineking und einige Spießgesellen ermorden ließ.

Die Rall-Version hat einen kleinen Schönheitsfehler: Rall konnte von der Reichstagsbrandstiftung nicht aus eigener Anschauung berichten; er saß am Rosenmontag 1933 im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit. Macht nichts, finden heute die Kritiker Bahar und Kugel, dann hat die SA eben möglicherweise schon Wochen vor Hitlers Machtergreifung, als Rall noch in Freiheit war, den Brand vorbereitet und die Brandmittel heimlich in den Reichstag gebracht. So schreiben es Bahar und Kugel tatsächlich in der ehrwürdigen „Historischen Zeitschrift“.

Plausibler klingt eine andere Variante. Rall suchte – wie viele Knastbrüder – ein wenig Ablenkung im öden Gefängnisalltag. Die Ingredienzen seiner Geschichte gab es tatsächlich: Es gab den Tunnel; es gab die besagte Tinktur, denn die SA hatte mit einer Phosphor-Lösung experimentiert, um damit Wahlplakate der KPD abzufackeln, und Rall war SA-Mann. Für die kommunistische Propaganda wäre Ralls Auftreten vor Gericht ideal gewesen. Grund genug für die Nazis, Ralls Aussage um jeden Preis zu verhindern, auch durch Mord.

Van der Lubbe ahnte lange nicht, was ihm drohte. Er rechne „mit einigen Jahren Zuchthaus“, verkündete er fröhlich seinen Bewachern auf dem Transport zu den Verhören; anschließend werde er sie besuchen.

ULLSTEIN BILDERDIENST

Reichstagstunnel (1933)*
Wilde Verdächtigungen

M. URBAN

Reste des Tunnels (2001): *Gedenktafel für ein Gerücht?*

Vor Gericht wollte er ein flammendes Plädoyer für den Kommunismus halten.

Dazu ist es nie gekommen. Im Gerichtssaal saß er mit hängendem Kopf, seine tropfende Nase musste ihm ein Wachmann abwischen, oft antwortete er gar nicht oder mit „Nein! Ja!“ Stand er unter Drogen, wie oft vermutet wurde, war er trotzig oder nur verzweifelt?

Kriminalkommissar Walter Zirpins, der van der Lubbe zunächst vernahm, hatte ihm noch geglaubt, allein den Brand gelegt zu haben, wenn auch von Kommunisten angestiftet. Er sei, sagte der kleine, stets elegante Zirpins im Prozess aus, van der Lubbe „auch menschlich sehr nahe“ gekommen.

Zirpins schloss seine Verhöre nach wenigen Tagen ab; eine Sonderkommission nahm fortan van der Lubbe in die Mangel. Immer wieder sollte er durch den Reichstag laufen, wie er es in der Brandnacht getan hatte. Dass van der Lubbe den Weg nicht exakt erinnerte, sah Untersuchungsrichter Paul Vogt als Beleg für die Existenz von Helfern; Bahar und Kugel schließen sich dem an.

Dabei wäre es erstaunlich gewesen, hätte der Holländer problemlos seinen Pfad durch das teilweise ausgebrannte Gebäude wiederholen können. Schließlich war er selber nur einmal, im Dunkeln, durch Teile des 11 000 Quadratmeter großen Reichstags gehetzt. „Dem ersten Beamten habe ich bereits gesagt“, rief van der Lubbe schließlich aus, „dass ich bei der Ausführung der Tat in einem fremden Gebäude … nicht sagen kann, wie nun alles geschehen ist.“

Ermattet von den ständigen Fragen, Tag und Nacht gefesselt in einer Zelle, in der das Licht rund um die Uhr brannte, verweigerte sich van der Lubbe seinen Vernehmern: „Ich werde keine Erklärung mehr abgeben, mich interessiert die ganze Sache nicht, ich will damit nichts mehr zu tun haben.“ In den Dokumenten finden sich nach solchen Äußerungen Sätze wie: „Anschließend wird dem van der Lubbe klar gemacht, dass es nicht darauf ankomme, ob er Interesse an der Sache habe, sondern dass es darauf ankomme, dass die Polizei großes Interesse hat, die Sache zu klären.“ Die Worte lassen ahnen, dass dem Holländer nichts Gutes widerfuhr; seine Apathie mag die Folge gewesen sein.

Der Untersuchungsrichter Vogt mochte bis zu seinem Lebensende nicht glauben, dass van der Lubbe in wenigen Minuten das tonnenschwere Eichengestühl des großen Plenarsaals in ein Flammenmeer versetzen konnte. Einige Sachverständige bestätigten ihn in seiner Skepsis; der Plenarsaal sei mit Brandmitteln präpariert gewesen. „Ja, die Sachverständigen können das alles sagen“, widersprach van der Lubbe, „ich bin der Meinung, es brennt doch.“

Noch heute sind die Gutachter Kronzeugen von Bahar, Kugel und Fischler, die die Expertisen so werten, als seien sie in der Bundesrepublik und nicht in Hitlers Diktatur abgegeben worden. Dabei gelten Brandgutachten schon in einem Rechtsstaat als Achillesferse der Beweisführung.

Wie bereits einige Gutachter 1933, rekonstruieren auch Bahar und Kugel mit Hilfe der Aussagen von Feuerwehrleuten und Polizisten, die im brennenden Reichstag waren, den Brandverlauf bis auf die Minute. Westdeutsche Richter hatten zu dieser Vorgehensweise im Van-der-Lubbe-Prozess später ironisch angemerkt, „dass auch die Uhren der Polizisten und Feuerwehrmän-

* Bei einem Lokaltermin am 18. Oktober.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

ner nicht unbedingt genau gehen müssen“.

Hausinspektor Alexander Scranowitz war einer der Ersten, die in den brennenden Plenarsaal blickten, für „den Bruchteil einer Sekunde“. Der ortskundige Mann behauptete hinterher mit großer Selbstsicherheit, eine ganze Reihe von Bränden gesehen zu haben, ein klassisches Indiz für ein geplant gelegtes Feuer.

In den Berliner Akten findet sich allerdings die bislang unbekannte Aussage eines Polizisten, Scranowitz sei in jenen Minuten sprachlos vor „Verwirrung und Erregung“ gewesen. Außerdem, auch das geht aus den Akten hervor, zeigte der Hausinspektor großes Interesse an einem Teil der Prämie. 1954 war er sich ganz sicher, dass van der Lubbe allein gezündelt hatte.

Einige Beamte aus Kripo und Gestapo, die im Reichstagsbrandfall ermittelt hatten, trafen sich in den Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik wieder. Vernehmer Zirpins etwa heuerte im niedersächsischen Innenministerium an und baute das Landeskriminalamt auf. In Hannover lernte ihn auch der spätere Reichstagsbrandforscher Tobias kennen; 1951 erzählte Zirpins dem Kollegen, was damals niemand glauben wollte: Van der Lubbe habe allein gezündelt.

ULLSTEIN BILDERDIENST

Brandstifter van der Lubbe*: *„Keine Erklärung mehr abgeben“*

„Auch die Uhren der Polizisten gehen nicht unbedingt genau“

Tobias interessierte sich für den Reichstagsbrand, weil dieser sein Leben verändert hatte. Als junger Mann hatte er in der Buchhandlung des Gewerkschaftshauses in Hannover gelernt; nach dem Brand 1933 wurde das Gewerkschaftshaus geschlossen; Tobias musste sich einen neuen Job suchen.

Zirpins’ Aussage faszinierte ihn, und Tobias begann systematisch alle zugänglichen Materialien auszuwerten. Mitte der fünfziger Jahre erfuhr ein Journalist des SPIEGEL von Tobias’ Recherchen; 1959/60 veröffentlichte der SPIEGEL die Forschungsergebnisse des Außenseiters.

Fischler vermutet nun, Zirpins habe seine Version von der Alleintäterschaft über Tobias und mit Hilfe brauner Seilschaften im SPIEGEL lanciert, um sich und seine Kollegen aus Kripo und Gestapo vor rechtlichen Folgen zu schützen und die wahren Brandstifter zu decken. Die Dokumente, in denen Zirpins schon 1933 van der Lubbe als alleinigen Täter bezeichnete, hält Fischler für „manipuliert“. Belege hat er dafür allerdings nicht. Und wie will Fischler erklären, dass ausgerechnet Tobias dem Kollegen Zirpins öffentlich vorwarf, mit Spekulationen über kommunistische Hintermänner 1933 den Weg van der Lubbes zum Schafott mit bereitet zu haben?

Fischler versucht seit langem, die braune Vergangenheit von Zirpins zu ergründen, besonders dessen Karriere vor und nach 1945. Zirpins hatte mehrere Monate lang bis zum Februar 1941 die Kriminalpolizei in Lodz geleitet. Er nahm an der staatlich verordneten Ausplünderung des Ghettos teil und schrieb über seine Arbeit einen üblen antisemitischen Artikel in einer Fachzeitschrift. Die Deportation und Vernichtung des Ghettos Lodz begann allerdings Monate nach Zirpins’ Abreise. Mindestens ein Kollege aus den Reichstagsbrandermittlungen hatte in Hitlers Vernichtungskrieg im Osten größere Schuld auf sich geladen als Zirpins. Mussten er, Zirpins und andere auch ein Reichstagsbrandverfahren fürchten?

In der Tat verjährten Meineide und schwere Brandstiftung erst 1960 oder sogar danach, und ein ehemaliger Gestapo-Beamter war nachweislich beunruhigt, als 1948 eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft drohte. Aber ist das ein Beleg dafür, dass die Alleintäter-These die wahren Schuldigen decken sollte? Wer sollten die gewesen sein?

Manche Beamte wollten aus ganz anderen Gründen ihr Verhalten bemänteln. Der Assessor Hans Schneppel etwa hatte den Haftbefehl gegen van der Lubbes Mitangeklagten Torgler und den rasenden Reporter und Kommunisten Egon Erwin Kisch unterzeichnet und während des Prozesses bei Zeugenabsprachen hoher Nazis mitgewirkt. Später war er im Bundesinnenministerium zuständig für den Verfassungsschutz, für den seit 1959 in Niedersachsen auch der Beamte Tobias arbeitete.

Brack und Fischler folgern rasch, „ein Verfassungsschutzbeamter strickt mit der Alleintäter-These eine Legende, die frühere kriminelle NS-Verstrickungen des oberen Ministerialbeamten, der den Verfassungsschutz beaufsichtigen sollte, vertuschte.“ Doch Tobias betrieb seine Forschungen über den Reichstagsbrand Jahre bevor er zum Verfassungsschutz wechselte und Schneppel die entsprechende Abteilung im Innenministerium übernahm.

Als Tobias den ehemaligen Assessor interviewte, erzählte Schneppel dem Reichstagsbrandforscher, er sei am Brandabend mit seiner Frau ausgegangen. Und er fügte hinzu, dass er nicht sicher sei, „ob die Nazis mit dem Brande nicht doch etwas zu tun gehabt haben“. Spricht so ein Verschwörer, der Tobias auf die Alleintäter-These festlegen will?

Der Vorwurf, altbraune Journalisten hätten beim SPIEGEL bei der Reichstagsbrandserie Hand angelegt, ist schon 1960 erhoben worden. Nach dem Krieg heuerten in der Tat Journalisten und andere Deutsche, die Hitler willig zu Diensten waren, in den neuen Zeitungen und Zeitschriften der Bundesrepublik an; eine gute Hand voll, auch das ist seit Jahren bekannt, beim SPIEGEL.

Einer von ihnen war Paul K. Schmidt, der ehemalige Pressechef von Hitlers Außenminister Joachim von Ribbentrop. Er war freier Mitarbeiter beim Springer-Verlag und arbeitete gleichzeitig eine Weile für den SPIEGEL. In der Öffentlichkeit wurde Schmidt unter dem Pseudonym Paul Carell als Autor von Landserromanen bekannt.

Schmidt hatte vor der Deportation der ungarischen Juden aus Budapest 1944 vorgeschlagen, „äußere Anlässe und Begründungen für die Aktion (*zu schaffen* –Red.), zum Beispiel Sprengstoff-Funde in jüdischen Vereinshäusern und Synagogen … “. 1950 hatte ihn die britische Militärregierung der „Welt“ als Mitarbeiter empfohlen, möglicherweise in Unkenntnis solcher Vermerke.

W. SCHMIDT / NOVUM

Beamter Zirpins (1951)
„Menschlich sehr nahe“

Mit dem Reichstagsbrand hatte Schmidt allerdings nichts zu tun, 1933 studierte er in Kiel. 1958 schlug der SPIEGEL Tobias vor, der freie Mitarbeiter Schmidt solle die Bearbeitung seines Textes übernehmen. Tobias

* Bei einem Verhör durch den Kriminalkommissar Helmut Heisig im März 1933.

Werbeseite

Werbeseite

DPA

Reichstag bei der Einheitsfeier 1990: *Der positive Beweis für andere Täter ist nicht zu erbringen*

kannte Schmidts üblen Vermerk von 1944 nicht und willigte ein. Als ein Genosse aus dem SPD-Parteivorstand den Sozialdemokraten Tobias in allgemeinen Wendungen vor Schmidt warnte, schrieb Tobias zurück, er könne sich gut vorstellen, dass dieser ein tüchtiger Nazi gewesen sei, und fügte an: „Aber … wenn Du die alle ausschließen willst …“.

Beim Redigieren ließ sich Schmidt reichlich Zeit, zum Verdruss von Tobias, der sogar deshalb die Zusammenarbeit mit dem SPIEGEL beenden wollte. Über das Ergebnis von Schmidts Arbeit war er so enttäuscht („sachliche Fehler en masse“), dass er seitenlange Korrekturlisten an den SPIEGEL schickte. Fortan übernahm der Redakteur Günther Zacharias die Bearbeitung der Tobias-Serie zum Reichstagsbrand.

Die SPIEGEL-Kritiker Bahar und Kugel behaupten nun, auch Zacharias sei NSDAP-Mitglied gewesen. Das hatte schon 1970 das Luxemburger Komitee geschrieben und war zwei Jahre später im SPIEGEL widerlegt worden: Es handelte sich um eine Verwechslung.

Brack, Fischler, Kugel und Bahar haben zwar einige neue Details zum Reichstagsbrand und manchen Einwand gegen Tobias’ Werk zusammengetragen. Doch viele Kritikpunkte lassen sich mit den neuen Berliner Akten – das zeigen Recherchen des SPIEGEL – auch gleich wieder entkräften oder beruhen auf schlichten Fehlinterpretationen der Dokumente.

Und den positiven Beweis für andere Täter vermögen die vier aus den neuen Unterlagen nicht zu erbringen. Ein anderer Befund wäre auch erstaunlich: Den Teil der Berliner Papiere, der von der Gestapo stammt, hat diese schließlich selber dem Reichsgericht übereignet. Wieso sollte ausgerechnet die Geheimpolizei Belege aus der Hand gegeben haben, in denen sich Beweise dafür finden, dass die Nazis oder ihre Verbündeten – und damit weder van der Lubbe noch die Kommunisten – die Brandleger gewesen waren? Die Alleintäter-These bleibt die plausibelste Variante.

Einen besonders geheimnisvollen Vorgang haben Bahar und Kugel inzwischen selber aufgeklärt. Sie hatten eine Aufsehen erregende Aussage eines Feuerwehrmannes aus dem Jahr 1955 aufgegriffen, ihn hätten während des Einsatzes im Reichstag mehrere Männer in nagelneuen Polizeiuniformen mit gezückter Pistole gezwungen, das Erdgeschoss zu verlassen. Der Mann und seine Kollegen waren sich einig, dass die angeblichen Polizisten den Rückzug der Brandstifter deckten. Die neuen Akten, triumphierten die Autoren, würden diese Version bestätigen.

Inzwischen haben Bahar und Kugel ihre vermeintlichen Belegstücke genau gelesen und räumen ein, dass es sich bei den angeblichen Komplizen wohl um ganz normale Polizisten handelte, die im Gebäude nach Brandstiftern suchten.

In Kriminalfällen einer gewissen Größenordnung, das zeigt die Geschichte vom angeblichen Gifttod Napoleons bis zur Ermordung von John F. Kennedy, findet fast jede Theorie einen Verfechter. Da spielt es dann keine Rolle mehr, dass van der Lubbe ein glaubwürdiges Motiv besaß, dass Hitler, der nun wirklich über eine Anstiftung aus Nazi-Kreisen hätte Bescheid wissen müssen, von der Schuld der KPD ausging, dass nie ein Zeuge glaubwürdig Nationalsozialisten benennen konnte, die den Reichstag angesteckt haben.

Totalitäre Diktaturen wie das Dritte Reich, die freie Presse und öffentliche Meinung unterdrücken, provozieren damit jeden beliebigen Verdacht: Was plausibel klingt, ist verdächtig, und was verdächtig klingt, ist wahrscheinlich.

Beenden lassen sich deshalb Debatten wie die um den Reichstagsbrand nicht. Zu eindeutig lag der Nutzen bei den Nazis, zu ungewohnt war und ist manchen die Vorstellung, dass ein halbblinder Holländer das deutsche Parlament in Brand steckte.

Gegen das Raunen der Gerüchte haben es die Fakten bis heute schwer. Van der Lubbe hat immer wieder beteuert, dass er allein die Brände gelegt hat; Ermittlungsbeamte wie Zirpins haben dies geglaubt und unter Eid 1933 im Prozess ausgesagt, obwohl es den Nazis nicht genehm war; beim Probesprint mit einem Brandkommissar durch den ausgebrannten Reichstag stellte sich heraus, dass van der Lubbe in der verfügbaren Zeit die Strecke der Brandnacht laufen konnte. Vergebens. Für Bahar, Fischler, Brack und Kugel zählen nur jene Merkwürdigkeiten, die sich wohl nie klären lassen werden.

Der Mann, an dessen Tat sich die endlose Kontroverse entzündete, meldete sich zur Täterfrage zuletzt am 23. November 1933 im Leipziger Gerichtssaal zu Wort. Allen Einwänden zum Trotz, erklärte van der Lubbe, „habe ich die Tat allein begangen.“

Als ihn der Staatsanwalt am 10. Januar 1934, drei Tage vor seinem 25. Geburtstag, im Angesicht der Guillotine fragte, ob er noch etwas zu sagen habe, verneinte er. Das letzte Wort, das der Gefängnispfarrer hörte, war „Endlich!“ KLAUS WIEGREFE

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

VERBRECHEN

Russisches Roulette

Während die Bundeswehr den Frieden im Kosovo schützt, spannen Albaner-Banden von dort ihre kriminellen Netze über Europa aus.

Die Schießerei vor der Berliner Table-Dance-Bar „Clapa Clapa“ unweit der Siegessäule war milieuüblich. Zwei rivalisierende Albaner-Gruppen stritten sich Anfang vergangenen Jahres um die Vorherrschaft, und einer der Kriminellen tat, was ihm das Nächste war – er griff zur Waffe. Zurück blieb ein Landsmann mit Durchschuss des Hodensacks.

Mittlerweile wird der Schütze auch in Mazedonien per Haftbefehl gesucht. Er soll einem UÇK-Kommando angehört haben, das in Tetovo mit Panzerfäusten und Maschinengewehren eine Polizeistation zusammenkartätschte. Zurück blieben diesmal ein Toter und etliche Verletzte.

Für den Albaner vermutlich ein gängiger Akt der Interessenvertretung, für die Nato aber eine Düpierung. Denn eigentlich soll die Nato und mit ihr die Bundeswehr in dieser Region für Ruhe und Ordnung sorgen. Stattdessen führte die Kosovo-Befreiungsarmee UÇK, die längst entwaffnet sein sollte, von dort ihre Attacke auf den Nachbarn Mazedonien aus. Und womöglich eine, bei der jener Schütze von der Clapa-Clapa-Bar nicht das einzige Verbindungsglied zum kriminellen Milieu war.

Beerdigung eines erschossenen UÇK-Kämpfers*: *„Der Konflikt geht gerade erst los“*

AP

Diente der Angriff nur dem Schutz von Schmuggelrouten? Nützt das Zündeln der UÇK vor allem Verbrecherclans, denen jede Rechtsstaatlichkeit das Geschäft erschwert? Und schützt die Nato letztlich die Interessen dieser Gangs, die sich die befreite Zone zur Beute nehmen und von dort ihre weltweiten Netze spannen?

Schon schlagen Geheimdienste und Sicherheitsexperten Alarm: Mafiose Cliquen aus dem Kosovo schickten sich an, ihren Einfluss in Deutschland, Europa und in den USA vehement auszubauen, klagt ein deutscher Kriminaldirektor. Das organisierte Verbrechen aus dem Kosovo sei eine der größten Bedrohungen westlicher Länder.

Bevor der Bundestag im Juni das Mandat für die deutschen Truppen im Kosovo verlängern soll, wachsen deshalb die Zweifel, ob die Ziele nicht neu definiert werden müssen. Willy Wimmer, langjähriger Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, warnt vor einer leichtherzigen Fortführung des Kfor-Mandats. „Wenn der Einsatz nur verlängert und allein von guten Hoffnungen begleitet wird, dann ist das russisches Roulette.“ Im Bundestag, kritisiert Wimmer, werde der Auftrag der Bundeswehr kaum hinterfragt.

„Der Konflikt im Kosovo“, warnt Wolf Oschlies, Südosteuropa-Fachmann der renommierten Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik, „geht gerade erst los.“ Statt eines demokratischen Rechtsstaats sieht der Professor der Universität Gießen nur ein „kriminell oder militärisch straff durchorganisiertes Gebilde“ im Kosovo entstehen. Ein Krake, der mittelfristig nicht nur nach Mazedonien, sondern auch nach albanisch besiedelten Gebieten in Montenegro, Griechenland und Südserbien greife. „Da entsteht etwas“, warnt Slawist Oschlies, „was den ganzen Balkan destabilisiert.“

Auch der Staat Albanien, dessen führende Politiker den Verdacht nicht abstreifen können, mit dem organisierten Verbrechen gemeinsame Sache zu machen, bleibe „dauerhaft derangiert“. „The Gangsters’ Paradise“, titelte Ende März das US-Magazin „Newsweek“ über den Balkanstaat. Das Land sei ein Nest von Drogendealern, Waffenhändlern und Menschenschmugglern. Die albanische Bedrohung, glaubt Oschlies, habe nur einen positiven Aspekt: Unter dem Druck rückten die anderen Balkanländer näher zusammen.

Das Kosovo bleibe ein Pulverfass, in dem die Anständigen zwischen den Interessen rivalisierender Clanchefs zerrieben würden. Geradezu „netzartige Verbindun-

* Im Februar 2000 in Kosovska Mitrovica.

Werbeseite

Werbeseite

gen“ macht Oschlies zwischen zwielichtigen Geschäftemachern und Führern der UÇK aus. Ein Drittel der Kriegskosten, schätzt er, komme über Spenden der Emigranten herein, der Rest des UÇK-Feldzugs finanziere sich durch „Waffen-, Drogen- und Menschenhandel“.

Selbst der albanische Journalist Baton Haxhiu meint, das Kosovo sei ein „Eldorado für Verbrecher“. So fiel der Clan, dem auch der Schütze von der Clapa-Clapa-Bar angehört, bereits Mitte der neunziger Jahre in Berlin als potenter Heroinlieferant auf. Auf ihren Schmuggeltouren brachten seine Kuriere das Rauschgift aus der Türkei nach London, Madrid und Oslo.

Tschechien gilt als ein Zentrum der Kosovo-Albaner für den illegalen Handel mit Drogen und Waffen. Da Vorgehensweise und Treffpunkte immer ähnlich seien, lasse sich nur schwer feststellen, „ob es eine Bande ist, die handelt, oder mehrere“, heißt es in einer internen Analyse der Berliner Polizei.

„Der Heroinhandel“, berichtet die Kantonspolizei in Bern, „ist nach wie vor eine Domäne von Personen aus den Balkanstaaten, vor allem der albanisch-stämmigen Asylbewerber.“ Vor einem Jahr wurden dort vier Albaner wegen Freiheitsberaubung, Förderung der Prostitution, Drogenhandels und Schleusung zu langen Haftstrafen verurteilt.

Vorvergangenen Mittwoch sprengte die Polizei in München eine albanische Bande, die hinter der Fassade eines Reisebüros im großen Stil mit Rauschgift handelte und Millionen von Mark ins Krisengebiet schaffte. Im Kosovo warb die Organisation damit, jeden Menschen gegen Geld wahlweise nach Deutschland, Italien, Großbritannien oder in die Niederlande schleusen zu können.

Albanische Paten, davon geht die Polizei in Deutschland aus, haben längst ein funktionierendes Netzwerk in Europa und in Teilen der USA aufgebaut. Nach Erkenntnissen des US-Geheimdienstes CIA erstrecken sich die Aktivitäten der National-Albaner über den Balkan, Italien, Griechenland und die Türkei, während Banden aus dem Kosovo Teile Nord- und Westeuropas unter sich aufgeteilt hätten.

Albanische Kriminelle, heißt es auch in einem vertraulichen Papier des Bundesnachrichtendiensts (BND), seien stark implementiert in den west- und osteuropäischen Rauschgifthandel. Es gebe „Netzwerke“ mit „deutlichen Führungspersönlichkeiten“ der albanischen Organisierten Kriminalität (OK), die sich durch ein „hohes Gewaltpotenzial“ auszeichneten.

Der BND-Bericht, der auf einer Tagung Ende November 2000 den Chefs mehrerer Landeskriminalämter vorgestellt wurde, nennt die Namen der Banden, ihrer Führer, ihrer Kontaktleute und ihre Aktivitäten bis hin zur Geldwäsche. Die Verbindungen für die Beschaffung der Drogen, überwiegend Heroin, reichen nach BND-Erkenntnissen über die Türkei als Transitland bis zu den Opiumlieferanten in der afghanischen Hauptstadt Kabul – das Papier ist der Bundesregierung bekannt.

Die Polizei steht bei der Bekämpfung albanischer Banden vor größten Problemen. „Es ist so gut wie unmöglich“, klagt der Präsident des Bundeskriminalamts, Ulrich Kersten, in die Clans einzudringen oder Aussagen zu erhalten. Albanische Kriminelle, stellten auch US-Ermittler fest, sprächen Dialekte, die Außenstehende kaum verstünden. Ohnehin gelte jeder Fremde als verdächtig. Mit den eingeschränkten Ermittlungsmöglichkeiten, bilanziert der bayerische OK-Fahnder Josef Geissdörfer, „wächst die Bedrohung“.

Seit Jahrhunderten lebten Albaner – überwiegend im Kosovo und Nordalbanien – unter dem Druck fremder Machthaber dennoch nach eigenem, archaischem Recht, dem Kanun. Familien- und Clanbeziehungen sowie das Gesetz der Miqte, der Freunde, spielen darin eine entscheidende Rolle. Das Blutrecht half, in Ermangelung staatlicher Ordnung, ein halbwegs berechenbares und funktionierendes Gemeinwesen aufrechtzuerhalten.

Das Prinzip heißt Besa und definiert, wer neben Blutsverwandten zur Solidargruppe gehört und deren Schutz genießt. Auf Verrat kann der Tod stehen. Die Sippe ist alles, selbst Raub fremden Eigentums ist, sofern er der Familie dient, legitim. „Töten wird hier“, sagt die Balkanexpertin Stephanie Schwandner-Sievers von der Londoner Universität, „zur sozialen Notwendigkeit.“ Das erklärt, warum die Polizei von Albanern so gut wie nie Aussagen erhält. Denn für den Verrat könnte die ganze Sippe mit Blut büßen müssen.

„Keinesfalls ist jeder Albaner kriminell“, sagt ein Hamburger Fahnder, der lange gegen einen Clan ermittelte, „aber kein Albaner würde je einen anderen verraten.“ So ist von den in der Hansestadt lebenden Albanern nur ein kleiner Teil polizeilich aufgefallen. Doch nie würde sich ein Albaner einem Polizisten anvertrauen, und selbst ein Krimineller könne sich wegen ihres Rechts auf den Schutz der Volksgruppe verlassen. Der Kanun steht über jedem Staatenrecht.

Gern würden die deutschen Innenminister die hier lebenden Kosovaren so schnell wie möglich wieder nach Hause schicken. Doch für die Sicherheit der Angehörigen einer der fünf nicht-albanischen Volksgruppen kann dort trotz 42 500 Soldaten und mehr als 4000 Uno-Polizisten niemand garantieren. Denn was einst die Serben den Albanern antaten, vollziehen manche von ihnen jetzt unter den Augen der Nato an anderen Minderheiten.

Von „systematischen Pressionen, Einschüchterungen und gewaltsamen, immer wieder auch tödlich endenden Übergriffen“ gegen Nicht-Albaner berichtet das Auswärtige Amt. „Die Kfor wird auch auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, Minderheiten ausreichenden Schutz zu gewährleisten“, urteilt das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge.

So langsam dämmert es auch manchem in der Bundesregierung, dass man auf dem Balkan wohl die falschen Freunde hat. Mit Beginn des Krieges wurde die UÇK, die das Auswärtige Amt noch 1998 als „terroristische Organisation“ geschmäht hatte, faktisch zum Verbündeten. Das aber stellt sich zunehmend als Problem dar.

ANDREAS ULRICH

A. ZAND-VAKILI

Prostituierte (in Hamburg)

M. SCHLAF

Sichergestellte Drogen und Waffen (in München)

Festnahme eines albanischen Drogenhändlers (in Hamburg)

Albaner-Delikte Drogenschmuggel und Menschenhandel
„Verbrechernetze mit hohem Gewaltpotenzial“

Werbeseite

Werbeseite

SCHIFFFAHRT

Rumpeln in der Rinne

Seit Jahren gilt die Kadetrinne als gefährliches Fahrwasser. Entschärft wurde die unfallträchtige Wasserstraße nicht. Erst ab 2003 dürfte der Seeverkehr sicherer werden.

Sie heißen „Minerva“ oder „Meloi“, „Fawortia“ oder „Urai“. Ihre Rümpfe wurden gestaucht, verbeult oder aufgerissen. 19-mal krachte es seit Dezember 1991 im Seegebiet der so genannten Kadetrinne zwischen Dänemark und der Küste Mecklenburg-Vorpommerns. Doch ob die Schiffe strandeten oder sich Rumpf in Rumpf verkeilten – das Rumpeln auf dem Meer blieb ohne Echo vom Land.

Erst der 20. Crash – der zwischen dem unter der Flagge der Marshallinseln fahrenden Tanker „Baltic Carrier“ und dem zypriotischen Zuckerfrachter „Tern“ – weckte Verantwortliche und Politiker auf. Nach dem Zusammenprall am Donnerstag vorvergangener Woche traten 2700 Tonnen Schweröl aus dem Tankerrumpf und schwappten, vom Südostwind gen Dänemark getrieben, als schwarzer Schlick gegen die Strände der Inseln Falster, Mön und Bogö.

DPA

Havarierte „Baltic Carrier“
Dringender Handlungsbedarf

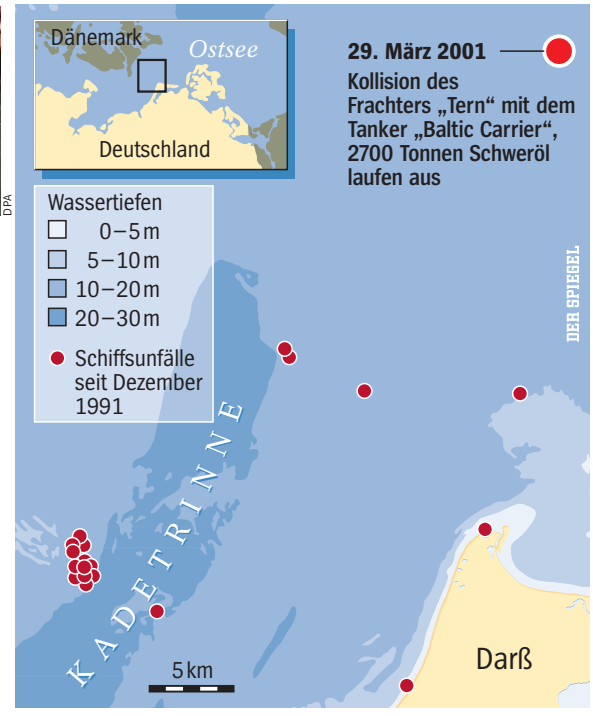
Unter dem Eindruck von krepierenden Kreaturen, von Umweltschützern, die mit Knüppeln todgeweihten Seevögeln das Leiden verkürzten, schallte Strand auf, Watt ab der Ruf nach Sicherheit auf See: Lotsenpflicht, Radarüberwachung und Havariekommandos sollen her; jedes Schiff mit gefährlicher Ladung müsse von Schleppern begleitet werden.

In Kiel diagnostizierte die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis „dringenden Handlungsbedarf“. So wie schon 1998, nachdem der Frachter „Pallas“ vor der Nordseeinsel Amrum gestrandet war und ein Bruchteil der jetzt in die Ostsee geflossenen Ölmenge etwa 16 000 Seevögel tötete. Geschehen ist seither nichts. Und auch diesmal werden die Forderungen in Berlin wohl ungehört verhallen.

Denn erst im Jahre 2003 steht das für die Seesicherheit zuständige Bundesverkehrsministerium unter Zugzwang, die Crash-Gefahr zu senken. Dann, wenn durch einen Erlass der internationalen Schifffahrtsorganisation Imo mit dem „Automatischen Identifizierungssystem“ (AIS) eine Ortungstechnik in die Seefahrt Einzug hält, die in der Luftfahrt seit Jahrzehnten Standard ist – und wenn der Bund dafür bezahlt, dass deutsche Küstengewässer von diesem Sicherheitsplus profitieren können.

B. BEUTNER / BILD ZEITUNG

Umweltschützer, todgeweihter Schwan: *Leiden verkürzen*



Bereits heute gilt für das notorisch heikle Fahrwasser der Kadetrinne eine Lotsenempfehlung. Viele Kapitäne nehmen das Angebot wahr und heuern für die gut 20 Kilometer lange Wasserstraße einen kundigen Steuermann an. Dennoch rumpelt es ständig in der Rinne, weil sich einige Hasardeure ohne den rund 2000 Mark teuren Lotsen durch die enge Passage mogeln wollen (siehe Grafik).

Eine allgemeine Lotsenpflicht aber ist nach Einschätzung von Seerechtsexperten wie dem Hamburger Kapitän und Anwalt Julius Drumm kaum durchzusetzen. Wie Forderungen nach zwangsweiser Schlepperbegleitung bedarf die Lotsenpflicht der Imo-Zustimmung. Die Dachorganisation von 158 Seefahrtsnationen aber schützt den freien Schiffsverkehr in internationalen Gewässern wie der Kadetrinne, wo immer sie kann.

Da verheißt die AIS-Technik einen Sicherheitsgewinn, der leichter zu erreichen ist. Ab 2003 werden Tanker und Passagierschiffe mit dem Kennungssystem nachgerüstet. Bis 2008 sollen alle Schiffe bis hin zu größeren Fischkuttern über diese Technik verfügen. Wie in der Luftfahrt, wo Passagier-, Fracht- und Militärmaschinen einen „Transponder“ zur individuellen Kennung tragen, werden dann auch Schiffe einen Zulassungscode samt Geschwindigkeits- und Kursdaten abstrahlen.

Um die Daten abrufen zu können, muss das Bundesverkehrsministerium aber so genanntes Weitsichtradar an der Küste aufstellen – bis heute gibt es dafür noch keine Absichtserklärung aus Berlin. Mit den Radaranlagen könnten Seeräume bis in eine Tiefe von gut 50 Kilometern überwacht werden. Erfasst das Radar ein Schiff, übermittelt AIS seine Daten automatisch an die Küstenleitstelle. Dort hätten die Nautiker dann eine präzise Sicht auf ihre Verkehrsräume und könnten Schiffcrews vor Kollisionen warnen.

Ein vergleichbares System gibt es in der Deutschen Bucht. Ein Radar auf Helgoland erfasst alle großen Schiffe, die in dem navigatorisch heiklen Seegebiet kreuzen. Kapitäne müssen sich bei der Leitstelle anmelden und werden fortan via Radar geführt und per Funk betreut. Während die Funkmeldepflicht für die Deutsche Bucht aber nur Pötte von mehr als 50 Meter Länge erfasst, können mit AIS noch halb so große Schiffe geleitet werden.

Luftfahrtstandards werden der Seefahrt allerdings verschlossen bleiben. Anders als am Himmel, wo Lotsen die Piloten wie am Gängelband führen und ihnen Kurs, Höhe und Geschwindigkeit vorschreiben, kennt die Seefahrt nur eine Beratung – daran ändert auch die AIS-Einführung nichts. In die „Kommando-Ebene“, wo einem Kapitän bei drohender Kollision etwa Ausweichmanöver befohlen würden, dürfen Land-Leitstellen nicht eingreifen. Dabei könnte das Schiff beim angeordneten Schwenk leicht eine Nussschale ohne AIS rammen, die zufällig im Weg ist.

ULRICH JAEGER

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

B. BOSTELMANN / ARGUM

Studenten im Computerraum
Fataler Zwang zur Perfektion

HOCHSCHULEN

Kopieren geht über Studieren

Viele Studenten quälen sich mit dem Schreiben, manche brechen aus Formulierungsnot ihr Studium ab; die Arbeit am Computer scheint die Schreibhemmung noch zu verstärken.

Ohne den Modergeruch halbfauler Äpfel ging gar nichts. Ohne den Apfelduft gäbe es wahrscheinlich keine „Räuber“, keine „Kabale und Liebe“, keinen „Don Carlos“. Das Obst musste in der Schublade von Schillers Schreibtisch vor sich hingammeln, dann war alles gut: Das Dichten wurde zum Kinderspiel, die Feder flog nur so übers Papier.

Der Geruch von Fäulnis als Schreibstimulanz – das klingt kurios, ist aber ganz normal: Um die Qual des Schreibens zu erleichtern, nutzen Schreibprofis und -laien seit eh und je kühne Ticks und Tricks. Goethe ließ sich in seine halb fertigen Manuskripte weiße Blätter einheften – zum „Anlocken“. Der französische Schriftsteller Balzac brauchte nächtliche Dunkelheit, viel Kaffee, blaues Papier und eine bestimmte Sorte Federn.

„Schreiben“, so stöhnt der emsige Autor und Professor für Pädagogik Hartmut von Hentig, 76, „macht nicht Schwierigkeiten. Schreiben ist Schwierigkeit.“ Seine Arbeit könnte „befriedigend und bekömmlich sein, müsste da nicht geschrieben werden“.

Dass das Ringen um Formulierungen ein Martyrium sein kann, ist allgemein bekannt. Und so gibt es in vielen Ländern der Welt – in den USA, in Japan, Neuseeland, Australien – Schreibkurse für Studenten, für Manager, für PR-Leute: Wer Hilfe braucht, bekommt sie. Nur im Land der Dichter, in Deutschland, scheint Schreibvermittlung ein Fremdwort zu sein.

Gerade in den Semesterferien fühlen sich die Studenten im Stich gelassen. Tonnenweise weiße Blätter wollen gefüllt werden. Von der Bewertung der Hausarbeiten hängt der erfolgreiche Verlauf des Studiums ab. Doch: Wie gestaltet man Anfang und Ende einer solchen Arbeit, wie soll das ganze Ding gegliedert sein? Fragen über Fragen. Und keine Hilfe. Nirgends.

In Deutschland wurden in letzter Zeit zwar an einigen wenigen Unis Schreibseminare eingerichtet, doch die Kursleiter können den Ansturm an Bedürftigen nicht bewältigen: Allein an der Freien Universität Berlin (FU) sind 43 000 Studenten immatrikuliert, nur 60 pro Semester können an den Schreibkursen der Psychologischen Beratungsstelle der Uni teilnehmen.

Die Folgen sind fatal. Jüngsten Schätzungen zufolge werden 50 Prozent der Hausarbeiten nie abgeschlossen. Der Berliner Erziehungswissenschaftler und Schreibforscher Lutz von Werder, 61, behauptet, dass die Hälfte aller Studienabbrecher am Schreiben scheiterten, bei den Philosophiestudenten seien es sogar 80 Prozent. Tendenz: steigend.

Die Hauptursachen für die Schreibhemmungen sind nicht neu. Leiter von Schreibkursen berichten übereinstimmend vom Perfektionszwang vieler Kursteilnehmer: dass mit dem Schreiben eine „prinzipielle Imperfektion“ (von Hentig) einhergeht, dass man alle Facetten eines Themas in einer Arbeit kaum unterbringen wird, das bringt viele Studenten zur Raserei und lässt sie verzweifeln. „Unsere Hauptaufgabe ist, die Leute von ihren umfassenden Ansprüchen zu befreien“, sagt Roland Hahne, 53, von der Psychologischen Beratungsstelle der FU.

Schon während der kindlichen Alphabetisierung, so Lutz von Werder, entwickelten deutsche Kids oftmals ein so genanntes Schreib-Über-Ich. An den Grundschulen werde kaum die spielerische Freude am Schreiben gefördert, es werde zu einseitig darauf geachtet, dass alles orthografisch und inhaltlich richtig sei. Dieser Anspruch hemmt bereits die Formulierungslust der Kinder, die Älteren werden ihn nimmermehr los.

Die Formulierungsschwächen sind in den vergangenen Jahren schlimmer geworden. Ein Grund: die mangelnde Betreuung der Studenten an den Massenuniversitäten.

In den Einführungskursen ins wissenschaftliche Schreiben geht es zumeist um Zitiergebräuche und Zeilenabstände; Gliederung und Stil von Arbeiten werden kaum besprochen.

Derartig dürftig gerüstet, sollen die Studenten die erste Proseminar-Arbeit schreiben, sich dafür oft ihre Themen selbst suchen – und schon geht das große Rätselraten los: Was ist überhaupt eine wissenschaftliche Fragestellung? Wie grenzt man ein Thema ein?

Für derlei Einzelfragen haben die Lehrkräfte oft keine Zeit – zu viele Studenten auf einmal, die sie bestürmen. Die Massen-Uni gebiert massenhaft Schreibklemmis.

Otto Kruse, Professor für Psychologie an der Fachhochschule Erfurt, klagt: „Anfangsprobleme mit dem Schreiben werden schnell zu Störungen. Ohne klar gestellte Aufgabe, ohne Anleitung verkrampfen sich viele

W. T. CAIM / NEWSMAKERS

Schreibkurs in den USA: *Training im Schludern und Feilen*

Werbeseite

Werbeseite

M. WOLF / VISUM

Student in der Bibliothek: *„Viele Seiten füllen, ohne selbst zu schreiben“*

Studierende so sehr, dass sie fast schreibunfähig werden. Es ist nicht zu ermessen, wie viel Studienzeit durch ungenügende Anleitung verloren geht.“

Die Mitarbeiterinnen vom Schreiblabor der Bielefelder Uni versuchen daher, im Massenbetrieb kleine Einheiten zu bilden. Schreibberaterin Christina Freese, 33: „Freiwillige Arbeitsgruppen helfen viel. Oft spornt es die Studierenden schon an, andere schreiben zu sehen, oder sie nutzen die Möglichkeit, Thesen ihrer Arbeiten den anderen vorzustellen, um sich selbst Klarheit darüber zu verschaffen.“

Wer sich mit dem Schreiben schwer tut, der wird von den Neuen Medien – vom Computer und Internet – nicht unterstützt, sondern eher noch mehr in die Irre geführt. Ein junger Jurist, der an der Hamburger Uni als Korrekturassistent arbeitet, Hausarbeiten liest und bewertet, beobachtet: „Die Studis können heute viele Seiten füllen, ohne selbst zu schreiben.“

Oftmals sitzen die Studenten schon in der Uni-Bibliothek mit dem Laptop, dort übertragen sie Sätze aus der Fachliteratur direkt in ihren Computer. Die fremden Sätze werden dann in die eigene Hausarbeit kopiert, gegebenenfalls umgestellt, damit sie wie die eigenen klingen. Der Korrektor: „Bei diesem Verfahren verlieren die Studenten oftmals den Überblick, pfuschen so viel herum, dass gar nichts mehr stimmt. Manche Sätze haben gleich vier Verben, und ich kann mir das richtige aussuchen. Manche haben dafür gar keins.“

Im Internet können Studenten für ihre Seminararbeiten inzwischen auf ganze Datenbanken zurückgreifen. Tausende Hausarbeiten quer durch alle Fachrichtungen liegen zum Ausdrucken bereit, professionelle Anbieter stellen sie ins Netz. „Hausarbeiten.de“ ist derzeit das beliebteste deutsche Online-Archiv dieser Art, 12 000 Texte sind hier abgelegt – „kopieren geht über Studieren“, feixte „jetzt“, das Jugendmagazin der „Süddeutschen Zeitung“.

Schon unter den deutschen Schülern geben heute rund 19 Prozent an, bereits Arbeiten abgegeben zu haben, die ganz oder teilweise aus dem Internet stammen. Doch mit der Feigheit vor der selbst gemachten Formulierung schaden die Kopisten vor allem sich selbst: So lernen sie das Schreiben nie.

Linguisten streiten sich noch, ob die Neuen Medien das Sprachvermögen junger Leute tatsächlich verschlechtern oder vielleicht doch verbessern. Einige Wissenschaftler vertreten durchaus die Theorie, dass der Gebrauch von E-Mail und SMS die Lust am geschriebenen Wort steigern könnte.

Bei der elektronischen Post sind die formalen Ansprüche nicht hoch, alles wird kleingeschrieben, die Adressaten machen kühn von der Umgangs-, Jugend- oder Comicsprache Gebrauch. Online-Frage: „Huhu, ich kann heute leider doch nicht, kannste an ’nem anderen Tach?“ Online-Antwort: „Schnüff, schnüff, bin die ganze Woche voll im Stress, anderer Tag geht echt nicht.“

F. SCHUMANN / DER SPIEGEL

SMS-Nachricht
Flapsige Formulierungen

Auch Schreibpädagogen sind sich uneins, ob derartig flapsige Formulierungsgebräuche längerfristig Schreibhemmungen mindern können. Roland Hahne von der Psychologischen Beratungsstelle der FU ist skeptisch: „Ich habe gehofft, dass die elektronische Post das Schreiben generell erleichtert. Doch ich mache die Erfahrung, dass den Studenten alle Natürlichkeit und Selbstverständlichkeit verloren geht, wenn sie an einer Textsorte sitzen, die sie als offiziell empfinden.“ Tag für Tag bekomme er flott formulierte E-Mails von eben jenen Leuten, die sich in den Beratungsstunden bei ihm beklagten, keinen geraden Satz zu Papier bringen zu können.

Der Korrekturassistent bei den Hamburger Juristen stellt ebenfalls fest, dass das Schreibvermögen bei vielen Studenten von der Textsorte abhängt. Die handschriftlichen Klausuren, in wenigen Stunden unter Aufsicht verfertigt, seien bei vielen Studenten häufig besser als die am Computer verfassten Hausarbeiten. Möglicher Grund: In den Computerwerken gibt es eben jene Kopierexzesse, bei denen sich fremde Formulierungen mit eigenen mischen und nicht vertragen. Ein weiterer: Der Computer kann den fatalen Perfektionszwang gerade der fleißigen, zur Selbständigkeit strebenden Studenten verstärken. Die neigen dazu, ihre Hausarbeiten ständig zu verschlimmbessern.

Hahne: „Sätze wieder und wieder löschen, neu formulieren, ausbessern – gerade die ehrgeizigen Studenten kommen nicht zum Ende, weil sie immer und immer wieder nach einer besseren Variante suchen. Doch die achte Version ist oft sehr viel schlechter als die zweite.“

Als Hausarbeiten noch überwiegend auf Schreibmaschinen verfasst wurden – das ist keine 15 Jahre her –, haben sich die Studenten schneller mit einer Version zufrieden gegeben, denn eine Seite immer wieder abzutippen, nur weil einem eine Formulierung nicht passte, war einfach zu mühsam.

Die Kopisten werden durch den Computer schludriger, und die Perfektionisten setzen sich noch mehr unter Druck – in beiden Fällen hemmt das moderne Gerät den Schreibfluss eher, als dass es ihn befördert.

Schreibpädagogen weisen immer wieder darauf hin, dass die Studenten auf dem Weg zum freudigen Formulieren zweierlei trainieren müssten: Schludern und Feilen. Einfach drauflosschreiben, um Hemmungen abzubauen, in einem zweiten Schritt Formulierungen schärfen und vor allem: es nach einer vernünftigen Überarbeitungszeit gut sein lassen.

Nicht zu viel von sich verlangen, sich selbst Zeit geben, schreiben zu lernen, das rät der Erfurter Psychologie-Professor Otto Kruse: „Vielen Studenten, die wegen Schreibhemmungen zu uns kommen, scheint das Schreiben kaum der Übung wert; sie wollen es einfach können.“ Doch ähnlich wie beim Klavierspielen machten erst Übung und die Lust am wachsenden Vermögen den Meister.

Einen Meister allerdings, der ganz ohne faule Äpfel und blaues Papier möglicherweise nicht auskommt. Macht nichts. Was zählt, sind Ergebnisse. SUSANNE BEYER

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

S. SCHULZ / RETRO

Soldaten mit G3-Gewehr*: *Publikumswirksam verschrotten?*

WAFFENHANDEL

Schönes Vorbild

Die Regierung will den internationalen Handel mit Kleinwaffen eindämmen. Trotzdem erwägt sie, Gewehre und Pistolen der Bundeswehr zu verkaufen.

Der kleine afrikanische Junge von 12 oder 13 Jahren steht an einen dürren Baum gelehnt. Vor seinem zerrissenen T-Shirt hält er eine Kalaschnikow, halb stolz, halb aggressiv. Heidemarie Wieczorek-Zeul gerät in Rage, wenn sie das Plakat sieht, mit dem das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (Unicef) weltweit gegen skrupellose Waffendealer und den Einsatz von Kindersoldaten mobil macht.

„So etwas darf nicht mehr sein“, schimpft die Berliner Entwicklungshilfeministerin über die Bewaffnung von Kindern. Die streitbare SPD-Frau hat die Kampagne gegen „Kleinwaffen in kleinen Händen“ zu ihrer Herzensangelegenheit erklärt.

Unicef führt ein internationales Aktionsbündnis an, das dem Geschäft mit Sturmgewehren, Maschinenpistolen, Handgranaten, leichten Granatwerfern und ähnlichen Mordwerkzeugen einen Riegel vorschieben will. Rund drei Millionen Tote bei kriegerischen Auseinandersetzungen der vergangenen zehn Jahre gehen laut Unicef allein auf das Konto der Kleinwaffen.

Im kommenden Juli, so möchte es die Uno, soll eine internationale Konferenz in New York einen Aktionsplan gegen den unkontrollierten Handel mit dem ebenso billigen wie verbreiteten Schießgerät verabschieden. Immerhin sind weltweit rund 550 Millionen Kleinwaffen im Umlauf.

Die Bundesregierung rühmt sich, an der Spitze der Uno-Bewegung zu stehen. Sie setzt sich dafür ein, neu produzierte Gewehre, Pistolen und Munition zu markieren und zu registrieren – und preist den jährlichen Rüstungsexportbericht, zu dem sich das rot-grüne Kabinett verpflichtet hat, aller Welt als Vorbild für mehr Offenheit an.

Ein schönes Vorbild?

Tatsächlich belegt der Bericht nur, wie kräftig die Deutschen in dem Geschäft mitmischen. Der Export-Report für 1999 listet Kleinwaffen- und Munitionslieferungen an 68 Länder auf, die weder dem Nato-Bündnis noch der Europäischen Union angehören.

W. SCHMIDT / NOVUM

Minister Scharping
Abnehmer gesucht

Wie viele Exemplare des bisherigen Bundeswehr-Standardgewehrs G3 – aus deutscher Fertigung oder ausländischer Lizenzproduktion – auf dem globalen Markt vagabundieren, wissen allerdings weder die deutsche Herstellerfirma Heckler & Koch noch die Berliner Regierung. Expertenschätzungen gehen von mehreren Millionen aus.

Und bald könnten es noch mehr werden: „Die Bundeswehr baut in den kommenden drei bis vier Jahren wegen der Umrüstung auf neue Waffen einen Überschuss von 400 000 G3-Gewehren, 50 000 Maschinenpistolen und Pistolen auf“, sagt der Oberstleutnant Klaus Wolf, der für das Bundesverteidigungsministerium die Kleinwaffenkonferenz der Uno vorbereitet.

Ginge es nach der Uno und Heidemarie Wieczorek-Zeul, würde das Schießgerät der Schrottpresse anheim fallen. Doch da ist womöglich Parteifreund Rudolf Scharping vor. Der Verteidigungsminister ist knapp bei Kasse und sucht händeringend nach zahlungskräftigen Abnehmern für überflüssiges Kriegsmaterial. Die alten Gewehre und Pistolen könnten ihm etliche Millionen Mark bringen.

Zwar beteuern Wirtschafts- und Wehrressort, dass so ein Geschäft nur mit Nato- und EU-Staaten oder gleichgestellten Kunden wie der Schweiz oder Australien in Frage komme. Eine Garantie, dass die Waffen nicht in Krisengebieten landen, ist das aber noch lange nicht: Nach der deutschen Einheit schenkte die christlich-liberale Regierung Helmut Kohls dem Nato-Partner Türkei 303 934 Kalaschnikows samt einigen Millionen Schuss Munition aus Beständen der Nationalen Volksarmee der ehemaligen DDR; viele der Sturmgewehre, berichteten Hilfsorganisationen, tauchten wenig später im Irak auf.

Dietrich Garlichs, Geschäftsführer von Unicef Deutschland, möchte verhindern, dass demnächst auch die ausgemusterten Bundeswehr-G3 auf fernen Bürgerkriegsschauplätzen landen. Er hat die Bundesregierung aufgefordert, die Altwaffen öffentlich zu vernichten. Garlichs: „Eine publikumswirksame Aktion auf einem belebten Berliner Platz hätte Vorbildcharakter für andere Staaten.“

ALEXANDER RICHTER

* Vom Transportbataillon 133 aus Erfurt im Januar 1996 auf dem Truppenübungsplatz in Hammelburg.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

KRIMINALITÄT

Opfergeld im Steuerparadies

Ein ehemaliger Bankdirektor aus der Ukraine sitzt in Hannover im Gefängnis: Er soll 86 Millionen Mark veruntreut haben, die Deutschland für NS-Geschädigte überwiesen hatte. Der Fall belastet kommende Milliarden-Entschädigungen: Landet das Geld wirklich bei ehemaligen Zwangsarbeitern?

Schon seit fast sechs Monaten bleibt ein Sessel in der Werchowna Rada, dem Parlament der Ukraine, leer. Der Volksvertreter Wiktor Scherditzki, 43, verpasst jede Sitzung des Hohen Hauses – seit vergangenem Oktober hat sich der parteilose Abgeordnete nicht mehr sehen lassen.

Und das wird noch eine Weile so bleiben. Scherditzki sitzt in Niedersachsens Hauptstadt im Gefängnis. In den nächsten Monaten will ihn die Staatsanwaltschaft Hannover wegen Untreue in Millionenhöhe anklagen. Der Wirtschaftsprüfer, der nach dem Zerfall der Sowjetunion eine steile Karriere als Banker startete, wird eines besonders perfiden Verbrechens bezichtigt: Er soll 86 der 400 Millionen Mark veruntreut haben, die die Kohl-Regierung 1993 für Opfer des NS-Regimes in der Ukraine bereitstellte.

AP

Scherditzki
Geld veruntreut?

Das Verfahren gegen Scherditzki ist ein ukrainisch-deutsches Politikum. Denn in Kiew pflegte der Volksdeputierte beste Beziehungen bis hinauf zum heutigen Ministerpräsidenten Wiktor Juschtschenko. Ukrainische Oppositionelle argwöhnen, dass in der Staatsspitze weggeschaut wurde, als Scherditzki seinen Coup landete.

Auch der früheren Bundesregierung muss die Angelegenheit peinlich sein. Sie zeigte, wie unbekümmert Bonn dreistellige Millionenbeträge in den Osten pumpte, ohne sich dafür zu interessieren, ob das Geld auch bei den Opfern ankam.

Vor allem aber wirft der mutmaßliche Betrugsfall Scherditzki die Frage auf, ob genügend Vorkehrungen getroffen worden sind, um ein abermaliges Versickern von Geldern zu verhindern. Denn die ukrainische Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“, der es schon einmal nicht gelang, auf die Millionen aufzupassen, soll auch demnächst wieder für die korrekte Verteilung der Zwangsarbeitergelder sorgen: 1,724 Milliarden Mark sind für die Überlebenden in der Ukraine vorgesehen.

Um eine neue Diskussion über das Verdunsten der Gelder zu verhindern, möchte die ukrainische Regierung den Fall Scherditzki zu Hause erledigen. Der Generalstaatsanwalt in Kiew hatte bereits im November des vergangenen Jahres wegen einer Auslieferung antichambriert. Ende November prahlte der Chefankläger: „Ich denke, wir werden Scherditzki Anfang Dezember bekommen.“

Präsident Kutschma, Kanzler Kohl*: *„Kontrolle*

Ein Irrtum – die Neigung der deutschen Strafverfolger, den mutmaßlichen Wirtschaftskriminellen herzugeben, ist gering. In der Ukraine tobt ein Machtkampf. Präsident Leonid Kutschma steht unter dem Verdacht, an der Ermordung eines kritischen Journalisten beteiligt gewesen zu sein (SPIEGEL 12/2001). Bei solch unübersichtlichen Verhältnissen fürchten deutsche Ermittler, dass der umtriebige Scherditzki mit seinen guten Beziehungen glimpflich davonkommen könnte.

Dafür spricht, dass sich Scherditzkis Kollegen im Parlament erst dazu durchringen konnten, seine Immunität aufzuheben, nachdem er in Hannover verhaftet worden war. Der besondere Schutz der Abgeordneten hatte ihn jahrelang davor bewahrt, vom Parlamentssessel auf die Knastpritsche umziehen zu müssen – und das, obwohl alle Vorwürfe lange bekannt waren.

Die speziellen Verhältnisse in der Ukraine waren auch der Grund dafür, dass einige der rund

KEYSTONE

Deportation von Ukrainern: *Mit den Millionen für die Opfer des NS-Regimes spekuliert*

* 1995 in Bonn.

650 000 NS-Opfer des Landes monatelang auf eine Auszahlung der durchschnittlich 615 Mark warten mussten, nachdem die Bundesregierung im Mai 1994 mit der Überweisung der 400 Millionen Mark an die Stiftung begonnen hatte. Besonders mit vier Banken hatten sich die Stiftungsoberen zu einem Renditelotto verabredet. Bevor die Entschädigung an die Antragsteller ging, wollten die Treuhänder erst einmal mit Teilbeträgen ihr Glück am Finanzmarkt versuchen. Man hoffte auf profitable Geschäfte.

ACTION PRESS

ist miserabel“

Das Gros des Geldes – 264 350 000 Mark – ging an die Gradobank, in der Scherditzki das Sagen hatte. In zwei Vereinbarungen hatten Geldhaus und Stiftung festgehalten, dass nur risikolose Finanzaktivitäten bei seriösen internationalen Großbanken in Frage kommen sollten.

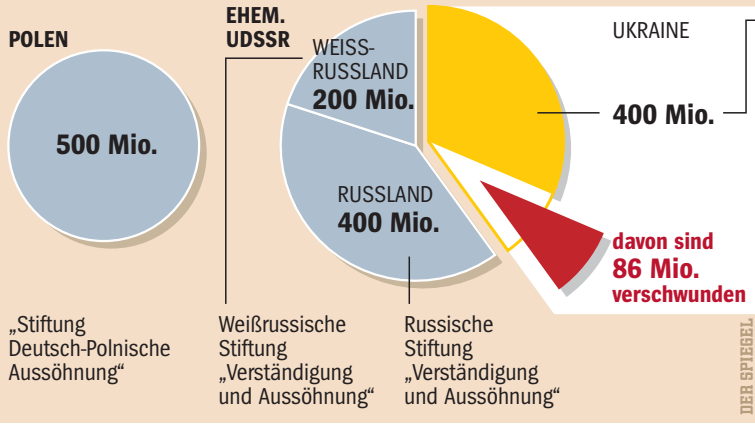
Daran hat sich Scherditzki nach Überzeugung der Justiz nicht gehalten. Das Geld sei vielmehr bei schwindsüchtigen Kapitalgesellschaften gelandet. Auf Ersuchen der ukrainischen Stiftung überwies die Bundeskasse zunächst dreistellige Millionenbeträge direkt auf ein Korrespondenzkonto der Gradobank bei der Hypovereinsbank in München. Die leitete den Betrag auf ein Konto der Gradobank in Luxemburg weiter, wo die Opfer-Millionen dahinschmolzen. 9,36 Millionen Dollar gingen etwa als Kredit an eine KMK Export-Import GmbH, 5,328 Millionen Dollar an die irische KCI-Energie Ltd.

So floss Mark um Mark ab. Häufig enden die Spuren bei Briefkastenfirmen in einschlägigen Steuerparadiesen wie Zypern oder der Isle of Man. „Das Geld hat sich schlicht atomisiert“, sagt Staatsanwalt Lars Burgardt. Die Ermittler wollen beweisen, dass es sich bei den Empfängern oftmals nur um Scheinfirmen handelte, die Scherditzki nutzte, um die Wege des Geldes zu verschleiern. Dazu zählten auch Betriebe, in denen Vertraute des gewieften Ukrainers saßen. Nutznießer solcher Geld-Operationen sei in vielen Fällen der Bankchef selbst gewesen. Scherditzki wollte sich gegenüber dem SPIEGEL zu den Vorwürfen nicht äußern.

Aber obwohl die Spezialabteilung Geldwäsche und Finanzermittlung der hannoverschen Staatsanwaltschaft die Ermittlungen übernommen hat und auch das niedersächsische Landeskriminalamt mit der „Gemeinsamen Finanzermittlungsgruppe“ seine erfahrensten Geldjäger beauftragt hat, sind bisher nur kümmerliche Reste wieder aufgetaucht. „Die Wege des Geldes sind schwer nachzuzeichnen,

Millionen auf Abwegen Geleistete Entschädigungszahlungen Deutschlands

nach Vereinbarungen im Zuge der Deutschen Einheit zur Überwindung des Ost-West-Gegensatzes, für NS-Opfer in Polen (1991) und der ehemaligen Sowjetunion (1993–95), in Mark



Ukrainische Nationale Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“

- **Aufsichtsrat:** Geleitet vom ukrainischen Vizepremierminister
- **Vorstand:** Der Vorsitzende wird von der Regierung ernannt
- **Sachverständigenausschuss**
- **Berufungskommission**

Auszahlungen über ukrainische Banken, insbesondere:

- ▶ **Industrie-Investitionsbank**
- ▶ **Sparbank**
- ▶ **Gradobank**
- ▶ **Brokbusinessbank**

Antragsteller: **650 000**
durchschnittlicher Entschädigungsbetrag: **615 Mark**

und oft ist es dann einfach weg“, sagt Burgardt.

Scherditzki flog auf, als die Gradobank 1996 in finanzielle Schwierigkeiten geriet: 86 Millionen Mark, die den NS-Opfern noch zugestanden hätten, waren verschwunden. Weil die Geschichte über das Versickern des deutschen Geldstroms selbst für ukrainische Verhältnisse ziemlich unverschämt war und die Bundesregierung Druck machte, ordnete Präsident Kutschma eine Untersuchung an. Bankchef Scherditzki kam in Untersuchungshaft. Die Generalstaatsanwaltschaft in Kiew bat Justizbehörden weltweit, ihr bei der Suche nach dem Geld zu helfen. Auch die deutsche Justiz wurde eingeschaltet: Schließlich hatte Scherditzki im niedersächsischen Wedemark schon 1993 die Im- und Exportfirma Zel gegründet. Monatelang lebten er und seine Familie sogar in Hannover.

Doch mit einem in Osteuropa weit verbreiteten Resozialisierungsprogramm kam Scherditzki schnell aus dem Gefängnis: Er kandidierte für das Parlament und brachte es im Wahlbezirk N 74 in Transkarpatien auf 15,1 Prozent der Stimmen. Weil die 14 Gegenkandidaten noch weniger erzielten, reichte es für ein politisches Amt. Und wegen der parlamentarischen Immunität war eine Inhaftierung nicht mehr möglich.

Scherditzkis Karriere, die schon in der Sowjetunion hoffnungsvoll begonnen hatte, schien gerettet. In Kiew hatte er einst am Institut für Volkswirtschaft studiert. Als Wirtschaftsprüfer stieg er anschließend bis zum Leiter der Zentralbuchhaltung in der Kiewer Staatsverwaltung auf, wechselte in die Führung verschiedener Staatsunternehmen. Als die Wende kam, war er bereit für den Chefsessel der Gradobank.

Und als der Familienvater nicht mehr Bankdirektor sein durfte, machte er eben Karriere als Volksvertreter und rückte in den Ausschuss für die Verwaltung des Staatseigentums auf. Zum Staatsschatz gehörte nach dem Konkurs auch seine geliebte Gemäldesammlung aus der Gradobank, zu der sogar Picassos und Manets zählen sollen.

Richtig ernst wurde seine Lage erst, als Scherditzki am 11. Oktober vergangenen Jahres überraschend bei der Deutschen Bank in Hannover auftauchte und 50 000 Dollar von seinem Konto verlangte. Was er nicht wusste: Nach dem Fahndungsersuchen aus der Ukraine waren die Gelder bereits gesperrt worden.

Ein findiger Schalterbeamter gab vor, man müsse die Dollar leider erst besorgen, Scherditzki möge doch bitte am nächsten Tag noch einmal vorbeischauen. Als der Ukrainer erneut erschien, warteten bereits ein Staatsanwalt und die Polizei.

A. KLYMENKO

Sitz der ehemaligen Gradobank in Kiew
„Das Geld hat sich schlicht atomisiert“

Der schnelle Zugriff war nötig: Aus Scherditzkis Terminkalender ging hervor, dass er unmittelbar vor einer Reise nach Großbritannien stand. Ukrainische Oppositionelle glauben, dass er zu Ministerpräsident Juschtschenko wollte, der sich Ende Oktober mit Managern der Bank of England traf. Jeder Versuch, ihn mit dem krummen Deal in Verbindung zu bringen, schimpfte der Regierungschef, sei „eine komplette Lüge“.

Neben den 50 000 Dollar hat die Justiz das unbebaute Betriebsgrundstück von Scherditzkis Wedemarker Firma und seinen Mercedes beschlagnahmt. Das ist ziemlich mager. Etwas mehr könnte bei deutschen und russischen Mitbeschuldigten zu holen sein, die dem Banker zur Hand gegangen sein sollen. Gegen vier ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen gewerbsmäßiger Geldwäsche; insgesamt zwölf Millionen Mark will die Justiz bei ihnen beschlagnahmen.

Der ukrainische Zwangsarbeiterfonds hat über die deutsche Botschaft in Kiew wissen lassen, dass er für jede Mark, die wieder auftaucht, dankbar sei. Schließlich sei für die fehlenden 86 Millionen Mark der klamme ukrainische Staat eingesprungen, damit die NS-Opfer ihr Geld doch noch bekamen. Jetzt wolle man der Regierung zumindest einen Teil ersetzen.

Bundesjustizministerium und Auswärtiges Amt haben über den Auslieferungsantrag aus Kiew zu entscheiden, bevor hier gegen Scherditzki verhandelt werden kann. Dass die Bundesregierung einer Entscheidung aus Hannover widerspricht, ist unwahrscheinlich. Da Deutschland und die Ukraine kein Auslieferungsabkommen abgeschlossen haben, stünde dem beabsichtigten Prozess vor dem zuständigen Landgericht in Hildesheim nichts im Weg.

Egal wo Scherditziki auf der Anklagebank sitzen wird, dem Versöhnungsgedanken hat der Kriminalfall schweren Schaden zugefügt. Denn bevor die Ukraine einsprang und das veruntreute Geld ersetzte, vergingen Monate, in denen betagte NS-Opfer starben. Dass die kommende Milliardenzahlung trotzdem wieder über die gleiche Stiftung läuft, rügt der Maintaler Rechtsanwalt Peter-Jochen Kruse deshalb scharf.

In einem Brief an den Beauftragten des Bundeskanzlers für die Stiftungsinitiative, Otto Graf Lambsdorff, klagt Kruse, dass „die Garantie der tatsächlichen Auszahlung nicht gewährleistet“ sei. Die Verhandlungspartner, so der Jurist, der Tausende ehemalige Zwangsarbeiter vertritt, hätten „nur auf die politische Show geschaut – aber die Kontrolle der Abwicklung ist weiterhin miserabel“.

Als er im Auftrag des Pharmakonzerns Merck ehemalige Ostarbeiter direkt entschädigen sollte, wollte sich Kruse jedenfalls nicht mehr auf die Banken in der Ukraine verlassen. Er reiste mit dem Merck-Geld persönlich in den Osten. Die Scheine hatte seine Ehefrau unter ihrer Bluse verstaut.

Udo Ludwig, Georg Mascolo

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

RTL

Start in Berlin

Der Einstieg der RTL-Gruppe beim Nachrichtensender N-tv steht kurz vor dem Abschluss. „Die Großen sind sich einig“, sagt ein eingeweihter TV-Manager. Nach dem aktuellen Stand wird die Handelsblatt-Gruppe mit über 30 Prozent der Anteile größter Gesellschafter vor dem US-Newskanal CNN und RTL mit jeweils zwischen 25 und 30 Prozent. Aussteigen wird neben dem Medienriesen Time Warner (24,3 Prozent) voraussichtlich auch die Nixdorf-Familie (18,9 Prozent). Alle weiteren Kleingesellschafter – etwa der Verleger Norman Rentrop – wollen ihre Anteile aufstocken. Der N-tv-Wert wird bei der Transaktion auf rund 700 Millionen Mark taxiert. Durch die geplante Ko-

N. MICHALKE / IMAGES.DE

N-tv-Sendezentrale

operation der Redaktionen von RTL und N-tv ließen sich Kosten sparen sowie neue Projekte anschieben, etwa ein Newskanal für das digitale RTL-Angebot. „Gut Ding braucht Weil, und dieses Ding wird besonders gut“, sagt RTL-Informationsdirektor Hans Mahr.

AP

Döpfner, Sommer

INTERNET

Deal im Trainingslager

Ihre neue Allianz mit dem Axel Springer Verlag lässt sich die Telekom einiges kosten. Für einen Anteil von 37 Prozent an einer gemeinsamen Firma mit bild.de, dem Online-Ableger des Springer-Blatts „Bild“, zahlte der Konzern rund 80 Millionen Mark in bar; hinzu kommen Sachleistungen. Mit der Finanzspritze übernahm die Telekom anteilig bisherige Entwicklungskosten von rund 70 Millionen Mark, weitere Gelder sind für den geplanten Ausbau zum Entertainment-Portal fällig. Mit speziellen Online-Foren, aber auch Quiz-Sendungen sollen die „Bild“-Leser von August an zu T-Online gelockt werden. Die Telekom-Tochter hat in Deutschland zwar rund sechs Millionen Kunden, viele verweilen aber nur kurz, weil attraktive Inhalte fehlen. Weitere Online-Projekte mit „Bild“-Ablegern sollen nun folgen – obenan auf der Liste steht „Computer Bild Spiele“. Mit Online-Wetten will bild.de-Chef Udo Röbel – der in den Vorstand der neuen Telekom-Springer-AG einzieht – schon bald viel Geld einnehmen. „Wir wollen zur Park Avenue im Internet werden“, sagt Jürgen Kindervater, oberster Inhalte-Manager der Telekom, der auf Vermittlung von Promi-Anwalt Matthias Prinz den Kontakt zu Springer knüpfte. Den Deal vereinbarten Telekom-Chef Ron Sommer und Springer-Vorstand Mathias Döpfner im Februar – beim Trainingslager der Profiradler von Team Telekom.

TV-PROJEKTE

Promis in die Wüste

ProSieben schickt von Ende April an Stars wie Esther Schweins und Sonja Kirchberger zum Schwitzen in die jordanische Wüste. Auf dem heißen Sand lässt der Sender acht Folgen der Abenteuer-Show „Desert Forges“ produzieren, bei der jeweils zwei prominente Duos in Wettkämpfen gegeneinander antreten – und damit, so heißt es in den Schreiben an die Stars, „wie Indiana Jones um den Einzug in den Wüstenpalast kämpfen“. So müssen die Kandidaten mit zusammengebundenen Fußgelenken und Sandsäcken auf dem Rücken einen Hindernis-Parcours überwinden. Obwohl den Teilnehmern dabei laut einer Sendersprecherin „einiges abverlangt wird“, haben auch Katja Flint und Mark Keller zugesagt. Produziert wird das Wüstenspektakel, das im Sommer über die Bildschirme flimmern soll, von Tresor Entertainment. Als Übungsleiter fungieren Alexander Mazza und Sonya Krauss, die auch die Abenteuer-Show „Fort Boyard“ moderierten. Weil die im Sommer mit durchschnittlich knapp 24 Prozent Marktanteil (bei den 14- bis 49-Jährigen) gut lief, plant der Kirch-Kanal zwölf neue Folgen.

Schauspielerinnen Schweins, Kirchberger, Flint

FOTOS: ACTION PRESS

Irre menschlich

Meinen kann fast jeder, und ein ruhiger Mann, so glaubte Brecht, könne „ruhig noch zwei oder drei andere Meinungen übernehmen“. Damit sprach der Dichter die heutige Mediengesellschaft frei: In der kippt, ob's ums Keulen von Rindern geht oder um die Tricksereien des Roland Koch, die öffentliche Meinung oft im Nu – und das Geschwätz von gestern schert die Profi-Meinungsmacher nicht. Wie aber sollen die traditionellen Urteilsfürsten der Kulturkritik da mithalten? Das Kritikerwort, einmal hingeschrieben, steht fest gemauert im Archiv. Was also tun, wenn man sich's anders überlegt? Starkritiker Marcel Reich-Ranicki hat seinen legendären Verriss von Grass' „Blechtrommel“ einst in aller Öffentlichkeit korrigiert: Irren ist eben menschlich. So viel Grandezza aber ist nicht allen gegeben. Als jüngst „Drei Mal Leben“ herauskam, das neue Erfolgsstück der Pariser Dramatikerin Yasmina Reza (mittlerweile in vielen Städten der Renner der Saison), schwärmten fast alle Rezensenten von der Leichtigkeit und Alltagsnähe des Werks. Doch in der „Süddeutschen Zeitung“ wurden Stück und Autorin heftig attackiert: Mit „Sprachbasteleien“ werde hier „schnell und leicht Geld verdient“, der ganze Abend sei „albern“, „unlebendig“, „weltenfern“, ja „indiskutabel“. Komisch nur, dass der „SZ“-Kritiker C. Bernd Sucher selbst einst nicht nur Frau Reza und ihre Arbeit sehr viel besser fand – ach was, er hat sogar frühe (leider wenig erfolgreiche) Reza-Dramen ins Deutsche übersetzt. Mit ihren Welterfolgsstücken „Kunst“ und „Drei Mal Leben“ durfte dann ein anderer Übersetzer „schnell und leicht“ Geld verdienen. Das verschwieg Sucher in seiner Kritik. Hat vermutlich mit seinem Meinungswandel nichts zu tun.

TV-DESIGN

„Modische Verjüngung“

Erik Spiekermann, 53, Gründer der europäisch-amerikanischen Grafikagentur Metadesign, über das künftige orangefarbene Logo und die neue Typografie des ZDF

SPIEGEL: Herr Spiekermann, Anfang Juni führt das ZDF sein neues Logo ein: Aus dem Z wird die Ziffer Zwei. Wie gefällt es Ihnen?
Spiekermann: Es sieht hübsch aus, ist aber sehr modisch: Abgerundete Buchstaben zum Beispiel waren in den Sechzigern beliebt und feiern jetzt nur ihr Revival. Wenn das wieder vorbei ist, kann das Logo peinlich wirken. Außerdem bin ich mir nicht sicher, ob die Kommunikationsstrategie richtig ist: Der Sender fixiert damit seine Position als die Nummer zwei, er gewinnt also immer nur die Silbermedaille.
SPIEGEL: Sind Sie wenigstens mit dem Orange einverstanden, das nun das ZDF-Blau ablöst?
Spiekermann: Orange ist als aktuelle Signalfarbe nicht verkehrt. Damit möchte das ZDF emotionaler und frischer werden, denn es gilt wie die dunkelblaue ARD als kühl und konservativ. Zusätzlich will der Sender noch Rot, Blau und Grün verwenden, und da kann ein Klima entstehen, das ganz angenehm wirkt. Ob man allerdings richtig beraten ist, diese Verjüngung mit einem dermaßen modischen Logo zu versuchen, das bezweifle ich.
SPIEGEL: Welche Lebenserwartung hat das neue Logo?
Spiekermann: Drei, vier Jahre maximal.
SPIEGEL: Das ZDF wird außerdem eine neue Schrift für Studiodekoration, Plakate und Programmtafeln einführen. Was halten Sie davon?
Spiekermann: Über die Schrift habe ich mich geärgert. Die „Swiss 721 BT“ ist der amerikanische Klon der „Helvetica“. Die wurde 1957 in der Schweiz von Max Miedinger entworfen, die Rechte liegen bei einer Firma in Bad Homburg. Die Helvetica ist in den Achtzigern einfach minimal verändert worden und wird als „Swiss 721 BT“ von der US-Firma Bitstream vertrieben, und zwar viel preiswerter als das Original. Rechtlich ist das einwandfrei, moralisch finde ich es fragwürdig. Aber das ist bestimmt keine böse Absicht des ZDF, sondern nur Dummheit. Außerdem ist diese Schrift formal total austauschbar und schafft keine Alleinstellung. Auch die Lufthansa, die Bahn, Bayer und viele andere Unternehmen haben diese Hausschrift.

1963

1983

1992

Neues Logo, Vorgänger

Doku-Soap „Schiller-Gang“

PROJEKTE

Wahres Teenie-Leben

Ob „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ oder „Verbotene Liebe“ – das Fernsehen ist voll von Seifenopern über das fiktive Leben von jungen Mädchen. Von Mitte Mai an strahlt der WDR unter dem Titel „Die Schiller-Gang“ eine Doku-Soap aus dem wahren Leben von vier Kölnerinnen zwischen 10 und 15 Jahren aus: „Wenn meine Freundinnen nicht da sind, ist mir immer langweilig“, sagt Linda, 11, „dann muss ich fernsehen oder am Computer spielen.“ Die sechsteilige Dokumentation von Petra Seeger läuft allerdings erst um 22.30 Uhr – reichlich spät für alle Lindas.

Vorschau

Auf Abwegen
Montag, 22.30 Uhr, Arte

Christophe Lamotte, der Regisseur dieses bemerkenswerten Sozialdramas, begann seine Karriere als Kurzfilmer. Mit öffentlicher Förderung realisierte er vor drei Jahren ein Projekt mit dem Titel „Bilder aus dem Stadtviertel“. Darin stellten sieben- bis zehnjährige Pariser Grundschüler nach eigenen Drehbuchideen ihre

Plowright, Gouix in „Auf Abwegen“

Probleme vor: Gewalt, Ausreißversuche, kaputte Familien. So konnte der Zuschauer Kinder beobachten, die versuchten, einen Platz in der Gesellschaft zu finden, deren Regeln sie sich nicht ausgesucht oder geschaffen haben, und dies „meilenweit entfernt von Selbstbetrug und Künstelei“ (Lamotte). Hier hat Lamotte offenbar den Respekt vor dem Eigensinn junger Menschen gelernt, der auch den heute gezeigten Film „Auf Abwegen“ zu einer sehenswerten Alternative zum deutschen TV-Movie macht, das die melodramatische und sentimentale Bevormundung der Kids nach dem Geschmack der Erwachsenen liebt. Die Geschichte des Marseiller Schülers Tony (Guillaume Gouix), der mit seinem Freund Marc (Ludwig-Stanislas Loison-Robert) kleine Jungen erpresst, bis sich einer (Ilroy Plowright) aus dem Fenster stürzt und im Koma zwischen Leben und Tod schwebt, wird nüchtern erzählt. Der Zuschauer sieht, wie Tony an einer entscheidenden Stelle seines Lebensweges angekommen ist, an der der Absturz droht. Sein nach dem Tod der Mutter sozial ins Abseits geratener Vater (Jacques Spiesser) ist dabei, den Kontakt zum Sohn endgültig zu verlieren. Tony, getrieben von moralischen Skrupeln, macht sich zu seiner bei Paris lebenden Schwester auf. Unterwegs spielt er mit Selbstmordgedanken. „Auf Abwegen“ bleibt immer auf dem richtigen Kurs und erhebt sich nirgends über seine Figuren.

Ein Stück vom Glück
Mittwoch, 20.15 Uhr, ARD

Das Märchen von den Bremer Stadtmusikanten, die eigentlich keine Chance haben, dann aber doch etwas Besseres als den Tod finden, ist was Wunderbares. Und Filme, die wie dieser (Buch: Rolf-René Schneider, Regie: Rolf von Sydow) der Märchenmelodie folgen, können mit Rührung rechnen. Der Entertainer Frank Haller (Klausjürgen Wussow), allzu schwer tragend am Verlust seiner Frau, hat abgewirtschaftet, niemand will mehr die Liedchen des Schnulzenwracks hören. Auch als Hallers Ex-Manager Below (Wolfgang Stumph) aus dem Knast entlassen wird und dem abgetakelten Haller und sich eine Bleibe verschafft, scheint das Schicksal nicht gewendet: Below, der zwanghafte Optimist, lebt mehr von Illusionen als von Tatsachen. Aber dann, mitten in einer Talkshow, ereignet sich ein Wunder: Haller erobert mit einem sentimentalen Lied die Herzen der Zuschauer. Das wirkliche Wunder dieses getreu die sentimentalen Klischees abarbeitenden Films ist Wussow. Der alte Schwarzwald-Kliniker wird zum Salz im

„Ein Stück vom Glück“-Star Wussow

Süßstoff: Hartnäckig verteidigt er mit darstellerischer Zurückhaltung die Aura eines unheilbar Schwermütigen, ein beeindruckender Tragöde im Movie-Stadl. Das wirkliche Märchen im Märchen.

Die Frau, die Freundin und der Vergewaltiger
Mittwoch, 20.15 Uhr, RTL

Kein Sender verpackt seine Movie-Helden so unerbittlich in die Watte des schönen und luxuriösen Scheins wie

Szene aus „Die Frau, die Freundin …“

RTL. Die Protagonisten heißen neudeutsch Maike, Anne und Till, sind chromblitzend motorisiert, leben in großzügigen Lofts, trinken Champagner, bedienen lässig Computer, was Arbeit symbolisieren soll, und würden, wenn die Ästhetik den endgültigen Sieg über die Inhalte davontrüge, nur noch in raphaelitisch-schöner Ungerührtheit in die Welt blicken. Auch in dieser Geschichte (Regie: Michael Keusch) wird an schönen Bildern und betäubend-edlem Ambiente nicht gespart, dennoch gelingt in einigen Szenen der Durchbruch zum echten Drama. Eine Journalistin (Doreen Jacobi) heiratet einen hoffnungsvollen Jungarzt (Thomas Scharff). Maike, die Freundin der Braut (Valerie Niehaus), erkennt im Bräutigam denjenigen, der sie früher vergewaltigt hat. Es dauert lange, bis der Mann seine Untat von einst eingesteht. Niehaus schafft das Kunststück, eine Rächerin mit Herz zu spielen, eine Frau, die hin- und hergerissen ist zwischen innerer Verletzung und Schonung des Glücks der Freundin.

Paulus
Freitag, 18.40 Uhr, ARD

Die Liebe lässt sich nicht erbittern, rechnet das Böse nicht zu. Sie hofft und duldet alles, schrieb der Apostel in seinem berühmten Korintherbrief. Wer möchte da trotz grassierender Sandalitis an der deutsch-italienischen Verfilmung über den berühmten Gottesmann Paulus herumkritteln? Zweiter Teil am Montag (siehe auch Seite 244).

KOLUMNISTEN

Der Schamane

Franz Josef Wagner war Chefredakteur der „Bunten“ und der „B.Z.“. Nun ist er Chefkolumnist im Springer-Verlag, schreibt in „Bild“ fast täglich ungebetene Briefe an Prominente oder an Gott – und möchte „die poetische Tinte“ Deutschlands sein. *Von Matthias Geyer*

In dem Zimmer, in dem Franz Josef Wagner schreibt, gibt es zwei Kunstwerke. Das eine ist eine Bleistiftzeichnung von Rudolf Schlichter. Es zeigt Egon Erwin Kisch am Telefonhörer. Das andere hat ein unbekannter Künstler gefertigt. Es zeigt einen riesengroßen Penis.

Den Kisch hat Franz Josef Wagner von Hubert Burda geschenkt bekommen, als der noch sein Verleger war. Den Penis hat er sich selbst gekauft, auf dem Flohmarkt.

Manchmal ist Franz Josef Wagner sehr einsam in seinem Arbeitszimmer. Es gibt hier keinen Menschen, mit dem er reden könnte. Er arbeitet von zu Hause aus, und er lebt allein. Dann läuft er zwischen Kisch und Penis hin und her und wartet darauf, dass ihm etwas Originelles einfällt. Er ist Chefkolumnist beim Springer-Verlag. Er muss fünfmal in der Woche für die „Bild“-Zeitung schreiben. Er hat ungefähr 80 Zeilen à 15 Anschläge, auf denen er den vielen Millionen Lesern einen Teil der Weltlage erklären muss. Er sucht sich irgendein Thema aus und lässt dann seine Phantasie von der Leine, und am Ende soll es so sein, dass der Leser die Welt so sieht, wie Wagner sie gern hätte.

E. HACKENSCHMIDT

Autor Wagner: *„Ich brauch jetzt Blut“*

Diese Woche hat er 100 Tage rum. Wagner schreibt nicht Artikel über Menschen, er schreibt Briefe an Menschen. Seine Kolumne heißt „Post von Wagner“. Er schreibt an Christina Rau und Katie Price, das „Spindluder“.

Und wenn es sein muss, denkt er sogar über öffentliche Toiletten nach. Wer sind wir, wir Menschen, die wir täglich irgendwo auf einem gottverdammten Klo dieser Erde sitzen? „Wir sind Einsiedlerkrebse, die in die verlassenen Gehäuse anderer Tiere kriechen. Wir sitzen auf den Brillen von Drüsenkranken, Schuhverkäufern, Grundschullehrerinnen, Schleusenwärtern.“

Abends ist er leer. Alle. Ausgelutscht. Wenn alles glatt gelaufen ist, kommt Franz Josef Wagner, 57, gegen 21 Uhr in die Paris Bar, eine Gaststätte, in der die Berliner Prominenz zu Hause ist. Er trägt ein blaues Jackett mit einem Einstecktuch, das Hemd ist über der Brust geöffnet, und die Haare hängen ihm ins Gesicht. Er hat zurzeit keinen Föhn. Irgendein Mädchen, das neulich bei ihm war, hat ihm den Föhn geklaut, sagt er.

Er muss jetzt etwas essen. Er bestellt „Boudin“, gehäutete Blutwurst mit Kartoffelsalat. „Ich brauch jetzt Blut.“ Und französischen Weißwein, eine halbe Flasche Sancerre. Und filterlose Gitanes. Seine Stimme klingt, als sei sie in Mariacron eingelegt. Früher war er einmal bei den Regensburger Domspatzen.

Neulich war wieder so ein Tag. Was macht man? Vormittags hatte er seine acht Tageszeitungen gelesen, aber es stand nicht viel drin. Mittags rief der stellvertretende „Bild“-Chef aus Hamburg an, wie jeden Tag. Sie sprachen über Themen. Trittin war ein Thema. Hamburg hätte gern Trittin gehabt. Aber Wagner fiel nichts ein zu Trittin. Also ging seine Post an den Bundespräsidenten, es war ein Beitrag zur Nationalismusdebatte.

Wagner schrieb, dass er „an eine kollektive Identität“ glaube. Die werde durch das entwickelt, was einem die Mutter als Baby ins Ohr füttert. Bei ihm waren es „Hänsel und Gretel“ und das „Nibelungenlied“. Und seine Mutter sagte „Hosenscheißer“ und „Goldfasan“ zu ihm. So sei er Deutscher geworden.

Wagner wollte damit sagen, dass man auch stolz auf etwas sein darf, wofür man nichts kann. Und dass man auf seine Mutter stolz sein kann. Es ist dabei egal, ob die Mutter aus Deutschland kommt oder aus Amerika.

Franz Josef Wagners Mutter kommt aus Böhmen. Er verehrt sie sehr.

Er hat jetzt endlich etwas zu essen bekommen. Er kaut Blutwurst und trinkt Wein und raucht eine Gitane und erzählt von der Kindheit, alles auf einmal.

Seine Mutter, sagt er, sei „eine sehr sehnsuchtsvolle Frau“ gewesen, der Vater war im Krieg, und wenn er abends im Bett lag, sang die Mutter „alle Strophen von ‚Sah ein Knab ein Röslein stehn‘“. Sagt er. Und nachts habe er zu den „Geschichten

J. GIRIBAS

Springer-Prominenz, Politiker Schäuble*: *„Herr, sprich nur ein Wort, so wird meine Seele gesund“*

aus Tausendundeiner Nacht“ neue Pointen geträumt. Nur deshalb könne er auch heute so schreiben, wie er schreibt. Dann stellt er den Teller, auf dem noch ein Drittel Blutwurst liegt, auf den Nachbartisch und möchte noch einen Sancerre.

Einen wie ihn haben sie bei „Bild“ kein zweites Mal. Weil er ja eigentlich gar nicht zu „Bild“ passt. Er brüllt nicht, er raunt Andeutungen unters Volk. Als erwiesen war, dass der Mensch nur doppelt so viele Gene hat wie die Fliege, schrieb Wagner einen Brief an den lieben Gott: „Ich kann nicht die Fliegensprache. Haben die einen Mozart, einen da Vinci, eine Claudia Schiffer, ein Apollo-Programm? Gab es eine erste Fliege auf dem Mond?“ Gene zählen? Was soll der Quatsch?

Es kann jetzt natürlich passieren, dass irgendwelche intellektuellen Klugscheißer daherkommen, „Leitartikler“ zum Beispiel, die sich über ihn lustig machen. Und? Juckt ihn nicht. Die können ihn mal, sagt Wagner, das gilt nebenbei auch für den Bundespräsidenten. Da ist er wie Pontius Pilatus: Was er geschrieben hat, hat er geschrieben. Er hat übrigens in seinem ganzen Leben „noch nie einen Satz geschrieben, der ein ganz normaler Satz ist“. Er singt auch beim Schreiben, sagt er. Er komponiert jeden Tag „einen Popsong“. Er ist „wie ein Schamane“.

Franz Josef Wagner pustet durch den Mundwinkel die Haare aus dem Gesicht. „Soll ich Ihnen mal was verraten?“ Noch nie, sagt er, hätte „Bild“ so viele Leserpost gekriegt wie auf seine Briefe. Jemand schrieb: „Alle Achtung! Hier spürt man echte Gedanken.“ Wagner hat Zuschriften gekriegt, da waren Fotos drin von Leserinnen im Bikini. Im Sekretariat von „Bild“-Chefredakteur Kai Diekmann („Franz Josef ist das Pfefferkorn im Blatt“) rufen Leute an und weinen in den Hörer, nur weil sie Wagner gelesen haben.

Es gibt zwar auch welche, die sich erkundigen, ob dieser Typ noch alle Tassen im Schrank habe. Aber die sind in der Minderheit.

Ach ja, vor kurzem hat er sich mit Plácido Domingo unterhalten. Das heißt, sie haben sich weniger unterhalten, Wagner hat dem Mann aus Spanien vielmehr erklärt, was man mit deutscher Sprache alles kann, wenn man sie kann. Er zitierte Goethe: „Über allen Gipfeln ist Ruh.“ Er sagte, so ein Satz sei „wie ein Scheibenwischer bei einsetzendem Regen“. Da hat er aber gestaunt, der Spanier. Kann es noch schöner kommen?

Post von Wagner

Liebes Spindluder, lieber Effe,

uns Nicht-Helden. Umarmte mich das Spindluder, ich käme mir vor wie aus

Herzlichst

F. J. Wagner

Franz Josef Wagner

Wagner-Kolumne (Ausriss): *„Wie klein ich bin“*

Um kurz vor Mitternacht kommt Else Buschheuer in die Paris Bar. Else Buschheuer aus dem Osten, die im Moment noch Wetterfee von ProSieben ist und die demnächst nur noch Schriftstellerin sein will. Sie waren verabredet. Franz Josef Wagner empfängt sie sehr herzlich, und das Erste, was sie sagt, ist, dass sein Brief an den Bundespräsidenten zur Nationalismusdebatte daneben war. Deutschtümelnd. Dumpf.

Das hätte sie nicht sagen sollen.

Es durchzuckt ihn. „Wie war das denn bei dir damals, du FDJ-Süße?“

Else Buschheuer sagt, sie sei stolz darauf, von den Wessis befreit worden zu sein. Das soll komisch sein. Aber Franz Josef Wagner findet jetzt gar nichts mehr komisch. Er sagt: „Ich denke einfach, dass du das gar nicht kapierst.“ Er befiehlt ihr, sich an einen anderen Tisch zu setzen. „Außer Sichtweite.“

Man weiß nicht so richtig, ob er das jetzt ernst meinte oder nicht. Es wirkte jedenfalls so, deshalb setzt sich Else Buschheuer an einen Tisch, den Franz Josef Wagner nicht sehen kann. Mit der amtierenden Wetterfee sind dunkle Wolken in seinem Kopf aufgezogen. Er bestellt Grappa und Espresso.

Franz Josef Wagners Oberkörper hängt jetzt etwas schlaff über dem Tischtuch. Er ist wie ein Ballon, aus dem man die Luft gelassen hat.

Er hält ein Grappa-Glas gegen das Licht, guckt hinein und sagt: „Manchmal bin ich sehr deprimiert.“ Manchmal ist es nämlich auch ein elender Job.

Früher hatte er es gut. Früher war er der König. Er war Chefredakteur bei der „Bunten“ und bei der „B.Z.“, und er war ein genialer Zeilenmacher. Als zum Beispiel ein Deutscher irgendwo in der Südsee zum Tod verurteilt wurde, titelte er: „Hängen sollst du unter Palmen.“ Später fiel jemand im Berliner Zoo ins Eisbärengehege, und in Wagners Zeitung stand: „Besucher schwamm mit Eisbär – so sieht er jetzt aus.“

Hubert Burda hat ihm seinerzeit 1,5 Millionen Mark gezahlt, und morgens kam der Butler Hans und weckte seinen Herrn mit Pfefferminztee, in den ein Löffel Honig gerührt war: „Aufstehn, Franzl.“ Es war, sagt er, „eine berauschende Zeit“. Man muss sich nur vorstellen: Wenn Burda über den Golfplatz in Bad Wiessee lief, hatte der Verleger immer Angst, dass ihm einer seiner prominenten Freunde einen Ball an den Kopf schießt. Weil Wagner ja immer alle beleidigen musste in der „Bunten“. Ja, so war das.

Natürlich war es auch anstrengend damals, etwa in der Redaktion. Manchmal musste er seine Angestellten als „Arschlöcher“ und „Verräter“ ansprechen, weil

* Claus Larass, Franz Josef Wagner, Mathias Döpfner, August A. Fischer, Friede Springer im Januar 2000 in Berlin.

sie einfach nicht begriffen, was er wollte. Wenn Redakteure in sein Zimmer kamen und er hielt ein Glas Weißwein in der Hand, dann wussten sie nie, ob er es ihnen ins Gesicht schütten oder nur anstoßen wollte.

Manchmal hielt er sein Personal bis tief in die Nacht fest, als habe er Gefangene gemacht. Er las dann gern laut vor, was er geschrieben hatte. Und wenn einer ging, schmiss Wagner Bleistifte hinterher. So kegelte er meistens den Andruck. Auch deshalb ist er kein Chefredakteur mehr.

Und jetzt? Wo ist seine Macht geblieben? „Hab ich die schönste Frau der Welt? Meine Beute ist nicht fett.“ Und keiner ist mehr da, dem er vorlesen könnte. Es gibt nur noch den Kisch und den Penis. Wenn er fertig ist, wird er oft schwermütig. Dann denkt er: „Mein ganzes Journalistenleben reduziert sich auf diese 80 Zeilen. Wie klein ich bin. Wie liliputanerhaft ich bin.“ In solchen Momenten fürchtet er, die Intellektuellen, die „Leitartikler“, könnten ihn für „einen Küchenphilosophen“ halten. Manchmal hält so eine Stimmung bis zum nächsten Tag, und dann schreibt er Sätze, „die ich lieber nicht gedruckt sähe“.

Oder er schreibt Sätze, die keiner versteht. Außer ihm. Denn manchmal schreibt er die Briefe auch an sich selbst. Wie den an Joschka Fischers WG: „Die Promiskuität hatte in den 70ern viel mit Treppen zu tun. Man erklomm sie mit Turnschuhen. Und die Revoluzzerinnen hatten atemberaubende kleine Slips, weiß und hellblau. Es war ein bienenkorbhaftes Leben. Ich lebte zwei Jahre in einer WG. Unser Außenminister kann sich gar nicht an alles erinnern. Das Leben war zu schön.“

Manchmal ruft Kai Diekmann aus Hamburg an und sagt: „Tut mir Leid, du kannst es mir dreimal erklären, aber ich verstehe es nicht.“ Das müssen grauenhafte Momente sein. Diekmann hat Ledermobiliar und Macht. Wagner hat einen Laptop von Apple.

Irgendwann nach Mitternacht sagt Franz Josef Wagner, dass er ein Mitglied des Showgeschäfts sei, und deshalb koste ein Interview mit ihm 10 000 Mark. Mindestens aber 5000 Mark. Dann kommt Udo Walz an seinen Tisch, Udo Walz, der Starfriseur. Das ist ein Glücksfall, denn Walz ist Wagners Freund. Walz sagt: „Also, der Franz Josef ist für mich einer der besten Schreiber Deutschlands.“ Dann gibt Walz eine Runde Wodka aus. Else Buschheuer sitzt auch wieder mit am Tisch. Franz Josef Wagner sagt, sie sollten ihm jetzt alle zuhören. „Ich bin die poetische Tinte der Deutschen.“ Dann geht er nach Hause.

Als er am nächsten Morgen aufwacht, beschließt er, dass er diesmal ausnahmsweise auf die 10 000 Mark verzichten wird. Dann telefoniert er mit Else Buschheuer, es geht dabei um eine genaue Rekonstruktion des Abends.

Franz Josef Wagner ist katholisch. Das Schöne bei den Katholiken, sagt er, sei, dass der liebe Gott ihnen alles verzeiht. Gott verzeiht keinen Mord, das nicht. Aber wenn man etwas Falsches sagt oder etwas Falsches schreibt, dann verzeiht er ganz sicher, sagt Wagner.

Er geht jeden Sonntag in die Kirche. Da betet er dann: „Herr, sprich nur ein Wort, so wird meine Seele gesund.“ Nach der Kirche geht er schnell nach Hause. Die neue Woche hat begonnen. Er muss jetzt nicht mehr beten. Er kann jetzt wieder schreiben. ◆

BZ

Star Becker, Journalist Wagner: *Pfefferminztee mit einem Löffel Honig*

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

THEMA

DAB-Sender „DasDing“
Erfolg mit klassischer Frequenz

HÖRFUNK

Ins Leere gesendet

Seit sechs Jahren wird in Deutschland das Radio der Zukunft installiert – mit Steuer- und Gebührengeldern. Nun droht das Projekt zu scheitern.

Wenn Reinhold Heeg im Autoradio seinen Lieblingssender „Rock Antenne“ einstellen will, um mal wieder AC/DC zu hören, muss er bei seinem Daihatsu erst den Kofferraum öffnen.

Dort ist ein schwarzer Kasten installiert, den der Hardrock-Fan vor jeder Fahrt neu einstöpseln muss – sonst stürzt sein Radio regelmäßig ab. „Das ist wie bei einem Computer“, sagt der Raumausstatter aus dem hessischen Gelnhausen genervt.

Heeg hat die Zukunft des Hörfunks im Wagen. Sein Radio ist für den Empfang von „Digital Audio Broadcasting“ (DAB) ausgerüstet, dem Hörfunkstandard, der nach dem Willen von Politik und Industrie bis spätestens 2015 das herkömmliche analoge UKW-System ablösen soll. Bis dann müssten alle Radiohörer mindestens einen DAB-Empfänger besitzen, denn die Systeme sind nicht kompatibel.

Bereits vor sechs Jahren begannen in Deutschland die ersten Pilotprojekte, mittlerweile läuft das digitale Radio in vielen Bundesländern sogar im Regelbetrieb – doch die rund 90 öffentlich-rechtlichen und privaten Programmanbieter, die in der neuen Norm ausstrahlen, senden ins Leere.

Die Bundesbürger, die sich im Schnitt immerhin 206 Minuten täglich bedudeln lassen, hören kein DAB – die meisten kennen das Angebot nicht einmal. Kürzlich ermittelte der hessische Sender FFH in einer Stichprobe, dass die Deutschen hinter dem Kürzel wahlweise eine Biersorte, eine Bank oder gar einen „Deutschen Anrufbeantworter“ vermuten.

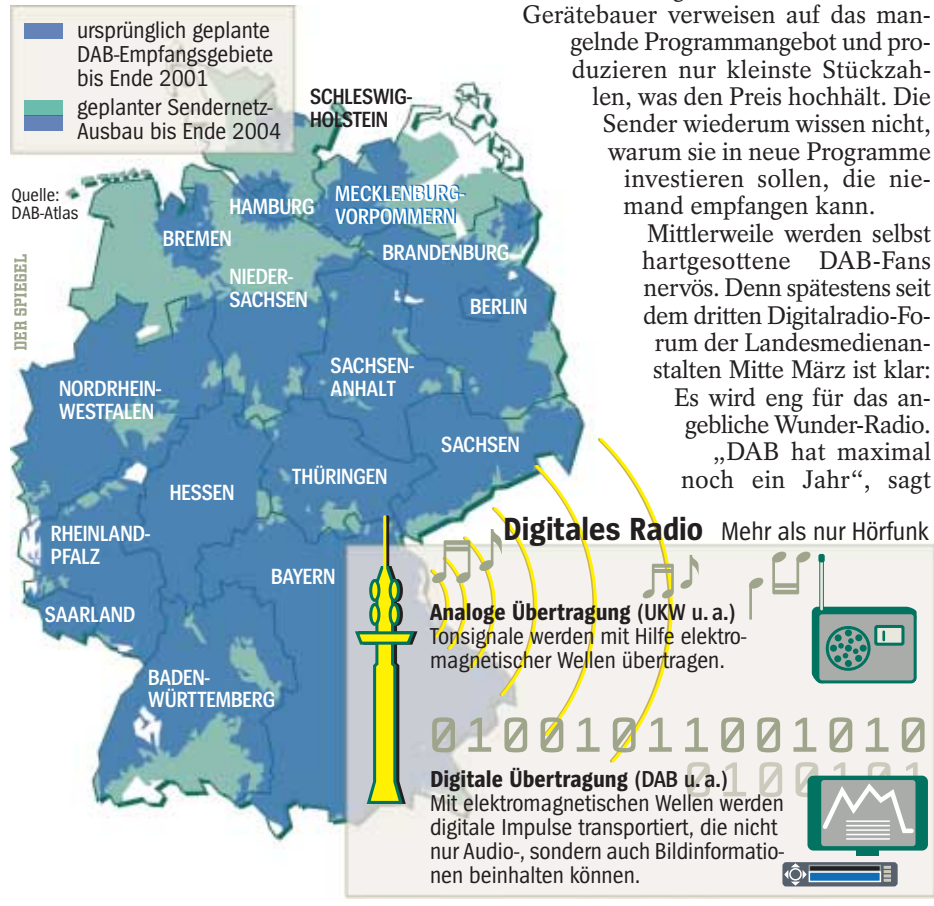
Dabei schwärmen die Befürworter des Digitalradios nun schon seit Jahren vom kristallklaren Sound in CD-Qualität ohne jedes störende Rauschen, von einer deutlich größeren Programmvielfalt und tollen neuen Zusatzdiensten. Denn das digitale System kann auch Texte und Bilder wie Börsen-News oder CD-Cover auf ein etwa postkartengroßes Display übertragen.

Doch die Realität ist trist. Nach Angaben des Branchenverbands ZVEI wurden im vergangenen Jahr nur 10 000 DAB-Empfänger verkauft. Vor vier Jahren gingen Forscher des Baseler Prognos-Instituts selbst in ihren pessimistischsten Szenarien noch von 236 000 verkauften Geräten im Jahr 2000 aus.

Die Unlust der Verbraucher ist indes verständlich: Mittlerweile sind zwar Geräte verschiedener Hersteller auf dem Markt, die billigsten wie das Blaupunkt-Modell „Toronto“ kosten allerdings 800 Mark. Pioneer verlangt für sein DAB-Set mit CD-Player 2800 Mark. In vielen Elektronikmärkten liegen die teuren Teile wegen der geringen Nachfrage gar nicht in den Regalen.

Seit Jahren kämpft die DAB-Lobby nun schon mit dem gleichen Problem: Die Gerätebauer verweisen auf das mangelnde Programmangebot und produzieren nur kleinste Stückzahlen, was den Preis hochhält. Die Sender wiederum wissen nicht, warum sie in neue Programme investieren sollen, die niemand empfangen kann.

Mittlerweile werden selbst hartgesottene DAB-Fans nervös. Denn spätestens seit dem dritten Digitalradio-Forum der Landesmedienanstalten Mitte März ist klar: Es wird eng für das angebliche Wunder-Radio. „DAB hat maximal noch ein Jahr“, sagt



Werbeseite

Werbeseite

etwa Klaus Schrape, Bereichsleiter Medien beim Prognos-Institut. Angesichts der bisherigen Entwicklung ist er skeptisch: „Der Erfolgsdruck ist groß, die Chancen sind klein.“ Für viele in der Branche steht DAB ohnehin schon für „Dead And Buried“ – tot und begraben.

Offen sagt das kaum jemand, dafür ist einfach zu viel Geld geflossen: insgesamt rund eine dreiviertel Milliarde Mark.

Allein in die Forschung und Entwicklung des Systems im Rahmen der europäischen Eureka-147-Initiative steckte das Bundeswirtschaftsministerium 81 Millionen Mark. Weitere 140 Millionen flossen nach Prognos-Angaben bis 1997 in Pilotprojekte und Sendernetzaufbau. Rund 200 Millionen, darunter erhebliche öffentliche Fördermittel, gab die Geräteindustrie für die Entwicklung erster Empfänger aus.

Den größten Batzen steuerten die Gebührenzahler bei: Die ARD-Anstalten haben bis 2002 insgesamt 258 Millionen Mark für den Aufbau der DAB-Infrastruktur zur Verfügung, über weitere 82 Millionen können sie bei Bedarf Kredite abschließen.

Dennoch hält sich auch in der ARD die Digital-Begeisterung in Grenzen. Sogar der ehemalige Südwestfunk, der schon 1997 die DAB-Jugendwelle „DasDing“ gestartet hatte, bemühte sich bald um eine zusätzliche analoge UKW-Frequenz. „Wir waren dazu gezwungen“, sagt Programmleiter Marcus Schuler: „Es macht keinen Sinn, jährlich 2,5 Millionen Mark in ein Programm zu stecken, das nur 800 Leute empfangen können.“ Seit „DasDing“ auch analog sendet, ist die Bekanntheit schlagartig gestiegen. Der Sender feiert gerade mit Getöse seinen „ersten Geburtstag“, die drei DAB-Jahre will man offenbar lieber verdrängen.

Immerhin ist „DasDing“ weiterhin digital zu empfangen. Der MDR dagegen stellte nach schlechten Erfahrungen im Pilotprojekt schon 1998 alle DAB-Aktivitäten vorerst wieder ein.

Auch aktuell gibt es nur Hiobsbotschaften: Zwei Tage nachdem auf dem Frankfurter DAB-Forum eine „konzertierte Aktion“ fürs Digitalradio beschworen wurde, verkündete der Hessische Rundfunk, seine drei DAB-Programme nicht mehr digital zu verbreiten. „Wir wollen die Gebührengelder nicht für einen wirtschaftlichen und technischen Unsinn verschleudern“, so Jürgen Betz von der Rechtsdirektion.

Am vergangenen Mittwoch forderte die medienpolitische Sprecherin der Grünen, Grietje Bettin, angesichts der unsicheren Lage ein „generelles Moratorium“. Im ohnehin DAB-skeptischen Norden will die Politik mit dem für 2001 geplanten Ausbau des Hörfunksystems in Hamburg, Bremen, Schwerin und Kiel nun lieber abwarten.

Dass es für DAB so düster aussieht, liegt nicht zuletzt an einem fatalen Geburtsfehler. Der Hörfunkstandard war in erster Linie industriepolitisch motiviert: Europas gebeutelte Elektronikindustrie sollte einen neuen Milliardenmarkt erschließen. Tatsächlich hat aber heute praktisch niemand Interesse an DAB. Die ARD-Anstalten, die historisch bedingt über die besten UKW-Frequenzen und eigene Sendernetze verfügen, fürchten den Verlust dieser Privilegien in der DAB-Welt. Noch skeptischer sind viele Privatfunkmanager: Wenn sie ihre Programme auch digital ausstrahlen, bringt ihnen das nur zusätzliche Verbreitungskosten: „Das ist ökonomischer Wahnsinn“, sagt Radio-Hamburg-Geschäftsführer Bertram Schwarz, „wir haben keine Chance, das zu refinanzieren.“

U. SCHMIDT / ARGUM

DAB-Display im Auto
Stöpsel im Kofferraum

Die Verbraucher, die bei drei bis vier Radioempfängern pro Haushalt auch bei sinkenden Gerätepreisen für das Digitalradio noch tief in die Tasche greifen müssen, wurden bisher kaum gefragt.

G. BREITHAUPT / OSTKREUZ

Herkömmliches Radiogerät: *„Kein Grund, von UKW abzurücken“*

Aus gutem Grund: Die Resonanz bei den Pilotprojekten war sehr durchwachsen. So gaben rund 40 Prozent der Teilnehmer des hessischen DAB-Tests an, ihre Erwartungen hätten sich „kaum erfüllt“, 17 Prozent sahen sie sogar „nicht erfüllt“. Mit dem bisherigen UKW-Empfang zeigten sie sich hingegen „weitgehend zufrieden“, die Umstellung auf Digitalradio empfanden die Testhörer mithin als „nicht besonders dringend“. Eigentlich, so räumt auch ein ARD-Manager ein, „haben die Verbraucher keinen Grund, von UKW abzurücken“.

Kritiker monieren schon lange, DAB fehle ein echter Zusatznutzen, eine „Killerapplikation“. Zumal es für viele DAB-Anwendungen längst andere Lösungen gibt: So sind dynamische Navigationssysteme, einst als DAB-Attraktion gefeiert, schon lange im Handel – sie arbeiten mit dem Traffic Message Channel, einem UKW-Zusatzdienst.

Auch der stationäre Empfang von Digitalradio via Satellit ist längst alltäglich – allein Astra bringt bereits mehr als hundert Radiosender in Digitalqualität in die Wohnzimmer, vom Boom der „digitalen“ Web-Radios ganz zu schweigen.

In den USA wollen Unternehmen wie Sirius in diesem Jahr ein digitales Satellite-Hörfunksystem auf den Markt bringen, das auch im Auto zu empfangen sein wird. Für Europa hat Worldspace gerade ein ähnliches Projekt angekündigt. Und beim neuen Mobilfunkstandard UMTS arbeiten Ingenieure ebenfalls längst an Audio-Anwendungen.

Viele Sendervertreter drängen deshalb auf eine politische Entscheidung: „Entweder es traut sich jemand, das Buch endgültig zuzuklappen“, sagt Hans-Dieter Hillmoth, Chef des Privatsenders FFH und Radiovorstand des Privatfunk-Verbands VPRT, „oder wir brauchen ein Digitalisierungsgesetz, das den Umstieg bis spätestens 2007 vorschreibt, um unsere Investitionen kalkulierbar zu machen.“ Dass die Politik UKW so schnell abschaltet, glaubt niemand – zumal sie mit massiven Protesten rechnen müsste. Vor einer Woche stimmte der Bundesrat einer Regierungsverordnung zu, die das UKW-Ende erneut bis auf „spätestens 2015“ verschiebt.

Die DAB-Lobby, allen voran die Telekom, die derzeit kräftig in die Sendernetze investiert, will deshalb einen letzten Überzeugungsversuch starten. Im Mai soll eine auf drei Jahre angelegte Marketing-Initiative („Be prepared“) für das Digitalradio beginnen, mit einem neuen Logo und einem Etat von 20 Millionen Mark.

Testfahrer Reinhold Heeg sieht das Thema gelassen, Kummer mit dem Digitalradio ist er gewohnt. Vor sechs Jahren kaufte er sich für rund 600 Mark einen Empfänger für das „Digitale Satellitenradio“ (DSR). Das wurde Ende 1998 wegen Erfolglosigkeit eingestellt, seither lag das Gerät nutzlos in der Ecke. Unlängst hat Heeg den teuren Elektroschrott online versteigert – für 20 Mark.

Marcel Rosenbach

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

A. GHANTSCHI

REUTERS

DJ Lee, Model, Hanks mit Ehefrau Rita Wilson

BÄRTE

Wiederkehr des Schnäuzers

Bislang galt der Oberlippenbart, kurz „Oliba“, als typisches Kennzeichen hauptsächlich von Verkehrspolizisten. Gern verband man mit dem Bärtchen den selbstzufriedenen Macho-Mann, für den die Rolex ein Sinn stiftender Wert war. Als sich langjährige Oliba-Träger wie der bayerische Sportreporter Waldemar Hartmann oder der Völler-Assistent Michael Skibbe von ihren Schnäuzern trennten, geriet die borstige Bastion kurz ins Wanken. Nun aber, im Zuge des romantisierenden Rückblicks auf die siebziger Jahre – damals entschieden sich Männer wegen Burt Reynolds oder Olympiaschwimmer Mark Spitz für den Oberlippenbart –, zeigen immer mehr tonangebende Szenestars wieder Mut zum gepflegten Schnauz. Tom Hanks führte den seinen bei der letzten Oscar-Verleihung vor. Durch und durch ernst gemeint ist das Bärtchen, anders als in den Siebzigern, nicht. „DJs wie der Brite Tim ‚Love‘ Lee“, behauptet Tim Kreutzfeld, 33, Besitzer des angesagten Berliner Friseursalons „Pony Club“, „tragen ihre Schnäuzer eindeutig mit einem Augenzwinkern.“

RATGEBER

Quickie in der Mittagspause

Im siebten Jahr, heißt es, werden Ehen brüchig. Die Regel stammt aus geduldigen Zeiten. In den letzten Jahren ist die Zahl der Paare, die schon im ersten Jahr wieder auseinander driften, ständig angestiegen. Diesen Trend kann man aufhalten, behaupten die amerikanischen Eheleute David und Wendy Hubbert, wenn junge Paare ihre Ehe als Arbeit begreifen, die mit Humor absolviert werden sollte. Ihr gemeinsames Werk „Das verflixte erste Jahr“ (Krüger Verlag) will jene Probleme lösen, von deren Existenz Frischvermählte oder jüngst Zusammengezogene meist noch nichts ahnen. Der Werbetexter und die Lektorin (immerhin schon im dritten Ehejahr) nennen einige ehegefährdende Dinge beim Namen: Fingernägel, Bartstoppeln, Zahnpasta. Eine Ehe, lehren sie, ist nicht allein die idealistische Verbindung zweier Menschen, die sich lieben, sondern bedeutet vor allem die häufige Anwesenheit eines weiteren Körpers. Fazit: Zwei Badezimmer tragen einiges zum Gelingen bei. Apropos Körper: Statt darüber zu staunen, dass „der Spaß am Sex durch die Tatsache, dass man verheiratet ist, tatsächlich ein wenig verloren“ geht, solle man sich einfach Mühe geben, ihn zu erhalten – etwa durch einen „Quickie in der Mittagspause“. Ein Liebesakt, erfährt der Leser, müsse nicht „jedes Mal ein episches Meisterstück“ sein. Beruhigend.

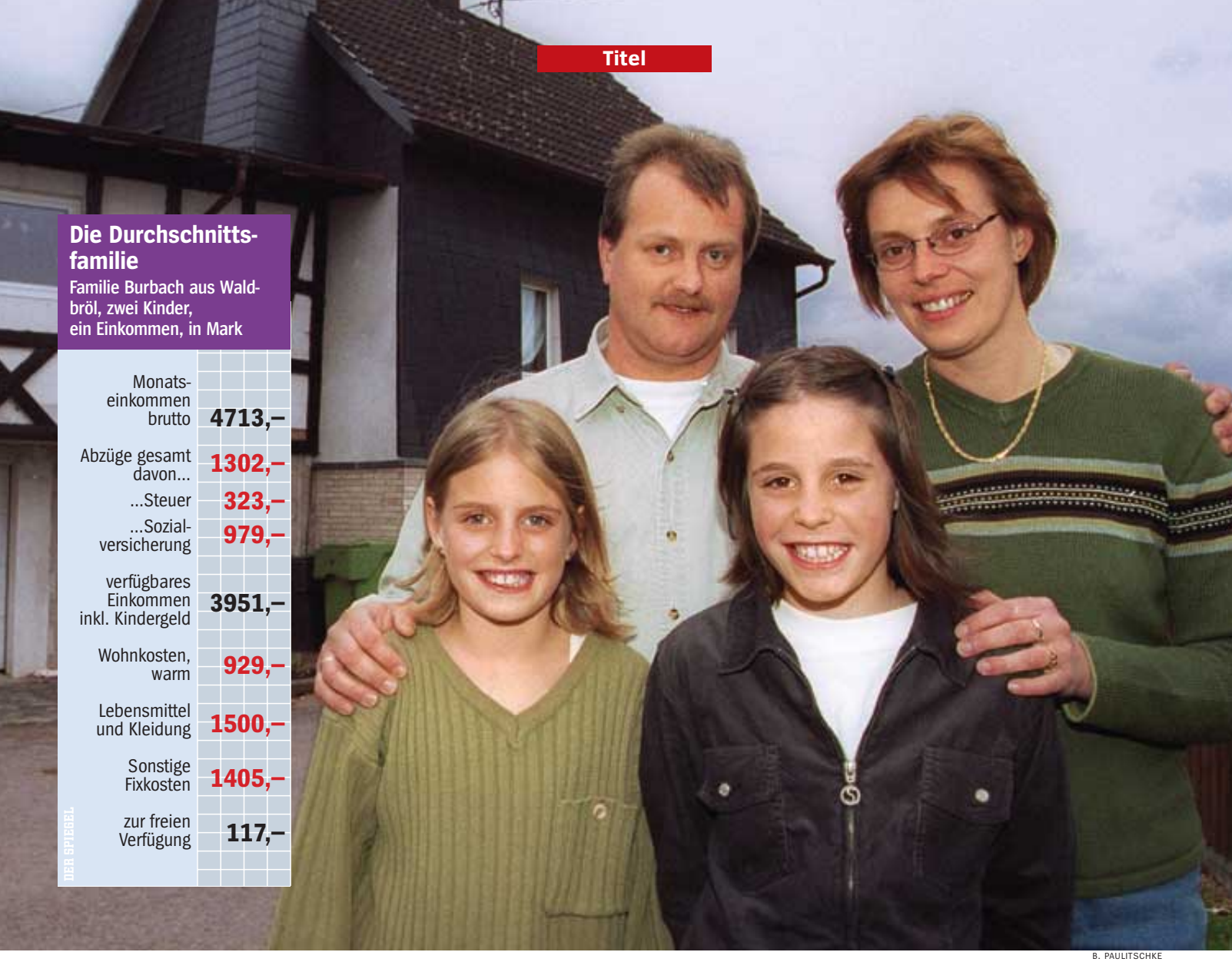
SCHÖNHEIT

Faltendoktor auf Hausbesuch

Londons gut betuchte Damen haben ein neues Hobby: Auf so genannten Botox-Partys sagen sie Falten und Fältchen den Kampf an. Das angebliche Wundermittel mit dem Namen Botulinumtoxin A, Markenname Botox, wird aus Bakterien gewonnen und ist in der Anwendung einfach: In die Muskeln injiziert, beugt es durch Lähmung der Faltenbildung vor. Muskeln um Augen und Stirn werden so für Monate außer Gefecht gesetzt. Seit sich der Londoner Arzt Mike Cummins auf Botox-Hausbesuche spezialisiert hat, drehen sich in den schicken Vierteln Chelsea und Notting Hill die Partygespräche um die verjüngende Spritze und prominente Kunden: Auch die Popstars Cliff Richard und Madonna sollen sich zur Bekämpfung ihrer Krähenfüße schon unter die Nadel begeben haben. Cummins baut seinen OP in der Küche auf, dann wird reihum injiziert. Die Kosten für eine Behandlung liegen bei umgerechnet 600 Mark. Als „Tupperware für die kosmetische Generation“ werden die Spritzen in London bezeichnet. In Erinnerung an die verschließbaren Plastikschüsseln, die ihren Inhalt ja auch auf wundersame Weise frisch halten sollten.

ATLANTIC SYNDICATION

Botox-Party in London



Die Durchschnittsfamilie
Familie Burbach aus Waldbröl, zwei Kinder, ein Einkommen, in Mark

Monatseinkommen brutto	4713,–
Abzüge gesamt davon...	1302,–
...Steuer	323,–
...Sozialversicherung	979,–
verfügbares Einkommen inkl. Kindergeld	3951,–
Wohnkosten, warm	929,–
Lebensmittel und Kleidung	1500,–
Sonstige Fixkosten	1405,–
zur freien Verfügung	117,–

DER SPIEGEL

B. PAULITSCHKE

Ein Segen für die Familie

Wer Kinder kriegt, zahlt drauf. Das verstößt gegen die Verfassung. Das Karlsruher Urteil zur Pflegeversicherung verlangt einen grundlegenden Wandel in der Familienpolitik. Erziehungsarbeit muss belohnt werden – auch damit der Bevölkerungsschwund gebremst wird.

Der Kanzler hat es natürlich längst geahnt: „Die meisten Fragen, die es heute zu lösen gilt“, verkündete freundlich Gerhard Schröder, „sind auf die eine oder andere Weise mit der Familie verknüpft.“

Auf welche Weise genau, das hat er seit vergangener Woche amtlich. Unter dem Aktenzeichen 1 BvR 1629/94 entschied das Bundesverfassungsgericht den Fall des zehnfachen Familienvaters Alfred Wilhelm Müller aus Trier. Nun ist bei Schröder alles Müller.

Der Kanzler hat zwar Recht: Die Familie steht – wieder – im Mittelpunkt. Aber die Folgen werden den Regierenden nicht gefallen. Denn was die acht Karlsruher Richter auf 46 Blatt präziser Urteilsbegründung zu Müllers Beschwerden über seinen Versicherungsbeitrag ausführen, ist nicht nur geeignet, die in 20 Jahren Diskussion errungene Pflegeversicherung aus den Angeln zu heben. Die Karlsruher haben zudem den deutschen Generationenvertrag gekündigt.

Über den Familien liegt kein Segen mehr. Weil es nicht mehr genug Kinder gibt, so die Begründung des Verfassungsgerichts, funktioniert das Konzept der von Generation zu Generation weitergereich-

DPA

Familie Ilka, 33, und Reinhold Burbach, 41, mit Nadine, 10, und Miriam, 9.

Wenn sie mit 3951 Mark im Monat auskommen will, muss Ilka Burbach genau rechnen. Eigentlich sollten immer 200 Mark übrig bleiben für Extras wie einen Ausflug, doch „das Geld ist immer wieder weg“, sagt die ehemalige Arzthelferin. Als vor zehn Jahren Nadine, die Älteste, kam, hatten es Ilka Burbach und ihr Ehemann Reinhold, 41, der bei der Verwaltung des Oberbergischen Kreises als Angestellter arbeitet, darauf angelegt. Das zweite Kind war nicht geplant. Seither ist das Geld immer knapp. In diesen Sommerferien fahren sie ins Allgäu, und in den nächsten zwei Jahren ist der Urlaub gestrichen. Ein Kanal wird nämlich gerade zu ihrem über 110 Jahre alten Fachwerkhaus gelegt – das wird teuer. Und der neue Anbau muss auch noch mit 609 Mark monatlich abbezahlt werden. Nur auf Raten konnten sie sich ihr neues Auto leisten. Zuverdienen kann Ilka Burbach nicht. Im Bergischen Land sind die Nebenjobs Mangelware. Und dann bräuchte sie auch einen eigenen Wagen: „Dann würde ich doch nur noch fürs Auto arbeiten gehen.“

AKG

Familie um 1910: *„Tiefes existenzielles Bedürfnis“*

ten Verantwortung für die Schwachen und Alten nicht. Das aber ist das Konzept, auf dem neben der Pflegeversicherung auch die Rentenversicherung und zum großen Teil die Krankenversicherung ruht.

Wenn ein Organist namens Müller aus Trier mit seiner Frau die Verantwortung für zehn kleine Versorger der nächsten Generation auf sich nimmt, dann ist es ungerecht, dem Mann auch noch 109,65 Mark für die Pflegeversicherung aus der Tasche zu ziehen. Ungerecht ist das vor allem, weil währenddessen die Doppelverdiener ohne Kinder ihre Einkommensüberhänge verprassen. So urteilen die Richter. Und der Streitwert der Sache erhöht sich von 109,65 Mark nun schnell auf zweistellige Milliardenbeträge.

Was für Müller gilt, muss nach einem Ultimatum des Gerichts bis 2004 auch für alle anderen Eltern gelten. Egal, ob sie Pflege-, Kranken- oder Rentenversicherung bezahlen: Wer mit der Aufzucht von Kindern zur nächsten Generation beiträgt, muss von Beiträgen für die Generationenkasse zumindest teilweise befreit sein.

Das System gerät ins Wanken – ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, da sich Regierung wie Opposition auf einen fetzigen Sozial-Wahlkampf einschießen wollten.

Familiengeld, Erziehungsgehalt, Grundsicherung für Kinder – schon jetzt übertrumpfen sich Politiker aller Parteien mit immer neuen, immer teureren Vorschlägen, wie der ausgebeuteten Familie endlich mehr Gerechtigkeit widerfahren soll.

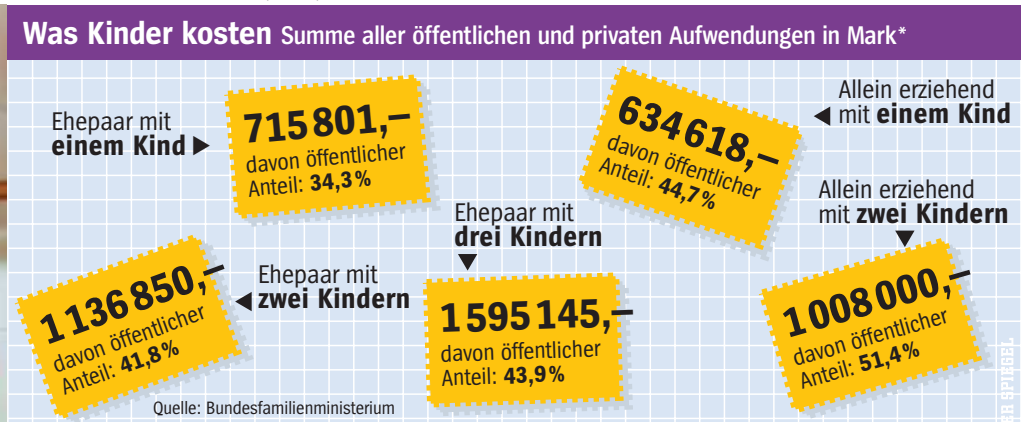
Über die Wut vernachlässigter Familien, so erfuhr CDU-Chefin Angela Merkel, kann eine ganze Regierung stürzen. 1998 habe die Union die Bundestagswahl nicht zuletzt deshalb verloren, weil sie sich „immer mehr vom konkreten Leben der Menschen entfernt hatte“. Besonders spürbar sei das in einem Bereich geworden, „von dem jeder Mensch in der einen oder anderen Weise betroffen ist – in der Familienpolitik“.

Nun trifft es die rot-grüne Regierung. Noch beim Familienurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1998, das den Steuergesetzgeber zu höheren Kinderfreibeträgen verdonnerte, hatte der damalige Finanzminister Oskar Lafontaine ausgerechnet, die Operation Karlsruhe koste „mindestens 22 Milliarden Mark“. Ein paar Milliarden davon haben die Rot-Grünen mittlerweile tatsächlich aufgebracht.

Und während sie noch darüber rechten und rechnen, wie viel sie gemäß dem damaligen Ultimatum bis 2002 für den Fami-

* Am Dienstag vergangener Woche in Karlsruhe.

Verfassungsrichter bei der Verkündung des Familienurteils*: *Gefahr für den Bestand des deutschen Volks*



F. OSSENBRINK

Familienpolitiker Schröder, Zuhörer*
Wie macht man Kinder?

lienlastenausgleich einplanen müssen, kommt nun der zweite, bislang schwerste Schlag aus der Zitadelle des Rechts. Was das kostet, mag niemand mehr ausrechnen.

Die Ahnung: Mit Zahlen allein ist es nicht mehr getan. Diesmal lässt sich der Familiensegen nicht mit Geld gerade hängen. Das Karlsruher Urteil ist das böse Schlusswort zu den seit Jahren immer wieder vom Verfassungsgericht erhobenen Mahnungen: Die Politik hat die Familie in verfassungswidriger Weise verkommen lassen.

Nach Artikel 6 des Grundgesetzes steht die private Keimzelle der Gesellschaft unter dem Schutz des Staats. Das gilt nicht zuletzt deshalb, weil die Familien in der einen oder anderen Weise die Verantwortung für die nächste Generation in Deutschland tragen. Dass der Staat sich darum seit Jahrzehnten einen Teufel schert, bezeichnete der Ex-Verfassungsrichter Paul Kirchhof als einen „Skandal des Rechtsstaats“.

Die ernsten Neuigkeiten aus Karlsruhe beantwortete Berlin mit bewährter Is-was-Dreistigkeit: Ulla Schmidt, die neue Gesundheitsministerin der SPD, verkündete nach dem Urteilsspruch allen Ernstes: „Bundesverfassungsgericht bestätigt Pflegeversicherung.“

Intern erregte sich die Singlefrau mächtig über das anscheinend praxisferne Urteil des Gerichts: Sie könne überhaupt nicht einsehen, warum es Familie Müller für benachteiligt halte, schließlich seien die zehn Kinder allesamt beitragsfrei mitversichert.

Der Sozialstaat – ein Schnäppchen für Kinderreiche?

Ulla Schmidt hat das Urteil ebenso wenig kapiert wie der um seine Rentenreform besorgte Arbeitsminister Walter Riester. Der fühlte sich von der Karlsruher Entscheidung nicht mal angesprochen.

In der Rentenversicherung sei bereits „exakt umgesetzt“, was Karlsruhe in den vergangenen Jahren gefordert habe. Das jüngste Urteil beziehe sich „ausschließlich auf die Pflegeversicherung“, mögliche Rückwirkungen für die Rente würden „mit Gemach geprüft“. Im Übrigen habe die Regierung „die demografischen Probleme bei der Rentenversicherung jetzt sehr langfristig gelöst“.

Is was? Die Richter lassen keinen Zweifel daran, dass das Verdikt sich nur deshalb auf die Pflegeversicherung bezieht, weil sie gerade keinen passenden anderen Fall zur Entscheidung hatten. Doch nahezu jeder Satz des Urteils richtet sich direkt an Walter Riester.

Das Verfassungsgericht konstatiert ein demografisches Desaster, an dem alle sozialen Sicherungssysteme, nicht nur die Pflege, zu zerbrechen drohen. Der „Bestand“, so heißt es in dem Urteil, sei nicht mehr gesichert. So pathetisch das klingen mag: Es geht um den Bestand des deutschen Volks.

Wer da wie Riester weiter wursteln will, verschärft die Ungerechtigkeit, die dem Orgelspieler Müller widerfuhr, um das Millionenfache. Karlsruhe erklärte den Berlinern die familienpolitische Zwickmühle: Je weniger Kinder es gibt, desto ungerechter ist das Umlagesystem der Sozialversicherungen. Und je ungerechter die wenigen, die noch Kinder aufziehen, behandelt werden – desto weniger Kinder wird es geben.

Riesters Rente ist da das beste Beispiel. Kinder zu haben ist in der Rentenversicherung ein schlechtes Geschäft.

Während der Nachwuchs in späteren Jahren die Leistungen aller, auch der kinderlosen Senioren, sichern hilft, konzentrieren sich alle Nachteile bei den Eltern: Sie zahlen für Erziehung und Unterhalt der Kleinen, hören während der ersten Lebensjahre meist ganz oder teilweise auf zu arbeiten und büßen deshalb nicht nur Lohneinkünfte, sondern auch noch einen erheblichen Teil ihrer Rentenansprüche ein.

Wie das im Alter durchschlägt, zeigen die aktuellen Einkommensstatistiken der Rentenversicherung. Für Senioren-Ehe-

Kinderkrippe in Ost-Berlin (1990): *Die Angst der Eltern vor der Zukunft*

S. SAUER

* Am 22. März auf der Cebit in Hannover.

Teure Vorsorge

Beitragssätze und Bemessungsgrenzen der Sozialversicherungen

Quelle: VDR, BA, BMG, BMA
*2000

	Beitragssatz 2001 Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil	Beitragsbemessungsgrenze 2001 bei einem monatlichen Bruttoeinkommen in Mark		Beitragseinnahmen 2000 in Mark
		Westdeutschland	Ostdeutschland	
Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	19,1 %	8700	7300	317,2 Mrd.
Gesetzliche Krankenversicherung	13,8 %*	6525	6525	254,2 Mrd.
Pflegeversicherung	1,7 %	6525	6525	32,4 Mrd.
Arbeitslosenversicherung	6,5 %	8700	7300	90,7 Mrd.

DER SPIEGEL

G. PETERSEN / JOKER

Babys mit Müttern und Pflegerinnen (im Aachener Geburtshaus): *„Kinder kriegen die Leute sowieso“*

paare gilt: Wer keine Kinder zu versorgen hatte, kommt im Durchschnitt auf Rentenansprüche von knapp 3400 Mark. Paare mit mehr als fünf Kindern müssen sich mit einem Altersgeld von rund 2300 Mark zufrieden geben, fast ein Drittel weniger.

Als Geprellte des Systems müssen sich vor allem die Mütter fühlen. Eine Frau, die drei Kinder großzieht, verhilft der gesetzlichen Altersversicherung langfristig zu zusätzlichen Beitragseinnahmen von über zwei Millionen Mark. So viel nämlich werden ihre drei Zöglinge später einmal der Alterskasse einbringen, wenn sie 40 Jahre lang arbeiten, durchschnittlich verdienen und regelmäßig ihre Beiträge abführen.

Den Müttern entlohnt der Staat den Dienst an der Zukunft seines Sozialsystems jedoch nur mit dürftigsten Almosen. Drei Kinder sind der Alterskasse derzeit ganze neun so genannte Erziehungsjahre wert, die sich im Alter zu einem Rentenanspruch von derzeit 450 Mark summieren; vorausgesetzt die Rentenkasse ist in 30 Jahren überhaupt noch zahlungsfähig.

Obendrein kommen nur solche Frauen in den Genuss dieser Kinderprämie, deren Sprösslinge jünger als zehn Jahre sind. Wurden die Kinder früher geboren, schneiden die Mütter sogar noch schlechter ab.

Is was, Riester? Annette Erös, Lehrerin für Mathe und Geschichte aus dem bayerischen Mintraching, hat in den vergangenen 20 Jahren fünf Kinder erzogen, alle vor 1992 geboren. Ihre drei Söhne sind inzwischen volljährig, die Zwillingstöchter sind gerade zehn Jahre alt.

Der jahrelange Erziehungsjob (Erös: „14 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche“) wird ihr nach der herrschenden Rechtslage im Alter einen Rentenanspruch von wenigen hundert Mark im Monat eintragen, einen Betrag weit unterhalb der Armutsschwelle.

Der massive Beitrag der Frau zur Erfüllung des Generationenvertrags, die Sorge um die künftigen Beitragszahler der Alters-, Kranken- und Pflegekasse, wird von der Politik schlechter behandelt als das steuerbegünstigte Hobby der Hundezucht.

Frau Erös muss dieselben Sozialabgaben zahlen wie alle Arbeitnehmer, seit sie an einer Sonderschule wieder für zehn Stunden die Woche unterrichtet. Von ihrem Bruttogehalt von rund 3000 Mark gehen fast 650 Mark Sozialabgaben ab, davon allein 300 Mark Rentenbeitrag. „Da vergleicht man schon“, sagt sie, „wie es finanziell ohne Kinder ausgesehen hätte.“

Kein Wunder, dass viele Frauen aus dem Vergleich andere Schlüsse ziehen als Annette Erös. Seit 25 Jahren sind die Deutschen nicht mehr so gebärfreudig wie früher. Derzeit bringen 100 Frauen im Durchschnitt 140 Kinder zur Welt, zu wenig, um die Bevölkerungszahl stabil zu halten. Noch schlechter ist die Relation nur in Italien oder Spanien (siehe Seite 108).

Die Babylücke wird schon in wenigen Jahrzehnten dramatische Konsequenzen haben. Denn es wachsen immer weniger Junge nach, die den staatlichen Transfertopf mit Beiträgen füllen könnten. Außerdem kommen gerade dann die geburten-

Die kinderlosen Doppelverdiener

Ehepaar Klein aus Keidelheim, zwei Einkommen, in Mark

Monatseinkommen brutto	10 500,–
Abzüge gesamt davon...	3883,–
...Steuer	2574,–
...Sozialversicherung	1309,–
verfügbares Einkommen	6617,–
Eigenheim	2600,–
Lebensmittel und Kleidung	1700,–
Sonstige Fixkosten	1350,–
zur freien Verfügung	967,–

DER SPIEGEL

Seit drei Monaten führt die Biologielaborantin Elke Klein, 37, ein Haushaltsbuch. „Ich wollte mal sehen, wo das Geld bleibt“, sagt sie. Denn obwohl auf ihren Lohnzetteln gutes Geld steht: Was bei Elke Klein und ihrem Ehemann Johannes, 40, – einem der viel beneideten Doppelverdienerpaare ohne Kinder – am Monatsende übrig bleibt, reicht nicht fürs Prassen. Da sind vor allem die langen Wege zur Arbeit, die ins Geld gehen. Jeden Tag fährt Elke Klein von ihrem Wohnort Keidelheim im Hunsrück nach Ingelheim ins Labor – macht 130 Kilometer hin und zurück. Manchmal überlegt sie dann, ob sie sich ihren geliebten Beruf überhaupt leisten kann. Auch ihr Mann, Grund- und Hauptschullehrer, kommt auf über 30 Kilometer am Tag. Gern hätten sie Kinder gehabt, aber es hat nicht geklappt. „Irgendwann“, seufzt Johannes Klein, „haben wir uns damit abgefunden.“ Beide halten es für richtig, dass Familien mit Kindern auch bei der Pflegeversicherung besser gestellt werden sollen. Dennoch – da bleibt ein Rest Bitterkeit. Denn eigentlich, sagt Johannes Klein, ist das doch „eine zusätzliche Bestrafung“ dafür, dass man keine Kinder haben kann.

Widersinnige Wirkungen

Das Karlsruher Urteil kollidiert mit den traditionellen Prinzipien des Sozialstaats.

So überzeugend die Richter begründet haben, warum die Sozialbeiträge künftig an die Kinderzahl gekoppelt werden sollten, so schwierig wird es nun, die Juristenidee in Paragrafen zu gießen. Schon bei ihren ersten Planspielen war den Beamten in Gesundheits- und Arbeitsministerium schnell klar: Was Karlsruhe da gefordert hat, passt schlecht zu den traditionellen Prinzipien der Sozialversicherung – von den Regierungszielen ganz zu schweigen.

Würden die Beitragssätze zum Beispiel einfach nach der Kinderzahl gestaffelt – der erste Vorschlag nach dem Urteilsspruch –, würde das auf dem Arbeitsmarkt zu kuriosen Verwerfungen führen. Weil die Unternehmen die Beiträge zur Hälfte mitbezahlen, hätten die Betriebe künftig für Erziehende geringere Lohnkosten als für Kinderlose.

G. SCHÖNHARTING / OSTKREUZ

Sozialminister Riester
Milliarden-Lücke bei der Rente?

Das Konzept war rasch vom Tisch. Stattdessen planen die Sozialpolitiker nun, einen neuen Freibetrag einzuführen. Eltern könnten danach die Mindest-Lebenshaltungskosten eines Sprösslings von 7000 Mark jährlich nicht nur bei der Steuer, sondern auch bei den Sozialbeiträgen absetzen. Für einen Durchschnittsverdiener mit einem Kind hieße das: Statt auf sein Bruttogehalt von 50 000 Mark bräuchte er künftig nur für ein Einkommen von 43 000 Mark Pflege-, Kranken- oder Rentenbeiträge abzuführen. Die Kosten für den Arbeitgeber blieben gleich, aber der Versicherte würde Sozialabgaben in Höhe von rund 1200 Mark jährlich sparen.

Ein ähnliches Modell legt diese Woche der CDU-Sozialexperte Andreas Storm vor. Das erste durchgerechnete Konzept für einen „Familienrabatt“ in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sieht vor: Wer Kinder erzieht, erhält einen Beitragsnachlass von zehn Prozent je Kind. Die vierköpfige Familie eines Durchschnittsverdieners würde das im Monat um rund 181 Mark an Sozialbeiträgen entlasten. Finanzieren will Storm die Vergünstigung mit Hilfe einer neu zu schaffenden „Familien-Solidar-Versicherung“, in die Arbeitgeber und kinderlose Beschäftigte gemeinsam rund 1,2 Prozent der Löhne einzahlen sollen.

Das ist der Haken des Karlsruher Richterspruchs: Was Familien und Alleinerziehenden zusätzlich netto in die Tasche fließt, fehlt auf der anderen Seite den Sozialversicherungen. Allein der Pflegekasse, schätzen Regierungsexperten, entzöge die neue Babyhilfe etwa 1,6 Milliarden Mark, bei der Rente fiele sogar der zehnfache Betrag aus.

Um die Lücken zu stopfen, bleiben der Regierung zwei Möglichkeiten: Entweder werden die Steuern erhöht oder die Sozialbeiträge – beides keine besonders erfreulichen Alternativen. Schließlich hatte die Regierung gerade erst bekräftigt, in den nächsten Jahren die Abgaben weiter senken zu wollen.

Kollidieren würde das Konzept auch mit zahlreichen heiligen Prinzipien des Sozialstaats. So galt in der Rentenversicherung bislang der eherne Grundsatz, dass es für gleiche Beiträge auch gleiche Leistungen geben muss. Dieses „Äquivalenzprinzip“, wie es die Sozialexperten gern nennen, wäre durchbrochen, wenn Eltern sich mit niedrigeren Beiträgen dieselben Leistungen sichern könnten wie Kinderlose.

Doch es gibt noch mehr Widersprüche. Nach dem Karlsruher Urteil würde der Beitragsrabatt nur für Arbeiter und Angestellte gelten, nicht aber für Beamte. Logisch ist das freilich nicht. Denn auch der Staatsdiener-Sohn wird einmal die Rentenkasse füllen, wenn er später einen Job in der freien Wirtschaft annimmt.

Ähnlich widersinnig wirkt, dass eine Umsetzung des Richterspruchs gerade die betuchtesten Singles aus manchem Sozialstaatszweig vertreiben könnte. Gutverdiener nämlich können wählen, ob sie sich privat oder gesetzlich gegen Krankheit und Pflegerisiko versichern wollen. Hebt die Regierung nun zum Ausgleich der Kinderhilfe den gesetzlichen Pflegebeitrag an, würden noch mehr Versicherte zur privaten Konkurrenz wechseln als bisher schon. Den Nachteil hätten vor allem kinderreiche Familien, die in der gesetzlichen Pflegekasse bleiben müssen.

Schon reift unter den Sozialpolitikern die Erkenntnis: Soll der Richterspruch wirklich umgesetzt werden, muss der Sozialstaat tief greifender umgebaut werden als anfangs gedacht. „Der logische Schritt wäre eine Volksversicherung, in die auch Beamte und Selbständige einbezogen werden“, fordert etwa der Darmstädter Sozialexperte Bert Rürup.

Rentner (in Husum)
Fehler im Generationenvertrag

starken Jahrgänge der fünfziger und sechziger Jahre ins Seniorenalter, brauchen mehr Pflege und Betreuung, zusätzliche Altenheimplätze und Medikamente.

Die Soziallast der künftigen Generationen wird so immer größer. Heute müssen 100 Personen im Erwerbsalter rund 22 Alte ernähren. Im Jahr 2035 werden es mehr als doppelt so viele Alte sein.

„DIE VERFASSUNGSHÜTER HABEN ZWAR ÜBER DIE PFLEGE GEURTEILT, ABER SIE HABEN DIE RENTE GEMEINT“

Vor welchen Alternativen die Deutschen stehen, wollen sie ihre Sozialsysteme weiter betreiben wie bisher, hat den Karlsruher Richtern der Bielefelder Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg ausgemalt. Entweder, so rechnete der Professor vor, bringen alle Frauen im gebärfähigen Alter in den nächsten Jahrzehnten im Schnitt 3,8 Kinder zur Welt. Oder es müssten in den nächsten 50 Jahren rund 188 Millionen junge Ausländer einwandern – oder das Rentenalter stiege langfristig auf 73 Jahre.

Sonderlich realistisch ist wohl keine der Alternativen. Für die Richter war damit klar: Die umlagefinanzierten Sozialsysteme können unmöglich so bleiben, wie sie heute sind. Künftig, so urteilten sie, müssten Eltern zunächst beim Beitrag für die Pflegeversicherung entlastet werden. Zudem müsse der Gesetzgeber in den nächsten drei Jahren prüfen, ob das Prinzip auch in anderen Zweigen der Sozialversicherungen umgesetzt werden muss.

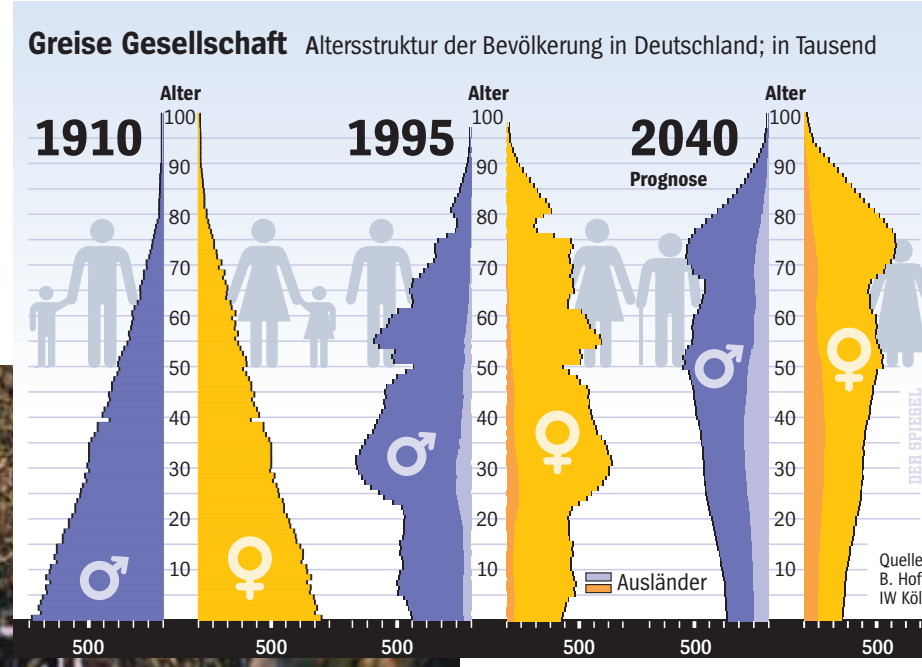
Welche Versicherung die Richter da im Blick haben, ist unter Experten völlig unstrittig: Die staatliche Rentenkasse leidet unter exakt denselben Problemen wie die Pflegeversicherung, dafür ist ihr finanzielles Gewicht viel größer. Der gesetzliche Alterstopf schüttet jedes Jahr rund 370 Milliarden Mark an Leistungen aus, mehr als zehnmal so viel wie die Pflegeversicherung. „Die Verfassungshüter“, ist sich der Darmstädter Sozialrichter Jürgen Borchert sicher, „haben zwar über die Pflege geurteilt, aber sie haben die Rente gemeint.“ Auch für die staatlichen Alterskassen gilt: Kinder zu erziehen ist eine „eigene konstitutive Leistung“ wie der gezahlte Beitrag.

Diese Feststellung im reinsten Verfassungsrichterdeutsch bezeichnet tatsächlich einen Wendepunkt in der deutschen Familienpolitik. Es ist die Abwendung von einem der beiden großen Missverständnisse aus der Gründerzeit der Bundesrepublik.

Das eine Missverständnis betraf die Ansicht, Gottes Natur, Flüsse und frische Luft stünden für den Wiederaufbau im Land unbegrenzt und gratis zur Verfügung. Mit der Erfindung des Umweltschutzes klärte sich das – in der einen oder anderen Weise – auf. Das andere Missverständnis betraf die sozialen Ressourcen und wurde, wie so vieles, trefflich zusammengefasst vom großen Schröder-Vorgänger Konrad Adenauer: „Kinder kriegen die Leute sowieso.“

Auf diese scheinbar gesicherte Erkenntnis wurde 1957 die Rentenversicherung als Umlagemodell neu installiert. Vaters Altersversorgung, früher mal Sache der Kinder, war aus der Familie herausgelöst und der Rentenkasse übertragen.

So kam es nicht mehr darauf an, dass Vater Kinder zeugte. Wenn er nur seine Rentenbeiträge bezahlte, war seine Rente sicher. Da es ja Kinder sowieso gab, mussten dann halt künftig die Kinder der anderen Väter Rente zahlen. Und weil das so einleuchtend war, wurde auf diesem kollektiven Generationenvertrag das gesamte Sozialsystem der Bundesrepublik gegründet.



P. FRISCHMUTH / ARGUS

Die Konstruktionsfehler wurden erst später deutlich. Den einen geißelte wiederholt das Verfassungsgericht: Den Müttern, die Kinder gebären und erziehen und gerade deshalb keine Rentenbeiträge einzahlen können, ist zwar die Geschäftsgrundlage des Generationenvertrags anvertraut, dafür haben sie aber zum Schluss keinen Anspruch auf eine eigene Rente. Bis heute ist dieser Missstand nur mit geringfügigen Verbesserungen abgemildert.

Den zweiten Fehler macht nun abermals das Verfassungsgericht in seiner neuen spektakulären Entscheidung zum Thema: Durch das kollektive Rentensystem wird

R. FROMMANN / LAIF

Mutter Stegmann mit Tochter Laura: *Montags Luft holen*

Seit acht Monaten lebt Marie Stegmann, 32, mit ihrer Tochter Laura, 3, allein. Den Alltag empfindet sie seither als ein ständiges Ringen mit knappen Ressourcen: zu wenig Zeit, zu wenig Geld. Stegmann arbeitet in Hamburg als freiberufliche Atem-, Sprech- und Stimmlehrerin. Arbeiten kann sie aber nur bis 15 Uhr – solange Laura in der Kita ist. Wie genau sie kalkulieren muss, wird ihr besonders in der knappen Freizeit bewusst. „Einen Sprach- oder Gymnastikkursus, um Leute kennen zu lernen, kann ich mir nicht leisten", sagt sie. Selbst ein Kneipenabend mit Freunden ist Luxus, wenn sie einen Babysitter bezahlen muss. Kleidung kauft sie in Secondhand-Läden, oder sie näht selbst. Auch für die neue Wohnung, die sie nach der Trennung einrichten muss, hat sie vieles selbst geschreinert oder gebraucht gekauft. Bei größeren Anschaffungen wie etwa einem Kinderbett für Laura springt Stegmanns Vater ein. Als Alleinerziehende, meint Stegmann, lebt man in zwei nicht zu vereinbarenden Rollen: Als Frau ohne Partner möchte sie ausgehen, Leute kennen lernen; als Alleinversorgerin aber ist sie rund um die Uhr für Laura in der Verantwortung. Luft holen? Montags und jedes zweite Wochenende – da ist Laura beim Vater.

Die Alleinerziehende

Marie Stegmann aus Hamburg, eine Tochter, Einkommen in Mark

Durchschnittliches Monatseinkommen brutto	4732,–
Abzüge gesamt davon...	1676,–
...Steuer	1041,–
...Sozialversicherung	635,–
verfügbares Einkommen inkl. Kindergeld und Unterhalt	3716,–
Miete, beruflich und privat	1644,–
Lebensmittel und Kleidung	1100,–
Sonstige Fixkosten	867,–
zur freien Verfügung	105,–

DER SPIEGEL

für den Einzelnen das Kinderkriegen überflüssig – der alte Adenauer-Satz stimmt nicht. Viel bequemer ist es, so zeigen es die Dinks (Double income no kids), das Kinderkriegen den Dummen zu überlassen.

Der fatale Funktionsverlust der Familie als Erwerbs- und Versorgungsgemeinschaft wurde durch die Errungenschaften des Sozialstaats noch beschleunigt. Je umfassender kollektive Sicherungssysteme die Risiken des Lebens abdeckten, umso einfacher fiel dem Einzelnen, aus der Familie auszubrechen, ohne unterzugehen. So leidet der Sozialstaat heute unter einer Entwicklung, die er selbst in Gang gesetzt hat.

Dann eroberten die Frauen die Hochschulen und die Welt der qualifizierten Berufe. Der Ehemann als Versorger verlor an Bedeutung. Eine Familie ohne Vater – das konnte man als Glück ansehen oder als Unglück. Manche SPD-Sozialpolitiker fanden es zeitgemäß, die Lebensform allein erziehender Mütter als Ausdruck von Befreiung und Zukunftsfähigkeit zu betrachten.

Ökonomisch betrachtet ist die Familie, aus der Sicht des Einzelnen, heute nicht mehr nötig. Die Familienbande bringen nicht mehr Absicherung, sondern nichts als Probleme.

Der fromme Satz von den Kindern, die es sowieso gibt, wie Luft und Sonne und blauen Himmel, entfaltete eine soziale Zerstörungskraft. „Die Nutzen der Kindererziehung werden sozialisiert", klagt der Augsburger Wirtschaftsprofessor Heinz Lampert, „ihre Kosten dagegen privatisiert."

Der emeritierte Ökonom ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesfamilienministeriums. Er und seine Kollegen haben ausgerechnet, wie viel Familie und Staat die Erziehung von Kindern innerhalb von 18 Jahren kostet. Das Ergebnis: Fast immer liegt der Anteil, den die Familien tragen, höher als der Anteil, den die öffentliche Hand übernimmt.

„DIE NUTZEN DER KINDERERZIEHUNG WERDEN SOZIALISIERT, IHRE KOSTEN DAGEGEN PRIVATISIERT"

Bei einem Ehepaar mit einem Kind zum Beispiel summieren sich die gesamten Aufwendungen auf rund 716 000 Mark. Davon trägt der Staat ein Drittel: direkt in Form von Kindergeld oder Erziehungsgeld und indirekt als Steuerfreibetrag oder kostenlose Mitversicherung in der Krankenkasse.

Den größten Teil jedoch, rund 470 000 Mark, muss die Familie selbst aufbringen: 153 000 Mark kostet sie Kleidung oder Ernährung der Sprösslinge, mit 316 000 Mark haben die Wissenschaftler den Zeitaufwand bewertet, den die Eltern über die Jahre hinweg in die Betreuung der Kleinen investieren: fürs Windelnwechseln, Wäschewaschen oder Essenzubereiten.

Je nach Familientyp können diese privaten Kosten Summen bedeuten, mit denen leicht ein schickes Eigenheim zu finanzieren ist: Bis zu 894 000 Mark entspricht der Erziehungsaufwand für ein Ehepaar mit drei Kindern.

Diesen Aufwand können sich die meisten Familien nur erlauben, wenn sie auf jede Mark achten – und auf allerlei Annehmlichkeiten verzichten, die für viele Kinderlose selbstverständlich sind, wie den Sardinientrip. „Es ist nicht zu begründen", kritisiert die Sachverständigenkommission des Bundesfamilienministeriums im 10. Kinder- und Jugendbericht, „dass Eltern weniger Möglichkeiten haben sollen als Menschen aus der kinderlosen Vergleichsgruppe, erholsamen Urlaub zu machen, sich Bücher zu kaufen oder ins Theater zu gehen."

Die Ungerechtigkeit, die nun das Verfassungsgericht rügt, ist schon lange aktenkundig. Eine Studie des Statistischen Landesamts in Baden-Württemberg hat 1998 nachgewiesen, dass junge Ehepaare mit Kindern „deutliche Einkommensnachteile" in Kauf nehmen müssen. Sie verfügen mit

Werbeseite

Werbeseite

Wie zeugungsfähig ist Vater Staat?

In Europa sinken die Geburtsraten, aber mit unterschiedlichem Tempo.

Sieht so die Todeskurve eines Volkes aus? Scheinbar unaufhaltsam sinkt die Geburtenrate in Deutschland. Kamen im Jahr 1900 pro 1000 Einwohner 36 Kinder zur Welt, so waren es am Ende des Jahrhunderts nur noch 9. Und in 100 Jahren, bei Anhalten dieser Entwicklung – werden dann Geburten in einem Greisenstaat bestaunte Wunder?

Doch bei genauem Hinsehen zeigt sich, dass der Geburtenrückgang alles andere als stetig verläuft: Die beiden Weltkriege brachten drastische Rückgänge der Geburten, die sich in Friedenszeiten dem Vorkriegsniveau wieder annäherten. An besonderen Hilfsprogrammen des Staates lag das nicht: Weder die Weimarer Republik nach dem Ersten Weltkrieg noch die Politiker der Ära Adenauer fielen durch Familienförderung auf. Auch der Babyboom der fünfziger und sechziger Jahre, die letzte Phase vor der Steuerung des Kinderkriegens durch die Pille, hat wenig mit Vater Staat und viel mit ökonomischem Optimismus, dem „Wirtschaftswunder“, zu tun.

Ob Paare Kinder bekommen, bestimmen Geschichte, Kultur, Stand der Empfängnisverhütung und die berufliche Emanzipation der Frau. Welche Chancen hat der Staat überhaupt, wirksame Anreize fürs Kinderkriegen zu schaffen?

In Deutschland lassen sich mehr oder weniger deutliche Auswirkungen staatlicher Initiativen zur Hebung der Geburtenrate an zwei Stellen entdecken:

Die Propaganda der Nazis mit ihrer rassistisch geprägten Feier des Kinderreichtums („Mutterkreuz“) trug bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs mit dazu bei, die Geburtenrate zu steigern – doch die Spitzenwerte der verhassten Weimarer Republik wurden nicht mehr erreicht.

Seit Anfang der siebziger Jahre intensivierte die DDR ihre Familienpolitik, und es gab einen Coup in Sachen Gebären: Das SED-Regime unterstützte junge Familien in vielfacher Hinsicht, zum Beispiel bei der Wohnungssuche – da kam Bewegung in die Wiegen.

Staatliche Förderung hin oder her – in Westeuropa sinken die Geburtenraten, allerdings in bemerkenswert unterschiedlichem Tempo.

Besonders düster sieht es in den Mittelmeerländern Spanien und Italien aus, einst katholisch geprägte Hochburgen von Großfamilien, in denen Großmutter, gestresste Töchter und jede Menge Enkel unter einem Dach lebten.

Landflucht und Individualisierung machten dieser überkommenen Lebensform ein Ende. Spanien hat heute weltweit die niedrigste Geburtenrate. Seit Ende des Franco-Regimes begannen immer mehr Frauen eine berufliche Karriere, und immer weniger junge Leute scherten sich um Verhütungsverbote des Papstes. Frauen nennen, in jüngsten Umfragen, die Hauptgründe für ihre Kinderzurückhaltung: schlechte Finanzen und die zu hohe Belastung durch Erziehung.

Die Regierung kümmerte sich bislang wenig um Unterstützung. 0,4 Prozent des Inlandsprodukts lässt Spanien Familien zukommen, der EU-Durchschnitt beträgt 2,2 Prozent. Erst jetzt gedenkt der konservative Regierungschef José María Aznar, mit Steuererleichterungen und mehr Betreuungsplätzen zu helfen.

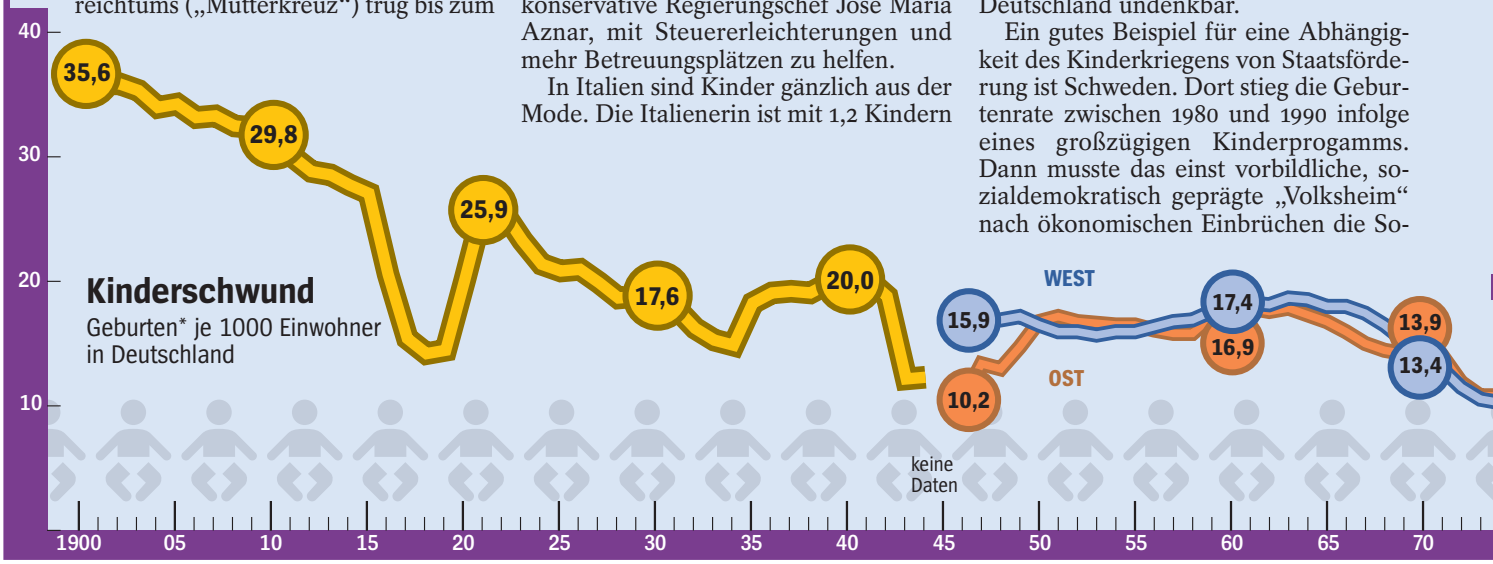
In Italien sind Kinder gänzlich aus der Mode. Die Italienerin ist mit 1,2 Kindern annähernd so geburtenschwach wie die Spanierin. „La mamma“ wird ein Auslaufmodell – einer der Gründe: Weil die Mütter es ihren Söhnen so nett machen, bleiben die Jungs bis ins beste Mannesalter von 35 zu Hause. Ihre Großväter hatten als Mittdreißiger oft schon ein Dutzend Bambini. Wenn die „mammoni“ (Muttersöhnchen) das häusliche Kinderzimmer verlassen, treffen sie reichlich spät auf dem Heiratsmarkt ein. Und dann braucht das italienische Paar statt Kindern erst mal ein Auto, zwei oder mehr Handys, schicke Klamotten.

Ganz anders die Lage in dem ebenfalls katholischen Frankreich. Im vergangenen Jahr gab es dort den höchsten Geburtenzuwachs in der EU. Der Abwärtstrend ist seit rund einem Jahrzehnt gebremst, die Fruchtbarkeit liegt derzeit bei 1,89 Kindern pro Frau gegenüber 1,71 vor fünf Jahren.

Das Klima in Frankreich ist kinderfreundlicher geworden. Wer einen Staubsauger verkaufen will, zeigt im Reklamespot am besten einen Mann am Gerät: Haushalt und Familie sind keine Frauensache mehr – die französische Öffentlichkeit hat es offenbar begriffen.

Dazu kommt eine relativ großzügige Familienpolitik. Frankreich ist erheblich besser mit Krippenplätzen ausgestattet als Deutschland, Ganztagsbetreuung von der Vorschule bis zum Abitur ist garantiert. Die Folgen: 70 Prozent aller Französinnen sind berufstätig. Und die Mütter von drei Kindern haben zu sensationellen 45 Prozent einen Job, in Deutschland undenkbar.

Ein gutes Beispiel für eine Abhängigkeit des Kinderkriegens von Staatsförderung ist Schweden. Dort stieg die Geburtenrate zwischen 1980 und 1990 infolge eines großzügigen Kinderprogamms. Dann musste das einst vorbildliche, sozialdemokratisch geprägte „Volksheim“ nach ökonomischen Einbrüchen die So-



DEFD

Idealbild Großfamilie (in Italien)*: *„La mamma“ wird zum Auslaufmodell*

zialleistungen für Familien zurückfahren, die Geburtenrate sinkt seither.

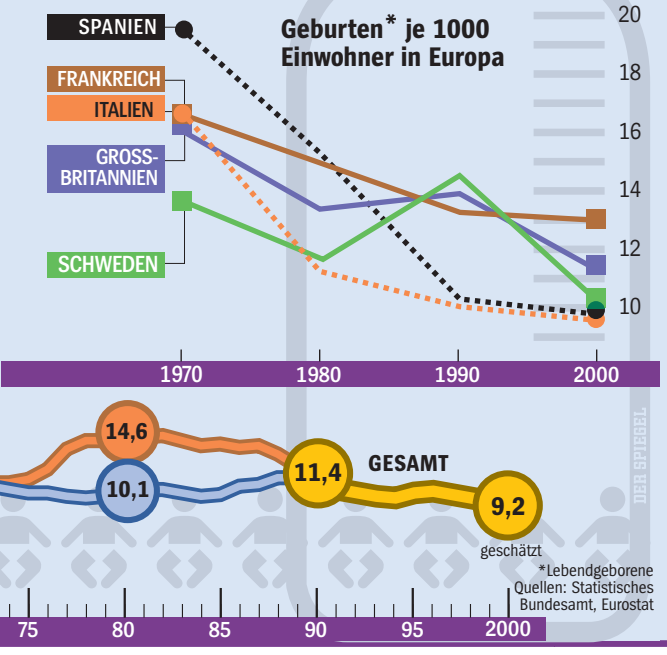
Dennoch kann das Land in manchen Punkten als vorbildlich gelten: So werden während des gesetzlich garantierten Elternurlaubs von 13 Monaten rund 80 Prozent des Gehalts fortgezahlt. Auch mit PR müht sich das Land stark um Kinderfreundlichkeit. Ex-Tennisstar und Frauenheld Björn Borg wirbt in einer selbst finanzierten Anzeige unverblümt: „F… for the future.“ Erfolgreich tat er es selbst, soweit bekannt, bislang nur einmal: Borg ist Vater eines Sohnes.

Die schwedische Außenministerin Anna Lindh verlässt, wenn es irgend geht, unter dem Beifall der schwedischen Öffentlichkeit das Ministerium am späten Nachmittag, um ja mit dem Vorortszug Mann und zwei Kinder zum gemeinsamen Abendbrot zu erreichen.

Nur rudimentäre politische und propagandistische Anstrengungen gibt es in Großbritannien – und doch weist das Vereinigte Königreich noch immer eine Geburtenrate von 1,7 Kindern aus: das vielleicht interessanteste Beispiel dafür, dass Fortpflanzung nicht ausschließlich durch ökonomische Rationalität bestimmt ist. Dabei ist das Kindermachen und -großziehen auf der Insel längst zum Luxus geworden.

So kostet ein privater Kindergartenplatz in London durchschnittlich 2500 Mark im Monat, eine ebenfalls nicht steuerlich absetzbare Kinderfrau rund 1500 Mark. Kein Wunder, dass immer mehr Kinder in reichen Familien geboren werden, während sich die Armen weniger Nachwuchs leisten.

Geburtenstark unter den sozial Schwachen sind nur die ganz jungen Britinnen. Das Königreich hält die erste Stelle unter den Teenager-Schwangerschaften in Westeuropa: Auf der Insel gibt es fast dreimal mehr Teenie-Mütter als in Deutschland.



* In dem Film „La Famiglia“ von Ettore Scola, 1987.

im Schnitt 3865 Mark über gut 700 Mark weniger Nettoverdienst als kinderlose Ehepaare (4580 Mark). Zwar müssen die Kinderlosen höhere Steuern zahlen, doch der Verzicht eines Elternteils auf Erwerbstätigkeit wiegt unter dem Strich schwerer.

Noch krasser wird das Einkommensgefälle zwischen Eltern und Kinderlosen, vergleicht man die Beiträge, die jedem Familienmitglied zur Verfügung stehen. Kinderlose Paare in Baden-Württemberg kommen pro Kopf auf 2545 Mark netto. Familien mit einem Kind verfügen über 37 Prozent weniger (1594 Mark), mit zwei Kindern sind es 49 Prozent (1296 Mark), mit drei Kindern sogar 57 Prozent weniger (1087 Mark).

Am härtesten trifft es allein erziehende Mütter: Ihr Pro-Kopf-Einkommen fällt mit

VISION PHOTOS

Kunden im Lifestyle-Shop
Kinder kriegen nur die Dummen

knapp 900 Mark 64 Prozent geringer aus als das der kinderlosen Paare.

Mütter ohne dazugehörige Väter sind die Verlierer der bisherigen Familienpolitik, mit Abstand weisen allein Erziehende die höchsten Sozialhilfequoten auf. Jede vierte, die ohne Partner zwei Kinder versorgt, bezieht Hilfe zum Lebensunterhalt. Von den drei Millionen Sozialhilfeempfängern ist inzwischen jeder dritte ein Kind.

So hat sich, entgegen allen Beteuerungen der Politik, die Situation der Familien nicht verbessert, im Gegenteil: „Nie ging es Familien so schlecht wie heute“, resümiert der Familien-Jurist Borchert.

Genug gejammert. Die Laune am sozialpolitischen Abgrund ist verblüffend gut.

In Wahrheit, das ergaben Umfragen, wünschen sich viel mehr Menschen Kinder, als sich trauen. Und die Sehnsucht nach der heiligen Familie ist geradezu überwältigend. Die Zahl derer, die Familie für ihr eigenes Wohlbefinden „sehr wichtig“ finden, so ermittelte die Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen in regelmäßigen Erhebungen, stieg in Westdeutschland sogar von 68 Prozent im Jahr 1980 auf 80 Prozent im Jahr 1998.

„Wie kaum eine andere Institution scheint die Familie geschaffen, gleichzeitig unserem biologischen Erbe, gesellschaftlichen Anforderungen wie auch tiefen exis-

A. HUB / LAIF (li.); W. MCBRIDE / FOCUS PLUS / XXP (re.)

Familienidylle 2000
Gute Laune am Abgrund

TV-YESTERDAY

Familienidylle 1960
Vaters Rente ist sicher

tenziellen Bedürfnissen gerecht zu werden“, beschreibt der Heidelberger Familienforscher Helm Stierlin die Zählebigkeit der Sozialform Familie.

Die Liebe in den Zeiten der Rentenreform: Eine SPIEGEL-Umfrage (50/1998) unter jungen Leuten brachte erstaunlich viel Familiengefühl an den Tag: Nicht nur Sex erwartet der junge Mensch vom Leben – Seitensprünge sind regelrecht tabu –, sondern Geborgenheit. 70 Prozent aller Jugendlichen sind überzeugt, dass eine Liebe ein Leben lang halten kann.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, gab es lange nicht mehr so viel Bereitschaft in der jüngeren Generation, das Abenteuer des Zusammenlebens zu wagen. 90 Prozent der Jugendlichen träumen davon, später zu heiraten.

Trotz Scheidungsrate, trotz aller unvollendeten Projekte des Feminismus, trotz der Einschränkung sexueller Unabhängigkeit: Der Traum vom verlässlichen Zusammenleben – als Mann und Frau, als Frau und Frau, als Mann und Mann – ist in den Köpfen der Jungen nicht ausgeträumt.

Hupend fahren die Hochzeitskonvois zum Standesamt oder zur Kirche. Weiß und teuer kleidet sich die Braut. Und wenn es zur Traumhochzeit nicht reicht – es gibt Entsprechendes im Fernsehen.

Den fühllosen Frauenflachlegern und den herumvögelnden Schlampen begegnet man eher noch in Gestalt argumentativ abgeschlagener Pappkameraden in den Kabinetten der Talkshows. Sogar Superstar Madonna, einst die weibliche Verheißung für laszive Ausschweifung, arbeitet – zumindest verbal – heute brav auf der Baustelle familiärer Beziehung: „Meine größte Herausforderung ist es, meine Zeit auszubalancieren, einerseits genug Zeit mit meiner Tochter zu verbringen, andererseits mich selbst glücklich zu machen in meiner Karriere“, gestand sie dem US-Fernsehmann Larry King, sie bekenne sich zur bürgerlichen Sehnsucht nach Ehe und Familie.

Nach der gescheiterten Ehe mit dem Schauspieler Sean Penn heiratete sie prompt den nächsten Mann. Die Ehe selbst bleibe für sie ein „heiliges Ritual“.

Die Politiker, diese gefühllosen Kerle, sind wenig beeindruckt. Ob Frauen und Männer zusammenfinden und vor allem, was sie anschließend machen, meint der Kanzler, darüber könne man nicht regieren: „Wenn Frauen und Männer entscheiden, keine Kinder haben zu wollen“, sagt Schröder, könne man nichts machen. „Wir machen in unserer offenen Gesellschaft keine Ein-, Zwei- oder Kein-Kind-Politik.“

Gerade in Deutschland ist jeder staatliche Versuch, Einfluss auf das Familienleben zu nehmen, ohnehin eine Gratwanderung. Der Plan, das eigene Volk zu mehr Fortpflanzung zu bewegen oder gar zu zwingen, ist durch die Bevölkerungspolitik der Nationalsozialisten diskreditiert. Länder mit einschlägiger Vergangenheit – Deutschland, Japan, Italien, Österreich und Spanien –, die den Mutterkult auf die Spitze getrieben haben, weisen heute weltweit die niedrigsten Geburtenraten auf.

Familienbande als Kunstobjekt (1970)*: *Ökonomisch überflüssig*

„Der Mutterkult des Nationalsozialismus hat die bundesdeutsche Politik in Sachen Kinder in eigenartiger Sprachlosigkeit zurückgelassen“, urteilt Barbara Vinken, Autorin des Buchs „Die deutsche Mutter“**.

Auch in der DDR war Familienpolitik alles andere als ideologiefrei. Hinter dem Leitbild der berufstätigen Mutter steckte konkretes Staatsinteresse. Frauen wurden in der Produktion gebraucht; gleichzeitig konnte die DDR, wegen der steten Abwanderung gen Westen, auf stabile Geburtenraten nicht verzichten. Deshalb sei wichtig, so der VI. SED-Parteitag 1963, „dass die Frau den wachsenden Anforderungen beider Lebensbereiche gemäß ihr Leben gestalten kann, dass sie nicht in dem einen Bereich gravierende Zugeständnisse zu Gunsten des anderen Bereiches für notwendig erachtet“.

Anders als die Bundesrepublik stellte die DDR-Führung tatsächlich die notwendige Infrastruktur bereit, um ein Nebeneinander von Beruf und Familie zu ermöglichen. Ein dichtes Netz von Kinderkrippen und Ganztagskindergärten gab es bereits Ende

* Lebende Installation „Weltuntergang“, München.
** Barbara Vinken: „Die deutsche Mutter. Der lange Schatten eines Mythos“. Piper Verlag, München; 368 Seiten; 44 Mark; erscheint am 14. April.

Werbeseite

Werbeseite

der siebziger Jahre – eine Errungenschaft, die sich im Osten bis heute gehalten hat. Auch finanziell wurden Eltern kräftig unterstützt: Familienforscher schätzen den vom Staat getragenen Anteil der Kinderkosten auf 85 Prozent.

Eine echte Wahl allerdings hatten die Frauen auch im Osten nicht: Galt im Westen die berufstätige Mutter, die ihr Kind schon nach wenigen Monaten in die Krippe gab, als suspekt, standen die ostdeutschen Frauen unter starkem öffentlichem Druck, sich nicht auf ein Hausfrauendasein zurückzuziehen.

Mit der Wiedervereinigung veränderte sich das Familienverhalten der Ostdeutschen dramatisch. Angst vor der Zukunft, ökonomische Unsicherheit und die weniger familienfreundlichen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik senkten die Geburtenrate in nur drei Jahren um mehr als die Hälfte. Wurden 1989 in der DDR und Ost-Berlin noch 198 922 Kinder geboren, waren es 1992 nur 88 320.

Im heutigen Deutschland gebe es „keinen Konsens darüber, dass Kinder begehrenswert sind“, schreibt Barbara Vinken. Über Kinder rede die Allgemeinheit nur, „wenn es um den berühmten Generationenvertrag und die Rentenzahlungen geht“. Nicht anders machten es die Karlsruher Richter.

Verfassungskläger Müller, Familie: *Zehn kleine Versorger*

Bislang war das, was bundesdeutsche Familienpolitik unter dem Etikett „Familienförderung“ anbot, so meist auch nur eine Prämie für den Berufsausstieg der Frau. Langer Erziehungsurlaub, Ehegattensplitting und kostenlose Mitversicherung in der Krankenkasse belohnen den Karriereverzicht eines Partners, meist der Frau.

Wie familienfeindlich das ist, geht aus Untersuchungen hervor, die der Münchner Sozialforscher Wassilios Fthenakis angestellt hat. Fthenakis hat bei 175 Paaren die Depressivitätsverläufe des Mannes und der Frau von der Schwangerschaft bis 4 beziehungsweise 18 Monate nach der Geburt des ersten Kindes in Abhängigkeit von der Berufstätigkeit der Frauen untersucht. Ergebnis: Wenn die Frau komplett aussteigt und sich auf das Dasein der Hausfrau und Mutter konzentriert, verfallen oft beide Partner in Depressionen. Weil ein Einkommen fehlt, muss der Mann mehr arbeiten und kann womöglich nicht der Vater sein, der er gern wäre. Sie dagegen vermisst ihre Arbeit und die gesellschaftliche Anerkennung.

Das Pfeifen aufs Familienleben ist das Begleitgeräusch neoliberaler Wirtschaftspolitik. Die Erfordernisse, die Globalisierung und Mobilisierung der Weltgesellschaft an deren Mitglieder stellen, lassen sich nicht mehr mit den traditionellen Gebräuchen der Familien-Rudel vereinen.

Züchtet der erbarmungslose Weltmarkt Einzelwesen, so fragt der amerikanische Soziologe Richard Sennet, die moralisch und sozial zu luxuriöser Obdachlosigkeit verdammt sind? Und der New Yorker Philosoph Michael Walzer sieht in der westlichen Welt „eine postmoderne Gesellschaft von Fremden“ heranwachsen – woraus er indirekt schließt, dass er diesen Kindern der Globalisierung, Menschen „ohne fest umrissene, exklusive Identitäten“, allenfalls sehr, sehr viel Verständnis füreinander empfehlen kann.

In der mobilen Gesellschaft wird es für die Einzelnen immer schwieriger, zusammenzubleiben. Was den Trennungsgebeutelten als persönliches Versagen erscheint, erweist sich als das Versagen eines Familienmodells, das eine männliche Arbeitsmarktbiografie mit einer lebenslangen Hausfrauenexistenz zu verzahnen wusste, nicht aber zwei Arbeitsmarktbiografien.

Das Dauerkunststück, so der Soziologe Ulrich Beck, zwei Karrieren zusammenzubinden, sei „so pauschal bislang keiner Generation zuvor“ zugemutet worden.

Dass es überhaupt ein Kunststück ist und keine Selbstverständlichkeit – das ist aus der Sicht des Staatsrechtlers Kirchhof eine flagrante Verletzung der Verfassung. Kirchhof, beim Verfassungsgericht einst Wortführer für eine gerechtere Familienpolitik, entnimmt dem Grundgesetz den Auftrag an die Politik, Beruf und Familie miteinander vereinbar zu machen – und zwar für Mütter wie für Väter.

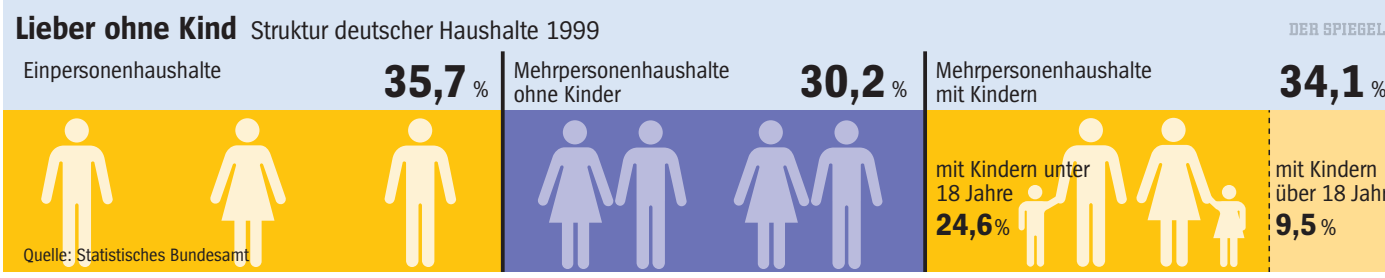
Nur die Familie, nicht der Staat, so Kirchhof, garantiere die gesellschaftlichen Grundlagen von Freiheit, Moral und Wohlstand, die das Grundgesetz voraussetze. Mütter, nicht Manager und nicht Minister, seien letztlich die Garanten einer humanen Gesellschaft.

Mit großem Aufwand verabschiedete das Bundesverfassungsgericht so – meist aus Kirchhofs Feder – Konzepte zur Beseitigung der Ungerechtigkeiten für Mütter mehr noch als für Väter im Familienrecht, Steuerrecht und Sozialrecht. Der wichtigste Punkt für Kirchhof aber ist „die Chancengleichheit für Mütter im Beruf“.

Die Verantwortung, die da auf die Wirtschaftsliberalen um Tony Blair und Gerhard Schröder zukommt, formulierte der britische Soziologe Anthony Giddens: „Individualismus und Entscheidungsfreiheit sollen vor den Grenzen der Familie und der nationalen Identität abrupt Halt machen, weil hier die Tradition intakt bleiben muss.“ Gut gesagt, aber: „Durch nichts werden Traditionen so gründlich zersetzt wie durch die permanente Revolution der Marktkräfte.“

Nun hat die Revolution bald keine Kinder mehr. Und gerade die großen, globalen Unternehmen – siehste, Riester – lassen sich eine Art privater Familienpolitik einfallen, um den drohenden Nachwuchsmangel von der eigenen Firma abzuwenden.

Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern, haben immer mehr Unternehmen eigens dafür abgestellte „Di-



Werbeseite

Werbeseite

versity-Manager“ oder „Projektleiter Chancengleichheit“ ins Haus geholt. „Wer seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen motivieren, halten oder neue gewinnen will, kann das Thema Familie heute nicht mehr außen vor lassen“, sagt Barbara David, Projektmanagerin für Chancengleichheit bei der Commerzbank in Frankfurt. Schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen: Eine qualifizierte Frau, die sich entscheidet, zur Familiengründung aus dem Beruf auszusteigen, kostet ein Unternehmen viel Geld. Etwa anderthalb Jahresgehälter sind im Durchschnitt erforderlich, um eine neue Fachkraft zu finden und einzuarbeiten.

Der „war for talents“, wie die verschärfte Konkurrenz um qualifizierten Nachwuchs in den USA heißt, macht es immer schwieriger, geeignete Mitarbeiter zu finden. Frauen außen vor zu lassen, kann sich niemand

Unionspolitiker Stoiber (u.), CDU-Wahlplakat
Prämie für den Berufsausstieg

DPA

mehr leisten. „Um unseren Bedarf decken zu können, müssen wir für alle potenziellen Bewerber ein attraktiver Arbeitgeber sein“, sagt Gerhard Weiß, Beauftragter für Chancengleichheit bei der Lufthansa.

Dabei spielen die Angebote auch für Väter eine wachsende Rolle. Längst nicht jeder berufstätige Mann hat heute noch eine Frau, die den Haushalt und die Kinder versorgt. Mit steigender Erwerbstätigkeit der Frauen tragen darum verstärkt auch Männer ihre Wünsche vor. Ein Trend, den Lufthansa unterstützt: „Wir ermuntern die Männer zu bekennender Vaterschaft“, sagt Weiß. „Weil wir überzeugt sind, dass in der Familie soziale Kompetenzen erworben werden können, die auch dem Unternehmen nützen. Außerdem sind glückliche Mitarbeiter meist deutlich produktiver.“

Das Unternehmen bietet vielfältige Arbeitszeitmodelle an: Teilzeit, Gleitzeit, Teilzeit kombiniert mit Telearbeit, Jahresarbeitszeitkonten, Sabbaticals. Alle Angebote richten sich stets ausdrücklich an Frauen und Männer. Für den Arbeitgeber sind solche Spezialarrangements selten ein Nachteil: „Wer sich so genau überlegt, wie er arbeiten will, ist meist hoch motiviert und will auch beweisen, dass es klappt.“

Um die konkreten Bedürfnisse von Eltern im Betrieb genauer zu erfassen, hat Ford an seinen Standorten Köln-Niehl und Saarlouis eine Studie in Auftrag gegeben. Erstes Ergebnis: Seit Februar gibt es im Ford-Werk Köln-Niehl eine Notfall-Kinderbetreuung. Wenn die Tagesmutter krank wird oder Schulstunden ausfallen, können Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ihre Kinder im Alter von sechs Monaten bis zwölf Jahren im „Ford Pänz“ abgeben, einem Hort direkt vor den Werktoren.

Ein ähnliches Modell praktiziert die Commerzbank in Frankfurt mit ihrer Einrichtung „Kids & Co“. Für das Unternehmen habe die Notfall-Kinderbetreuung gleich zwei Vorteile, sagt Barbara David: „Wir vermeiden Ausfälle – der Vater oder die Mutter hätte ohne unseren Bedarfskindergarten vermutlich zu Hause bleiben müssen. Außerdem arbeiten Eltern spürbar konzentrierter, wenn sie ihre Kinder gut betreut wissen.“ Die einzelnen Bankfilialen haben zudem ein Budget, aus dem sie Zuschüsse zur regulären Kinderbetreuung zahlen können.

Umdenken bedeutet auch, sich von Irrtümern zu verabschieden. Früher bot die Commerzbank ihren Mitarbeiterinnen ein viertes Jahr Erziehungsurlaub an. „Das war das falsche Signal“, sagt Barbara David heute. „Wer zu lange aussteigt, hat es schwer, zurückzukommen.“

Inzwischen ist die Einsicht immerhin bis zum Bundeskanzler vorgedrungen, dass „Frauen sich nicht wegen 30 Mark mehr Kindergeld für Kinder entscheiden, sondern dann, wenn die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sichergestellt ist“.

Dass dies wirklich etwas bringen könnte, zeigt der Blick ins Ausland. Die höchste Geburtenrate in Europa, 1,86 Kinder pro Frau, weist das Land auf, das mit 75,3 Prozent zugleich auch die höchste Frauenerwerbsquote hat: Norwegen. Das Schlusslicht in beiden Kategorien bildet Spanien, mit nur 48 Prozent erwerbstätigen Frauen

M. URBAN

SPD-Politikerin Bergmann, SPD-Wahlplakat
Die Revolution hat bald keine Kinder mehr

ULLSTEIN BILDERDIENST

und ebendrum durchschnittlich 1,14 Geburten pro Frau.

Es gibt, so folgert die stellvertretende SPD-Vorsitzende Renate Schmidt, Leiterin des SPD-Forums Familie, „einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Geburtenrate eines Landes und der Erwerbsbeteiligung der Frauen“. Harmonisierung von Familie und Arbeitswelt, so ihre Forderung, „muss deshalb Hauptziel der Familienpolitik der SPD auf allen Ebenen sein“.

Dass das alles nur über eine völlige Neukonstruktion der Familienpolitik geht, ist noch immer eine Art Staatsgeheimnis. Bislang unveröffentlicht ist das Dossier einer Expertenkommission im Haus der Berliner Familienministerin Christine Bergmann. Titel: „Gerechtigkeit für Familien“.

Die Politiker, so schreiben die 19 Wissenschaftler des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen, unter ihnen Psychologen und Volkswirtschaftler, müssen alle Anstrengungen unternehmen, um Familie und Arbeit miteinander vereinbar zu machen, „ohne die Erwerbskarriere und die Rentenbiografie nachhaltig zu beeinträchtigen“.

Das gehe nur über den massiven Ausbau der Kinderbetreuung. Tageseinrichtungen,

PFEIFEN AUFS FAMILIENLEBEN IST DAS BEGLEITGERÄUSCH NEOLIBERALER POLITIK

so heißt es in dem Gutachten, sollten „für alle Kinder beitragsfrei zugänglich sein“.

Die Wissenschaftler fordern nichts weniger als einen „Paradigmenwechsel“ in der Familienpolitik. Das Verhältnis der Leistungen, die Familien für die Gesellschaft erbringen und von ihr beziehen, müsse völlig neu geregelt werden.

So müsse das tatsächliche Existenzminimum der Kinder, genau wie das der Erwachsenen, komplett von der Steuer befreit werden. Zu diesem Zweck schlagen die Wissenschaftler „einen einheitlichen Kinderfreibetrag“ vor.

Als Ausgleich für die Leistungen, die sie für die Gesellschaft erbringen, sollen die Familien mit einem zusätzlichen einheitlichen Kindergeld entschädigt werden. Genaue Angaben zur Höhe dieser Maßnahmen macht der Beirat nicht, doch weist er ausdrücklich darauf hin, „dass die bisherigen familienpolitischen Leistungen nicht ausreichend sind“.

Für Kinder aus einkommensschwachen Familien schlagen die Wissenschaftler zusätzlich ein neues „Kinderfördergeld“ vor. Auch in der Rentenversicherung kommen Eltern nach Ansicht der Wissenschaftler bislang viel zu kurz: „Der Beirat empfiehlt daher, die Anrechnung von Kindererziehungszeiten über die bestehende Regelung von drei Jahren pro Kind hinaus auszudehnen, insbesondere wenn mehrere Kinder erzogen werden.“ Das erste Kind

zählt einfach, das zweite doppelt, das dritte dreifach.

Familienrechtler Kirchhof hat einen weiter gehenden Vorschlag. Ein Erziehungsgehalt, mindestens 2000 Mark pro Kind, soll Mütter oder Väter in die Lage versetzen, frei zu entscheiden, entweder eine Kinderbetreuung anzustellen und weiter dem Beruf nachzugehen oder das Geld zu behalten, um es später als Startkapital für den Wiedereinstieg zu investieren.

Wo das Geld für solche Pläne herkommen soll, ist für manche Experten schon ausgemacht: Rund 40 Milliarden Mark im Jahr bekäme der Staat flüssig, schaffte er das Ehegattensplitting ab.

Die Prämie fürs Nichtstun eines Ehepartners ohne Kinder ist allerdings – nicht zuletzt nach Kirchhofs Ansicht – verfassungsrechtlich geschützt. Gleichwohl gilt sie als ungerecht.

Paare, die verheiratet sind, werden auch, wenn sie keine Kinder haben, so milde besteuert, als hätte jeder von ihnen die Hälfte des Einkommens erzielt. Besteht also zwischen den Eheleuten ein großes Einkommensgefälle, entrichten sie weit weniger Steuern als Paare ohne Trauschein.

Der Abbau solcher Privilegien für Kinderlose wäre zugleich ein Signal: Auch die nächste Generation der Deutschen wird nicht vom Storch gebracht.

Erst wenn die Familie der Gesellschaft wieder heilig ist, das ist die Drohung des Karlsruher Urteils, lässt sich der Generationenvertrag wieder in Kraft setzen. Allerdings zu geänderten Geschäftsbedingungen.

Der Kölner Wirtschaftswissenschaftler Johann Eekhoff, Autor eines neuen Buchs über „Verlässliche Alterssicherung“, hat ausgerechnet, wie das Sozialsystem wieder auf einen tragfähigen Generationenausgleich zu gründen wäre: Wer mindestens zwei Kinder großzieht, hat danach Anspruch auf die vollen gesetzlichen Pflege- oder Rentenleistungen. Wer weniger Nachkommen zur Welt bringt, dem werden die Leistungen um 25 oder 50 Prozent gekürzt, und er muss zusätzlich privat vorsorgen.

Eekhoffs Modell setzt damit um, was die Karlsruher Richter fordern. Kinderlose müssen deutlich mehr Beiträge für ihre soziale Sicherung leisten als Eltern. Eekhoffs Ökonomen-Kollege Hans-Werner Sinn, der bereits vor Jahren ein ähnliches Modell entwickelt hat, hält das für „keinesfalls ungebührlich“. Wer keine Nachkommen großzieht, müsse eben „die eingesparten Gelder am Kapitalmarkt anlegen, um seine Rente auf diese Weise zu sichern“.

Für das staatliche Transfersystem hätte ein solcher Umbau noch einen weiteren Vorteil: Das System wäre immun gegen Veränderungen bei der Bevölkerungsentwicklung, die staatliche Alterskasse würde immer nur genau so viele Leistungen versprechen, wie Beitragszahler nachwachsen.

Unter den Berliner Sozialpolitikern aller Parteien wurden solche Vorschläge bis vor kurzem noch als skurrile Außenseiter-Meinungen verlacht. Als etwa Unionspolitiker wie der frühere Postminister Christian Schwarz-Schilling oder der Sozialexperte Andreas Storm ähnliche Vorschläge machten, verwarf sie Norbert Blüm, damals noch Arbeitsminister, sofort als „systemuntauglich“. Solche Vorschläge seien bestenfalls „der neueste Hit auf dem Jahrmarkt des Interessanten“, höhnte der Rentenmann. Den FDP-Politiker Otto Graf Lambsdorff erinnerte die Idee einer Kinderprämie bei der Rente gar an „eine Art Sprunggeld, so etwas gibt es in der Landwirtschaft“.

Seit es den Fall Müller gibt, lacht niemand mehr.

Thomas Darnstädt, Nikolaus von Festenberg, Susanne Fischer, Angela von Gatterburg, Tina Hildebrandt, Alexander Jung, Heiko Martens, Alexander Neubacher, Christian Reiermann, Michael Sauga

S. SAUER

Familie Dewald: *„Flugreise? Unbezahlbar“*

Wenn Kornelia Dewald, 41, von ihrem ABM-Gehalt etwas abknapsen kann, kommt das in die Reisekasse. Auch Urlaubs- und Weihnachtsgeld von Ehemann Andreas, 43. So reicht es meist für drei gemeinsame Wochen im Jahr, mal Schweden, mal Frankreich oder Dänemark. Urlaub vom Kochen und Putzen hat sie in einer Ferienwohnung zwar nie, sagt die Sozialarbeiterin – aber „Hotel- und Flugreisen mit vier Kindern? Unbezahlbar“. Genauso wie Markenjeans für ihre beiden Mädchen Bianca, 12, Kristin, 14, und die zwei Jungen Johannes, 9, und Christof, 19. Den Führerschein und Gebrauchtwagen hat sich der Älteste beim örtlichen Postamt selbst erjobben müssen. Und an eine „bombastische Abi-Feier“ ist nicht zu denken. Auch die Kleinen wissen schon, was Sparen heißt: Ausflüge ins „Blub“, das Berliner Badeparadies, das keinen Familienrabatt gibt, bleiben ein Kindertraum. In ihrem schmucken Klinkerbau wohnen die Dewalds jetzt fünf Jahre. Vor allem wegen der Kinder zog es sie aus der Großstadt. „Das Haus ist auch unsere Altersvorsorge“, erklärt Kornelia Dewald, „zusätzlich privat ist da nichts drin.“

Die Besserverdienenden

Familie Dewald aus Börnicke, vier Kinder, zwei Einkommen, in Mark

Monatseinkommen brutto	8826,–
Abzüge gesamt davon...	3282,–
...Steuer	1469,–
...Sozialversicherung	1813,–
verfügbares Einkommen inkl. Kindergeld	6624,–
Miete, warm	2400,–
Lebensmittel und Kleidung	2500,–
Sonstige Fixkosten	1600,–
zur freien Verfügung	124,–

DER SPIEGEL

Baby-Pflegekurs für junge Väter (in Köln): *„Heiliges Ritual“*

ZANETTINI /LAIF

Werbeseite

Werbeseite

S. ZUDER / BILDERBERG

ACTION PRESS

Love Parade in Berlin: *„Die haben den Bodenkontakt verloren“*

HAUPTSTADT

Fixer Rentner

Die Berliner Mischung aus Kleinkariertheit und Größenwahn hat ein neues Opfer – die Love Parade ist in Gefahr.

Wie Raver der ersten Stunde saßen sie da: Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) machte auf jugendlich, mit Schirmmütze und Trillerpfeife. Kultursenator Peter Radunski (CDU) trank auf die Techno-Jünger als „die sympathischste Jugend, die ich je erlebt habe“. Und selbst die spröde Finanzsenatorin Anette Fugmann-Heesing (SPD) pries den schrillen Umzug als Wirtschaftsfaktor.

Die damalige Berliner Polit-Prominenz feierte auf einer VIP-Party im Tiergarten die Love Parade – wenn auch in sicherer Schallweite zu den Techno-Trucks. Nach jahrelangem Streit um Müllberge und die Zerstörung des Tiergartens schien sie parteiübergreifend die Fronten gewechselt zu haben. Imagegewinn und Millioneneinnahmen durch die Love Parade hatten die verknöcherten Repräsentanten scheinbar zu Berufsjugendlichen gemacht.

Das war 1998.

Drei Jahre später wird in Berlin wieder gestritten und bundesweit über die Hauptstadt gespottet: Die für den 14. Juli geplante Mega-Party fällt womöglich aus – in der Heimat des behäbigen Behördengangs haben es alle Beteiligten schlicht verschlafen, dem Großereignis angemessene Strukturen zu verpassen. „Ein provinzielles Possenspiel“, urteilte der grüne Fraktionschef im Bundestag, Rezzo Schlauch, vergangenen Donnerstag mit einer Inbrunst, als zähle auch er zu den spät berufenen Ravern. Auch FDP-Überall Guido Westerwelle, zweimal Mit-Demonstrant, will „den Kult Love Parade gegen überkritische Bedenkenträger“ verteidigen.

Berlins Innensenator Eckart Werthebach (CDU), eher der Klassik zugetan, hält sich dagegen mit klammheimlicher Freude einfach penibel an das Gesetz. Weil bereits im September 2000 eine Bürgerinitiative für den 14. Juli eine Demonstration im Tiergarten angemeldet habe, so seine Innenverwaltung, könne die Love Parade nicht wie geplant genehmigt werden. Pikant: Die Konkurrenzveranstaltung steht unter dem Motto „Der Tiergarten gehört allen Berlinern“.

Die von dem Rentner Hans-Heiner Steffenhagen, 62, angeführte Initiative will den Marsch der Techno-Millionen aus dem Tiergarten fern halten, weil die Flora leidet. Der fixe alte Herr schlug die Raver, die noch immer als politische Demonstranten gelten, mit deren Mitteln. Er meldete seine Demonstration an, als die Love-Parade-Macher offenbar noch bei der Bilanz waren. Auch andere Sonnabende wurden durch ähnliche Aktionen blockiert.

In diesem Jahr also „nix Bum Bum“, wie der „Berliner Kurier“ fürchtet?

Das Verhältnis zur Stadt, klagt Love-Parade-Sprecher Enric Nitzsche, sei „schwierig und ambivalent“. Die Techno-Organisatoren fühlen sich unverstanden. Paraden-Mitbegründer Ralf Regitz beklagt seit Jahren die „unglaubliche Regulierungswut“ der Berliner Verwaltung.

Nachdem Ableger der Love Parade erstmals auch international in Wien, Tel Aviv, Kapstadt und Leeds stattfanden, wähnten sich die Organisatoren offenbar ihrer Sache sicher. Die Firma Planetcom, die hinter der Love Parade steht, reichte ihre Unterlagen erst im Oktober ein. Als die Polizei vergangene Woche die Demonstrationen in zeitlicher Reihenfolge der Anmeldung berücksichtigte, waren die Techno-Freaks konsterniert. Nitzsche: „Wir hatten nicht einmal eine mündliche Andeutung.“

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger ist Werthebach nicht mehr bereit, der Love Parade Sonderrechte einzuräumen. „Die sind davon ausgegangen, dass sie so wichtig für Berlin sind, dass sie nicht darauf achten müssen, dass die Versammlungsbehörde Recht und Gesetz zu befolgen hat“, beschied er kühl aufgeregte Kritiker. Berlins Tourismuschef Hanns Peter Nerger glaubt: „Den Love-Parade-Leuten ist der Erfolg zu Kopf gestiegen. Die haben den Bodenkontakt verloren.“

Doch die Love Parade ist auch zu einem gewaltigen Wirtschaftsfaktor geworden. Bis zu 250 Millionen Mark bringen die Techno-Anhänger nach Schätzungen mit in die Stadt, die zusätzlichen Steuereinnahmen betragen etwa 10 Millionen. Allein die Bahn stellt Sonderzüge für mehr als 150 000 Menschen bereit. Auch als Medienereignis gewinnt die Love Parade an Format: Im vergangenen Jahr zahlten die Sender rund 1,8 Millionen Mark für Übertragungsrechte und Produktionskosten.

Für die Macher lohnt sich die Veranstaltung vor allem, weil sie als politische Demonstration gilt. Vorteil: Die Stadt muss für Polizeieinsatz (eine Million Mark), Müllbeseitigung (500 000 Mark) und Tiergartensanierung (eine Million) aufkommen, Einnahmen kassieren überwiegend die Organisatoren. SPD-Fraktionschef Klaus Wowereit moniert deshalb: „Die Love Parade ist eine kommerzielle Veranstaltung.“

Werthebach hat den Ravern den 21. Juli als Ausweichtermin angeboten. Da wollen zwar Fahrradfahrer demonstrieren. Weil die Veranstaltung aber keinen Bezug zum Tiergarten hat, würde der Senator sie daraus verbannen. Eine Terminverschiebung brächte die Love Parade allerdings in arge Bedrängnis: Für den 21. Juli steht bereits der nächste Umzug in Newcastle an.

Als sei nichts geschehen, mobilisiert deshalb die Love-Parade-Firma im Internet für den „14. Juli, 14 Uhr“. Notfalls will Planetcom klagen oder die Route ändern.

„Wir haben Jahre an unserem Image gearbeitet“, stöhnt Tourismuschef Nerger. „Und jetzt lacht die ganze Welt über uns.“

HOLGER STARK

Werbeseite

Werbeseite

MUTPROBEN

Generation Kick

Die einen wollen sich vor ihren Freunden beweisen, die anderen haben einfach nur Langeweile: Immer öfter suchen Jugendliche das lebensgefährliche Risiko.

ACTION PRESS

S-Bahn-Surfer (in Hamburg): *„Natürliche Angstgefühle in den Wind geschlagen“*

Zuerst ein Kribbeln in den Armen und Beinen. Dann Bilder aus der frühen Kindheit, wie durch Milchglas gefilmt. Alles in Zeitlupe. Etwa so erlebte Sabrina, 12, eine Mutprobe, die sie zunächst in die Bewusstlosigkeit führen sollte und dann auf die Grenzlinie zum Tod.

An einem kalten Januarabend hatte sich die Schülerin mit fünf Freunden im Treppenschacht eines Hamburger Hochhauses getroffen. Irgendwann sagt einer aus der Runde: „Spielen wir das Ohnmachtsspiel.“ Sabrina ging dazu in die Hocke und atmete ein. Immer schneller, immer tiefer. Hyperventilation nennen es die Mediziner. Dann stand sie auf; Dominik, 16, fasste ihr mit den Händen an den Hals und drückte zu. Sabrinas Körper fiel nach wenigen Sekunden zusammen. Der Körper zuckte, das Gesicht grinste. Nach 20 Sekunden hätte sie die Augen wieder aufschlagen müssen, das wussten die Teenies von früheren Versuchen dieser Art. Aber Sabrina wachte nicht auf.

RTL

Ohnmächtige Sabrina: *Lebensgefahr statt Langeweile*

„Pilotentest“ nennen es Jugendliche, wenn sie sich gegenseitig in Ohnmacht versetzen. Psychologen kennen diese Art von Mutprobe schon lange, auch frühere Schülergenerationen suchten den Kitzel beim Kollaps. „Denn sie wissen nicht, was sie tun“, den Film über junge Auto-Raser, drehte James Dean 1955. Doch nach der Erfahrung des Hamburger Familienpsychologen Michael Thiel „hat die Risikobereitschaft bei Jugendlichen in den letzten Jahren zugenommen“. Lebensgefahr statt Langeweile – eine neue Generation Kick.

Manchmal auch der letzte: Um 21.42 Uhr alarmierten Sabrinas Freunde den Notarzt. Das Mädchen kam auf die Intensivstation der Universitätsklinik Eppendorf. Erst nach drei Stunden war sie wieder bei Bewusstsein.

Gegen ihre Clique läuft jetzt ein Verfahren wegen fahrlässiger Körperverletzung.

Wie trendy Todesmut unter Jugendlichen ist, hat der Kölner Sportsoziologe und Jugendforscher Jürgen Raithel in einer soeben veröffentlichten Studie untersucht. Er fragte 182 Jungen und Mädchen zwischen 13 und 17 Jahren: „Du bist mit Freunden unterwegs, und einige wollen etwas Waghalsiges unternehmen. Was würdest du tun?“

Jeder sechste Junge könnte sich vorstellen, ohne Seil an einer hohen Brücke herumzuklettern. Immerhin 10 Prozent der Jungen und 3,6 Prozent der Mädchen würden ihre Courage beim S- oder U-Bahn-Surfen demonstrieren. Jeder zwölfte Junge hätte kein Problem damit, von einem Lastwagen abzuspringen, der mit 50 Kilometer pro Stunde über die Straße braust.

Die Mutprobenlisten der Forscher lesen sich wie ein Anleitungsbuch für Stuntmen: Auto-Surfen auf dem Dach, Inlineskaten am Heck eines Wagens (Car-Rafting), Überqueren einer Autobahn bei Nacht. Was sich Erwachsene beim Bungee-Jumping oder River-Rafting holen, erhoffen sich Jugendliche über verbotene Spiele: den kurzen Hochspannungsflash zwischen Angst- und Allmachtsgefühl. Doch was mal als sterbenslangweiliger Tag begann, endet für manchen mit dem Tod oder schwersten Verletzungen:

- Ein 16-Jähriger aus Brandenburg trank auf der Klassenfahrt in Ungarn eine Flasche Wodka in einem Zug leer. Nach drei Tagen Koma starb er im Krankenhaus. Motiv: Mutprobe.
- In Mecklenburg-Vorpommern überschüttete sich im Juli vergangenen Jahres ein 16-Jähriger mit Benzin und ließ sich von seinem 14-jährigen Freund anzünden. Drei Viertel der Haut verbrannte. Motiv: Mutprobe.
- Im selben Jahr fuhr ein 20-Jähriger aus Berlin mit seinem Fiat ein Autorennen gegen einen älteren Konkurrenten. Der Fiat prallte gegen ein entgegenkommendes Auto. Der junge Mann wurde schwer verletzt. Motiv: Mutprobe.
- Der Bundesgrenzschutz verzeichnete im vergangenen Jahr in seiner Statistik 28 Kinder und 120 Jugendliche, die auf Bahnschienen verletzt oder getötet wurden. Häufiges Motiv neben Selbstmordversuchen: Mutprobe.

Experten erklären die Selbstüberschätzung mit dem Gruppendruck unter Gleichaltrigen. Um sich bei Freunden einen Namen zu machen, „werden die natürlichen Angstgefühle in den Wind geschlagen“, beobachtet Psychologe Thiel.

Bei den Jugendlichen kann die extreme Grenzerfahrung zur Sucht werden. Georg Romer, Oberarzt in der Kinder- und Jugendpsychiatrie im Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, behandelt Teenies, die jedes Angstgefühl aus ihrem Leben verbannt haben. So etwa den 14-Jährigen, der die Geländer auf Autobahnbrücken immer wieder als Schwebebalken benutzte. Romer vermutet hinter dem Spiel mit dem Tod häufig „eine erhebliche Traumatisierung“. Jugendliche, die sich ihre Anerkennung nur noch über riskante Mutproben holten, seien „in ihrem Selbstwertgefühl meist tief verletzt“.

Pilotentesterin Sabrina genießt indes Anerkennung ganz besonderer Art: „Auf dem Schulhof wollen alle wissen, was ich bei dem Spiel falsch gemacht habe.“ Ihre einzige Antwort: „Egal was. Spielt nie, nie dieses Spiel.“

MARTIN KNOBBE

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

TABAK-SCHMUGGEL

Geheime Zeugen

Mit Spannung erwartet Haushaltskommissarin Michaele Schreyer die für Mai anberaumte mündliche Verhandlung vor dem New Yorker Richter Nicholas G. Garaufis über die Zulassung der Zivilklage der EU-Kommission gegen die US-Tabakkonzerne Reynolds und Philip Morris. In ihrer Klage beschuldigt die Kommission die Konzerne, den Schmuggel mit Zigaretten in die Länder der Union gesteuert zu haben. Dadurch seien der EU und den Mitgliedsstaaten mehrere Milliarden Euro an Steuern und Zöllen entgangen. Nach anfänglichem Zögern sind inzwischen die meisten EU-Staaten der Klage beigetreten. Der Anstoß zu dem ungewöhnlichen juristischen Schritt kam von einem US-Anwaltsbüro in Florida, das auch die Klageschrift weitgehend verfertigt hat. Die Juristen lockten die EU

AP

Vernichtung beschlagnahmter Zigaretten

mit der Hoffnung auf Milliardenerträge durch Schadensersatz aus den Konzernkassen – bei geringem eigenem finanziellem Risiko. Die US-Anwälte arbeiten auf der Basis eines hohen Erfolgshonorars. Falls Richter Garaufis die Klage akzeptiert, sollen Insider, deren Identität noch geheim gehalten wird, darüber aussagen, in welchen Firmendokumenten Beweise über die Verstrickung der Konzernbosse zu finden sind. Die Unternehmen müssten diese Akten herausgeben.

DPA

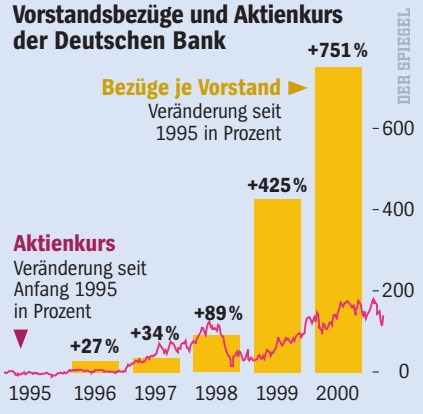
Deutsche-Bank-Chef Breuer, designierter Nachfolger Ackermann

DEUTSCHE BANK

Reiche Vorstände

Die Gehälter der Deutschen-Bank-Vorstände haben sich seit dem Jahr 1995 mehr als verachtfacht: Jedes Mitglied des höchsten operativen Gremiums der Bank verdiente im vergangenen Jahr im Schnitt fast 16 Millionen Mark. Der Grund: Seit 1998 beteiligt das Geldhaus seine Vorstände verstärkt am Erfolg des Unternehmens, schließlich sind Vorstandschef Rolf Breuer und sein Nachfolger Josef Ackermann vehemente Vertreter des Shareholder-Value.

Die Wertsteigerung für Aktionäre sei oberstes Ziel, versicherten beide Manager immer wieder. Doch seither hat die Deutsche Bank vor allem ihre Vorstände reich gemacht. Deren Gehälter sind seit 1998 um mehr als 350 Prozent gestiegen, der Aktienkurs kletterte dagegen nur um knapp 40 Prozent. Das Ergebnis des vergangenen Jahres ist darüber hinaus durch den Verkauf wertvoller Beteiligungen verzerrt. Vor allem hat sich die Deutsche Bank von Allianz-Aktien im Wert von über vier Milliarden Mark getrennt. Diese Anteile hatten die Vorgänger von Breuer und Co. einmal als strategisches Investment angeschafft. Zieht man alle außerordentlichen Erträge in Höhe von 6,1 Milliarden Mark vom Ergebnis des größten deutschen Instituts ab, bleibt für das Jahr 2000 ein Gewinn von 7,1 Milliarden Mark. Zur Berechnung der Vorstandstantiemen aber wurde der Gewinn aus den Verkäufen natürlich berücksichtigt.



INFOMATEC

WestLB unter Druck

Bei den Ermittlungen der Augsburger Staatsanwaltschaft gegen die seit November inhaftierten Gründer und Ex-Vorstände der bayerischen Software-Firma Infomatec gerät nun auch die Westdeutsche Landesbank unter Druck. Das Düsseldorfer Kreditinstitut hatte den IT-Spezialisten, dessen Börsenkurs in den letzten zwölf Monaten um 98 Prozent eingebrochen ist, im Sommer 1998 an den Neuen Markt gebracht und das Unternehmen anschließend bei einer Kapitalerhöhung begleitet. Details der Finanztransaktion erwecken nun den Argwohn der Ermittler. Im Zuge des Börsengangs, so geht aus dem Verkaufsprospekt hervor, hatten die Firmengründer Alexander Häfele und Gerhard Harlos auch vier kleinere Unternehmen in die neu gegründete Infomatec AG eingebracht. Doch obwohl die Töchter zusammen nur rund 600 000 Mark Stammkapital aufwiesen und im Jahr 1997 ganze 21 456 Mark Gewinn erwirtschafteten, wurden die Beteiligungen in der Bilanz mit einem Wert von über 16,5 Millionen Mark angesetzt. Als Ausgleich erhielten die Ex-Eigner jeweils über 1,6 Millionen Aktien der Infomatec AG im Gegenwert von damals fast 100 Millionen Mark. Die Ermittler wollen nun klären, ob die WestLB oder die Wirtschaftsprüfer, die den Wert der Firmen ermittelten, womöglich ihre Sorgfaltspflicht verletzt haben.

AUFBAU OST

Zweifel an Bonität

Die Übernahme des ostdeutschen Stromerzeugers Veag durch die Hamburgischen Electricitäts-Werke AG (HEW) ist noch unsicher. Schwere Bedenken der ostdeutschen Bundesländer und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), die dem Deal wie das Bundeskartellamt zwingend zustimmen müssen, sind noch nicht ausgeräumt. Die ostdeutschen Länder wollen sicher gestellt sehen, dass die Veag/HEW jährlich neben 50 Terrawattstunden eigenem Braunkohlestrom auch Strom aus dem Werk Schkopau langfristig verkaufen kann. Dazu müssten die Bewag und ihre Kunden in den Absatz mit einbezogen werden. Und die BvS sorgt sich, dass die

T. HÄRTRICH / TRANSIT

Kraftwerk Schkopau

HEW über ausreichend Bonität verfügt, um im Zweifel die auf der Veag lastenden Bürgschaften aus den Investitionen für die Modernisierung des Unternehmens zu schultern. Erforderlich wäre eine Patronatserklärung des schwedischen HEW-Gesellschafters Vattenfall.

DPA

ICE-Neubaustrecke

DEUTSCHE BAHN

Zu viel Geld für Mehdorn

Milliardenzuschüsse bekommt die Deutsche Bahn AG (DB) vom Bund, doch sie hat Probleme, das Geld zeitgerecht zu verbauen. Das hat Bundeskanzler Gerhard Schröder am vergangenen Donnerstag bei einem Gespräch mit Vertretern der Bauindustrie und Gewerkschaften in Berlin erklärt. Dabei geht es um zusätzliche sechs Milliarden Mark aus dem UMTS-Topf, die DB-Chef Hartmut Mehdorn mit Verweis auf die Finanzmisere der Bahn für die Jahre 2001 bis 2003 ausgehandelt hatte. Weil die Bahn in der Vergangenheit Planungskapazitäten abgebaut hat, heißt es im Kanzleramt, könne sie nun die zusätzlichen Milliarden nicht fristgerecht abrufen. Die Gelder sollen jetzt ins jeweils nächste Haushaltsjahr übertragen werden. Nachdem in der Vergangenheit die internen Strukturen auf schrumpfende Bundesmittel ausgerichtet waren, so ein DB-Sprecher, brauche nun die Verplanung des unerwarteten Geldsegens etwas länger.

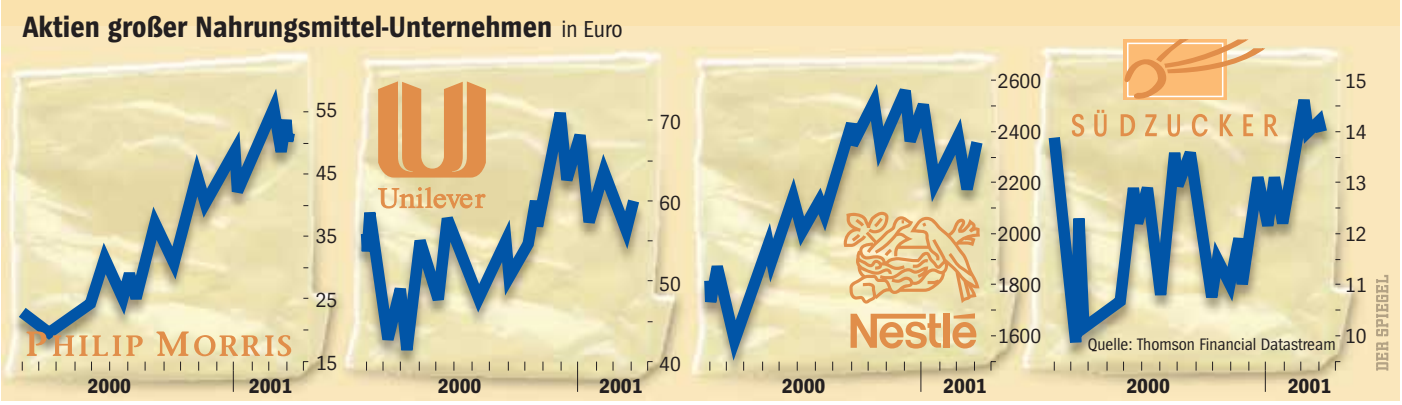
M. VEDDER / DDP

Mehdorn, Schröder

TELEKOM

Ärger in der Slowakei

Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe werden der slowakischen Tochter der Deutschen Telekom abverlangt. Die vergangenen Sommer zu 51 Prozent von den Deutschen übernommene Slovenské Telekomunikácie (ST) soll 1998 im Rahmen eines Vergleichs mehrere Wechsel im Gesamtwert von rund 40 Milliarden slowakischen Kronen (rund 1,8 Milliarden Mark) ausgestellt haben. Fälligkeit der ersten Tranche: 1. April 2001. Als Begünstigte fungiert angeblich die in Bratislava ansässige Herold Tele Media (HTM). Die Forderungen stehen im Zusammenhang mit einem Zehnjahresvertrag, „der unter anderem die Lieferung von Telefonbüchern für die gesamte Slowakei vorsah“, sagt Günter Schuster, österreichischer Geschäftspartner der HTM. Die ST habe diesen Vertrag jedoch mehrmals gebrochen. Als man gegen die ST einen Konkursantrag gestellt habe, sei es zu dem Vergleich gekommen, behauptet Schuster. Die Deutsche Telekom bezeichnet die Ansprüche als „völlig haltlos“, so Sprecher Hans Ehnert: „Das sind alte Geschichten aus der Zeit, als die slowakische Telekom noch ein Staatsunternehmen war.“ Etwaigen gerichtlichen Auseinandersetzungen sehe man gelassen entgegen.



AKTIEN

Frisch aufgetischt

Sie gelten als langweilig, ihre Märkte als ausgereift – nennenswertes Wachstum könnten Lebensmittelhersteller allenfalls in den Schwellenländern Asiens und Südamerikas erzielen, lauten die Urteile über die Nahrungsmittelbranche. Entsprechend zurückhaltend sind viele Analysten gegenüber Aktien von Nahrungsmittelkonzernen. Doch seit die Technologiewerte von einem Tiefstand zum nächsten stolpern, entdecken immer mehr Anleger das vermeintlich sichere Geschäft rund ums Essen und Trinken. Ob beim Branchenprimus Nestlé, beim britisch-niederländischen Multi Unilever oder beim französischen Milchverarbeiter Danone – überall entwickelten sich die Aktienkurse deutlich besser als der Dax. Besonders kräftig stiegen die Papiere des Tabakmultis Philip Morris, der durch die Übernahme des Keksherstellers Nabisco zum weltweit zweitgrößten Nahrungsmittelkonzern nach Nestlé aufrückte. Doch die Branche ist keineswegs vor Rückschlägen gefeit. So könnte etwa die in Brüssel diskutierte neue Zuckermarktordnung den Höhenflug der Südzucker-Aktie stoppen.

IMO

Windkraftanlage auf Fehmarn

NEUEMISSIONEN

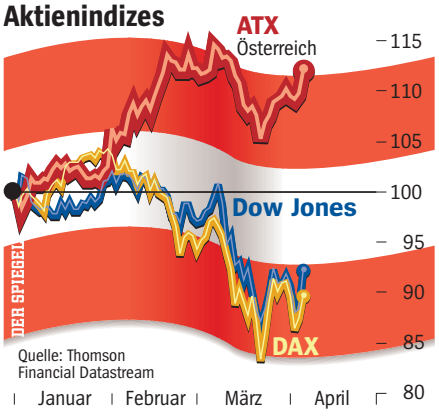
Mit Energie aufs Parkett

Kaum ein Unternehmen wagt derzeit den Gang an die Börse. Gab es im ersten Quartal vergangenen Jahres 46 Neuemissionen, so waren es in den ersten drei Monaten dieses Jahres nur 9. Die wenigen, die noch den Schritt aufs Parkett versuchen, sind meist Firmen aus Öko-Branchen. Erneuerbare Energien gelten als zukunftsträchtiges Geschäft, das allerdings einen Haken hat: Es ist stark abhängig von staatlichen Subventionen. Zuletzt ist mit Nordex ein Hersteller von Windkraftanlagen an den Neuen Markt gegangen – mit mäßigem Erfolg. Der Kurs liegt seit dem ersten Handelstag unter dem Ausgabepreis von neun Euro. In dieser Woche geben zwei weitere Öko-Unternehmen ihr Börsendebüt: die Energiefirma Enro und der Biogasanlagen-Hersteller Farmatic. Eigentlich sollte auch die Solarfirma Conergy mit von der Partie sein, doch vergangenen Donnerstag sagte sie den Börsengang ab. „Auf Grund des schlechten Marktumfeldes“ sei eine erfolgreiche Platzierung nicht möglich, hieß es. Kürzlich rechnete Conergy noch damit, bis zu rund 19 Euro pro Aktie erlösen zu können, am Grauen Markt lag der Kurs jedoch nur bei etwa 10 Euro.

BÖRSE

Aufschwung in Wien

Ausgerechnet der als Operettenbörse verspottete Finanzplatz Wien hat sich dem weltweiten Abwärtstrend an den Aktienmärkten entziehen können. Seit Jahresbeginn legte der österreichische Index ATX um rund zwölf Prozent zu. Der überraschende Boom wurde möglich, weil Technologietitel im Alpenland kaum eine Rolle spielen. In Wien stehen stattdessen zyklische Titel aus der Stahl-, Papier- und Bauindustrie im Vordergrund. Unternehmen wie VA Technologie und Austria Tabak haben zuletzt Rekordergebnisse erzielt. Zudem sorgt das Privatisierungsprogramm der staatlichen Industrieholding ÖIAG, die derzeit noch an Unternehmen wie Austrian Airlines, Telekom Austria und dem Öl- und Gaskonzern OMV beteiligt ist, für Übernahmephantasien. Sobald allerdings Technologiewerte wieder in Mode kommen, warnt Alfred Reisenberger von der Bank-Austria-Tochter CA IB Investmentbank, „ist es mit dem Aufschwung in Österreich vorbei“.



Formel-1-Rennen (in Melbourne)

AUTORENNEN

Weltmeister im Kassieren

Die Formel 1 ist ein Riesengeschäft für Rennfahrer, Fernsehsender und Veranstalter – nur nicht für die Autohersteller. Das soll sich ändern, die Konzerne planen eine eigene Rennserie. Wenn sie Ernst machen, hat der Medienunternehmer Leo Kirch ein Milliardenproblem.

Das Hotel Mövenpick am Flughafen in Genf beherbergte am vergangenen Dienstag eine Gruppe hochkarätiger Gäste – die Vertreter der führenden Autohersteller, die sich am Formel-1-Zirkus beteiligen. Paolo Cantarella (Fiat-Ferrari), Jürgen Hubbert (Mercedes-Benz), Burkhard Göschel (BMW) und Wolfgang Reitzle (Jaguar) waren gekommen, um gemeinsam mit Juristen über die Zukunft der Rennserie zu beraten.

Das Ergebnis der Zusammenkunft, das Cantarella am Mittwoch verkündete, sorgte für knallige Schlagzeilen („Crash in der Formel 1“, „Süddeutsche Zeitung“), erregte Kommentare (Formel-1-Organisator Bernie Ecclestone: „Was ich in 30 Jahren aufgebaut habe, kann in sechs Monaten zerstört werden“) und für einen Kurssturz der Aktie des Rechtevermarkters EM.TV, die zeitweise mehr als 20 Prozent ihres Wertes verlor.

Mit ihrer in Genf getroffenen Vereinbarung haben die Autokonzerne im Kampf mit dem Medienimperium des Leo Kirch um die Vorherrschaft bei dem Milliardengeschäft Formel 1 eine neue Runde eingeleitet. Cantarella kündigte an, die Autohersteller würden eine Gesellschaft gründen, die „so schnell wie möglich“ eine eigene Weltmeisterschaft für „einsitzige offene Rennwagen“ aufbaut.

Es wäre eine neue Rennserie, in der ab 2007 Ferrari, Mercedes, BMW, Jaguar, Renault, Toyota und Honda um den Titel fahren könnten. Die dann anders heißt, aber den Zuschauern all das bietet, was bislang weltweit rund 300 Millionen Menschen vor die Fernsehschirme lockt, wenn ein Formel-1-Rennen stattfindet: spannende Zweikämpfe, spektakuläre Unfälle, Tränen des Weltmeisters vor laufenden Kameras und gelegentlich ein Boxenluder, das für Unruhe im Fahrerlager sorgt.

Die Folgen einer Konkurrenzveranstaltung zum Formel-1-Zirkus wären vor allem für zwei Unternehmen fatal – sie würde „nicht nur dem ohnehin angeschlagenen einstigen Börsenstar EM.TV den Todesstoß versetzen, sondern auch Kirch in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten bringen“ („Financial Times Deutschland“). Beide haben zusammen insgesamt 2,7 Milliarden Dollar ausgegeben, um 75 Prozent an Ecclestones Firma Slec zu bekommen, die alle Fernsehrechte an der Formel 1 vermarktet. Wenn Schumacher und Co. aber nicht mehr in der Formel 1 fahren, sondern in einer anderen Rennserie, hätten Kirch und EM.TV mit ihren Milliarden, die teilweise mit Krediten der Bayerischen Landesbank finanziert sind, einen Totalschaden erlitten.

Kirch-Geschäftsführer Dieter Hahn bemühte sich, die Ankündigung der Autobosse nur als weitere Karte in einem

DPA

großen Poker um Macht und Milliarden erscheinen zu lassen. Hahn bot den Autoherstellern an, sie könnten 25 Prozent der Anteile an der Slec übernehmen und Vetorechte bei „Schlüsselentscheidungen“ bekommen. Damit könnten die Hersteller verhindern, dass die Rennen nicht mehr im Free-TV zu sehen wären.

Seit dem Einstieg Kirchs fürchten die Automobilfirmen, das Engagement des Medienunternehmers habe nur ein Ziel: Er wolle die Liveübertragungen der Formel 1 langfristig exklusiv in seinen Pay-TV-Sender Premiere World lenken, der im vergangenen Jahr einen Verlust von 1,3 Milliarden Mark erwirtschaftete und dringend Attraktionen braucht, um neue Abonnenten zu gewinnen. Dort aber wäre nur ein Bruchteil der 14 Millionen Zuschauer zu erreichen, die beispielsweise am vorvergangenen Sonntag bei RTL den Großen Preis von Brasilien sahen und die Sponsoren und Werbepartnern als Basis für ihre Zahlungen dienen. Tatsächlich wurde innerhalb der Kirch-Gruppe im Herbst 2000 diskutiert, die attraktive Formel 1 komplett ins Pay-TV zu holen. „Die exklusiv zu zeigen, wäre mein Wunsch“, erklärte Premiere-Sportchef Carsten Schmidt.

Inzwischen versichert Kirch-Manager Hahn, dies sei nicht geplant. Den Autofirmen aber reicht das nicht. „Die Führung der Formel 1 durch ein Medienunternehmen“, so Mercedes-Chef Hubbert, „steht für eine ungewisse Zukunft.“ Er fürchtet Boxenstopps im Zehn-Runden-Takt und 25 statt 17 Rennen pro Saison, wenn es die Quoten von Kirch oder anderer Sender erfordern. Die Autohersteller wollen auch deshalb hart bleiben, weil sie die Gelegenheit nutzen wollen, das gesamte Renngeschäft auf eine andere unternehmerische Basis zu stellen.

Schon länger stört die Autobosse, dass die Formel 1 für viele Beteiligte ein großes Geschäft ist, für Fahrer wie Schumacher, die bis zu 80 Millionen Mark im Jahr kassieren, für Fernsehsender wie RTL, denen die Liveübertragungen durch Werbeeinnahmen einen Gewinn von mehr als 100 Millionen Mark einbringen, und vor allem für Chefvermarkter Ecclestone, der im vergangenen Jahr Schätzungen zufolge rund 300 Millionen Mark Gewinn einstrich. „Es gibt nur einen, der zahlt“, so ein Automobilmanager, „und das sind wir.“ Die Hersteller investieren in dieser Saison zusammen mehr als eine Milliarde Mark in den Rennzirkus.

Der unumstrittene Weltmeister im Kassieren ist seit jeher Ecclestone. Der eher mäßig begabte Hobbyrennfahrer hat die Formel 1 zu einem Wirtschaftsunternehmen aufgebaut, er organisiert und vermarktet sie. Ecclestone lässt Teams und Übertragungstechnik mit Jumbos zu den Übersee-Rennen fliegen, er reserviert die Hotels, er lässt die Programmhefte drucken. Vor allem aber hat Ecclestone ein schwer durchschaubares Firmengeflecht geschaffen, das ihm seine Einnahmen sichert.

Der Firma Allsport etwa obliegt die Vermietung der Werbebanden und die Bewirtung der Sponsorengäste, deren VIP-Karte bis zu 4000 Dollar kostet. Allein in Hockenheim spielt der so genannte Paddock-Club rund 30 Millionen Mark ein, weshalb Ecclestone einen Gewinnabführungsvertrag mit dem Schweizer Dienstleister geschlossen hat.

Bei ihrem Genfer Treffen sind sich die Hersteller einig geworden, dass sie sich nicht mehr, wie ursprünglich mal geplant, an der Vermarktungsfirma Slec beteiligen wollen. Denn mit dem Anteil an der Slec hätten die Firmen nur Zugriff und Einfluss auf einen Teil des Geschäfts rund um die Formel 1.

Die Autofirmen, so ein Beteiligter zum SPIEGEL, „sind fest entschlossen, eine eigene Rennserie aufzubauen“, bei der die Vermarktungsrechte dann nicht mehr auf mehrere Unternehmen wie Slec, Allsport und andere verteilt sind, sondern in einer Firma vereint. Von deren Einnahmen sollen dann die Rennteams und die Hersteller ihren Anteil bekommen.

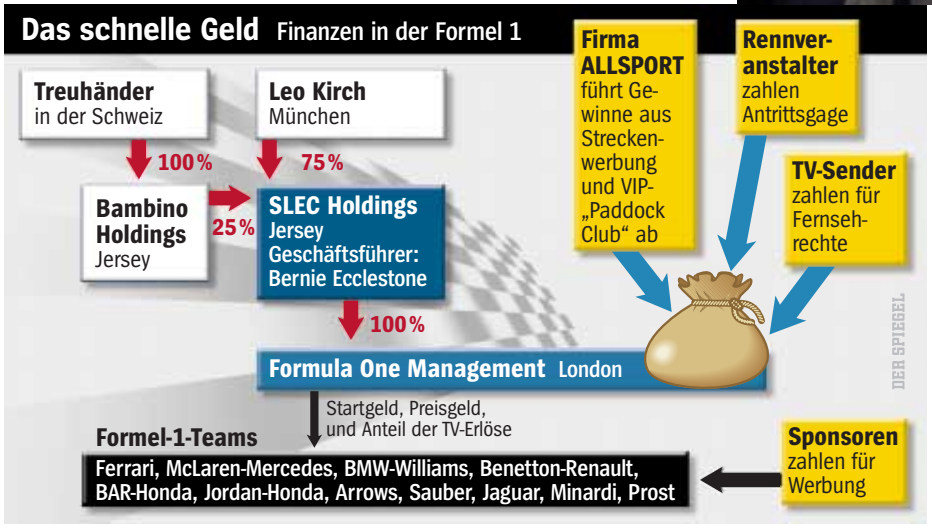
Viele Beobachter wie Medienanalyst Friedrich Schellmoser von der HypoVereinsbank werteten den Vorstoß der Industrie vergangene Woche noch als „Säbelrasseln“. Sie halten es für unwahrscheinlich, dass die Autofirmen bei der Formel 1 aussteigen. So könnten die Hersteller für eine neue Rennserie kaum die bisherigen Formel-1-Rennstrecken nutzen, weil die durch Verträge langfristig gebunden seien.

Doch die Industrie hat längst weiter geplant. Für fast jede Formel-1-Strecke gibt es im gleichen Land eine Alternative. „Wenn sich die Teams einig sind, fahren wir nicht in Barcelona, sondern in Valencia und statt auf dem Hockenheimring auf dem Lausitzring. Wir nennen es nicht Formel 1, sondern Formel @“, sagt ein britischer Teamchef.

Ob dies der neue Name der Rennserie wird, kann bezweifelt werden. Dennoch scheuen die Autohersteller vor einem Ersatz des Markennamens Formel 1 nicht grundsätzlich zurück. Der Fußball-Euro-

A. FROESE / CARO (li.); BONGARTS (re.)

Medienunternehmer Kirch, DaimlerChrysler-Manager Schrempp, Haug
Poker um die Macht und um Milliarden



papokal wurde schließlich auch in Champions-League umbenannt, ohne dass deshalb weniger Zuschauer die Spiele sehen. Entscheidend scheint nur, dass die Spitzenmannschaften dabei sind.

Die Erfahrungen der Autoindustrie mit dem Versuch, eigene Rennserien zu organisieren, sind bislang allerdings eher ernüchternd. So hatten Audi, BMW, Opel und Mercedes-Benz Ende der achtziger Jahre die Deutsche Tourenwagen-Meisterschaft an sich gerissen. Mit rührenden Aktionen versuchten die Hersteller, die Rennen spannend zu halten. Siegreiche Autos wurden beim nächsten Lauf mit Zusatzgewichten belastet. Es half alles nichts. Schließlich gaben die Firmen im Streit um die Regularien die Serie wieder auf.

Ihre Alternative zur Formel 1 wollen die Hersteller deshalb erst gar nicht selbst organisieren. Ein Komitee wie der Internationale Automobil-Verband FIA, der derzeit das Reglement für die Formel 1 aufstellt und überwacht, würde von den Firmen damit beauftragt.

Wenn den großen Autokonzernen das Projekt tatsächlich gelänge, wäre neben Medienunternehmer Kirch vor allem Formel-1-Macher Ecclestone betroffen, dem dann fast die gesamte Geschäftsgrundlage entzogen würde.

Noch macht der 70-Jährige in Optimismus. Die nächsten fünf Jahre will er weiterhin Chef der Slec bleiben und gemeinsam mit Kirch eine Option nutzen, um vom Internationalen Automobilverband FIA für 360 Millionen Dollar die Fernsehrechte an der Formel 1 vom Jahr 2007 an zu kaufen – für 100 Jahre.

Den Plänen der Autofirmen gibt Ecclestone wenig Chancen. Große Sponsoren und Fernsehgesellschaften würden ihr Interesse verlieren, wenn die Serie in zwei rivalisierende Veranstaltungen aufgeteilt würde.

Ecclestone und Kirch hoffen, dass die Front der Autohersteller nicht geschlossen bleibt. Wer sage denn, dass alle so hart blieben wie DaimlerChrysler mit dem Konzernchef Jürgen Schrempp und dem Rennsportleiter Norbert Haug?

Doch wenn die Autokonzerne Ernst machen, gibt es wohl nur eine Serie: die der Hersteller, mit den bekannten Teams und den populären Fahrern. Ecclestone und Kirch hätten dann für ihr vieles Geld den schönen Namen Formel 1 – und sonst gar nichts.

Zumindest einer, der in Deutschland und Italien für einen guten Teil der Formel-1-Begeisterung verantwortlich ist, beobachtet den Machtkampf um die Zukunft der Serie recht gelassen. Weltmeister Michael Schumacher würde es nicht stören, wenn sich 2007 alles ändert: „Ich glaube nicht, dass ich dann noch Formel 1 fahre.“

Dietmar Hawranek,
Hans-Jürgen Jakobs, Alfred Weinzierl

AP

Mitsubishi-Manager Sonobe, Eckrodt: *„Der Mann hat Courage“*

AUTOINDUSTRIE

Heißer Job in Tokio

Der Daimler-Manager Rolf Eckrodt soll den japanischen Autobauer Mitsubishi mit westlichen Methoden sanieren. Das Problem: Boss ist ein anderer, ein Japaner.

Mitunter genügt die Anwesenheit von zwei jungen Frauen, um allen zu zeigen, dass hier gerade so etwas wie eine kleine Revolution stattfindet. Am Montag dieser Woche beispielsweise, wenn sich in Tokio das Design-Komitee von Mitsubishi Motors Corporation (MMC) trifft: Erstmals werden dabei nicht ausschließlich Männer, vornehmlich über 60 Jahre alt, über das Aussehen künftiger Modelle befinden, sondern auch zwei Frauen. Schließlich sollen die neuen Autos besonders jungen Familien und Singles gefallen.

In einem Unternehmen wie Mitsubishi, in dem Männer jahrzehntelang nach dem Senioritätsprinzip befördert und Frauen allenfalls auf unteren Ebenen geduldet wurden, wäre dies vor kurzem noch unvorstellbar gewesen.

Wie so vieles, seit 20 DaimlerChrysler-Manager unter Leitung von Rolf Eckrodt bei dem angeschlagenen japanischen Autobauer mehr und mehr das Kommando übernehmen. 16 japanische Spitzenmanager wurden entlassen, darunter 4 Vorstandsmitglieder. Und die Beraterverträge mit 60 ehemaligen Führungskräften, die nach der Pensionierung traditionsgemäß weiter ins Büro kamen, Zeitung lasen und Fernsehen guckten, wurden gekündigt. Allein die Anwesenheit der Ex-Bosse hatte oft verhindert, dass ihre Nachfolger frühere Entscheidungen änderten. Dieses System, befand Eckrodt, „war ein Desaster“.

Das Wort kann als Beschreibung für so vieles bei Mitsubishi Motors gelten. Der fünftgrößte japanische Autohersteller hat für die Zahl der Autos, die er verkauft, zu viele Beschäftigte, zu viele Fabriken und zu viele verschiedene Modelle. Das Design ist oft langweilig, die Qualität lausig und das Image nach einer riesigen Rückrufaktion ramponiert. Zusammenfassen lässt sich die Lage auch in zwei Zahlen: Der Verlust erreichte die Rekordhöhe von 4,8 Milliarden Mark, und die Schulden addieren sich auf 30 Milliarden Mark.

Da ist schon eine kleine Revolution nötig, um die Firma wieder profitabel zu machen. Und kaum einer ist darauf so angewiesen wie der Mann, der Eckrodt nach Tokio entsandt hat: DaimlerChrysler-Chef Jürgen Schrempp.

Am Mittwoch dieser Woche muss er auf der Hauptversammlung des Konzerns seine Strategie einer Welt AG verteidigen, zu der neben der Übernahme von Chrysler auch der Einstieg bei Mitsubishi zählt. Soll das ganze Unterfangen nicht scheitern, müssen die zu Chrysler und Mitsubishi geschickten Sanierer Dieter Zetsche und Rolf Eckrodt schnell Erfolg haben. Wobei der Job in Tokio eine Reihe besonderer Schwierigkeitsgrade enthält.

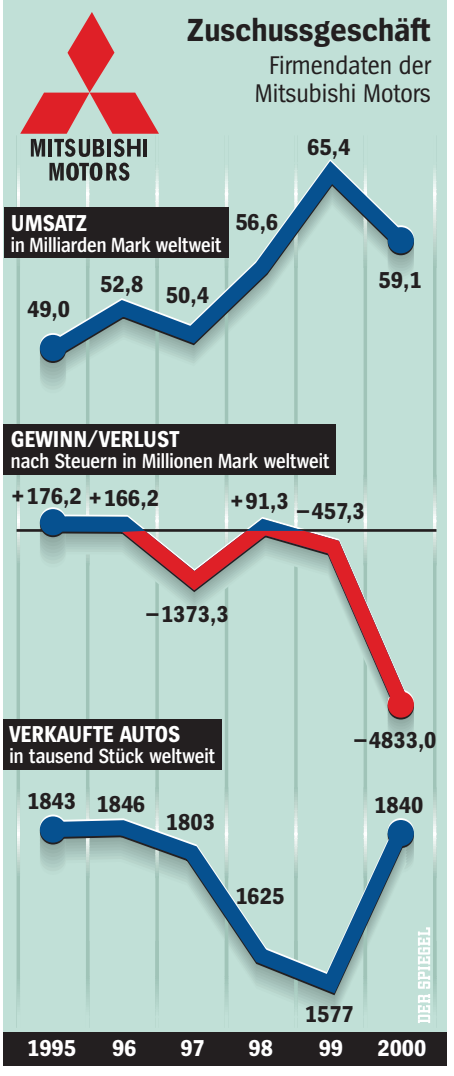
DaimlerChrysler besitzt, selbst nach der geplanten Übernahme eines 3-Prozent-Anteils, den Volvo bislang hält, nur 37 Prozent von Mitsubishi Motors. Der Mischkonzern Mitsubishi, zu dem auch Stahl-, Elektronik- und Chemiefirmen gehören, ist noch mit 23 Prozent an Mitsubishi Motors beteiligt. Und wenngleich Eckrodt für das gesamte operative Geschäft bei MMC verantwortlich ist, Boss der Firma ist Takashi Sonobe.

Jeden Morgen um acht Uhr setzt sich Eckrodt mit Sonobe für eine Stunde zusammen und spricht alle Sanierungsschritte ab. Verkündet werden sie gemeinsam.

„Der Mann hat Courage“, lobt Eckrodt. Sonobe zog mit, als es darum ging, 9500 Arbeitsplätze zu streichen und eine Fabrik zu schließen. Sonobe sieht ein, dass die Produktion von zwei Luxusmodellen eingestellt werden muss, die vor allem Mitsubishi-Managern als standesgemäße Dienstwagen dienten, aber für einen ordentlichen Verlust sorgten. Und Sonobe wehrte sich nicht gegen die Entscheidung, den Produktionsstart eines neuen Modells zu verschieben, weil die Qualität nicht den Ansprüchen des Deutschen genügte.

Ganz so offen war das Verhältnis keineswegs von Beginn an. Kurz bevor die Deutschen nach Tokio kamen, versuchte die alte Mitsubishi-Führung noch mit kleinen Tricksereien, deren Einfluss zu beschränken. Sie beschloss, dass künftig nur noch der Präsident, Sonobe, die Tagesordnung für Vorstandssitzungen festlegen darf.

Es fällt japanischen Managern schwer, sich daran zu gewöhnen, dass ausländische



AFP / DPA

Mitsubishi-Designstudie (auf der Taipeh-Autoshow 2000): *Das Image ist ramponiert*

Konzerne wie Renault bei Nissan oder Ford bei Mazda die Macht übernehmen. Mittlerweile genießt zwar Carlos Goshn, der von den Franzosen bei Nissan als Sanierer eingesetzt wurde, in Japan beträchtliche Anerkennung, weil er das Unternehmen schnell in die Gewinnzone steuerte. Bei Mitsubishi Motors aber musste die Einsicht erst reifen, dass die Firma ohne fremde Hilfe nicht überleben könnte.

Die alte Führung wähnte sich lange Zeit unantastbar, weil die Firma zu einem der größten Konzerne der Welt gehört. Sie trat selbstbewusst bis arrogant auf, gerade so, als sei sie noch so erfolgreich wie Anfang der neunziger Jahre.

Damals fuhr Japans Autoindustrie gerade in die Flaute, aber Mitsubishi konnte sich dem Trend entgegenstemmen: Mit Freizeit- und Geländewagen wie dem Pajero eroberte der Hersteller eine Marktnische. Die heimischen Autokäufer, die zuvor meist in weißen, langweiligen Limousinen fuhren, liebten den Pajero geradezu. Der klotzige Geländewagen symbolisierte für viele eine kleine Flucht vor Arbeit und häuslicher Enge.

Mitsubishi setzte vor allem auf den Pajero und auf Technik, 1995 präsentierte das Unternehmen stolz den ersten direkteinspritzenden Benzinmotor der Welt. Doch man vernachlässigte die übrigen Pkw-Modelle, den Vertrieb und das Design. Mitsubishis Personenwagen gelten als langweilig. In Europa ist die Marke ein Exot und verkauft weniger Autos als der koreanische Hersteller Hyundai.

In der Führung wagte niemand, den Kurs in Frage zu stellen. Es herrschte das Konsensprinzip, und so steuerten die Bosse das Unternehmen in trauter Gemeinsamkeit in die Krise. Erst als die Verluste übermächtig wurden, suchte der Mutterkonzern Mitsubishi einen Partner und gestattete DaimlerChrysler den Einstieg.

Eckrodt sagt, er fühle sich in seinem Job „sauwohl“. Seine Aufgabe ist, so betrachtet, sauschwer.

Wichtige Finanzzahlen liegen gar nicht oder zu spät vor, ein funktionierendes Controlling muss erst aufgebaut werden. Mühsam erarbeiten sich die DaimlerChrysler-Abgesandten ein realistisches Bild von der wirtschaftlichen Lage bei Mitsubishi. Ob sie schon alle Schwachstellen entdeckt haben, vermag zurzeit allerdings noch keiner zu sagen.

Während bislang fast alle Teile in Japan eingekauft werden, soll das Material künftig deutlich billiger weltweit beschafft werden. Die Zahl der verschiedenen Plattformen für Mitsubishi-Modelle soll halbiert werden, um die Kosten zu senken. Und mit pfiffigem Design für neue Fahrzeuge will Eckrodt der Marke langsam ein modernes Image verschaffen.

Auf einen schnellen Erfolg aber, wie er seinem Konkurrent Goshn bei Nissan gelang, kann er nicht hoffen. Der Renault-Abgesandte ist Boss der Firma und muss sich nicht mit einem Japaner abstimmen. Vor allem aber kann er kostengünstig hergestellte Motoren und Getriebe von Renault bei Nissan einsetzen, weil beide im Massenmarkt aktiv sind. Mercedes-Benz-Antriebe dagegen können kaum helfen, die Kosten bei Mitsubishi zu senken.

Die Japaner müssen künftig auf Gemeinschaftsentwicklungen mit Chrysler setzen. Bis die neuen Modelle auf den Markt kommen, vergehen noch Jahre. Doch schon im laufenden Geschäftsjahr, so die Vorgabe von DaimlerChrysler-Boss Schrempp, muss Mitsubishi aus der Verlustzone kommen.

Der Sanierungsplan sieht das vor. Doch Eckrodt weiß, „Pläne sind Pläne“, aufs Umsetzen komme es an: „Jetzt beginnt die heiße Phase.“

Dietmar Hawranek, Wieland Wagner

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Bist du auf dem richtigen Weg?“

Allianz-Chef Henning Schulte-Noelle und Dresdner-Bank-Vorstandssprecher Bernd Fahrholz über Versicherungsvertreter in Bankfilialen, Kundenwünsche und ihren Versuch, den Finanzkonzern der Zukunft zu schmieden

SPIEGEL: Herr Schulte-Noelle, erinnern Sie sich noch an den Ausspruch: „Wer alles für jeden sein will, könnte damit enden, dass er nichts für niemanden ist“?

Schulte-Noelle: Der Satz stammt von mir, weil ich mich immer gegen das Wort „Allfinanz“ gesperrt habe. Der Begriff ist mir zu breiig, zu unspezifiziert, zu umfassend.

SPIEGEL: Und doch steckt hinter Ihrer Übernahme der Dresdner Bank genau diese Idee: Der Kunde soll alles aus einer Hand kaufen können – Aktien, Versicherungen und Bausparpläne. Es entsteht genau jener „Finanzbauchladen“, den ihr Vorgänger Wolfgang Schieren strikt ablehnte.

Schulte-Noelle: Versicherer und Banken taten in der Vergangenheit gut daran, ihre Geschäfte sauber zu trennen. Aber die Zeiten haben sich geändert, und das liegt vor allem an der Altersvorsorge, bei der wir alle uns nicht mehr allein auf den Staat verlassen können. Die Folge: Versicherungen und Banken bieten heute schon nebeneinander ihre Produkte an, diese Überlappungen werden weiter zunehmen. Die Trennung von gestern ist damit längst aufgehoben, ganz ohne mein Zutun.

SPIEGEL: Schon heute verkauft der Allianz-Vertreter bei Bedarf Aktienfonds, und am Schalter der Dresdner Bank gibt es Lebensversicherungen. Warum mussten Sie gleich eine ganze Bank kaufen, um Ihre Allfinanz-Idee umzusetzen?

Schulte-Noelle: Weil wir heute eine stärkere Integration brauchen, die weit über die lockere Kooperation hinausgeht. Die Feinabstimmung zwischen der Produktpalette beider Häuser wird immer wichtiger. Auch die Koordination der verschiedenen Vertriebswege gewinnt an Bedeutung.

SPIEGEL: Das klingt sehr nach Manager-Latein. Was heißt denn „Feinabstimmung“, „Integration“, „Koordination“?

Schulte-Noelle: Bei Altersvorsorge, Kapitalbildung und Vermögensverwaltung bringt uns der gemeinsame Auftritt weiter. Der Kunde will nicht zu fünf verschiedenen Adressen rennen, um sich für später abzusichern.

W. SCHEIBLE

Der Chef und sein Vize

Henning Schulte-Noelle (l.), 58, ist promovierter Jurist. Er kam 1975 zur Allianz und zog 1991 in den Vorstand ein, dessen Vorsitz er noch im selben Jahr übernahm. Nach den gescheiterten Fusionsversuchen zwischen Deutscher und Dresdner Bank sowie zwischen Dresdner Bank und Commerzbank im vergangenen Jahr, bei denen die Allianz nur im Hintergrund agierte, betrieb er die Übernahme der Dresdner Bank aktiv. Deren Vorstandssprecher Bernd Fahrholz, 53, ebenfalls Jurist, ist erst seit elf Monaten im Amt. Nach der Fusion wird er Schulte-Noelles Stellvertreter.

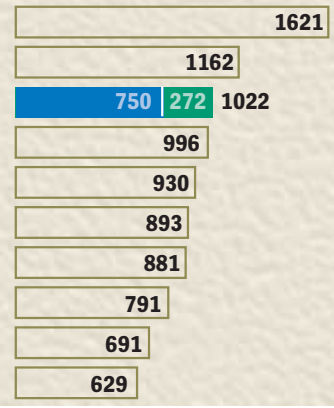
Feine Adressen

Die neue Finanz-Allianz

	Allianz	Dresdner Bank
Jahresüberschuss 2000 nach Steuern	3,4 Mrd. Euro	1,7 Mrd. Euro
Mitarbeiter 2000	119 700	51 456
davon im Ausland	über 65 %	18 %
verwaltetes Vermögen 2000	750 Mrd. Euro	272 Mrd. Euro

Die größten Vermögensverwalter der Welt

Verwaltetes Vermögen im Mrd. Euro



Fahrholz: Das ist auch unsere Erfahrung. Der Kunde will nicht ständig neue Leute kennen lernen, die mit ihm über Geld reden. Ich hatte ein Schlüsselerlebnis: Als der Merger mit der Deutschen Bank scheiterte, haben wir Tausende von Fällen erlebt, in denen Kunden unseren Mitarbeitern Blumensträuße oder Champagnerflaschen geschenkt haben. Sie sagten: Wir sind froh, dass wir dich behalten. Dich, unseren Berater! Deshalb macht dieser Zusammenschluss mit der Allianz für uns so viel Sinn. Unsere Betreuer werden noch wertvoller für das Unternehmen und für den Kunden, sie können künftig viel umfassender beraten.

SPIEGEL: Noch einmal: Warum reicht die jahrelange Kooperation zwischen Allianz und Dresdner nicht mehr aus, warum müssen die Firmen jetzt verschmolzen werden?

Fahrholz: Der springende Punkt ist doch: Als voll integrierter Finanzdienstleister können wir mehr verkaufen als mit den bisher üblichen Kooperationsmodellen, weil wir einen engeren Kontakt zu den Kunden haben. Wenn eine Lebensversicherung fällig wird, weiß doch die Versicherung vorher sehr genau: Da wird eine größere Summe frei – und der Kunde braucht eine kompetente Beratung.

SPIEGEL: Und dann ist der freundliche Berater von der Dresdner Bank flott zur Stelle und hat die Lösung?

Fahrholz: Bisher ist dieses Geld nur teilweise im Umfeld der Allianz angelegt worden. Aber die Kunden fragen ihren Vertreter natürlich: Was machen wir jetzt mit dem Geld? Bisher haben die Allianz-Mitarbeiter nicht gerade intensiv daran gearbeitet, dass diese Anlage bei der Dresdner Bank erfolgte. Genau das ist ein Beispiel für das Potenzial dieses Deals.

SPIEGEL: Darauf hat der Kunde also gewartet, glauben Sie?

Fahrholz: Warum soll denn der Kunde nicht bereit sein, sich unsere Vorschläge zumindest mal anzuhören. Wenn er dann trotzdem zur Sparkasse geht, ist das okay. Fein. Dann sind wir nicht gut genug. Dann werden wir das Produkt und den Service verbessern. Aber die Grundidee des Mergers ist es, dem Kunden mehr Möglichkeiten zu eröffnen. Ich sehe nicht, wo in diesem Konzept ein Denkfehler stecken sollte.

SPIEGEL: Vielleicht handelt es sich eher um einen Praxisfehler: Viele Kunden wollen möglicherweise gar nicht den Service aus einer Hand, weil sie sich selbst informiert haben, weil sie sich bei den Banken die besten Angebote rauspicken, weil ihnen die Allfinanzidee eher suspekt ist.

Fahrholz: Aber wir wollen den Kunden ja auf der Produktseite nicht an eine Konzernwelt binden. Es lebe die Vielfalt, ich kann mir sehr gut vorstellen, dass wir in bestimmten Bereichen auch Konkurrenzprodukte anbieten, also eine offene Architektur schaffen. Unser Ziel ist es, den Kunden für uns zu gewinnen. Wir wollen ihn überzeugen, dass wir seine vielfältigen Bedürfnisse am besten befriedigen können.

SPIEGEL: Ihr Allfinanzkonzept ist selbst unter Experten umstritten. Die Deutsche Bank hat es ausprobiert – und ist gescheitert. Der Deutsche Herold und die Gerling Versicherung, die das Banksortiment abrunden sollten, stehen zum Verkauf.

Schulte-Noelle: Gerling ist hauptsächlich Industrieversicherer, das können Sie nicht als Teil eines Allfinanzkonzeptes werten. Sie finden aber in der Tat viele Beispiele aus den achtziger Jahren, wo Allfinanzkonzepte gescheitert sind. Aber das ist lange her, heute sind integrierte Finanzdienstleister wie Citigroup oder Fortis sehr erfolgreich. Lassen Sie es uns probieren.

SPIEGEL: Herr Fahrholz, was macht Sie denn so sicher, dass Ihre Kunden nicht wieder mit Champagner und Blumen in die Filialen kämen, wenn die Übernahme durch die Allianz doch noch platzen würde?

Fahrholz: Herr Schulte-Noelle hat nicht vor, erst die grüne Farbe wegzunehmen und dann unsere Mitarbeiter rauszusetzen. Er wird nicht 25 Milliarden Euro in die Hand nehmen, um anschließend den Wert zu vernichten. Der Wert sind die Kunden und die Bankberater. Das Interesse des Aufkäufers ist es doch, an deren gewachsene Beziehung heranzukommen, sie auszubauen und daran ein Additivum dranzukleben. Das ist doch logisch.

SPIEGEL: Die Dresdner Bank besitzt auch ein umfangreiches Firmenkundengeschäft, ein eigenes Immobiliengeschäft und ein weltweit aktives Investmentbanking. Werden diese Teile jetzt abgestoßen?

Schulte-Noelle: Nichts wird abgestoßen, nichts wird zerlegt und weitergereicht. Es gibt auch im Firmenkundenbereich viel Potenzial für eine Zusammenarbeit. Die Allianz hat rund zwei Millionen Firmenkunden, die Dresdner Bank rund 165 000, und viele interessieren sich für das Thema betriebliche Altersvorsorge, die mit der Rentenreform enorme Bedeutung gewinnt. Bank und Versicherung haben, wenn sie ihr Zusammenspiel gut organisieren, gerade den Firmenkunden viel zu bieten.

SPIEGEL: Was wird aus der Investmentbank?

Schulte-Noelle: Das Investmentbanking betrachte ich als echte Bereicherung: Wir werden noch sehr viele Fusionen, Übernahmen und Börsengänge erleben. Da fühle ich mich ganz wohl, dass wir nun auch eine leistungsfähige eigene Investmentbank im Verbund haben. Zumal wir selbst Beteiligungen an Firmen halten, die fusionieren oder an die Börse gehen könnten. Diese Dienstleistung können wir dann auch im eigenen Haus erbringen.

SPIEGEL: Ein Verkauf ist ausgeschlossen?

Schulte-Noelle: Das ist kein Thema für uns.

Fahrholz: Wir werden die Investmentbank rechtlich selbständig machen, voraussichtlich als Aktiengesellschaft. Dann können wir die Mitarbeiter beteiligen und sie noch stärker an das Unternehmen binden. Zumindest ein Teil-Börsengang ist dann sinnvoll. Doch die Mehrheit bleibt in der Gruppe, das ist entschieden.

SPIEGEL: Alles bleibt im Konzernverbund, keine Filialschließungen, keine Entlassungen: Dennoch sprachen Sie öffentlich von einem Gewinnanstieg pro Allianz-Aktie von 13 Prozent – ist das präzise Berechnung oder eher ein Schuss ins Blaue?

Fahrholz: Weder ins Blaue noch ins Grüne. Das ist schon richtig und voll ins Schwarze.

T. WEGNER

Dresdner-Bank-Filiale (in Offenbach): *„Weit über eine lockere Kooperation hinaus“*

Werbeseite

Werbeseite

Schulte-Noelle: Dieser Zusammenschluss wirkt sich von Anfang an positiv auf die Erträge aus, das finden Sie weltweit nur bei wenigen Transaktionen dieser Art. Zumal die Tendenz steigend ist, die Gewinne werden auch in den Folgejahren kräftig zulegen. Ich glaube, das ist ein ausgesprochen attraktiver Aspekt des Ganzen.

SPIEGEL: Viele Analysten misstrauen Ihnen. An der Börse notieren Allianz-Aktien seit der Verkündung der Übernahme deutlich schwächer als der Dax.

Schulte-Noelle: Manche Analysten haben Zweifel angemeldet. Andere müssen noch tiefer in die Materie einsteigen, weil es ein komplexer Deal ist. Die Ertragssynergien haben wir noch gar nicht genau errechnet – und daher auch nicht kommuniziert.

SPIEGEL: Beim Vorstand wird schon mal kein Geld gespart. Der wird vergrößert.

Schulte-Noelle: Der Holding-Vorstand vergrößert sich von neun auf zwölf, das ist richtig. Das brauchen wir auch, weil das Unternehmen größer und komplexer wird.

SPIEGEL: In welchen Bereichen soll denn Geld gespart werden?

Schulte-Noelle: Es geht uns nicht um Einsparungen, sondern um künftiges Wachstum. Warum reichen Ihnen denn die 13 Prozent Gewinnsteigerung nicht? Dass so etwas im ersten Jahr passiert, ist ohnehin ungewöhnlich. Jetzt wollen wir alles Weitere gründlich, sauber, professionell und mit den Fachleute ausrechnen. Von Luftnummern halten wir nichts.

Fahrholz: Es war das Anliegen von Herrn Schulte-Noelle und mir, auf gar keinen Fall einen „Leak“, also ein Informationsleck, zuzulassen. Das heißt, wir mussten die Architektur des Deals im kleinsten Kreise diskutieren. Wenn Sie das tun, haben Sie allerdings keine Chance, seriös die Synergien zu rechnen. Denn dafür brauchen Sie die Fachabteilungen. Deshalb werden jetzt die Details nachgeliefert.

SPIEGEL: Es sind nicht allein die fehlenden Daten, die zur skeptischen Beurteilung an den Finanzmärkten führen. Viele haben das Gefühl, die Dresdner Bank sollte zweimal verkauft werden, zweimal hat es nicht geklappt, jetzt übernimmt die Allianz selbst die Sanierungsarbeit. Denn die Bank steht nicht so glänzend da: Wenn Sie die außerordentlichen Erträge abziehen, bleibt für das vergangene Jahr ein operativer Verlust von rund einer Milliarde Mark.

Schulte-Noelle: Eine schöne Geschichte, aber sie stimmt halt nicht. Es ist nicht richtig, dass wir zweimal versucht hätten, unsere Beteiligung loszuschlagen. Wir wollten bei dem geplanten Zusammenschluss der Dresdner Bank mit der Deutschen Bank eine für uns gute Lösung – das sind wir unseren Aktionären schuldig. Obendrein wollten wir einen Beitrag zur Restrukturierung des deutschen Bankenwesens leisten. Aber wir haben da nicht den Taktstock gehoben und gesagt: Jetzt wird fusioniert. Das haben die aus eigenem Antrieb getan.

SPIEGEL: Sie haben nicht den Taktstock geschwungen, aber die Noten verteilt, nach denen andere spielen durften.

Schulte-Noelle: Wenn das wirklich so gewesen wäre, frage ich mich, warum das Stück nicht zu Ende gespielt wurde.

Fahrholz: Ich war ja dabei, die Anstöße für die Gespräche mit der Deutschen Bank und später der Commerzbank kamen nicht aus München.

SPIEGEL: Wir haben viele Megamergers erlebt, die wenig erfolgreich waren oder sogar gescheitert sind. Was wollen Sie besser machen als die Manager von DaimlerChrysler oder Krupp/Thyssen?

Schulte-Noelle: Am meisten lernen wir von uns selbst. Ich kenne, außer uns, kein großes deutsches Finanzunternehmen, das in den letzten 15 Jahren mehr als ein Dutzend größere Akquisitionen und Integrationen so geräuschlos über die Bühne gebracht hat. Unsere Grundphilosophie hat viel mit dezentraler Führung zu tun, mit Respekt vor Kulturen. Das erlaubt es uns, solche Integrationen erfolgreich durchzuführen, ohne viel öffentliches Tamtam, ohne Verletzungen bei den Beteiligten.

W. SCHEIBLE

Schulte-Noelle, Fahrholz beim SPIEGEL-Gespräch*
„Von Luftnummern halten wir nichts“

SPIEGEL: Der Name „Dresdner Bank“ wird also nicht verschwinden?

Schulte-Noelle: Nein. Die Dachmarke heißt „Allianz-Gruppe“, aber auf dem Geschäftspapier der Dresdner Bank werden Sie „Dresdner Bank“ grün mit Logo finden, wie gehabt. Unten wird irgendwo „Allianz Gruppe“ stehen. Das ist alles.

SPIEGEL: Herr Fahrholz, nach 129 Jahren verliert die Bank ihre Unabhängigkeit. Ist Ihnen der Abschied schwer gefallen?

Fahrholz: Natürlich habe ich in den letzten Nächten nicht blendend geschlafen. Man fragt sich immer wieder: Bist du auf dem richtigen Weg oder nicht? Aber wenn Sie die Argumente abwägen – das haben meine Kollegen und ich intensivst getan –, dann gibt es ein klares Ja. Ja, das ist gut für die Dresdner Bank.

SPIEGEL: Der Ehrenvorsitzende Ihres Aufsichtsrates, Herr Röller, soll gegen diesen Schritt gewesen sein.

Fahrenholz: Ich habe mit ihm gesprochen, und zwar am Donnerstag letzter Woche.

SPIEGEL: Da wusste er schon alles aus der Zeitung.

Fahrholz: Es gab eben leider ein Leak, und ich bin dann zu ihm gegangen und habe ihm anhand der Unterlagen die Ratio dieses Zusammenschlusses dargelegt. Natürlich war seine erste Reaktion emotional, anders können Sie es doch gar nicht erwarten. Dann hat er gesagt: Lassen Sie mir die Unterlagen hier, am Nachmittag haben wir noch mal darüber gesprochen, und dann kam ein klares: Ja, macht das.

SPIEGEL: Herr Schulte-Noelle, Herr Fahrholz, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit Redakteuren Wolfgang Johannes Reuter und Gabor Steingart.

FLUGZEUGINDUSTRIE

Das Imperium schlägt zurück

Boeing rüstet auf: Dem Riesen-Airbus will der US-Konzern gleich zwei neue Flugzeuge entgegensetzen – ein superschnelles und eine Variante des Tarnkappenbombers.

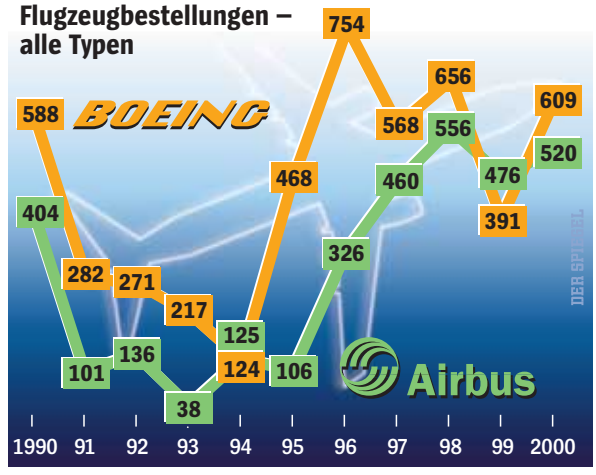
Unter Luftfahrtfans in aller Welt ist die Homepage des US-Konzerns Boeing zur Zeit ein heißer Tipp. Wer sich unter der Adresse www.boeing.com ins Internet einklickt, fühlt sich fast wie in einem Science-Fiction-Film.

Scheinbar schwerelos schwebt ein unbekanntes Flugobjekt ins Bild, das mit seiner stumpfen Schnauze und den Mini-Flügeln am vorderen Rumpf an einen fliegenden Wels erinnert. Doch spätestens wenn das Heck auftaucht, wird klar, dass der Riesenvogel konventionelle Passagierflugzeuge ganz schön alt aussehen lässt.

Aus den trapezförmigen Tragflächen wachsen zwei mächtige Triebwerke. Über solch aerodynamische Finessen verfügen sonst nur Militärjets oder die Concorde. Und der wollen die Boeing-Manager schon bald kräftig Konkurrenz machen.

Geht es nach Boeing-Chef Phil Condit und seinem Kollegen Harry Stonecipher, sollen Topmanager schon ab 2008 mit bis zu 1200 Stundenkilometern um die Welt düsen. Der neue Superjet mit dem Namen „Sonic Cruiser“, den die Amerikaner vorletzte Woche vorstellten, soll Besserverdiener zwei Stunden schneller von Frankfurt nach Tokio bringen als herkömmliche Flugzeuge. Auf der Strecke London–New York sparen sie gut eine Stunde.

Mit ihrer bis zu 20 Milliarden Mark teuren Neuentwicklung wollen die Boeing-Manager den europäischen Airbus-Kollegen zeigen, wer im weltweiten Wettbewerb um die Gunst der Fluggesellschaften wirklich die Nase vorn hat – die Amerikaner. Seit die Airbus-Eigner EADS und Bae Systems vergangenen Dezember den Bau ihres neuen Großraumfliegers A 380 mit 555 und mehr Sitzen beschlossen, stehen die US-Bosse mächtig unter Druck.



Airline-Manager in aller Welt schwärmen über die gigantischen Möglichkeiten, die der dreistöckige Riesenjet bietet. Der großzügige Innenraum erlaubt es, an Bord Bars, Duty-free-Shops oder sogar Spielcasinos einzurichten.

Während die Passagiere in herkömmlichen Maschinen durch das lange Sitzen in den engen Zigarrenröhren Thrombosen riskieren, können sie in den breiten Gängen des A 380 herumspazieren und sich auf Trimm-dich-Geräten abstrampeln.

Sieben Fluggesellschaften und eine Leasingfirma haben inzwischen 62 Airbusse des neuen Typs fest bestellt. Auch die Lufthansa überlegt, mindestens 10 der Mammutflieger zu ordern.

Noch vor kurzem sah es so aus, als wären die Boeing-Manager durch den Erfolg des neuen Super-Airbus hoffnungslos ins Hintertreffen geraten. Für ihr Konkurrenzangebot, eine verlängerte Version ihres Jumbos 747, fand sich bislang kein einziger Kunde. Vorletzte Woche zogen Condit und seine Mannen das umstrittene Projekt deshalb erst einmal aus dem Verkehr.

Doch nun schlagen die Amerikaner zurück, und das gleich an mehreren Fronten. Condit und Stonecipher haben eine Innovationsoffensive gestartet, die ihnen bis vor kurzem niemand zugetraut hätte.

Neben ihrem neuen superschnellen Jet wollen die Amerikaner den Airlines langfristig ein neu konstruiertes Konkurrenzmodell zum A 380 anbieten. Unter dem Arbeitstitel „Blended Wing Body“ arbeiten 30 Ingenieure der Elite-Truppe „Phantom Works“ bei Los Angeles zur Zeit an einem futuristischen Flugkörper, der an eine Kreuzung aus einem Riesenrochen und einer Fledermaus erinnert.

Der zivile Abkömmling des US-Tarnkappenbombers B 2 soll bis zu 800 Fluggäste kostengünstig über große Distanzen wie Frankfurt–San Francisco befördern.

Der Megaliner hat gegenüber dem Super-Airbus allerdings einen großen Nachteil. Weil die Flügel, anders als bei konventionellen Jets, eine Einheit mit dem trapezförmigen Rumpf bilden, sind Fenster in dem zweistöckigen Flieger Mangelware. Das Gros der Passagiere sitzt im Innern des Big-Brother-ähnlichen Containers. Um die Passagiere abzulenken, wollen die Ent-

DPA

Boeing-Chef Condit, neuer Super-Jet: *Zwei Stunden schneller von Frankfurt nach Tokio*

Werbeseite

Werbeseite

wickler deshalb vor den Sitzen Bildschirme installieren. Dort können die Eingeschlossenen sehen, wie schön die Landschaft ist, die sie gerade überfliegen.

Auch um Topmanager, die lieber abgeschottet von Normalsterblichen zu Geschäftsterminen düsen, wollen sich die Boeing-Bosse verstärkt kümmern. Den VIPs sollen schon bald mit allem Komfort ausgestattete Geschäftsreisejets mit bis zu 25 Plätzen zur Verfügung stehen, die auf Abruf angemietet werden können und regelmäßig wichtige Metropolen verbinden.

„Ein wichtiger Vorstandschef", meint Boeing-Business-Jets-Präsident Borge Boeskov, „setzt sich doch nicht in einen Großraumflieger mit mehreren hundert Passagieren, selbst wenn er dort Bars, Fitnesscenter oder Schlafkabinen vorfindet."

Doch Condit und Stonecipher wollen ihre Airbus-Kollegen nicht nur in ihrer angestammten Domäne, dem Flugzeugbau, angreifen. Um die Europäer zu überflügeln, krempeln die Boeing-Oldies ihren Konzern um wie nie zuvor in der 85-jährigen Boeing-Geschichte.

Erst Ende März schockten die beiden die US-Öffentlichkeit mit der Ankündigung, die Boeing-Zentrale von Seattle nach Chicago, Dallas oder Denver zu verlegen. „Wir sind der Meinung", rechtfertigt Condit den geplanten Umzug, „dass unser Konzernsitz an einem Ort sein muss, der zentral liegt – für all unsere Standorte, unsere Kunden und die Finanzmärkte."

Gleichzeitig wollen die Boeing-Bosse rund um das Flugzeuggeschäft einen schlagkräftigen Dienstleistungskonzern aufbauen. Weil die Nachfrage nach neuen Jets in den nächsten Jahren voraussichtlich nur um bis zu sechs Prozent wächst, wollen sie groß ins Geschäft mit der Flugzeugwartung, dem Umbau von Jets oder der Luftraumüberwachung einsteigen.

Weitere Einnahmen sollen Finanz- und Telekommunikationsdienste bringen. „Dort sind Wachstumsraten von über 30 Prozent möglich", schwärmt Stonecipher. Dabei nehmen die Boeing-Strategen sogar in Kauf, wichtige Kunden wie Lufthansa-Chef Jürgen Weber zu verprellen. Dessen Konzern verdient selbst am Geschäft mit der Wartung und dem Umbau von Flugzeugen, und das will Weber sich von den Amerikanern nicht streitig machen lassen.

Einen ersten Erfolg konnten die Boeing-Manager schon verbuchen. Für den Logistikriesen DHL durften sie 34 Passagierjets von British Airways in Transportmaschinen umbauen. Und die US-Regierung erwägt zurzeit den Ankauf eines neuen, satellitengestützten Flugüberwachungssystems von Boeing, das helfen soll, Verspätungen im US-Luftverkehr abzubauen.

Treibende Kraft für den Umbau des Rüstungs- und Luftfahrtriesen zum Komplettanbieter für die großen Airlines ist Boeing-Präsident Stonecipher. Der gelernte Physiker glaubt, dass die Umsätze im Zusatzgeschäft langfristig die Einnahmen aus Flugzeugverkäufen übersteigen könnten. „Als Anleger investieren Sie doch lieber in Unternehmen, die bis zu 20 Prozent statt 4 bis 6 Prozent pro Jahr wachsen", rechtfertigt er den neuen Boeing-Kurs.

DPA

Großraum-Airbus A 380 (Modell): *Bars, Duty-free-Shops und Spielcasinos an Bord*

Bis Ende des Jahres wollen die Boeing-Manager den Passagieren ermöglichen, an Bord im Web zu surfen, Fußballspiele live zu verfolgen oder E-Mails zu versenden. Zentraler Baustein des neuen Kommunikationssystems über den Wolken mit dem Namen „Connexion" ist eine fünf Zentimeter hohe, einen Meter breite und 1 Meter 40 lange Antenne, die auf dem Rumpf am Heck installiert wird. Sie nutzt brachliegende Übertragungskapazitäten auf Satelliten, damit die Fluggäste in der Luft den Kontakt zum Boden nicht verlieren.

Die schnelle Breitbandkommunikation an Bord könnte sich schon bald als entscheidender Wettbewerbsvorteil unter konkurrierenden Airlines herausstellen, glaubt Lufthansa-Chef Weber. Er möchte den neuen Service deshalb bereits in zwei Jahren anbieten. „Wir wollen das Flugzeug zu einem Internet-Träger machen, in dem unsere Kunden im Flug ihre Post bearbeiten, Bankgeschäfte tätigen oder einkaufen können", wirbt Weber für seine Vision.

Zurzeit testen Lufthansa-Spezialisten an Bord von Maschinen des Typs A 320 noch ein eigenes System. Die Antennen beziehen sie von den Amerikanern.

Doch sollte sich das Boeing-Angebot als weltweiter Standard etablieren, kommen wohl auch die Lufthansa-Manager nicht umhin, das US-Netz zu übernehmen. Dann hätten die Boeing-Manager wenigstens in der Internet-Technik durchgesetzt, was ihnen Airbus im Flugzeugbau streitig macht: ein einträgliches Monopol. DINAH DECKSTEIN

Werbeseite

Werbeseite

KAPITALISMUS

Feindliches Terrain

Die französische Globalisierungsgegnerin Viviane Forrester tourt durch Deutschland, um ihr neues Buch zu verkaufen. Dessen Botschaft: Profit ist Teufelswerk.

Empörung ist ein wunderbarer Zustand. Viel schöner und eleganter als Zorn oder Wut. Bei empörten Menschen steigt der Adrenalinspiegel auf ein wohlig moderates Erregungsniveau, und es pulst angenehm warm durch den Körper.

„Ich bin nicht wütend oder zornig“, sagt Viviane Forrester, „nein, ich bin empört.“ Sie hat ihre Zebra-Stola über die Stuhllehne gelegt und den linken Fuß vorsichtig aus ihrem hochhackigen Pumps befreit – die wärmende Wirkung des Adrenalins.

Mit gebremster Leidenschaft hat sich Madame ihrer Erregung hingegeben, weil sie der festen Überzeugung ist, dass ein Gespenst umgeht in Europa. Und nicht nur dort, auch in Asien, Amerika, Australien und Afrika: das Gespenst des Ultraliberalismus.

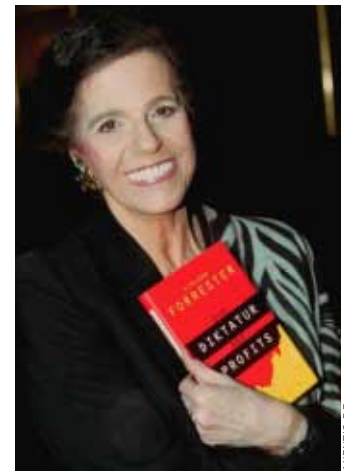
Diese Ideologie kennt – davon ist sie überzeugt – nur ein einziges Ziel: „für die Privatwirtschaft immer schnellere und phänomenalere Megaprofite zu erreichen, und das um jeden Preis“. Das bedeutet: „Die Unternehmen mit den größten Gewinnen entlassen munter drauflos; ihre Entscheidungsträger haben einen unwiderstehlichen Hang zur Senkung der Arbeitskosten. Warum in Beschäftigung investieren, entlassen bietet viel mehr Vorteile! Wir haben es gesehen, die Börse liebt das.“

Vor fünf Jahren artikulierte die französische Literaturkritikerin in ihrem Weltbestseller „Der Terror der Ökonomie“ die Ängste der Globalisierungsgegner, jetzt hat sie „Die Diktatur des Profits“ als Menschheitsseuche erkannt und reist bis nach Berlin, um das neue Werk selbst auf feindlichem Terrain zu preisen – im Haus der Deutschen Wirtschaft. Philipp Graf von Walderdorff, Cheflobbyist des Deutschen Industrie- und Handelstages, hat die Essayistin eingeladen. „Eine echte Dame“, schwärmt der Mann der Wirtschaft von der eleganten Bankierstochter, die mit ihren 75 Jahren problemlos als „Seniorchefin eines Modehauses“ („taz“) durchgehen würde.

Doch der schnauzbärtige Graf kann es sich nicht verkneifen, ein wenig zu sticheln. „Die Wirtschaft braucht Luft zum Atmen“, sagt er in fließendem Französisch und erzählt von seinem „kleinen“ Anwesen in der Eifel, wo man nach dem Krieg neben der Köchin und dem Verwalter, Traktorfahrer, Dienstmädchen und Pferdeknechte beschäftigt habe. Doch da der Betrieb nicht profitabel gewesen sei, habe man die Leute entlassen müssen. Die Botschaft ist klar: Ohne Gewinne keine Jobs.

Da ist er, der Geist des Ultraliberalismus, der umgehend bekämpft werden muss. Die Wirtschaft soll atmen? Falsch, sagt Viviane Forrester, „die Menschen müssen atmen, und heute werden sie erstickt“. Als Arbeitslose sind sie Opfer einer „neurotischen Gewinnsucht“, die eine „Bereitschaft zu allen Verheerungen“ weckt und alles, aber wirklich auch alles, „unter seine Herrschaft“ bringen möchte.

Eine „Rückkehr zur Realität“, fordert sie, und ihr Gastgeber rollt dezent mit den Augen. Die Wirtschaft werde immer virtueller und irrealer. Allein das Beispiel der jetzt so propagierten Rentenfonds zeige, wie absurd das System sei: „Der reinste Casinobetrieb. Da sollten die Menschen ihr Geld lieber beim Pferderennen setzen. Da haben sie wenigstens frische Luft.“



AXENTIS.DE

Autorin Forrester
„Rückkehr zur Realität“

Um ihre Rendite zu erhöhen, versuchten die Pensionsfonds mit allen Mitteln bei den Unternehmen, an denen sie beteiligt seien, die Kosten zu senken. Das Resultat: „Die Entlassenen werden als Aktionäre zu Sponsoren ihrer eigenen Arbeitslosigkeit.“

Ein junger Mann meldet sich zu Wort und will wissen, ob man auf die privaten Pensionsfonds nicht angewiesen sei. Schließlich habe der „demografische Faktor“ doch das bisherige Rentensystem unbezahlbar gemacht – zu wenig Junge, zu viele Alte.

Madame lächelt nachsichtig. Mit Fakten sollte man ihr nicht kommen. „Ist der demografische Faktor tatsächlich so wichtig?“, fragt sie. „Oder ist er nicht nur ein Vorwand, weil die Versicherungen schon lange ein gieriges Auge auf die private Altersvorsorge geworfen haben?“ Gewiss – nur eine Frage, aber fragen wird man ja wohl dürfen.

„Nichts für Kenner“, bescheinigte die „Süddeutsche Zeitung“ ihrem neuen Buch („so ahnungslos und polemisch wie eh und je“), in dem Forrester auf 210 Seiten munter Stalinismus, Apartheid und Völkermord bemüht, um vor dem neuen „Totalitarismus“ des „Ultraliberalismus“ zu warnen, gegen den nur eines helfe: entschiedener Widerstand.

Eine Frau („Ich habe Ihr Buch verschlungen“) geht zum Mikrofon und bekennt, sie sei Lehrerin. Als Beamtin habe sie einen Eid auf die Verfassung geschworen und die enthalte doch ein Recht auf Widerstand: „Wenn nur noch der Profit regiert, haben wir als Beamte versagt.“

„Ein schöner Eid und sehr berührend“, findet Forrester, die besonders charmant lächelt, wenn sie nach Alternativen zur „Diktatur des Profits“ gefragt wird: „Wenn ich als Staat meinen Bürgern wirklich ein richtiges Auskommen sichern will, dann finde ich auch eine Lösung.“ Und welche? „Es ist nicht meine Aufgabe, Lösungen zu produzieren.“ KONSTANTIN VON HAMMERSTEIN

AP

Globalisierungsgegner (in Seattle, 1999): *Gespenst des Ultraliberalismus*

Werbeseite

Werbeseite

BETRUG

Bar auf die Hand

Mit einer neuen Masche tricksen immer mehr Kriminelle den Fiskus bei der Umsatzsteuer aus. Jetzt hat die Polizei mit einer Großrazzia eine Bande ausgehoben.

Asservatenlager in Regensburg
Fuhre um Fuhre herbeigekarrt

Durchsuchung bei einer Münchner Computerfirma
Dreimal flog die Luftnummer auf

Eigentlich war in diesem Jahr der größte anzunehmende Stau in Regensburg schon fest terminiert, auf den Monat Juni, wenn mit dem Bürgerfest und dem gleichzeitig stattfindenden Musikfestival „Singen und Musizieren in Bayern“ die Altstadt vor Menschen überquillt. Doch der Verkehrsinfarkt kam schneller. Bereits am vergangenen Dienstag blockierten weiße und silbergrüne Transporter aus allen Himmelsrichtungen die Zufahrtsstraßen zum örtlichen Polizeipräsidium Niederbayern/Oberpfalz.

Die brisante Fracht, über 7500 Aktenordner, mehr als 30 PC-Anlagen und Datenträger, Tausende von Computerchips und andere Beweismittel hatten die Beamten in der bislang größten internationalen Fahndungsaktion gegen Steuerhinterzieher im Bundesgebiet und sieben anderen europäischen Staaten eingesackt. Fuhre um Fuhre karrten sie die Beweisstücke in das niederbayerische Asservatenlager.

Mit ihrem Coup sprengte die Regensburger Sonderkommission „Chipdeal“ einen Ring von Wirtschaftskriminellen, der sich auf eine äußerst lukrative und deshalb stark zunehmende Abzockerei spezialisiert hatte: auf gigantische Betrügereien mit so genannten Umsatzsteuer-Karussellen, bei denen sich Banden Millionensummen an vorgetäuschten Steuerzahlungen vom Fiskus „erstatten“ lassen.

Diesmal flog die Luftnummer auf: 1188 Polizeibeamte, 542 Steuerfahnder und 45 Gerichtsvollzieher durchkämmten insgesamt 423 Objekte, darunter Computerhandelsfirmen in Taucha bei Leipzig, Wiesbaden und Karlsruhe, außerdem Banken, Wohnungen und Speditionen in insgesamt zwölf Bundesländern, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Tschechien, Österreich, der Schweiz und Frankreich.

13 Verdächtige wurden bei der Großrazzia verhaftet, davon 7 in Deutschland; nach 7 weiteren Personen wird noch gefahndet. Vermögen im Gesamtwert von rund 220 Millionen Mark, darunter zwei Luxussportwagen und eine Segeljacht, stellten die Ermittler sicher.

Doch der Schaden, der allein dem deutschen Staat durch das kriminelle Treiben der Bande entstanden ist, wird von Fahndern sogar auf rund 500 Millionen Mark geschätzt. Über zahlreiche Briefkastenfirmen im In- und Ausland sollen sie mit Scheinrechnungen für Computerchips beim Fiskus abkassiert haben.

Der Betrug lief immer nach gleichem Schema ab: Unternehmen müssen für ihre Leistungen und Lieferungen Umsatzsteuer bezahlen. Bei Lieferungen ins Ausland fällt sie dagegen weg – das bedeutet, über die Grenze wird immer zu Netto-Preisen exportiert. Doch die im Inland angefallene Umsatzsteuer, die andere Firmen für ihre Vorleistungen in Rechnung gestellt haben, kann der Unternehmer als so genannte Vorsteuer beim Fiskus wieder eintreiben – bar auf die Hand.

Um einen entsprechenden Anspruch anzumelden, reicht bereits die Vorlage einer Rechnung aus. Ob tatsächlich in der angegebenen Menge Waren verkauft oder geliefert worden sind, prüft der deutsche Fiskus nicht nach. „Genau diese Systematik öffnet dem Missbrauch Tür und Tor“, klagt Bernd Heine von der Münchner Oberfinanzdirektion (OFD). Oft werden nämlich immer nur die gleichen Waren – in diesem Fall Computerchips – im Kreis wie auf einem Karussell von Land zu Land gekarrt, mitunter auch nur auf dem Papier.

Bei der Auszahlung vorbildlich, bei der Kontrolle mangelhaft, niemand ist so schnell wie die deutschen Finanzbeamten – bei der Erstattung von Vorsteuer. Das machen sich die Ganoven zunutze. So auch eine internationale Bande, die im Januar in Norddeutschland, Großbritannien und Italien von mehreren hundert Beamten ausgehoben wurde. Inzwischen sitzt der Geschäftsführer der Computer-Handelsfirma Source aus Jever in Untersuchungshaft – geschätzter Schaden: über 50 Millionen Mark. „In anderen europäischen Ländern erfolgen die Auszahlungen der Finanzämter wesentlich zurückhaltender“, kritisiert der Chef der Oldenburger Steuerfahndung, Oliver Löwe-Krahl.

Frühestens nach Monaten fliegt der Schwindel beim deutschen Finanzamt auf. Die „missing trader“ (Fahnderjargon) firmieren dann längst unter einem anderen Händlernamen und kassieren das nächste Finanzamt ab. „Wo das am günstigsten geht, wird vorher per Standortanalyse gecheckt“, sagt ein Münchner OFD-Sprecher.

„Wir vermuten, dass die Scheinhändler von zentralen Hintermännern gelenkt werden“, so ein Fahnder. Firmengebilde, die europaweit agieren, werden ins Leben gerufen, oder existierende Unternehmen werden akquiriert, um so die Ermittlungen zu erschweren.

Kaum gegründet, verzeichnen die „missing trader“ dann Millionenumsätze mit riesigen Umsatzsteuererstattungen. Das Geld leiten sie an die Hintermänner weiter.

Ermittler verdächtigen zudem auch etablierte Großhändler, sich an den Karussellen zu beteiligen. Mit Hilfe der Millionenerstattungen können so die Preise konkurrenzlos heruntersubventioniert werden. So boten in Norddeutschland Unternehmen Intel-Chips zu Preisen an, die unter den Produktionskosten lagen.

Mittlerweile sind in jedem Steuerfahndungsamt Beamte mit den Umsatzsteuer-Karussellen beschäftigt. Dreistellige Millionenschäden sind keine Seltenheit mehr. So laufen bei den Staatsanwaltschaften in Oldenburg, Bonn und Mannheim ebenfalls Verfahren in ähnlicher Größenordnung.

Der Chef der Bremer Steuerfahndung, Hans-Joachim von Wachter, flüchtet sich angesichts der jüngsten Fälle schon in Sarkasmus: „Früher überfielen die Ganoven zur Geldbeschaffung eine Bank, heute ist die Vorsteuer-Erschleichung viel risikoloser.“

FELIX KURZ

Werbeseite

Werbeseite

GASTRONOMIE

Pasta mit Vergangenheit

Karlheinz Schreiber, der in Toronto gegen seine Auslieferung nach Deutschland kämpft, meldet sich als Geschäftsmann zurück: Mit Nudeln will er die Welt erobern.

Der Mann hat schon viele beglückt: Politiker mit Spenden, die Bayern mit orientalischen Teppichen, Deutschlands Straßen mit Fahrbahnmarkierungen, die Saudis mit Panzerfahrzeugen.

Jetzt hat sich Karlheinz Schreiber den Rest der Menschheit vorgenommen. Der bayerische Geschäftsmann will endlich seine lange gehegte Vision verwirklichen: den weltweiten Siegeszug der Express-Nudel; in Sekunden fertig und immer al dente.

Während die deutsche Justiz in Kanada vor Gericht um die Auslieferung von Deutschlands bekanntestem Flüchtling ringt, um ihm in Augsburg den Prozess wegen Steuerhinterziehung, Betrug und Bestechung machen zu können, eröffnete der illustre Kaufmann vergangenen Mittwoch frohgemut in einer Ladenpassage im kanadischen Toronto sein erstes Hightech-Nudel-Bistro „Reto and the machine“.

Der erste Teil des Namens stammt von seinem Partner Reto Mathis. Der Schweizer Promi-Koch betreibt mehrere Restaurants im mondänen St. Moritz, am Rande der Pisten des Corviglia. Hier übt auch schon mal Muck Flick den Einkehrschwung, um sich bei einem Lunch von Preisen bis zu 300 Schweizer Franken für die nächste Abfahrt zu stärken.

Doch Schreibers wahres Baby ist „the machine“ – eine Art Espressomaschine für Teigwaren namens „Spaghettissimo“. In einem Druckbehälter werden die Nudeln bei 3 Bar Druck und 130 Grad Celsius in 70 Sekunden bissfest gegart. Anschließend wird das Gericht mit einer von mehreren Saucen, kreiert von Maître Mathis und der Chefköchin des Bangkoker Nobelhotels „Oriental“, im Induktions-Wok verfeinert – von Green Dragon Curry Sauce bis Yin und Yang, bestehend aus „ein wenig Chili, etwas Knoblauch, einem Hauch Ingwer und frischer Ananas“ (Schreiber). Serviert wird binnen Minuten, Schreiber liebt das Detail, in einem innovativen Napf mit einer Ausbeulung, die den Löffel ersetzen und übermäßiges Kleckern verhindern soll. Als „Shake-and-go“-Variante gibt es das Mahl im Warmhaltebecher zum Mitnehmen.

„Von all meinen Vorhaben ist dies das größte“, sagt Schreiber. Das kleine Karo ist seine Sache nicht. Bereits jetzt seien 300 Filialen in Kanada und 3000 in den USA geplant. Und geht es nach ihm, ist dies nur der Auftakt des Siegeszugs seiner Wundermaschine. Mit „strategischen Partnern“ will Schreiber weltweit expandieren. Anfragen aus Asien und ganz Europa einschließlich Deutschland lägen bereits vor.

Wer allerdings seine Partner sind, die die notwendigen Millionen aufbringen sollen, und wie groß sein eigener Anteil ist, bleibt bei Schreiber einmal mehr im Ungefähren: „Diese Freundesgruppe ist eine Juwelenkollektion.“

Zuzutrauen ist Schreiber vieles. Als Unternehmer und Lobbyist hat er in den vergangen Jahrzehnten viele Geschäfte angepackt. Manche klappten, manche nicht – aber verdient hat er dabei meist.

Manchmal gab es Ärger. Seine Zuwendungen an die CDU haben die Parteispendenaffäre ausgelöst und Wolfgang Schäuble

Unternehmer Schreiber in Toronto: *„Von meinen*

den Parteivorsitz gekostet. Die Augsburger Staatsanwaltschaft hat ihn im Zusammenhang mit Panzerlieferungen an Saudi-Arabien angeklagt.

Seinem Tatendrang tut das keinen Abbruch. Spaghettissimo ist ihm ein Herzensanliegen, seit er vor Jahren auf einer seiner vielen Reisen den Schnellkochtopfmutanten entdeckte und sich das Patent sicherte. Schon zu der Zeit, als er noch als gern gesehener Lobbyist in deutschen Amtsstuben und Politikerbüros antichambrierte, plauderte er gern über die leuchtende Zukunft der Fast-Food-Nudel.

So nimmt es nicht Wunder, dass die Nudelmaschine selbst in den Akten der Parteispendenaffäre eine Spur hinterlassen hat

V. TALOTTA / CANADIAN PRESS

Vorhaben ist dies das größte“

wie tropfende Spaghetti Napoli auf einem weißen Tischtuch. Auf dem Höhepunkt der Konfusion um Schreibers 100 000-Mark-Spende an Schäuble im vergangenen Jahr erinnerte sich der Geschäftsmann, dass er bei seinem Besuch im Bonner Büro des damaligen Unions-Fraktionschefs 1995 auch erzählt hatte: „Wir bauen Spaghettimaschinen.“ Die ehemalige CDU-Schatzmeisterin Brigitte Baumeister soll 1996 bei einer Messe in Köln, auf der Schreiber seine Wundermaschine präsentierte, zum vertraulichen Karlheinz übergegangen sein.

Tatsächlich hatte Schreiber bereits Mitte der neunziger Jahre Wienfried Haastert, einen ehemaligen Thyssen-Manager und Mitangeklagten im Verfahren um die Spürpanzer, für seine Nudelmaschine begeistert. Die damalige Thyssen-Tochter Henschel, ein Fachbetrieb für Panzerfahrzeuge, sollte die Apparate bauen, während Schreiber den Vertrieb übernehmen und dafür pro gelieferte Maschine eine Lizenzgebühr erhalten sollte.

Im Oktober 1995 pries Thyssen-Henschel die neue Pasta-Produktlinie in einer Presseerklärung als innovative Gerätetechnik („die Spaghetti gleiten automatisch und locker auf einen Teller“) für „First-Class-Restaurants“, aber auch „Autobahn- oder Bahnhofsraststätten“. Für die Spaghettissimo-Fertigung waren „zunächst bis zu 30 Mitarbeiter“ vorgesehen, und etwa 1000 Maschinen sollten jährlich produziert werden. Angesichts dieser Perspektiven ließ sich die „FAZ“ zu der Überschrift hinreißen: „Thyssen revolutioniert die Nudelwelt – Spaghettissimo ist gut für den großen Hunger und sichert Arbeitsplätze.“

Doch offenbar war der Markt noch nicht reif für diese Innovation. In der Lehrlingswerkstatt wurden zwei Prototypen hergestellt. Thyssen soll 920 000 Mark für die Produktionsvorbereitung abgeschrieben haben. Der Absatz verlief eher schleppend, die Strategie war falsch. „Wir wollten damals die Maschinen verkaufen oder vermieten“, sagt der Kaufmann heute.

Aber Schreiber ist nicht der Mann, der sich von solchen Rückschlägen niederstrecken lässt. Im schweizerischen Exil verfolgte er ab 1996 seine Geschäftsidee hartnäckig weiter. In der Graubündner Bergwelt begeisterte er nun Mathis für seine Vision. Schließlich verlängert sich in Höhenluft die Kochzeit von Nudeln, so dass sie nie ganz al dente werden.

Der Promi-Koch stellte 1997 die Maschine in seinem Restaurant „Bütschella“ am Corviglia auf. Und Schreibers Novität heimste weitgehend unbemerkt ein erstes Lob ein. Ein Redakteur der „Neuen Zürcher Zeitung“, der über die Neuheiten der Skisaison 1997/98 in dieser Region berichtete, war von einer Kostprobe („unglaublich – Spaghetti aus der Maschine“) begeistert: „In sensationell kurzer Zeit hatten wir unseren Teller Pasta. Eccellente!“

Ein Jahr später machte das Fachblatt „Gourmet“ dort droben in 2500 Meter Höhe eine „gastronomische Sensation“ aus. Von einer Demonstration sei der Kochpapst Paul Bocuse, so Mathis, „hell begeistert und fast ausgeflippt“.

So recht wollte das Geschäft aber noch immer nicht in Gang kommen. Und auch den Zielfahndern des Bundeskriminalamts (BKA) bereitete Spaghettissimo Kummer. Drei Jahre lang hatten sie den flüchtigen Geschäftsmann dank Telefonüberwachung in der Schweiz im Visier. Im Mai 1999 verloren die BKA-Beamten jedoch plötzlich zwei lange Monate seine Fährte, bevor er wieder in Kanada auf ihrem Radar erschien. In dieser Zeit reiste Schreiber dort durchs Land, um sein Kochgerät an den Mann zu bringen. Nicht die Angst vor den Fahndern soll ihn also nach Nordamerika getrieben haben. Schreiber: „Mein größter Wunsch war immer, die Idee nach Kanada zu bringen.“

Die Nudel scheint sein Schicksal. Als er schließlich im September 1999 in einem Restaurant in Toronto festgenommen wurde, hatte er eine Einkaufstüte dabei, in der sich Spaghetti und Tomatensauce befanden.

Vergessen, vorbei. Dieses ganze Strafverfahren, so Schreiber, „interessiert mich einen Dreck“. Er hat sich ganz den Spaghetti, die in Wahrheit Makkaroni sind, verschrieben. Seine Mission heißt „gesundes Fast-Food weltweit“. Bisher produzierte die Firma Allitecnica bei Lugano, in deren Verwaltungsrat sein Sohn Andreas sitzt, etwa 180 Maschinen.

Schreiber, der Kaufmann mit kanadischem Zweitpass, wittert wieder einmal das große Geld: „Das ist ein Milliarden-Dollar-Business.“ MARKUS DETTMER

Werbeseite

Werbeseite

DPA

EU-Kommissar Verheugen, Ratspräsident Prodi, Ungarn-Premier Orban

EUROPA

Querschüsse gegen Erweiterung

Der Optimismus des deutschen Erweiterungs-Kommissars Günter Verheugen in Sachen EU-Ausdehnung wird im Berliner Auswärtigen Amt nicht geteilt. Die Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten könnten sich vielmehr noch erheblich verzögern.

Denn unter den 15 Altmitgliedern der Union melden sich jetzt erst jene Staaten zu Wort, die keinen Verzicht auf Brüsseler Subventionen zu Gunsten der armen Neuen leisten mögen. Vertreter Spaniens und Portugals ließen demnach im Rat in Brüssel durchblicken, dass sie vor ihrem Ja zur Aufnahme weiterer Staaten in die Union verbindlich wissen wollten, wie viele Milliarden Euro sie aus den Strukturfonds der EU für minderentwickelte Gebiete erhalten. Der nächste siebenjährige Finanzplan läuft 2007 an.

Auch die französische Regierung hat signalisiert, vor ihrer Zustimmung zur Erweiterung müsse Klarheit herrschen über die künftigen Zuschüsse aus Brüssel für ihre Bauern. Paris setzte durch, dass die EU-Kommission ihre Vorschläge zur Reform der EU-Agrarpolitik, eines der schwierigsten Kapitel in den Beitrittsverhandlungen, erst im Sommer 2002 vorlegt – nach den französischen Wahlen.

Zudem machten Franzosen wie Spanier klar, die Forderung Deutschlands und Österreichs nach einer siebenjährigen Übergangsfrist bei der Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus dem Osten könne erst ganz zum Schluss der Verhandlungen berücksichtigt werden, wenn im Gegenzug die eigenen finanziellen Interessen gewahrt seien.

Ob die Unterschrift – wie von Verheugen erwartet – unter die ersten Beitrittsverträge noch 2002 erfolgt, wird in Berlin bezweifelt, zumal im ersten Halbjahr 2002 die EU-Ratspräsidentschaft bei den Beitrittsbremsern in Madrid liegt.

Verheugen stellte indessen vorige Woche den Ungarn die EU-Vollmitgliedschaft nach Ratifikation der Beitrittsverträge in den Parlamenten Europas bereits zum 1. Januar 2004 in Aussicht. Den Termin würden die Staats- und Regierungschefs beim Gipfel im Juni in Göteborg bestätigen. Zu den Berliner Schwarzsehern meinte er, die seien „inkompetent“.

JAPAN

Macht der Dynastien

Japans regierende Liberaldemokraten (LDP) suchen einen Nachfolger für den glücklosen Premier Yoshiro Mori, 63. Doch wer auch immer Ende April zum neuen LDP-Chef und damit automatisch zum Kandidaten für das Amt des Premiers gewählt wird: Die Macht im zweitgrößten Industrieland der Welt bleibt fest in der Hand einflussreicher Politiker-Dynastien. Der aussichtsreichste Anwärter, Ex-Premier Ryutaro Hashimoto, 63, erbte sein Parlamentsmandat einst von seinem Vater. Sein innerparteilicher Rivale, Ex-Sozialminister Junichiro Koizumi, 59, stieg in die politischen Fußstapfen seines Großvaters. Und der mögliche Kompromiss-Kandidat Taro Aso, 60, ist zugleich Enkel von Ex-Premier Shigeru Yoshida und Schwager eines kaiserlichen Prinzen.

AFGHANISTAN

Entscheidung mit Dynamit

Bizarr wie die Sprengung der weltgrößten stehenden Buddha-Statuen im Reich der Taliban war der Auslöser dieser Untat: ein Besuch italienischer Buddhisten, die zu Füßen der Monumente lagerten und dort ihre Gebete verrichteten. Das wurde zwei Taliban-Richtern in der Provinzhauptstadt Bamian zugetragen, die gerade einen Streit zwischen Veteranen der Religionskrieger und jungen Taliban entschieden, die das bitterarme Land für einen Dialog mit dem Westen öffnen wollten. Ein Rat von Religionsgelehrten, der über die Buddhas befinden sollte, nahm den Buddhisten-Besuch zum Anlass und plädierte bei Taliban-Führer Mullah Omar für die Vernichtung der Statuen. Der Streit unter den Taliban hatte im November letzten Jahres mit der Wiedereröffnung des Nationalmuseums in Kabul begonnen, in dem sich wertvolle Artefakte der buddhistischen

AP

Buddha-Aushang am Centre Pompidou

Gandhara-Kultur befinden. Hardliner wähnten darin eine Rückkehr zu nichtislamischen Praktiken. Unterdessen hält der weltweite Protest gegen den Bildersturm der Taliban an. So wurde am Pariser Centre Pompidou ein 28 Meter langer Kupferstich aufgehängt, der an die Buddhas von Bamian erinnert.

REUTERS

Demonstration in Istanbul

TÜRKEI

Angst vor Plünderung

Mit drastischen Maßnahmen rüstet sich Ankara gegen den Ausbruch einer sozialen Explosion infolge der seit Wochen anhaltenden Wirtschaftskrise. In einem Geheimzirkular wies das Innenministerium die Gouverneure der Provinzen an, öffentliche Gebäude gegen Übergriffe von Demonstranten zu schützen und Einkaufszentren gegen Plünderungen abzusichern. Vorigen Dienstag war der Kurs der türkischen Lira gegenüber dem Dollar abermals um 16 Prozent gesunken; seit Beginn der Krise Ende Februar hat sich der Wert der Landeswährung damit fast halbiert. An den Tankstellen zieht täglich der Benzinpreis an, in den Krankenhäusern werden Importmedikamente knapp. Landesweit nimmt der Unmut zu: Vor dem Amt des Ministerpräsidenten in Ankara warf ein empörter Händler Premier Bülent Ecevit eine leere Registrierkasse nach. In der zentralanatolischen Stadt Konya skandierten Lastwagenfahrer: „Politiker, haut ab! Lasst die Soldaten ran!“ Während Staatspräsident Sezer und der neue Wirtschaftsminister Kemal Derviş die Bevölkerung in dramatischen Appellen zur Mäßigung aufrufen, mehren sich an der Istanbuler Börse die Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt der Regierung. Ministerpräsident Ecevit, so heißt es, warte lediglich die Bekanntgabe des neuen ökonomischen Rettungsprogramms Ende dieser Woche ab.

IRAN

Sabotage im Geheimdienst

Im Machtkampf mit den religiösen Ultras feiern Irans Reformer einen womöglich entscheidenden Etappensieg: Erstmals scheint es auch innerhalb der gefürchteten Sicherheitsdienste des Gottesstaats Sympathisanten zu geben, die der Opposition sogar streng vertrauliche Interna zuspielen. Regimekritiker in Teheran werten jetzt eine sehr professionell gestaltete CD-Rom aus, die offensichtlich vom Geheimdienst zu internen Dokumentationszwecken erstellt wurde. Sie enthält, eingebunden in Hymnen und Koranzitate, Mitschnitte einer Koordinationskonferenz von Mitarbeitern der Sicherheitskräfte der Islamischen Republik, des Ministeriums für Information und der Justizbehörde des Militärs. In der mehrstündigen Aufzeichnung von Reden und Wortmeldungen führen Eiferer noch immer das große Wort und brüsten sich mit ihrem detaillierten Wissen – etwa über die Machtelite Irans. Angaben über das private Leben und auch das Vermögen der Führungsschicht seien notwendig, so die unverhohlene Drohung, um Politiker bloßstellen zu können, „falls sie das Maul aufreißen und unverschämt werden“.

F. SCHUMANN / DER SPIEGEL

Geheimdienst-CD-Rom

Bei einer Analyse der Studentenunruhen vom Sommer 1999 wird auch Manöverkritik geübt. Einige Redner beklagen, dass die eigenen Kräfte schlechter organisiert waren als die Studenten, und bemängeln die nachlässige Observation der Aktivisten. Zudem räumen die Sicherheitsdienste ein, dass sie die Leiche eines Studenten verschwinden ließen, der bei einer Demonstration in Teheran getötet worden war. Hätte man der Menge auch noch einen Märtyrer geliefert, so ein Teilnehmer, wäre die Volkswut nicht mehr zu bändigen gewesen.

SIMBABWE

Sturm auf die Fabriken

Nach den gewaltsamen Besetzungen und Enteignungen weißer Farmer lässt der Staatschef des einstigen Musterlands im südlichen Afrika, Robert Mugabe, nun auch städtische Unternehmer drangsalieren. Mehr als ein Dutzend Firmen wurden in den vergangenen Wochen von Schlägertrupps des Präsidenten gestürmt, weil sie Arbeiter entlassen hatten. In mindestens einem Fall verprügelten die Eindringlinge Manager und Geschäftsführer mit Eisenstangen und verschleppten sie anschließend zu Verhören ins Hauptquartier der Regierungspartei Zanu-PF. Dort wurden sie so lange unter Druck gesetzt, bis sie einer Wiedereinstellung der Entlassenen zustimmten. Mugabe, der spätestens im Mai nächsten Jahres Präsidentschaftswahlen durchführen muss, scheint nach monatelangen Terrorkampagnen auf dem Land nun auch entschlossen, die städtische Bevölkerung hinter sich zu zwingen. Bei Parlamentswahlen im vergangenen Juni erlitt die Zanu-PF in den Städten erhebliche Wahlniederlagen. Gewaltbereite, meist arbeitslose jugendliche Zanu-PF-Mitglieder gehen jetzt aggressiv für den Präsidenten auf Stimmenfang. Attacken auf Fabriken und Privatfirmen sind als erste Phase einer staatlich orchestrierten Kampagne zu werten. Die soll der von den Gewerkschaften unterstützten oppositionellen „Bewegung für Demokratischen Wandel“ auch in den Hochburgen die Wählerbasis entziehen.

AP

Schwarze Demonstranten vor Farmtor

AFP / DPA

Demonstrierende Studenten mit Bildern von inhaftierten Reformern

Dass die Aufnahmen von der im vorvergangenen Jahr abgehaltenen Konferenz ausgerechnet jetzt in Reformkreise gelangten, gilt als versteckter Angriff auf einen umstrittenen Mann aus den eigenen Reihen: den ehemaligen Geheimdienstminister Ali Fallahian. Der einstige Agentenchef wird als einer der Drahtzieher des Mykonos-Attentats auf iranische Oppositionelle 1992 in Berlin mit internationalem Haftbefehl gesucht.
Dennoch ist Fallahian als Kandidat der Ultras bei den für den 8. Juni angesetzten Präsidentschaftswahlen im Gespräch – weil er angeblich mit seinem noch immer großen Einfluss auf die Geheimdienste die Macht für die Fanatiker sichern soll. Nach einem Skandal um Informationslecks und Reformtendenzen im Sicherheitsapparat würden jedoch selbst Betonköpfe eine Kandidatur des international geächteten Fallahian kaum mehr unterstützen, zumal auch der ehemalige Staatschef Ali Akbar Haschemi Rafsandschani von Rechten als weiterer Präsidentschaftsanwärter ins Spiel gebracht wird. Gegen den voraussichtlich erneut antretenden Staatspräsidenten Mohammed Chatami aber hätten wohl beide keine Chance – sofern bei der Wahl alles mit rechten Dingen zugeht.

C. LANNUTTI / SINTESI

Protest gegen Radio Vatikan vor dem Petersdom

VATIKAN

Gefährliche Strahlen?

Römische Staatsanwälte ermitteln gegen Radio Vatikan wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung in mehreren Fällen. Mit seinen extrem leistungsstarken Sendeantennen in Cesano, nördlich von Rom, soll der Sender, der die päpstlichen Botschaften in alle Welt trägt, Leukämie verursachen. Eine Untersuchung des Gesundheitsamtes der Region Lazio hatte vor ein paar Wochen bestätigt, was die Anwohner von Cesano seit langem behaupten: In der Umgebung der Anlage erkrankten überdurchschnittlich viele Kinder an Blutkrebs. Bislang hatte der Heilige Stuhl alle Vorwürfe – auch vom italienischen Umweltminister – kategorisch zurückgewiesen und sich geweigert, über eine geringere Sendeleistung zu verhandeln. Die Masten stünden nicht auf italienischem Territorium, so die päpstlichen Juristen, sondern gehörten zum Kirchenstaat. Damit unterlägen sie weder italienischem Recht noch italienischen Umweltnormen. Doch seitdem die Staatsanwälte gegen die Verantwortlichen der wahrscheinlich weltweit meistverbreiteten Radiostation vorgehen, zeigt sich auch der Vatikan gesprächsbereit. Erstmals dürfen nun italienische Techniker ins Sendezentrum der Katholiken. Und Papst-Sprecher Navarro-Valls verkündete, eine Einigung über die riskanten Funkwellen sei „sehr nahe“.

GROSSBRITANNIEN

Pannen im Kampf gegen Menschenhandel

Hätten britische und holländische Polizisten besser zusammengearbeitet, wären 58 junge Chinesen, die im vergangenen Juni im Frachtraum eines Lkw auf dem Weg nach Dover erstickten, wahrscheinlich noch am Leben. Ein Geschworenengericht in Maidstone in der südenglischen Grafschaft Kent verurteilte vorige Woche den holländischen Fahrer des Todestransports, Perry Wacker, 33, wegen Totschlags zu 14 Jahren Gefängnis. Wacker hatte auf der Kanalfähre die Lüftungsklappe geschlossen, damit keine Geräusche aus

DPA

Ermittler bei der Spurensicherung

dem Frachtraum dringen konnten.
Bei den Untersuchungen stellte sich allerdings heraus, dass zwei Monate vor dem Menschentransport ein Freund des verurteilten Fahrers ebenfalls in Dover mit 50 Chinesen auf der Ladefläche seines Lkw erwischt worden war. Doch die englischen Polizisten ließen den Menschenschmuggler schon nach einer Stunde wieder frei und meldeten den Zwischenfall nicht an ihre niederländischen Kollegen weiter. Diese wiederum observierten zwar den türkischen Hintermann und die beiden Holländer, aber unternahmen nichts, als Wacker mit seinem Laster in Richtung England abfuhr. Erst nachdem die 58 Chinesen tot in Dover gefunden wurden, setzte die niederländische Polizei etliche Verdächtige fest.

CHINA

Herausforderung am Himmel

Hinter der Kollision des US-Spionageflugzeugs mit einem chinesischen Kampfjet steckt ein Konflikt geostrategischer Interessen. Präsident George W. Bush und sein Gegenpart Jiang Zemin suchten einen Rückzug ohne Gesichtsverlust. Ein neuer Kalter Krieg würde nur den Hardlinern nutzen – auf beiden Seiten.

Sein sechswöchiger Besuch in der Volksrepublik gehört zu den Reisen, an die sich George W. Bush mit warmen Worten erinnert. „Ein faszinierendes Land“ erlebte der heutige US-Präsident, als er 1975 mit dem Fahrrad Peking erkundete. Dort amtierte Vater Bush damals als oberster Gesandter Washingtons.

Trotz der Begeisterung für die „wunderschöne Landschaft“ und die „gut aussehenden Frauen“ hinterließ das China Mao Tse-tungs bei Bush Junior keine politischen Sympathien. „Was mich interessiert“, sinnierte er noch im Wahlkampf, „kann man den Chinesen trauen?“

Heute dürfte sich der US-Präsident in seiner Skepsis bestätigt sehen. Nach der Kollision eines Spionageflugzeugs der US-Marine mit einem chinesischen Kampfjet eskalierte der Streit um das Schicksal der 24 Frauen und Männer an Bord sowie um die Rückgabe der ramponierten Maschine vom Typ EP-3E Aries II zum Härtetest der neuen Administration in Washington.

„Es wird Zeit“, forderte ein schmallippiger Bush, „dass unsere Soldaten heimkehren und die chinesische Regierung unser Flugzeug zurückgibt.“ Der Unfall berge die Gefahr, „unsere Hoffnungen auf eine fruchtbare und produktive Beziehung unserer beiden Länder zu untergraben“, drohte er. „Die USA müssen die volle Verantwortung und die Konsequenzen für den Luftzwischenfall tragen“, wetterte Bushs Gegenpart Jiang Zemin. Chinas Staatschef forderte ausdrücklich eine „Entschuldigung der USA an das chinesische Volk“.

Die markigen Erklärungen wirkten aggressiv, richteten sich aber in erster Linie an das eigene Publikum. Denn ausgerechnet George W. Bush, der sich lieber auf Steuer- und Schulreform konzentriert hätte, ist gut zwei Monate nach seinem Amtsantritt als Führer der Weltmacht gefordert.

Der Konflikt mit der einzig verbliebenen Supermacht brachte aber auch den chinesischen Staats- und Parteichef in die Bredouille: Er muss jene nationalistischen Hitzköpfe in Partei und Armee beschwichtigen, die den auftrumpfenden Amerikanern am liebsten eine deftige Lehre erteilen würden: etwa mit einem Schauprozess gegen den US-Piloten.

Der Vorfall selbst erscheint wie ein Déjà-vu aus Zeiten des Kalten Krieges: Ein mit Lauschelektronik beladener US-Flieger kracht in umstrittenem Luftraum mit einem Abfangjäger zusammen; dann folgen schrille Schuldzuweisungen und hysterische Rufe nach Vergeltung.

FOTOS: AP

Präsident Bush, Staatschef Jiang, Regierungsmitglieder: *„Wir fordern eine Entschuldigung der USA an das chinesische Volk“*

DPA

US-Maschine auf dem Stützpunkt Lingshui: *Kalter Krieg in neuer Besetzung?*

Traurige Verwandte, erzürnte Botschafter und hilflose Militärattachés – die Szenerie erinnert an die Kaperung des US-Spionageschiffs „Pueblo“ durch Nordkorea (1968) oder an die Flucht eines sowjetischen Piloten, der 1976 an Bord seiner MiG-25 nach Japan desertierte. Moskau bekam die Maschine trotz geharnischten Protests erst nach Wochen zurück – als Bausatz handlich zerlegter Einzelteile.

Doch die jüngste Havarie am Himmel hatte nicht nur die Zutaten eines Thrillers aus der Feder von John le Carré, sie drohte sich auch gefährlich zuzuspitzen: Eine bärbeißige US-Administration trifft auf eine selbstgerechte chinesische Führung, die wegen ihrer verwinkelten Bürokratie nur gefilterte Informationen vom Geschehen erhält – und die zu allem Unglück vor dem 16. KP-Parteitag im nächsten Jahr in interne Machtkämpfe verstrickt ist.

Fast zehn Jahre nach dem Zusammenbruch von Amerikas kommunistischen Antipoden in Moskau schien es letzte Woche fast so, als ob der chinesische Drache nunmehr die Rolle des russischen Bären übernehmen könnte. Droht nun, so fragten sich Politiker in Südostasien, zwischen Washington und Peking ein Kalter Krieg in neuer Besetzung?

Fest steht: Beide Seiten verpassten die Chance, den Zusammenstoß rechtzeitig auf einen bedauerlichen Unfall herunterzustufen. Das ist kein Zufall, denn der „kleine Bush“, wie ihn die Pekinger nennen, steht den Chinesen weitaus distanzierter gegenüber als sein Vorgänger Bill Clinton. Für ihn ist das kommunistische Reich der Mitte kein „strategischer Partner“ mehr, sondern ein „strategischer Konkurrent“.

Die neue Militärdoktrin von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, der schon unter Gerald Ford amtierte, wendet sich direkt gegen die Volksrepublik: US-Truppen müssten den Weltfrieden nicht mehr gegen die Russen in Europa verteidigen, heißt es in einem Strategiepapier des Pentagons. Stattdessen werde in Zukunft der „Pazifische Ozean höchstwahrscheinlich das Feld großer US-Militäroperationen“ – „China wird mächtiger, Russland schwächer“.

Das sind Töne, welche die Herzen mancher rechter Republikaner höher schlagen lassen. Zwar scheffeln Geschäftsleute in und mit China viele Dollar. Das Reich der Mitte ist mittlerweile zweitgrößter Handelspartner der USA, rund 200 000 Jobs hängen direkt vom Chinageschäft ab.

Doch die Washingtoner Falken plädieren für einen härteren Ton im Umgang mit der Volksrepublik. „Realistische Politik“ nennen sie den neuen Kurs und begründen ihn mit Chinas brutaler Missachtung von Menschenrechten – von Tibet bis zur Verfolgung der Falun-Gong-Anhänger.

Das Feindbild bestimmt die US-Pläne für eine Raketenabwehr ebenso wie die Nachrüstung von Taiwans Militär mit hochmodernen Radaranlagen. Noch im April will Bush entscheiden, ob Taipeh die gewünschten vier Zerstörer mit dem Aegis-System erhält, das 100 Ziele gleichzeitig orten kann.

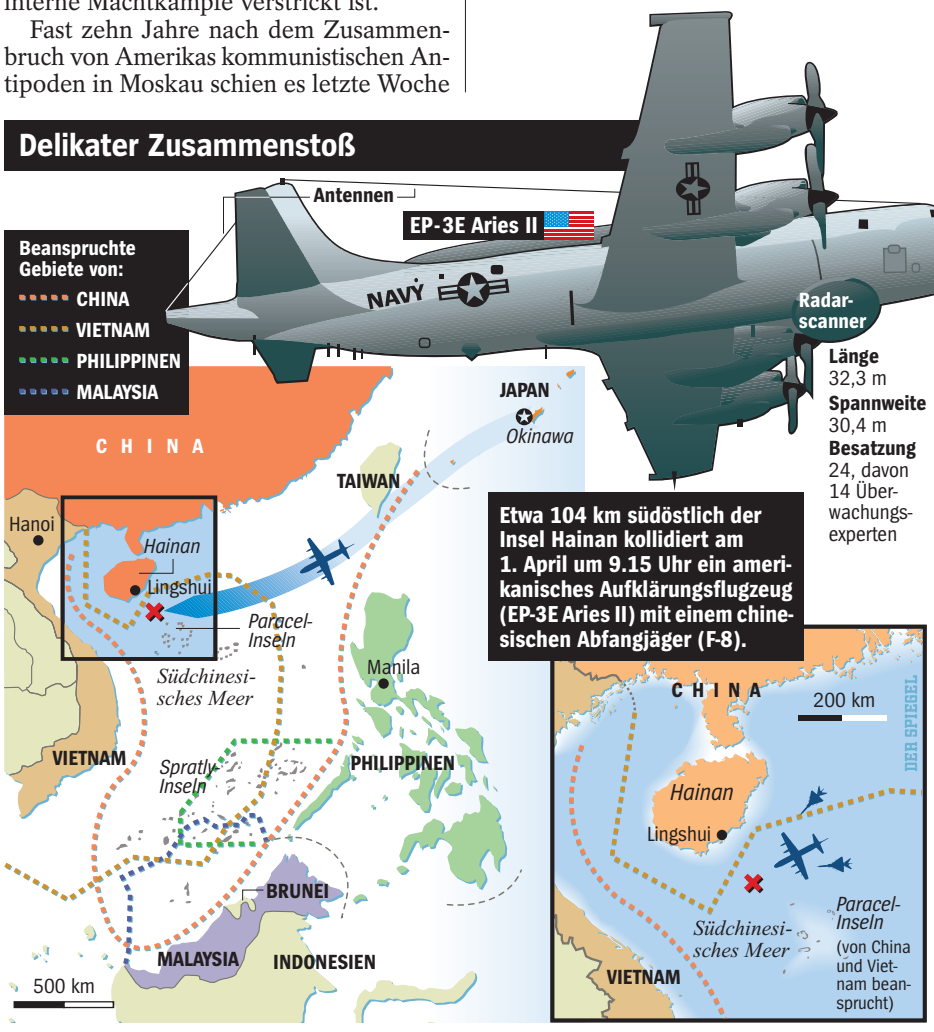
Darauf drängen jetzt Taiwans Freunde im US-Kongress. Die Karambolage, 104 Kilometer südöstlich der Palmeninsel Hainan, schien die Befürchtungen der USA vor den chinesischen Rivalen nur zu bestätigen.

Washington macht daher auch keinen Hehl aus seiner Schnüffelei. Das Interesse gilt vor allem den Militärbasen und den 300 Kurzstreckenraketen gegenüber von Taiwan – jener Insel, die Peking als abtrünnige Provinz betrachtet und notfalls mit Gewalt ins Mutterland eingliedern will. Und nur der Einsatz der fliegenden Wanzen erlaubt die taktische Nahaufklärung von Chinas U-Booten und Zerstörern.

Chinesische Abfangjäger beschatten die unbewaffneten EP-3 seit Jahren. Doch erst in jüngster Zeit versuchen die Chinesen, die US-Maschinen abzudrängen – vorletzten Sonntag endete das Katz-und-Maus-Spiel tragisch.

Der F-8-Jet des Piloten Wang Wei, 32, schmierte nach dem Zusammenprall mit dem Amerikaner ab. Von dem „rauen Burschen“, wie ihn seine Kameraden rühmen, fehlte bis Freitagabend jede Spur.

Während sich beide Seiten die Schuld zuschoben, warteten Taiwans Geheimdienstler, die den Funkverkehr abgehört hatten, mit einer dramatischeren Version des Geschehens auf: Pilot Wang habe beim Abbremsen den US-Flieger gerammt, der einen jüngst von den Russen gekauften chinesischen Zerstörer umkreiste. Der Pilot einer zweiten Maschine habe daraufhin versucht, den Spionageflieger abzuschießen und ihn damit zur Landung auf Hainan gezwun-



FOTOS: AP

Landemanöver der Volksbefreiungsarmee: *„Wir müssen zeigen, wie mutig wir sind“*

gen. Mit schadhaften Propellern, fehlendem Bug und defekten Landeklappen setzte die EP-3 ausgerechnet auf dem Militärflughafen von Lingshui auf. Die Chinesen nahmen die unverletzte Besatzung fest und schlachteten den Millionen Dollar teuren fliegenden Horchposten gnadenlos aus.

Denn für Chinas Militär ist das ein Geschenk des Himmels. Die in Okinawa stationierte viermotorige Turboprop-Maschine des Geschwaders Eins (Spitzname: „World Watcher“) wirkt zwar wie ein Uraltmodell. Doch die Innenausstattung ist vom Feinsten: Modernste Scanner, Radargeräte und Antennen gestatten das Abhören bis weit hinter gegnerische Linien.

Selbst wenn es den Amerikanern vor der Notlandung gelang, die wichtigsten Apparaturen zu zerschlagen, Festplatten zu löschen und CD-Roms zu zerbrechen: Im Krieg der Lauscher dürften die USA zehn Jahre Vorsprung eingebüßt haben, schätzt Paul Beaver vom Fachdienst „Jane’s“: Aus den verbliebenen Antennen, Rechnern und Schaltkreisen können die Chinesen schließen, wie die Amerikaner Gespräche mithören und Faxe mitlesen konnten.

Vergessen waren mit einem Schlag die charmanten Reden, die den Antrittsbesuch des Vizepremiers Qian Qichen bei Bush im März bestimmt hatten. Dauert das Tauziehen auf Hainan noch länger an, dürfte die für Oktober geplante China-Visite des Amerikaners kaum stattfinden.

Unter der Oberfläche des US-chinesischen Verhältnisses rumort es schon lange. Washington gelang im Dezember ein Coup, der Peking erschütterte: Oberst Xu Junping, Amerika-Referent in der Zentralen Militärkommission, floh in die USA. Und in den letzten Monaten verhafteten Pekings Sicherheitsdienste ihrerseits drei chinesische Wissenschaftler mit amerikanischem Pass oder permanenter US-Aufenthaltsgenehmigung und beschuldigten sie der Spionage.

Dahinter stecken offenbar die Hardliner aus Volksbefreiungsarmee, Geheimdienst und Polizei, die Washington auf ihre Weise davor warnen wollen, die Landsleute auf Taiwan mit neuen Waffen zu versorgen. Peking wertet den möglichen Rüstungsdeal als Provokation und Einmischung in die inneren Angelegenheiten.

Der Zusammenstoß in dünner Luft schürte den Ärger der Chinesen über die Amerikaner weiter – sie argwöhnen, der selbst ernannte Weltpolizist wolle den Aufstieg Chinas zu neuer Größe behindern. „Kader und Volksmassen verurteilen die hegemoniale Aktion der Amerikaner“, titelten die Zeitungen.

Der Streit um den US-Flieger dient den Chinesen als Gelegenheit, Washington in die Schranken zu weisen – ein Drahtseilakt für Spitzenfunktionäre, die das Verhältnis zu den USA nicht ernsthaft gefährden wollen, angesichts des Volkszorns aber vor ihren Untertanen Stärke zeigen müssen.

US-Attaché Sealock: *„Intensive Bemühungen“*

Schon kurz nach dem Zwischenfall vor Hainan geriet KP-Chef Jiang unter Druck von Politikern und Militärs; konservative Kader und junge, nationalistisch gesinnte Intellektuelle kritisieren schon länger die KP-Führung. Sie gehe viel zu sanft mit den US-Kapitalisten um.

Die rabiate Denkweise dieser Zirkel spiegelten zahlreiche Beiträge in den Internet-Diskussionsforen wider. „Immer häufiger bewirft Amerika die Chinesen mit Dreck“, schimpfte ein Autor: „Wir müssen diesen amerikanischen Hunden zeigen, wie mutig wir sind.“ Wer das US-Flugzeug, wie von den Amerikanern gefordert, freigebe, sei „ein Feind des Volkes“, schrieb ein anderer. „Lasst uns die 24 Amis aufhängen“, verlangte ein Dritter.

Chinas Führung wird von der eigenen Propaganda eingeholt. Weil der „Sozialismus chinesischer Prägung“ durch Marktreform und korrupte Kader in Verruf geraten ist, setzt sie als Ersatz auf einen glühenden Nationalismus. Der soll Chinas kollektives Minderwertigkeitsgefühl überdecken und zugleich patriotischen Schulterschluss garantieren.

Vorerst behielten in Peking die gemäßigten Kräfte die Oberhand. Als Hitzköpfe dazu aufriefen, wie nach dem Nato-Bombardement der chinesischen Botschaft in Belgrad vor zwei Jahren vor der US-Mission in Peking aufzumarschieren, löschten Internet-Polizisten sofort ihre Beiträge. Staatspräsident Jiang begab sich auf eine Dienstreise nach Südamerika, die englischsprachige „China Daily“ kommentierte: „Die Krise nutzt niemandem.“

Vor allem China nicht: Die ungeliebten Amerikaner sind wichtige Investoren, und in den USA kann China mit seinen Exporten die Devisen verdienen, die es für die Reform der Staatsbetriebe braucht.

Obendrein könnten militärische Spannungen den für Jahresende geplanten Beitritt in die Welthandelsorganisation sowie die Bewerbung um die Olympischen Spiele 2008 gefährden, mit der sich China Prestigegewinn und die endgültige Aufnahme in die internationale Gemeinschaft erhofft.

Nach der orchestrierten Entrüstung der öffentlichen Meinung verordnete Peking Ende der Woche Ruhe als oberste Bürgerpflicht. Obwohl Präsident Bush sein „Bedauern über den Verlust des chinesischen Piloten“ bezeugte und Washingtons Diplomaten bei „intensiven Bemühungen“ für die Freilassung der US-Crew fochten, ist unklar, ob Jiang auf den geforderten Kotau verzichten wird. Immerhin gestattete Peking am Freitag weitere Besuche von Militärattaché Neal Sealock bei den US-Soldaten. Zudem zeichneten sich deutliche Fortschritte in der Krisenbewältigung ab. Aus Washington verlautete, dass amerikanische und chinesische Diplomaten an einer gemeinsamen Erklärung arbeiteten, die allerdings mit den beiden Präsidenten noch abgestimmt werden müsste.

Den Spagat probte bereits die „Pekinger Abendzeitung“. Das Blatt zitierte den ehemaligen Fliegeroffizier Zhao Baotong, 73: „Anmaßend“ sei das Verhalten der Amerikaner. Aber: „Wir unterstützen den ernsten und gerechten Standpunkt, den Staatspräsident Jiang im Namen der chinesischen Regierung bezogen hat.“

Andreas Lorenz, Stefan Simons

Werbeseite

Werbeseite

GROSSBRITANNIEN

Kadavergeruch im Paradies

Nirgendwo wütet die Maul- und Klauenseuche so heftig wie in der nordenglischen Grafschaft Cumbria. Das Militär versucht, durch Massenschlachtungen eine weitere Ausbreitung zu verhindern. Bei den Bauern wächst die Verzweiflung.

Zwischen Carlisle und Kendal in der Grafschaft Cumbria steht ein großer Mistwagen neben der Autobahn M6. Darauf ein drei Meter hohes Pappschild: „Cumbria brennt, und die Regierung kaspert bloß rum."

Die Bauern von Cumbria tun Premierminister Blair Unrecht. Er hat ganze Hundertschaften von Veterinären aus dem Landwirtschaftsministerium und sogar Gurkha-Soldaten gegen die Maul- und Klauenseuche (MKS) mobilisiert, er hat den Mitgliedern seines Kabinetts aufgetragen, ihren nächsten Urlaub auf dem Land zu verbringen, und im Übrigen die Parlamentswahlen um fünf Wochen verschoben. Was kann ein Premierminister sonst noch tun?

Der neue Wahltermin werde dem Premier und dem Landwirtschaftsminister die Zeit geben, die sie bräuchten, um die Krise zu meistern, hieß es lapidar in Downing Street. Das ist ein nobles Motiv. Was aber auch nicht belanglos ist: Die Wahlforscher haben Tony Blair vorgerechnet, dass er ein gutes Dutzend Unterhaussitze an die Tories abgeben werde für den Fall, dass er an dem alten Termin festhalte.

Es ist gar keine Frage, dass Blairs Landwirtschaftsminister Nick Brown über das nötige Potenzial verfügt, um die Maul- und Klauenseuche irgendwann in den Griff zu kriegen. Seine Schlachter und Veterinäre töten jeden Tag Zehntausende Tiere, meistens Schafe. Doch der tödliche Countdown will nicht abreißen. Gut möglich, dass sie alle Schafe in Cumbria ausrotten müssen, um das aggressive Virus zu besiegen.

Die Stimmung in der Grafschaft Cumbria ist explosiv. Eine Gruppe von Demonstranten hat dem Premierminister, ohne dass sie jemand daran zu hindern versuchte, bei dessen Besuch in Carlisle ein Transparent mit der Aufschrift entgegengehalten: „Only a dead Tony is a good Tony." Für britische Verhältnisse eine unerhörte Entgleisung. Der Slogan signalisiert die ganze Brisanz der öffentlichen Erregung.

Ihrer Majestät Oppositionsführer, William Hague, hat erkannt, dass Cumbria eine Pilotfunktion bei den Wahlen zufallen könnte, sollte sich die Stimmung ändern. Er eilte am Donnerstag vorletzter Woche mit großem Gefolge nach Carlisle, um im Farmertreffpunkt „Shepherd's Inn" der Lokalpresse mitzuteilen, er gedenke 500 Millionen Pfund an zinslosen Krediten für die Not leidende Landwirtschaft bereitzustellen, wenn seine Partei an die Regierung gewählt werde. Die Massenschlachtung sei so im Übrigen abwegig. Er sagte aber nicht, was er mit „so" meint.

M. MACLEOD

Brennende Tierkadaver: *„Keine Worte, um den Horror zu beschreiben"*

Die National Farmers Union hat ebenfalls erklärt, sie halte die Maßnahmen der Regierung gegen die Krise für zu drakonisch. Nur, warum hat sich denn keiner der Farmer der Order widersetzt, auch gesunde Tiere zu schlachten?

„Als sie abgeholt wurden, waren einige Rinder so aufgebläht, dass sie explodierten"

„Weil sie 90 Prozent des letzten Marktpreises als Entschädigung bekommen", sagt Colin Maugham, der Landwirtschaftskorrespondent der „Westmorland Gazette". Heute wären die Tiere erheblich weniger wert. Außerdem kann man sie zurzeit nicht mehr an den Markt bringen, weil die Märkte geschlossen und Viehtransporte weitgehend verboten sind.

Es kann noch Monate dauern, bis die Beschränkungen aufgehoben werden. Dann ist das Geschäft für die Viehzüchter gelaufen, weil die Tiere inzwischen zu alt sind. Ein Bulle von zweieinhalb Jahren bringt nur noch halb so viel wie ein Zweijähriger.

Viele Höfe sind heruntergekommen: bröckelnde Mauern, halb abgedeckte Dächer, Müllberge vor der Tür. Dies ist nicht das heile England aus den Countryside-Magazinen und aus der seit 50 Jahren laufenden BBC-Radio-Serie „The Archers", in der die Kühe gesund, die Bauern rechtschaffen und die dörflichen Zustände in Ordnung sind.

Schlimmer als Nebenerwerbshöfe sind die Mastbetriebe dran. Ihre Bestände sind meist in vielen Jahren mühsam aufgebaut worden. Die Farmer werden wieder viele Jahre brauchen, um neue Herden zu züchten.

Harte Zeiten auch für den Fremdenverkehr. Die Tourismuslobby hält die Vorsichtsmaßnahmen für rücksichtslosen Aktionismus, weil Menschen durch die Seuche ja nicht gefährdet würden.

Normalerweise sind in der „lambing season", also in den Wochen um Ostern, wenn die neuen Lämmer kommen, die Hotels an

REUTERS

Tiermüllhalde in Great Orton: *Kopfschuss von Soldaten*

den Seen im Süden und Westen von Cumbria ausgebucht. Der Lake District ist der schönste Teil Englands, und im Frühling ist er ganz besonders schön. „The earthly paradise that only England knows“, schwärmten die englischen Romantiker von Westmorland und Cumberland, dem heutigen Cumbria.

In diesem Frühjahr wird das Geschäft mit der Schönheit vom Kampf gegen die Maul- und Klauenseuche erstickt. Die Gastronomie meldet Buchungsraten von zehn Prozent. Auch die Vorbestellungen für den kommenden Sommer sind verhagelt. Es ist ein einziges Fiasko.

REUTERS

Premier Blair*
Tödlicher Countdown

Doch wer will schon Ferien in der Quarantäne machen? Die Wanderwege durch die Wälder und die blühenden Ginsterhaine sind gesperrt. Die Weiße Flotte am Ullswater darf nicht auslaufen. Auch der rostige Panzer, in dem die Eheleute Alistair und Deborah Hogg aus Troutbeck bei schönem Wetter Touristen herumkutschieren, hat Fahrverbot. In der Luft hängt Verwesungsgeruch. Und das berühmte Troutbecker Pfannkuchenrennen ist für dieses Jahr auch abgesagt.

Fredericka Johns vom „Langdale Hotel and Country Club“ verlangt für die Gastronomie die gleichen Lastenausgleichszahlungen wie die für die Bauern. Man dürfe nicht vergessen, dass der Tourismus eine hohe Rendite einbringe, die Landwirtschaft dagegen nur Verlust. „Wir kriegen Absagen aus aller Welt, sogar aus Indien und New York. Die Leute glauben, dass die Landschaft hier voll brennender Schafsleichen liegt.“

Die Armee, die an der Seuchenfront für Ordnung sorgt, lässt sich ihren Battle-of-Britain-Elan von solchen bürgerlichen Einwänden nicht verderben. Sie reguliert das Leben in Cumbria mit Schlagbäumen, betongefüllten Tonnen und rotweißem Absperrband. Dem Bauern Everley Buckley hat sie verboten, seine 200 Mutterschafe über die Landstraße A 591 in den 20 Meter entfernten Stall zu treiben, damit sie dort in Frieden werfen können. Die A 591 ist nämlich die Grenzlinie für das Sperrgebiet South Lakeland. Ausnahmen werden nicht gemacht. An order is an order.

Die Militärs haben eine Armada von 150 schweren Lastwagen requiriert, um die Rinder, Schweine und Schafe von fast 400 Farmen abholen zu lassen. Laut Anordnung des Landwirtschaftsministeriums müssen alle Tiere, auch die gesunden, im Umkreis von drei Kilometern um infizierte Herden getötet werden. Allein in Cumbria sind 40 Prozent aller Tiere registriert, die wegen MKS in Großbritannien gekeult wurden und noch gekeult werden sollen, knapp 500 000 von inzwischen 1,2 Millionen.

Die Keulkommandos sind Tag und Nacht im Einsatz. Trotzdem haben sie lange Wartelisten. Das Pensum ist einfach nicht zu schaffen. Ganze Berge von Kadavern liegen tagelang auf irgendwelchen Wiesen herum, zum Fraß für Vögel, Ratten und Füchse, die sich natürlich nicht um Sperrbezirke kümmern.

Weil die Schlachter von der Armee und vom Ministerium überfordert sind, greifen die Farmer auch selbst zur Schlachtpistole. Aber Töten ist ein Geschäft, das man gelernt haben muss. Auf einer Farm bei Carlisle fand ein Sprühtrupp, der eine Herde von 1100 gekeulten Swaledale-Schafen desinfizieren sollte, nach zwei Tagen acht Tiere, die noch atmeten.

Mit den improvisierten privaten Massenbegräbnissen und -verbrennungen soll nun Schluss sein, weil sie stellenweise umweltbedrohende Ausmaße angenommen haben. In dem Ort Little Strickland brach das Abwässersystem zusammen, nachdem verstümmelte Schafsleichen die Rohre verstopft hatten. Der Fluss Leith, der durch den Ort fließt, war stundenlang rot von Blut.

Das Vieh wird jetzt fast ohne Ausnahme zum alten Flugplatz von Great Orton bei Carlisle gebracht, wo Soldaten die Tiere mit Kopfschuss töten und in Gräben werfen. Die Fahrer der sechsachsigen Tiermüll-Laster, die unablässig Nachschub für die Schlachtbänke bringen, haben Sprechverbot. Die Regierung hat kein Interesse daran, der Nation Einzelheiten der monströsen Tötungsoperation vorzuführen.

Dabei bescheinigt auch der etablierte Tierschutz den Armee-Schlächtern, dass

* Beim Besuch einer schottischen Tierleichendeponie.

sie im Großen und Ganzen humaner töten als ihre Kollegen in den Schlachthöfen, wo Schafe und Rinder manchmal bei vollem Bewusstsein an einem Lauf von der Decke baumeln und langsam zu Tode bluten. „Das friedlich-ländliche Großbritannien kennt keine Massengräber“, schrieb die „Times“ in einem Leitartikel zur Sache. „Sie gehören nach Leningrad und Dresden.“ Weil in Großbritannien nicht sein kann, was nicht sein darf?

Die Bauern haben sich mit Strohballen auf ihren Höfen verbarrikadiert. „Man fühlt sich wie ein Leprakranker“, sagt Brian Armstrong von der Blunderfield Farm in Kirkoswald. Vor drei Tagen lebten hier noch 340 Rinder und 1000 Schafe. Jetzt ist die Farm tot. Im Wortsinn.

Den meisten Farmern ging es hier auch vorher schon nicht gut. Ein Drittel hat sich neulich in einer Umfrage dazu bekannt, dass sie lieber heute als morgen aufhören würden, aber dass sie nicht wüssten, wovon sie dann leben sollten. Das Einkommen in der Landwirtschaft ist in den letzten sechs Jahren um 40 Prozent gesunken. 1995 brachte die Tonne Weizen 125 Pfund, jetzt bringt sie nur noch 60 Pfund. Für einen Liter Milch zahlt die Molkerei in Carlisle 17 Pence. Der Gestehungspreis liegt bei 21 Pence.

Die ganze Nation hat – zumindest wirtschaftlich – nicht mehr viel Freude an der Landwirtschaft. Die britischen Bauern nehmen 80 Prozent der gesamten Landesfläche für sich in Anspruch. Darauf erzeugen sie gut ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das ist weniger, als die nationale Sandwich-Industrie mit ihrem in Zellophan verpackten belegten Weißbrot erwirtschaftet.

Es wäre vernünftiger, alle Farmen zu schließen, die Bauern als Frühpensionäre an die Costa Blanca zu schicken und mit dem ersparten Geld eine Armee von Förstern und Waldarbeitern zu finanzieren, die die Landschaft in Ordnung hält. Doch die Nation lässt auf ihren Nährstand nichts kommen. Die nostalgischen Gefühle der Städter gegenüber der Landwirtschaft sind unverwüstlich. The Countryside ist für das gesunde Volksempfinden das bessere England. Drei Viertel der Stadtbevölkerung sind bereit, für die Erhaltung der Landwirtschaft fast jeden Preis zu zahlen.

Das materielle Elend der Bauern lasse sich zum Teil kompensieren, das seelische Elend dagegen nicht, sagen die Telefonseelsorger von der „Farmer’s Helpline“, die in diesen Wochen auch nachts zur Verfügung stehen.

Der Farmer Richard Mawdsley vom Dash-Hof am Bassenthwaite-See hat in seinem Tagebuch stichwortartig die Depressionen und die Tragödien der vergangenen Wochen beschrieben. Es heißt darin:

„Samstag: Frühstück, eine sehr unglückliche Joan ruft an, um zu sagen, dass eine ihrer Milchkühe ein wundes Maul hat …

Teatime: Joan ruft wieder an, um mitzuteilen, dass der Veterinär auf der Farm war und dass MKS bestätigt wurde …

P. PAYNE

Leerer Kuhstall in Cumbria: *Rücksichtsloser Aktionismus?*

Sonntag: Das Vieh wird bewertet. Die Gutachter tun für uns, was sie können. Der Veterinär vom Ministerium ist gut, freundlich und tüchtig.

Sonntagnachmittag: Wir besuchen unseren Nachbarn James, dessen Bruder seine ganze Herde verloren hat. Wir hätten das nicht tun sollen. Es gibt keine angemessenen Worte, um diesen Horror zu beschreiben. Nachdem die Rinder getötet worden waren, blieben sie liegen. Als sie endlich abgeholt wurden, waren einige von ihnen so stark mit Gas gefüllt, dass sie explodierten. Der Gestank war überwältigend. Blut und Schmutz flossen vom Hof die Straße hinab in die Gullys. Ich könnte noch mehr solche Geschichten erzählen. Aber mein Magen ist nicht stark genug.“

Bauer Mawdsley hält die Verbrennungsmethoden für dilettantisch. Er schreibt: „Erst werden die Kadaver auf dem Scheiterhaufen gestapelt. Dann wird der Haufen angesteckt. Während sich die Hitze langsam aufbaut, entweichen Flüssigkeit und Dampf, in denen das Virus steckt, aus dem Kadaver. Welcher Koch tut denn den Braten in den Ofen, bevor er Feuer darunter macht?“

Dennoch fanden Mawdsley und seine Nachbarn es richtig, dass der Premierminister Cumbria besucht hat. Aber er hätte von Carlisle mal rüberkommen sollen, hierher auf die Farmen. „Damit sich ein Hauch von dem Pestgeruch des brennenden Fleisches in seine Haare und Klamotten gesetzt hätte. Den hätte er dann mitnehmen können nach Westminster.“

Als Memento. ERICH WIEDEMANN

Werbeseite

Werbeseite

RUSSLAND

Zurück zur Zensur

Im Fernsehkrieg bedient sich Präsident Putin dubioser Helfer: Der Kreml-nahe Konzern Gasprom stürzt die Leitung des unabhängigen Senders NTW.

REUTERS

Abgesetzter NTW-Chef Kisseljow: *Hoffnung auf Volksbeistand*

Im Marmorsaal des Kreml gelobte er vor Abgeordneten, eine „Absage an demokratische Freiheiten“ werde es nicht geben. Auch eine erneute „Umverteilung von Eigentum“, befand Präsident Wladimir Putin am vorigen Dienstag, sei nur „schädlich und gefährlich“.

Zur gleichen Zeit trafen sich im Palast des staatlich kontrollierten Energiekonzerns Gasprom an der Moskauer Nametkina-Straße Aktionäre der Fernsehstation NTW zum Auskungeln neuer Machtverhältnisse: Die Versammlung, von einem Moskauer Bezirksgericht am Tag zuvor erst für illegal, dann für zulässig erklärt, ersetzte den NTW-Gründer Wladimir Gussinski – derzeit in Spanien in Hausarrest – durch den Gasprom-Medienaufseher Alfred Koch. NTW-Direktor Jewgenij Kisseljow wurde durch den US-Bankier Boris Jordan abgelöst.

Auf den Posten des Chefredakteurs – bisher Kisseljow – schob Gasprom einen Mann aus der Führungsetage des Staatsfernsehens RTR.

So bekommt mit dem Coup der Kremlfrommen Gasmänner Putins Staat den größten landesweiten Privatsender in den Griff – gegen den Protest von rund 5000 Demonstranten auf dem Puschkin-Platz („Hände weg von NTW!“) und Solidaritätskundgebungen und Unterschriftenlisten in St. Petersburg, Tatarstan und Sibirien.

Der gestürzte Kisseljow erklärte die Aktionärsversammlung für „ungesetzlich“, die NTW-Belegschaft stellte sich hinter ihn. Ihr TV-Kanal unterbrach tagelang das Programm und geht seitdem mit einem „Protest“-Signet auf Sendung. Jungredakteure übernachteten am Arbeitsplatz und interviewten sich schon mal gegenseitig live.

Grigorij Jawlinski, Chef der liberalen Jabloko-Fraktion, machte den Streitern für ein unabhängiges Fernsehen Mut: „Wir müssen kämpfen, und wir werden siegen.“

Die NTW-Journalisten träumten vor Kameras und Mikrofonen von der „tschechischen Variante“ (Kisseljow), dem alsbaldigen Volksbeistand nach dem Muster der jüngsten Prager Massenaktionen zur Verteidigung eines unabhängigen Fernsehens.

Doch die Hoffnung, mit dem TV-Protest und den ersten wärmenden Sonnenstrahlen hätte Moskau auch ein politischer Frühling erreicht, war trügerisch. Eine durchaus glaubhafte Meinungsumfrage kam in Umlauf: Jeder zweite Russe wünscht sich die Zensur zurück.

Nur wenige hundert Demonstranten zogen vorigen Mittwoch zum Funkhaus Ostankino, das einst, beim Parlamentsputsch 1993, heiß umkämpft war. Nach kurzer Ermahnung durch Polizeioffiziere bat Kisseljow die Protestler, Transparente und Fahnen mit Trauerflor wieder einzurollen. Neue Demonstrationen wurden angekündigt.

Diese Woche naht ein Nothelfer aus Berlin: In St. Petersburg, wo soeben die Regierung privaten Rundfunksendern die überregionale Lizenz entzogen hat, will Kanzler Gerhard Schröder mit Putin über Medienfreiheit reden. Dem Gussinski-Radio „Echo Moskwy“ hat er ein Interview versprochen.

Schon die Biografie der neuen TV-Gewaltigen Koch und Jordan böte hinreichend Anlass zu Volkszorn. Alfred („Alik“) Koch musste nach einer Blitzkarriere im Jelzinschen Bereicherungsstaat 1997 als Chef des staatlichen Privatisierungskomitees, unter anderem wegen eines verdächtigen Buchhonorars von 100 000 Dollar, zurücktreten.

1998 siedelte Koch, einem Verfahren wegen Veruntreuung knapp durch Amnestie entronnen, zeitweilig in die USA über und tönte, er habe für Russland nun „nicht mehr Interesse als für Brasilien“.

US-Bürger Boris Jordan, Sohn emigrierter Russen, avancierte 1992 zum Wirtschaftsberater der Moskauer Regierung. Wegen dubioser Praktiken beim Verhökern von Großbetrieben strich ihm das russische Außenministerium 1997 zeitweilig das Visum.

Zur Verteidigung der Meinungsfreiheit setzt der entmachtete Kisseljow auf einen Retter aus Amerika, den CNN-Boss Ted Turner. Doch der schloss vorige Woche mit Gussinski nur einen Vorvertrag über den Kauf von Aktien im Wert von 225 Millionen US-Dollar. Damit gehört ihm noch nicht NTW, das Sagen behält Gasprom.

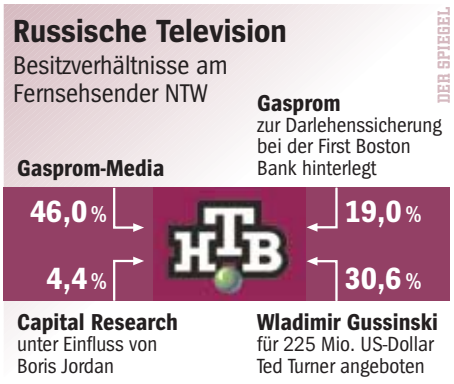
Dem US-Medienunternehmer Turner hatte Putin versichert, er sähe ihn gern als Investor in Russland. Garantien für die Pressefreiheit mochte er indes nicht bieten. Denn darüber hat Putin eigentümliche Vorstellungen, wie Koch zu Beginn des Moskauer Fernsehkriegs ausplauderte:

Ihm habe der Präsident für den Umgang mit den Gussinski-Medien die Order gegeben: „Aktien und Finanzen sind deine Prärogative. Aber ja nicht Management oder Journalisten anfassen.“ Das, so Koch, habe sich Putin selbst vorbehalten.

UWE KLUSSMANN

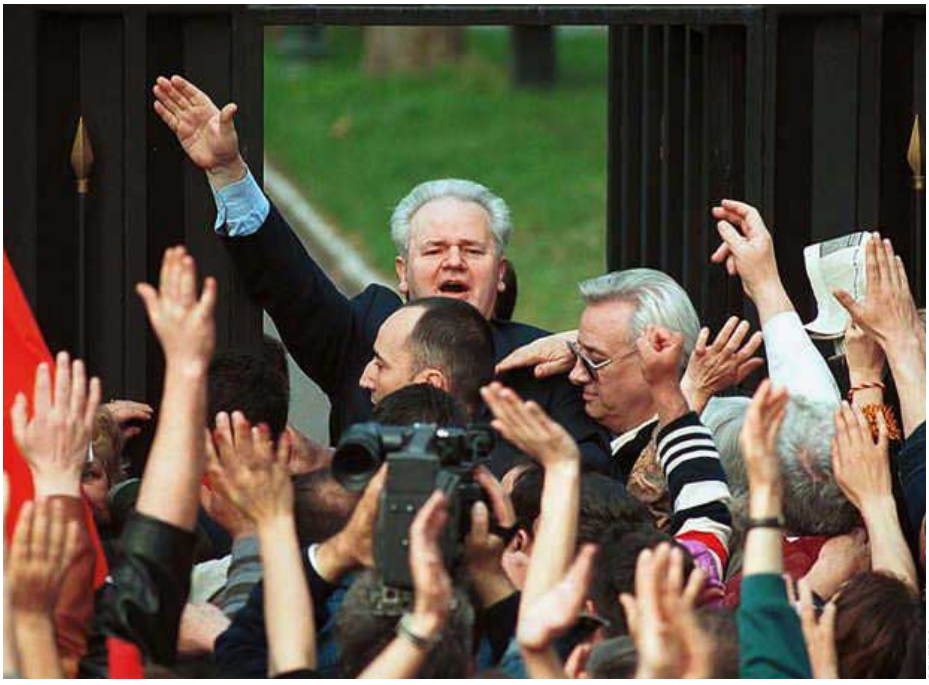
NTW-Zentrale in Moskau
Griff nach dem größten Privatsender

REUTERS



Werbeseite

Werbeseite



REUTERS

Ex-Präsident Milošević, Anhänger*: *Mit kollektivem Selbstmord gedroht*

SERBIEN

„Zum Wohle des Volkes“

Nach der Verhaftung von Milošević muss die Regierung Beweise für Verbrechen des Ex-Staatschefs vorlegen. Eine Auslieferung an das Kriegsverbrechertribunal ist vorerst nicht geplant.

Die abgedunkelten Limousinen und Jeeps der Reichen sind wieder nach Dedinje zurückgekehrt. Vorvergangene Woche hatten sich ihre Besitzer aus Angst vor einem Krieg im Belgrader Eliteviertel in Sicherheit gebracht.

Nur noch ein blauer Streifenwagen steht jetzt vor dem Tor zur Nummer 11 in der Užička Straße. Dahinter liegt die Villa „Mir“ (Frieden). Das ist die Residenz des jugoslawischen Präsidenten. Der heißt seit Oktober 2000 und dem demokratischen Wahltriumph Vojislav Koštunica.

Der Rechtsprofessor hatte das Wohnrecht seinem Vorgänger überlassen, um dem abgehalfterten Despoten den Rückzug ins Rentnerleben zu erleichtern. Ein Fehler, wie sich herausstellte. Der vorvergangenen Sonntag verhaftete Slobodan Milošević habe aus dem abgeschirmten Luxusbau im Mai einen Putsch dirigieren wollen, behaupten Sicherheitsexperten anhand gefundener Dokumente und Skizzen.

Spezialeinheiten der Polizei durchkämmten jeden Millimeter der Residenz. Dabei entdeckten sie eine unterirdische Geheimstadt mit fast kilometerlangen Tunneln und Gängen, verdeckten Ausgängen zu anderen Straßen, 184 Überwachungskameras, Kommandozentralen, 40 Telefonlinien und eigener Wasserversorgung nebst Frischluftzufuhr. Die Zeitung „Telegraf“ sprach vom „stabilsten Bunker Serbiens“ mit dem Waffenlager einer Kaserne.

Doch das konspirative Kartenhaus des Ex-Präsidenten krachte am 1. April zusammen. Seither sitzt Milošević in der zehn Quadratmeter großen Residenz „Hyatt“ – so wird im Gefängnisjargon der Trakt mit den Einzelzellen in der Belgrader Zentralhaftanstalt genannt.

Verteidigt hatten den einstigen Serbenführer statt der erhofften 100 000 Anhänger nur knapp 150 Rentner und kreischende Fans sowie eine Hand voll Militärs. Hätten sich zwei konkurrierende Polizeigarden und die ebenfalls die Milošević-Residenz bewachende Armee in der Nacht zum 31. März bei der „Aktion Sandviper“ nicht gegenseitig beschossen, wäre Belgrad ein 36-stündiger Polit-Krimi mit peinlichen Dementis erspart geblieben.

Zum besseren Ruf des Regierungsbündnisses DOS habe die Aktion jedenfalls nicht beigetragen, schimpfte nach seiner Rückkehr aus Genf Präsident Koštunica, der über den dilettantisch vorbereiteten Festnahmeversuch nicht informiert worden war. Nun müsse vollendet werden, was begonnen worden sei, befahl der Präsident.

Über Details des fast zehnstündigen Dramas, in dem Milošević von Vermittlern seiner eigenen Partei sowie der Regierung zur Kapitulation überredet wurde, vereinbarten alle Beteiligten weitgehend Stillschweigen. Bestätigt wurde aber, dass der Ex-Staatschef mit einem Blutbad und kollektivem Selbstmord seiner Familie gedroht und während der Gespräche die Pistole mehrmals an seine Schläfe gesetzt habe.

Erst als das Verhandlungsteam Milošević überzeugte, dass die Polizei nicht davor zurückschrecken würde, seine Residenz in die Luft zu jagen, stieg der entthronte Herrscher widerstandslos und bereits unter der Wirkung von Beruhigungstabletten in die wartende Limousine. Mit im Gepäck hatte er offenbar das Versprechen, nicht an das Haager Kriegsverbrechertribunal überstellt zu werden.

Ausdrücklich versicherte jedenfalls der Legalist Koštunica in einer Rede an das Volk, „Jugoslawien denkt derzeit nicht an eine Auslieferung seines ehemaligen Präsidenten“. Eine „Kommission zur Wahrheitsfindung“ wurde gegründet. Sie soll auf Koštunicas Anweisung nun die politischen Umstände klären, die zum Zerfall Jugoslawiens führten – ein Versuch, die Kriegsschuld zu verteilen und Reparationsforderungen der Nachbarn abzublocken.

Bundesjustizminister Momčilo Grubac zeigte sich unbeeindruckt von den „privaten Gedanken seines Präsidenten“. Vergangene Woche präsentierte er einen neuen Gesetzentwurf, der neben umfangreichen Kompetenzen der Haager Richter innerhalb Jugoslawiens auch eine Auslieferung gesuchter Kriegsverbrecher an das Tribunal nicht mehr ausschließt, „falls dies Sicherheit und Stabilität des Landes nicht gefährde“.

Belgrad weiß zu gut, dass das Verständnis der westlichen Metropolen für eine Verurteilung Miloševićs im eigenen Land kaum mehr als eine Atempause ist, der erneut Ultimaten folgen werden. „Bis Weihnachten ist der in Den Haag“, glaubt ein Belgrad-Besucher aus Brüssel. Auch

DPA

Festnahme-Versuch*: *„Aktion Sandviper“*

* Oben: am 24. März vor seiner Residenz; unten: Einsatzkommando beim Sturm auf die Residenz am 31. März.

Werbeseite

Werbeseite

die neue Bush-Administration macht dabei keine Ausnahme, wie Serbiens Premier Zoran Djindjić bei seiner vergeblichen Bitte in Washington um Aufschiebung der Verhaftungsfrist erfahren musste. Washington hatte gedroht, andernfalls Wirtschaftshilfen in Höhe von 50 Millionen Dollar zu stoppen.

Vorerst ist Slobodan Milošević nur wegen Amtsmissbrauchs und Korruption angeklagt. Das stellt ihn nicht gerade als Verbrecher vor der Bevölkerung bloß. Dass Zollmillionen zweckentfremdet wurden, wie Ex-Zolldirektor Mihalj Kertes bestätigte, erregt auf dem Balkan nur wenige.

Die illegalen Zuschüsse gingen laut Milošević an den Geheimdienst, die Sozialistische Partei und vor allem an die serbische Kriegsmaschinerie in der kroatischen Krajina und der bosnischen Republik Srpska – letzteres, obwohl Belgrad angeblich Sanktionen gegen Pale und seine „kriegslüsterne" Führung unter Karadžić verhängt hatte.

Den Haag mag darin eine Bestätigung sehen, dass sich auch die Kommandozentrale für diese Armeen in Belgrad befand – für die Serben indes ist es eher ein Beweis patriotischen Nationalbewusstseins.

1997 sicherte Milošević durch den Verkauf von 49 Prozent der serbischen Telekom an Italien und Griechenland seinen Wahlsieg, indem er monatelang im Rückstand befindliche Renten und Löhne auszahlte. Das kam gut an und unterdrückte eine Protestwelle. Einen Strick wird wohl auch niemand dem Ex-Staatschef daraus drehen, dass er während der internationalen Sanktionen Gelder auf Auslandskonten in aller Welt transferierte, um via 7500 Offshore-Firmen später illegale Importe abzuwickeln, die dem Land ein Überlebensminimum garantierten.

In Plastiktüten und Schnellheftern seien die Millionen außer Landes gebracht worden, gestehen ehemalige Spitzenfunktionäre freimütig. Versiegte eine Quelle, wurde eine andere angezapft. Als zypriotische Banken ins Visier westlicher Ermittler gerieten, berichtet der Direktor der Aluminium-Firma Sartid, Duško Matković, habe er für das Regime neue Anlagemöglichkeiten im Libanon gefunden.

Waffenlieferungen nach Südafrika wurden von den dortigen Regenten mit Diamantenlieferungen beglichen, diese auf österreichischen und Schweizer Banken deponiert. All dies „zum Wohle des Volkes", wie Milošević beim Lesen der Anklageschrift fast erheitert erklärte, „die Vorwürfe sind wirklich komisch".

Sein Star-Advokat Toma Fila – zugleich Anwalt zahlreicher in Den Haag einsitzender Kriegsverbrecher – nannte die Beschuldigungen „dünn wie Eis". Mit illegalen Geldern, sagte ein Sprecher der Sozialisten, habe auch Deutschlands Ex-Kanzler Helmut Kohl seine Partei finanziert.

Serbiens Justizbehörden zeigten sich Ende letzter Woche dennoch optimistisch: Im Keller der Nationalbank wurden Dokumente gefunden, die die Verteilung von Millionen Dollar und Mark an sozialistische Spitzenfunktionäre belegen.

Ausländische Regierungen versprachen, bei der Suche nach Geheimkonten des Milošević-Clans rund um den Globus mitzuhelfen. Serbiens Innenminister Dušan Mihailović will mittlerweile auch zahlreiche politische Mordanschläge aufgeklärt haben, unter anderem auf Freischärlerführer „Arkan", den Verleger Čuruvija und vier enge Mitarbeiter von Oppositionsführer Vuk Drašković.

AP

Gefängnis-Besucherin Milošević: *Schlotternde Hosen*

Die Klage gegen Milošević werde innerhalb der nächsten zwei Monate erweitert, bestätigte Djindjić, möglicherweise sogar auf die restlichen Familienmitglieder des Clans ausgedehnt. Denn Mord habe anscheinend zum Familienbusiness gezählt.

Selbst Slobodans Gattin Mirjana sowie Sohn Marko kämen als Auftraggeber für die Beseitigung politischer Gegner in Frage. Marko, mit fünf Diplomatenpässen unterwegs und nach einem Russland-Aufenthalt derzeit angeblich auf einer griechischen Insel, soll zudem wegen Organisierter Kriminalität und Zigarettenschmuggels von Interpol gejagt werden.

Die Schießwut lag der Ex-Präsidentenfamilie offenbar im Gen. Tochter Marija, die wie Vater und Bruder nie ohne Pistole das Haus verließ, feuerte fünf Schüsse auf den Wagen ab, mit dem Milošević nach seiner Verhaftung die Residenz verließ. „Wie kannst du dich lebend ergeben", soll die 35-jährige „bloody Mary" ihrem Vater hysterisch nachgeschrien und ihm den Selbstmord empfohlen haben. Der ist im Hause Milošević Familientradition. Auch Slobodans Eltern und sein Großvater wählten den Freitod.

Allerdings besagen Gerüchte, Milošević habe als Garantie für seine freiwillige Gefangennahme nicht nur Sicherheit für seine Familie gefordert, sondern auch deren unbehinderte Ausreise. Vorigen Donnerstag überbrachte der Sekretär der Sozialisten, Ivica Dačić, auf Kuba Fidel Castro eine persönliche Nachricht von Milošević.

Die Residenz auf Dedinje steht mittlerweile leer – Frau und Tochter des inhaftierten Despoten haben sich offenbar im Familienanwesen des Clans 70 Kilometer von Belgrad entfernt einquartiert.

Politischer Katzenjammer herrscht bei der Sozialistischen Partei, deren Mitgliederzahl von über 600 000 auf 300 000 abgesackt ist. Rette sich, wer kann, lautet die Devise der Genossen. Viele brechen ihr Schweigen vor den Untersuchungsbehörden und hoffen, damit eigener Strafverfolgung zu entgehen. Ex-Geheimdienstchef Rade Marković habe ebenfalls „Kooperationsbereitschaft" signalisiert, berichten die Zeitungen, seit ihm die Todesstrafe angedroht wurde. Für die nächsten Tagen wird die Verhaftung weiterer ehemaliger Spitzenfunktionäre erwartet.

Die kommunistische Linke „JUL" mit ihrer Noch-Präsidentin Mirjana Milošević stehe vor einem Verbot, heißt es in Belgrad. Vom Zerfall bedroht ist auch die Radikale Partei des Serben-Extremisten Vojislav Šešelj. Einer seiner Leibwächter kündigte vergangene Woche an, über die kriminellen Aktivitäten des Chefs „auspacken" zu wollen.

Häftling Milošević empfängt derweil in seiner Zelle im ersten Stock unentwegt Gäste: Anwalt, Parteigenossen, Familienangehörige. Einmal täglich wird er 30 Minuten auf den Hof zum Spaziergang geführt, die Post wird ihm zugestellt, ab 22 Uhr aber wird es im Bau zappenduster. „Bescheiden und höflich" schildern Wärter den Neuzugang. „Ruhig und entspannt" habe ihn der Parteichef empfangen, berichtete dessen Vize Ivković Ende voriger Woche.

Kurz danach traf auch Gattin Mirjana ein, mit warmem Essen sowie Zeitungen. Nur die schlotternden Hosen, sorgt sich die Zeitung „Blic", würden für den abgemagerten 59-Jährigen zusehends zum Problem. Den Gürtel musste er an der Pforte abgeben.

Renate Flottau

Werbeseite

Werbeseite

M. MATIKAINEN / ALL OVER PRESS

Tarja Halonen
ist die erste Frau an der Spitze Finnlands und seit einem Jahr im Amt. Die Präsidentin, 57, ist – „in Kooperation mit der Regierung“ – zugleich Oberbefehlshaberin der Armee sowie verantwortlich für Auswärtige Beziehungen. Und da steht die Ex-Außenministerin vom linken Parteiflügel oft im Widerspruch zu ihrem sozialdemokratischen Parteichef und Ministerpräsidenten Paavo Lipponen.

Hauptstadt Helsinki
„Exzellenter Anwärter“

H. VALLAS / ALL OVER PRESS

FINNLAND

„Sensibel für die eigenen Ängste“

Staatspräsidentin Tarja Halonen über die Risiken der Nato-Osterweiterung, die Stabilität im Ostseeraum und Europas Verhältnis zu Russland

SPIEGEL: Frau Präsidentin, die baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen drängen in die Nato, deren Einflussbereich dann bis zum finnischen Meerbusen reicht. Wann wird Finnland Mitglied des Bündnisses?

Halonen: So bald sicher nicht. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass Bündnisfreiheit das Beste für Finnland ist und auch für die Stabilität im Ostseeraum. In dieser Frage reagieren wir gemeinsam mit Schweden wie Zwillinge oder zumindest wie gute Schwestern.

SPIEGEL: Haben Sie Einwände gegen die Nato-Pläne der Balten?

Halonen: Wir wollen den Nato-Beitritt der Balten nicht blockieren. Ihr Interesse an einem kollektiven Sicherheitssystem ist verständlich, denn sie haben eine andere Tradition als wir und leider ja auch andere Erfahrungen mit der Sowjetunion. Für uns stellt sich diese Frage heute einfach nicht. Sicherlich sind wir ein exzellenter Anwärter. Aber die Tür zur Nato ist für uns ja nicht versperrt.

SPIEGEL: Teile Ihrer Regierung sehen das anders. Einige Minister plädieren immer wieder für einen Beitritt, und auch Premier Paavo Lipponen ist bemüht, die Option zumindest offen zu halten.

Halonen: Wir sind eben ein demokratisches Land mit einem ebenso bunten Meinungsbild wie bei Ihnen in Deutschland. Da ist ja manchmal auch nicht leicht zu verstehen, wer gerade den Ton angibt: der Kanzler oder der Außenminister.

SPIEGEL: Am Ende immer der Kanzler. Aber in Helsinki verlaufen die Konfliktlinien quer durch Ihre eigene Partei, zwischen rechten Pragmatikern und linken Pazifisten.

Halonen: Dieser Gegensatz ist zu künstlich konstruiert. Ich bin ein relativer Pazifist. Ich glaube zwar nicht, dass Konflikte langfristig mit militärischen Mitteln zu lösen sind. Aber wir brauchen unsere eigene, nationale Verteidigung, und wir brauchen eine starke EU, egal ob alle Mitglieder in der Nato sind oder nicht.

SPIEGEL: Das heißt: Ja zum EU-Beitritt der Balten, aber Nein zu deren Nato-Mitgliedschaft?

Halonen: Jedes unabhängige Land ist natürlich frei in seinen Entscheidungen. Aber Finnland kann die baltischen Nato-Interessen nicht in gleicher Weise unterstützen wie deren EU-Integration. Sicherheit und Stabilität in Europa müssen in einem größeren Rahmen gesehen werden. Dazu brauchen wir zum Beispiel Russland, wie sich ja gerade erst in Bosnien und im Kosovo wieder bestätigt hat. Ich hoffe, dass dies der Nato-Führung ausreichend bewusst ist.

SPIEGEL: Für die lettische Präsidentin Vaira Vike-Freiberga sind EU- und Nato-Mitgliedschaft so unabdingbar wie die zwei Arme des menschlichen Körpers.

Halonen: Ich wünsche Lettland wirklich alles Gute, aber dieses Beispiel kann ich nicht akzeptieren. Ein modernes und demokratisches Europa muss allein bereit und in der Lage sein, friedlich miteinander zu leben. Dazu brauchen wir transatlantische Partner, aber kein transatlantisches Bündnis.

SPIEGEL: Russland hat sich kategorisch gegen eine weitere Expansion

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

der Nato nach Osten ausgesprochen und droht sogar mit Sanktionen. Liegt darin nicht der eigentliche Grund für die finnischen Vorbehalte?

Halonen: Natürlich machen uns die Drohungen Sorgen. Und es ist immer wichtig, sensibel für eigene Ängste zu bleiben, egal ob sie real oder nur psychologisch begründet sind. Die baltischen Republiken haben sich entschieden, dass die Drohungen das kleinere Risiko sind. Ich erwarte, dass Moskau die Rolle der Nato für die kollektive Sicherheit in Europa weiterhin respektiert.

ULLSTEIN BILDERDIENST

Finnische Truppen (1940): *„Hochgradig misstrauisch"*

SPIEGEL: Die russische Regierung will gerade den Ostseeraum zu einem Pilotprojekt für Sicherheit in Europa machen, allerdings nicht unter Führung der Nato, sondern mit der OSZE an der Spitze.

Halonen: Der Westen braucht gute Beziehungen mit Russland. Und ich kann verstehen, dass Moskau im europäischen Sicherheitszug ein Ticket für die erste Klasse beansprucht. Aber das besitzt Moskau ja bereits, denn es ist ein wichtiger Teil des Nato-Programms Partnerschaft für den Frieden. Nur müssen die Russen das auch endlich aktiver nutzen. Sie mögen ja Probleme haben, das nötige Geld bereitzustellen, aber es mangelt bislang offenkundig auch an der nötigen Bereitschaft.

SPIEGEL: Wie viel Rücksicht muss der Westen, muss Finnland auf russische Befindlichkeiten nehmen?

Halonen: Wir müssen bedenken, dass die Russen sich nach ihrem klassischen Selbstverständnis immer als Teil Europas verstanden haben. Gleichzeitig sind sie hochgradig misstrauisch, ob Europa das genauso sieht. Deshalb sollte die EU diejenigen Kräfte in Russland stärken, die europäisch denken. Desto größer ist dann deren Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Und desto eher lösen sie sich aus ihrem alten Rollenverständnis einer militärischen Supermacht.

SPIEGEL: Auch Westeuropa ist auf gute Beziehungen zu Moskau angewiesen. Anders sind Umweltprobleme wie die Atommüllentsorgung in der Barentssee und auf der Kola-Halbinsel oder die Energieversorgung mit Erdgas aus Sibirien langfristig kaum sicherzustellen.

Halonen: Wenn wir in der so genannten nördlichen Dimension denken wollen, die Finnland zum EU-Programm gemacht hat, dann müssen wir auch akzeptieren, dass Russland Hauptdarsteller in diesem Spiel ist. Dann dürfen wir nicht nur Erwartungen formulieren, sondern müssen auch ein Stück weit auf die Regierung in Moskau zugehen.

SPIEGEL: Indem sich die europäische Sicherheitspolitik stärker aus der Abhängigkeit von der letzten verbliebenen Supermacht USA löst?

Halonen: Ich würde das positiver formulieren. Wir spüren immer noch den politischen Nachhall der Ära von zwei Supermächten und ihrer unmittelbaren Konkurrenz. Seit dieser Zeit reagiert Russland sehr sensibel, manchmal sogar übersensibel auf die Vorstellung, die USA könnten die einzige Supermacht sein. So gesehen würde es zur Entkrampfung und Entspannung beitragen, zwei, drei oder mehr Führungsnationen zu haben. Das entspricht auch der politischen Realität und beruhigt ungemein.

SPIEGEL: Wen denn?

Halonen: Die Russen natürlich. Und für Europa ist das eine besondere Herausforderung. Wir wollen Hauptdarsteller in der internationalen Politik und der Weltwirtschaft sein. In der EU haben wir dafür auf Grund unserer Stärke alle Möglichkeiten. Die müssen wir zum Beispiel in der Welthandelsorganisation geltend machen, aber auch grundsätzlich in dieser globalisierten Welt.

SPIEGEL: Europa soll sich von Amerika emanzipieren?

Halonen: Nicht unbedingt. Aber wir sind diejenigen, welche die Rechnung für das internationale Engagement bezahlen. Also müssen wir auch sagen können, was wir dafür haben wollen. Ohne die USA und ohne Russland geht in der Friedens- und Sicherheitspolitik nichts. Doch Europa muss den Willen und die Bereitschaft zeigen, international mehr Verantwortung zu übernehmen. Amerika hat sein Möglichstes getan. Jetzt ist es an der Zeit, einen frischen Spieler ins Spiel zu bringen: die Europäische Union.

SPIEGEL: Und im Verhältnis zu Moskau soll Helsinki der Spielmacher sein?

Halonen: Ich denke schon, denn wir kennen Russland besser als alle anderen: aus zahlreichen Kriegen und politischen Konflikten, aber auch aus der längsten Phase friedlichen Nebeneinanders und enger Kooperation in unserer Geschichte.

INTERVIEW: MANFRED ERTEL, REINHARD KRUMM

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

SPANIEN

Eiserne Nerven

Zu Beginn der Osterreisewelle drohen baskische Terroristen ausländischen Touristen mit Anschlägen – ein Einschüchterungsversuch vor den Wahlen.

Die schmucken Villen in den Hügeln über dem Golf von Rosas locken vor allem viele Deutsche in den äußersten Nordosten Spaniens. Kunstbeflissene vergnügen sich in den Heiligtümern des Surrealisten Salvador Dalí im nahe gelegenen Figueras und Cadaqués; die Feinschmecker pilgern zum weltberühmten Koch Adrià in eine verschwiegene Bucht.

Doch jetzt wurde das Ferienidyll gleich hinter der französischen Grenze jäh aufgeschreckt: Vor einem Hotelkasten an der Strandpromenade jagten Terroristen der baskischen Eta am 17. März einen mit mehr als 90 Tonnen Sprengstoff beladenen Ford Escort in die Luft.

35 Schüler aus Sachsen, einige schon im Schlafanzug, und weitere 170 Gäste konnten noch rechtzeitig evakuiert werden. Doch der Reisebus der Deutschen verschmurgelte zum Stahlgerippe. Umherfliegende Trümmer töteten einen katalanischen Polizisten.

Die Täter hatten den Anschlag telefonisch erst knapp vor der Detonation angekündigt. Eine ähnliche Warnung erfolgte eine Stunde später im 460 Kilometer südlich gelegenen Gandía in Valencia: Etwa 200 Nachtschwärmer flüchteten aus der beliebten Bar- und Kneipenzone, wo die Terrortruppe ebenfalls eine Autobombe zünden wollte.

Solche Schreckensszenarien an Orten, wo Spanien am schönsten ist, wollen die baskischen Untergrundkämpfer in nächster Zeit häufiger anzetteln. Das Eta-Verlautbarungsblatt „Gara“ druckte die Warnung, künftig würden auch „touristische und wirtschaftliche Interessen“ ins Visier genommen. So hofft die Bande, die das Baskenland mit Gewalt von Spanien lösen will, der verhassten Zentralregierung in Madrid Schaden zuzufügen. Deshalb „rät“ Eta den Besuchern fernzubleiben, andernfalls müssten sie mit „unerwünschten Konsequenzen“ rechnen.

Zu Beginn der Osterreisewelle trifft diese Drohung das Land am empfindlichsten Nerv: Mehr als 48 Millionen Touristen, ein Viertel davon aus Deutschland, brachten Spanien im vergangenen Jahr Einnahmen, die fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachten. Fast viereinhalb Millionen Besucher kamen letztes Jahr schon im April.

Denn in der Karwoche locken prachtvolle Umzüge Schaulustige besonders ins fromme Andalusien. Wenn zwischen Palm- und Ostersonntag mehr als 60 religiöse Bruderschaften von Trommeln begleitet im Büßergewand durch die Straßen Sevillas ziehen, einige schwer gebeugt unter der Last lebensgroßer Heiligenstatuen, sollen sie per Satellit überwacht werden. Ein blutiger Zwischenfall während des höchsten Kirchenfests wäre ein spektakulärer Propagandacoup für die Eta.

AFP / DPA

Kandidat Mayor Oreja *Klima der Angst*

Eta-Anschlag in Rosas: *Rettung im Schlafanzug*

D. RUEF / PLUS 49 / VISUM

Touristen auf Mallorca: *Erpresserbriefe an Hoteliers*

Erstmals haben das britische und das deutsche Außenministerium auf ihren Websites Reisende auf die Terrorismusgefahr im Ferienland hingewiesen. In der Hauptstadt Madrid aber wiegelt man ab. Der Innenminister hofft auf den „gesunden Menschenverstand“ der Spanien-Besucher. Das Land sei „sicher“, die Polizei werde alles in ihrer Macht Stehende tun, um Anschläge zu verhindern. Außerdem lebe man seit über 30 Jahren mit Einschüchterungsversuchen der Eta, ohne dass je ein Tourist zu Tode kam.

Tatsächlich waren Ferienanlagen schon wiederholt Zielscheibe der Eta. Bei der letzten „Sommerkampagne“ der Bande 1996, als von der Costa del Sol bis nach Katalonien mehr als ein Dutzend Sprengsätze in Toiletten, an Stränden und auf Promenaden hochgingen, wurden auf dem Charter-Flughafen Reus 35 vornehmlich britische Touristen verletzt. Gleichwohl blieb die Reiselust zur iberischen Sonnenbank ungebrochen.

Dieses Jahr sind die baskischen Terroristen aber offenbar entschlossen, Spanien in ein Klima der Angst zu tauchen. Am 13. Mai wird im Baskenland ein neues Parlament gewählt. Seit dem Ende der Franco-Diktatur regiert in Vitoria die gemäßigte Baskische Nationalpartei PNV. Jetzt deuten Prognosen erstmals darauf hin, dass die Nationalisten im Mai durch eine Koalition der gesamtspanischen Parteien abgelöst werden könnten. Das will die Eta verhindern.

Seit Aufkündigung ihres Waffenstillstands im Dezember 1999 brachten Eta-Bombenleger und Heckenschützen 29 Menschen um – hauptsächlich Politiker, Journalisten, Unternehmer und Polizisten. Der Terror vertiefte die Kluft zwischen nationalistischem und gesamtspanischem Lager.

Der konservative Regierungschef José María Aznar hat seinen beliebtesten Minister als Spitzenkandidat ins Baskenland geschickt: Jaime Mayor Oreja, 49, gebürtig aus dem baskischen Seebad San Sebastián, soll die Stimmen derer einfangen, die unter der Bürgerkriegsatmosphäre leiden. Würden die Nationalisten aus der Regierung verjagt, gäbe es weniger Tote, glaubt Aznar.

Mayor Oreja, wegen seiner eisernen Nerven „Don Tranquilo“ genannt, prägte als Innenminister seit 1996 die Anti-Terror-Strategie der Regierung: Unerbittliche Verfolgung durch Justiz und Sicherheitskräfte. Gerade in den vergangenen Monaten gelang es, Eta-Kommandos in Andalusien, Katalonien und Galicien auszuheben; außerdem wurden einige Köpfe der Bande in ihren Rückzugsorten in Frankreich dingfest gemacht.

Bei der Vernehmung eines geschnappten Terroristen kam jetzt heraus, dass die präparierten Wagen für Rosas und Gandía aus Frankreich herbeigeschafft worden waren. Seelenruhig kehrten die Täter über die kaum bewachte Grenze wieder zurück, nachdem sie die Zeitzünder programmiert hatten.

In Frankreich hatten Eta-Mitglieder erst im März 1,6 Tonnen Dynamit gestohlen. Nun versprach Paris, eine Sondereinheit ins französische Baskenland zu verlegen und Grenze sowie Sprengstoffdepots besser zu bewachen.

Schon seit vergangenem Herbst wurde es vielen Touristen im Baskenland zu ungemütlich. Doch anderswo im Land fühlten sich die Sonnenhungrigen bisher gut aufgehoben. Zumal die Balearen, Urlaubsziel von 4,3 Millionen Deutschen, blieben unbehelligt. Ein Attentat auf König Juan Carlos in seiner mallorquinischen Sommerresidenz Marivent war 1995 vereitelt worden.

Vergangenen Sommer wurde erstmals bekannt, dass prominente Hoteliers und Tourismusunternehmer auf den Balearen Erpresserbriefe mit der um eine Axt gewundenen Schlange, dem Eta-Symbol, erhalten hatten. Darunter auch Ex-Außenminister Abel Matutes, dessen Familie die Fiesta-Kette auf Ibiza besitzt.

Ob sie alle die so genannte Revolutionssteuer gezahlt haben, um mit Schutzgeld die baskischen Bomber fern zu halten, wissen die Gäste allerdings nicht. HELENE ZUBER

AP

ISRAEL

„Die grüne Linie brennt“

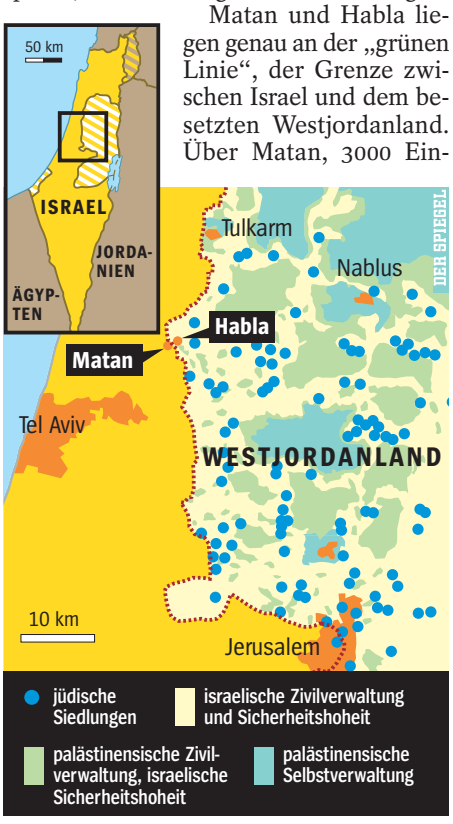
Im Umland von Tel Aviv leben Israelis und Palästinenser nebeneinander – aber streng getrennt durch Stacheldraht und Mauer. Sieht so die Zukunft aus?

Über dem Garten der Asaris flirrt die Hitze. Die Luft ist mit Blütenduft getränkt, gelbe Schmetterlinge flattern umher. Am Papayabaum reifen die ersten Früchte. Seufzend lässt sich Ilana, 38, im Schatten auf der Terrasse in einen Stuhl fallen. Jede Bewegung fällt ihr schwer, sie spürt die Last der Zwillinge, die sie in sich trägt. Izik, ihr Mann, streicht über ihren hoch gewölbten Leib. „Wir sind glücklich hier“, sagt er lächelnd.

Das Haus am Ortsrand von Matan hat der Teilhaber einer kleinen Importfirma vor allem wegen seiner Lage ausgesucht. Obwohl nur 30 Minuten vom lärmigen Zentrum Tel Aviv entfernt, findet man in den grünen Hügeln des Scharon-Bezirks Ruhe und Beschaulichkeit.

Die Idylle endet allerdings am Gartenzaun. Zwar blickt die Familie von ihrer Terrasse in eine wildromantische Landschaft, aber gleich hinter dem Feldweg ist Stacheldraht, und linker Hand erstreckt sich eine übermannshohe, rund einen Kilometer lange Mauer. Jenseits leben die Bewohner des palästinensischen Ortes Habla.

Nur einen Steinwurf entfernt stehen sich die Häuser auf beiden Seiten gegenüber. Und Steine fliegen tatsächlich, mitunter auch ein Molotow-Cocktail. So beteiligen sich die jungen Palästinenser von Habla an der Intifada. Asaris Nachbarn, die näher an der Mauer wohnen, haben Netze aufgespannt, um die Wurfgeschosse abzufangen.



Matan und Habla liegen genau an der „grünen Linie“, der Grenze zwischen Israel und dem besetzten Westjordanland. Über Matan, 3000 Einwohner, herrscht Ariel Scharon; über Habla, 5000 Einwohner, Jassir Arafat.

Israelische Siedlung Matan (vorn), Palästinenser-

Das arabische Habla ist älter als tausend Jahre, sagen palästinensische Geografen. Matan dagegen wurde erst 1995 gebaut, als strategischer Außenposten, der die israelische Kontrolle der sensiblen Nahtstelle zum Palästinensergebiet sichern soll. Den Siedlungsplan für sieben neue Grenzorte („Sieben Sterne“) hatte der damalige Bauminister Ariel Scharon vorangetrieben.

Zum Häuserbau holten sich die Israelis tüchtige Männer aus Habla. Selbst Asaris Küche montierte ein arabischer Handwerker aus dem Nachbarort. „Es gibt hier eigentlich niemanden, der keinen Arbeiter von drüben beschäftigte“, sagt Asari, der auch dem Gemeinderat vorsitzt.

Dennoch ließ die Armee ein Jahr später die Mauer hochziehen, „weil man von Habla aus ja direkt auf die Häuser von Ma-

FOTOS: A. BRUTMANN

Dorf Habla: *Auf Schleichwegen zur Arbeit*

tan schießen kann“, so ein Kommandeur. Hauptsächlich sollte offenbar vermieden werden, dass Palästinenser aus dem Westjordanland über Habla problemlos nach Israel gelangen. „Wir haben nicht um die Mauer gebeten“, stellt Asari klar, „aber immerhin wurden seitdem kaum noch Autos gestohlen.“

Trotz Mauer arbeiteten die tüchtigen Männer von Habla weiter bei den neuen jüdischen Nachbarn. Bloß mussten sie jetzt einen Umweg über die Felder links und rechts der Mauer nehmen. Sie legten Gärten an, reinigten verstopfte Abflussrohre, montierten Zäune, putzten die Häuser – bis zur Intifada. Seitdem ist alles anders.

Nun haben Arbeiter aus Habla keinen Zutritt mehr nach Matan, und für Israelis ist das Betreten der Palästinensergebiete verboten. „Was soll ich da auch – beweisen, dass ich keine Angst habe?“, fragt Asari.

Siedlerfamilie Asari: *„Die Leute im Griff halten“*

Die Distanz vertieft das Misstrauen. „Es ist seltsam, wenn man seine Nachbarn immer nur in der Ferne sieht“, sagt eine junge Frau, die vor zwei Monaten nach Matan zog und noch nie einen Menschen aus Habla getroffen hat. „Bestimmt sind es gute Leute dort drüben, aber wie soll ich das wissen?“ So beäugt sie skeptisch aus ihrem Garten die Treibhäuser von Habla gleich hinter dem Stacheldraht.

Gemeindechef Asari spricht nicht schlecht von den Palästinensern: „Wir sehen in ihnen nicht unsere Feinde.“ Er findet freundliche Worte für seinen Kollegen in Habla, Bürgermeister Nabil al-Dschada, und führt auch dessen Handy-Nummer in seinem kleinen Notizbüchlein. Die braucht er in dringenden Fällen, etwa wenn der Muezzin morgens um vier zu laut zum Gebet ruft. Natürlich findet das Telefonat auf Hebräisch statt, denn Arabisch spricht Asari nicht. Wie die meisten Palästinenser musste Dschada dagegen die Sprache der Besatzungsherren lernen.

Das letzte Telefonat ist allerdings über fünf Wochen her. Jugendliche hatten wieder mal Steine geworfen und dabei eine Autoscheibe in Matan zertrümmert. „Versuch deine Leute im Griff zu halten“, riet Asari dem Palästinenser, „wenn du vermeiden willst, dass die Armee bei euch einrückt.“

Er schlug sogar ein Treffen vor, doch Dschada lehnte höflich ab. Jetzt, da es um den Freiheitskampf geht, will er mit den Israelis aus Matan nichts mehr zu tun haben: „Das sind Siedler, die unser Land konfisziert haben.“

Tatsächlich gehörte der Grund und Boden, auf dem Matan gebaut wurde, früher zu Habla. Nach dem Krieg 1948/49 wurde das Land von Israel einverleibt. Sogar zum Mauerbau sei noch Habla-Gebiet beschlagnahmt worden, klagt Nabil al-Dschada. Die Bezirksregierung bestreitet das. Doch selbst Asari gibt zu, dass der exakte Verlauf der insgesamt rund 350 Kilometer langen grünen Linie vielerorts unklar ist.

Mitte September kam zum letzten Mal Besuch aus Matan nach Habla, wenige Ta-

A. BRUTMANN

Palästinenserfamilie Dschada: *„Matan trauert mit euch“*

ge vor Ausbruch der Intifada. Der 24-jährige Arbeiter Umri al-Dschada aus Habla hatte einen jüdischen Jungen vor dem Ertrinken im See Genezaret gerettet und dabei sein Leben verloren. Die Israelis waren voller Bewunderung und Dankbarkeit.

Matan sandte eine 20-köpfige Delegation zur Trauerfeier. Die Ansprachen wurden für die Gäste ins Hebräische übersetzt, man trank endlos Tee und Kaffee und beweinte gemeinsam den Heldentod des jungen Umri. Eine glänzende Gedenkplakette steht noch immer im Regal von Umris Familie. „Er half der ganzen Welt“, ist darin eingraviert, „Matan trauert mit euch.“

Das Empfangszimmer der Dschada-Familie, nach arabischem Geschmack mit wuchtigen, farbenfrohen Polstermöbeln ausgestattet, ist voller Männer. Es sind Freunde und Nachbarn, die wie die meisten am Ort keine Arbeit haben, aber viel Zeit. Im hinteren Trakt kümmern sich die Frauen um die Kinder. 20 Menschen leben hier unter einem Dach.

Noch vor einem halben Jahr wurde ihr Sohn als Held verehrt, nun fühlen sich die Dschadas im Stich gelassen. „Seit Ausbruch der Intifada hat kein Israeli mehr angerufen“, klagt Familienvater Abd al-Karim al-Dschada, den alle nur Abu Umri nennen, Vater von Umri. Abu Umri verdiente sein Geld auf israelischen Baustellen. Jetzt ist er wie die anderen palästinensischen Arbeiter ausgesperrt. Fünf Tage im Monat schlägt er sich auf Schleichwegen zu Schwarzarbeit durch.

An diesem Nachmittag gibt es plötzlich doch einen israelischen Anrufer. „Baruch haschem – gelobt sei sein Name“, antwortet Abu Umri nach Art der religiösen Juden in fließendem Hebräisch auf die Frage, wie es geht. Ein Mitarbeiter der „Jerusalem Post“ ist am Telefon, er will einen Anwaltstermin ausmachen. Die konservative Zeitung hatte spontan eine Spendenaktion für die hinterbliebene Witwe und ihre drei kleinen Kinder ins Leben gerufen. Schnell kamen umgerechnet 25 000 Mark zusammen.

Doch Herausgeber Tom Rose ist skeptisch, wann er weitere Beträge übergeben kann: „Wir müssen sicherstellen, dass die Witwe das Geld erhält. Diese Frauen bekommen ja keine Hoheit über die Finanzen.“ Im Sommer, als er den ersten Scheck an den Schwiegervater überreichte, störte das nicht. Nun, sagt er, könne er nicht mal einen Mitarbeiter nach Habla schicken, „das ist einfach zu gefährlich“.

Dabei wirkt der Ort wie eine Insel des Friedens. Männer sitzen in den Kaffeehäusern, spielen Karten oder Tawla, ein arabisches Brettspiel, und rauchen Wasserpfeife. Abends holen die Frauen Stühle vors Hoftor und schwatzen.

„Wir sind hier gegen Gewalt“, betont Abu Umris Freund Wardi Nardani. Nach wie vor holten Siedler – illegal zumeist – Erntearbeiter aus Habla ab. Noch nie sei einem etwas passiert. Nach den Bombenattentaten Mitte der neunziger Jahre in Tel Aviv und Jerusalem hätten die Bürger Hablas sogar gegen die Gewalt demonstriert. Jetzt gibt es wieder Terrorakte – aber diesmal bleiben die Proteste in Habla aus.

Erst vorvergangene Woche starben an der fünf Minuten entfernten Bushaltestelle „Treffpunkt des Friedens“ zwei israelische Schüler, als sich ein palästinensischer Selbstmordattentäter in die Luft sprengte. Mehrere Bürger aus Matan erlitten Verletzungen. Im Februar wurde ein Baustellenwächter der Trans-Israel-Autobahn aus der palästinensischen Nachbarstadt Kalkilja angeschossen.

Israelische Friedensgruppen sagten kürzlich sogar eine Versöhnungsaktion in Kalkilja ab, weil die Stimmung zu aufgeheizt war. In nur 15 Minuten gelangt man von dort ins palästinensische Tulkarm, wo im Januar zwei Israelis aus Tel Aviv aus einem Restaurant gezerrt und ermordet wurden. Zwischen Tulkarm und dem israelischen Bat Chefer steht die zweite Mauer an der grünen Grenze.

Sieht so die Zukunft zwischen Israel und Palästina aus? Regionalfunktionäre wie Motti Daljo, Vorsitzender des Bezirks Süd-Scharon, sähen gern mehr Mauern an sensiblen Stellen, wo Israelis und Palästinenser dicht beieinander leben: „Die Regierung sollte sich jetzt dafür entscheiden.“

Auch der Polizeichef des Bezirks, Aharon Franko, glaubt, dass die Mauern bereits gute Dienste geleistet haben. Als sich die israelischen Araber vorigen Herbst für eine Woche der Intifada anschlossen, habe es womöglich auch deswegen weniger Ausschreitungen gegeben als im Norden. Franko weiß aber auch, „dass eine hermetische Abriegelung eine Illusion ist“. Es müssten kontrollierte Übergänge geschaffen werden, vor allem für Arbeiter.

Manche Bürger diskutieren schon, ob man wegziehen soll, doch die meisten bleiben – vorerst

Die Bewohner Matans sind vorerst gehalten, keinen Palästinenser mehr zu beschäftigen. Selbst wer einen Araber mit israelischem Pass anheuern will, soll das melden. „Wir stehen einem Feind gegenüber, den wir nicht kontrollieren“, heißt es dazu in einem Rundschreiben der Kreisverwaltung, „die grüne Linie brennt.“

Manche Bürger Matans diskutieren sogar schon im Supermarkt, ob man nicht besser wegziehen soll. Doch die meisten bleiben – vorerst. Gemeindechef Izik Asari will sogar anbauen. Ende Mai steht die Geburt der Zwillinge an, mit den Kindern Jarden, 7, und Alon, 4, sind sie dann zu sechst: „Ich fühle mich hier sicherer als in einer amerikanischen Großstadt.“

Die 24-jährige Witwe des Helden aus Habla, auf der anderen Seite der Mauer, erzählt ihren Kindern viel vom toten Vater. Baby Umri, mit dem sie schwanger war, als er das jüdische Kind rettete, ist nun vier Monate alt. „Da, das ist Baba“, sagt sie und zeigt auf das Foto an der Wand.

Wie sie die Zukunft sieht? Der Schwiegervater nimmt ihr die Antwort ab: „Welche Zukunft?“ ANNETTE GROSSBONGARDT

REUTERS

Israelische Bombenopfer*: *„Treffpunkt des Friedens“*

* Am 28. März nach dem palästinensischen Selbstmord-Anschlag in der Siedlung Newe Jamin.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

TSCHECHIEN

Volksfront in den Köpfen

Die Kommunisten in Böhmen und Mähren sind wieder auf dem Weg nach vorn – im Regionalparlament des nördlichen Kohlereviers stellen sie seit Januar die stärkste Fraktion.

Der alte Forellenzüchter Jiří Hykl ist ein Einzelkämpfer. Im Erdgeschoss seines Hauses im böhmischen Erzgebirge hat er nach dem Kollaps des kommunistischen Systems 1989 ein Restaurant eröffnet. Heute, gut elf Jahre später, zweifelt Hykl an der neuen Zeit. Er ist einer der Letzten im Dorf, die sich gegen eine Rückkehr der Kommunisten an die Macht wenden.

75 Prozent der Wähler hier in Georgendorf (Český Jiřetín) an der deutschen Grenze haben bei den Regionalwahlen im November für die KP-Nachfolgepartei KSČM votiert, für die Erben von Klement Gottwald und Gustáv Husák. Das ist tschechischer Rekord. Im gesamten Wahlbezirk Aussig (Ústí nad Labem), wo 825 000 Menschen leben, sind die Kommunisten mit gut 28 Prozent nun stärkste Partei.

Das böhmische Kohlerevier rund um Aussig ist ehemaliges Katastrophengebiet. Bis 1989 gab es für Arbeiter, die sich hier anzusiedeln bereit waren, einen sarkastisch „Sterbegeld“ genannten Zuschlag; wenn Kinder aus Teplice zur Erholung in die Sommerfrische fuhren, erlitten sie, so erzählen Mediziner, einen Sauerstoffschock.

Inzwischen ist die Luft besser, die Lebenserwartung um Jahre gestiegen und dafür die Arbeit knapp. Wenn das südböhmische Kernkraftwerk Temelín endgültig am Netz ist, sind weitere 18 000 Arbeitsplätze in den Zechen zwischen Most und Chomutov in Gefahr.

Noch riecht es nach Braunkohle am Fuß des Erzgebirges, der Nebel hängt bodennah über dem Land. In Nordböhmen ist das marxistisch-leninistische Desaster im Endstadium konserviert – tote Wälder, klaffende Kohlebecken, Pendler an schummrig erleuchteten Busbahnhöfen, verfallende Wohnblöcke.

Das anhaltende Elend nützt den Kommunisten. Zwar wollen nur 15 Prozent ihrer Wähler das alte System zurück. Aber auffallend viele Minderqualifizierte, Verlierer der Marktwirtschaft, Roma und junge Leute stimmen für Linksaußen.

Kommunistenchef Balín
Der Feind steht weiter im Westen

In einem Haus am Rand von Most sitzt, flankiert von einer Lenin-Radierung und einer Karl-Marx-Büste, Vlastimil Balín, der Kommunistenchef im Bezirk Aussig und nationale Vizepräsident der Partei. Auf der Landkarte zu seiner Linken hat er durch rote Sterne, die mit Hammer und Sichel verziert sind, die Orte markiert, in denen die Kommunisten den Bürgermeister stellen. Es sind viele rote Sterne.

Doktor Balín ist Absolvent der „Sorbonne von Vokovice“, wie die kommunistische Parteihochschule im Volksmund ihrem Prager Standort gemäß bespöttelt wurde, und so spricht er auch – unfallfreies Funktionärs-Tschechisch. „Wir sind bemüht, die Öffentlichkeit von unserer Umwandlung zu überzeugen“, sagt er.

Vielleicht wäre das gar nicht nötig. Die Tschechen wählen die KSČM, obwohl oder weil sie sich nicht reformiert hat. Anders als die beweglicheren Postkommunisten in Nachbarländern, die Kwaśniewskis, Horns und Iliescus, sind sich die böhmischen und mährischen Genossen nicht nur beim Parteinamen treu geblieben.

Gegen Bill Clinton, Madeleine Albright und Javier Solana etwa haben die alten Kämpfer im Land des Nato-Mitglieds Tschechien nach dem Bombardement Serbiens zackig eine Klage beim Kriegsverbrecher-

Kohlerevier Aussig
Tote Wälder, verfallende Wohnblöcke

FOTOS: M. APPELT / AGENTUR ANZENBERGER

Werbeseite

Werbeseite

tribunal in Den Haag erwogen. Der Feind steht in ihren Augen weiter im Westen.

Balíns ehemaliger Vorgesetzter sitzt in einem bescheidenen Aussiger Büro und beugt sich über die neueste Ausgabe der Vereinszeitung des „Clubs der Grenzwächter“. Unter dem Titel „Prager Mai 1945“ ist dort eine Ode an Stalin abgedruckt, und Václav Šípek verantwortet das als Chefredakteur.

Der drahtige Alt-Genosse, Absolvent der Moskauer Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Sekretär des Zentralkomitees der Tschechischen Kommunistischen Partei und bis zum Ende Parteisekretär im böhmischen Norden, kämpft heute an der Schreibmaschine gegen die Re-Germanisierung der Grenzgebiete. Die Stimmung im Land habe sich gewandelt, sagt Šípek, zu Gunsten der Kommunisten: „Vor zehn Jahren stand auf den Mülltonnen: ‚Hier muss Šípek rein.‘ Heute grüßen mich die Leute wieder und kommen auf mich zu.“

Das Geschichtsbild, das der prominenteste Kommunist von Aussig einst empfangen hat, ist unbefleckt. 1968, sagt Šípek, das bedeute für ihn „die Unerlässlichkeit der Ankunft der sowjetischen Truppen“ und 1989 „Verrat“ – „es war ein breit angelegter, vorbereiteter Umsturz“. Er, der ehemals mächtigste Mann zwischen Riesen- und Erzgebirge, wirft sich rückblickend nur Laschheit vor: „Wir hätten aktiver sein sollen im Kampf gegen den Widerstand.“

Ist das nun auch der vorherrschende Ton im Aussiger Regionalparlament – selbstgerechtes Stalinisten-Tremolo, intoniert unmittelbar an der sächsischen Süd- und EU-Außengrenze? Noch nicht. Eine Große Koalition hat sich gebildet und die Kommunisten aus der Regionalregierung fern gehalten – Sozialdemokraten von der ČSSD und Bürgerliche von der ODS teilen sich derzeit die Macht im Norden Böhmens.

Hinter vorgehaltener Hand allerdings tuscheln die Sozialdemokraten landesweit längst über eine Aufweichung ihres 1995 auf dem Parteitag von Bohumin verkündeten Beschlusses, mit den Kommunisten keine Zusammenarbeit einzugehen.

Ein wechselweise als Kniefall oder Ritterschlag gewertetes, viel beachtetes Signal war, dass der am Wochenende vom Posten des Parteichefs zurückgetretene Miloš Zeman, im Hauptamt tschechischer Ministerpräsident, im vergangenen November den Kommunistenchef Miroslav Grebeníček in der regierungseigenen Villa Kramar empfing.

Zeman ist durch Wahlniederlagen im Winter angeschlagen, durch Dauerfehden mit dem kränkelnden Präsidenten Václav Havel entnervt und vom trickreichen ODS-Vorsitzenden Vaclav Klaus per Koalitionsvertrag nur geduldet. Noch ist fraglich, ob er sich 2002 zur Wiederwahl stellt.

M. APPELT / AGENTUR ANZENBERGER

Forellenzüchter Hykl
Zweifel an der neuen Zeit

„Die historische Aufgabe der Sozialdemokratie“ sei es, die Wähler der Kommunisten ins eigene Lager zu ziehen, sagt Zeman zwar. Doch seit seinem Amtsantritt hat die eigene Partei in den Umfragen 16 Prozent verloren. Und im Umfeld des Premiers wachsen Zweifel und Kritik: „Wie ein Pascha“ gebärde er sich. Der Weg zur Demokratie in Tschechien sei steinig, sagt der Theresienstadt-Überlebende und heutige sozialdemokratische Senator Egon Lánský, Ex-Vizepremier unter Zeman: „Wir haben derzeit höchstens eine Demokratur.“

Der sozialdemokratische Spitzenmann im Wahlbezirk Aussig, Jaroslav Foldyna, besticht zwar durch osttypische Accessoires der Jetztzeit – Slipper mit Goldspange, mintfarbene Krawatten –, ist aber gedanklich wieder auf dem Weg in die Vergangenheit. „Die Linke“, sagt er, wenn er von Sozialdemokraten und Kommunisten in einem redet, müsse sich vorläufig noch vor einer „einfarbigen Koalition“ hüten, weil die Wähler noch nicht reif dafür seien.

Es gibt sie in den Köpfen, die neue tschechische Volksfront. Jiří Šulc, dynamischer Kommunistenfresser von der bürgerlichen ODS und neuer Regionalpräsident im Norden Böhmens, versteht das nicht. Es gäbe doch Alternativen, sagt er, seine Partei zum Beispiel: „Wir haben keine blutige Vergangenheit, kein Lager, keinen Stacheldraht zu verantworten; wir haben keinen fremden Besitz gestohlen, keine fremden Mächte ins Land geholt.“

Und warum liegen die Bürgerlichen im Kohlerevier dennoch hinter den Kommunisten? Šulc seufzt tief und sagt, das Wahlergebnis entspreche wohl dem politischen Reifegrad der Bevölkerung: „Tschechien ist ein postkommunistisches Land mit demokratischen Elementen.“ WALTER MAYR

Werbeseite

Werbeseite

USA

„Von Bush betrogen“

Der in Hamburg geborene schwarze US-Autor Hans-Jürgen Massaquoi über die neue republikanische Regierung in Washington und die anhaltende Diskriminierung der Afroamerikaner in den Vereinigten Staaten

SPIEGEL: Präsident George W. Bush hat drei schwarze US-Bürger in hohe Ämter berufen: Ex-General Colin Powell ist Außenminister, Condoleezza Rice Sicherheitsberaterin, Roderick Paige Erziehungsminister. Gehört die Rassendiskriminierung nun der Vergangenheit an?

Massaquoi: Ganz und gar nicht. So sehr ich diese Berufungen begrüße, sind sie doch in erster Linie symbolisch. 90 Prozent der Schwarzen haben ihre Stimme dem Kandidaten der Demokraten Al Gore gegeben. Die umstrittenen Umstände, unter denen Bush der Wahlsieg zugesprochen wurde, haben die Schwarzen verbittert und die Rassen in unserem Land weiter polarisiert. Afroamerikaner fühlen sich betrogen und sind überzeugt, dass Bush die Wahlen gestohlen hat.

SPIEGEL: Universitäten und Streitkräfte sind integriert, in Konzernen sitzen Afroamerikaner in den Führungsetagen, die Zahl der schwarzen Hausbesitzer nimmt zu. Sind das keine Erfolge?

Massaquoi: Doch. Aber diese Erfolge betreffen nur einen Teil der 35 Millionen Schwarzen. Wir sind keine große homogene Einheit, sondern selbst gespalten. Einige haben es geschafft: Das sind diejenigen, die Schulbildung und einen Job haben. Auf der anderen Seite gibt es die große Mehrheit, die keinen Zugang zu Bildung, ordentlicher medizinischer Versorgung und vernünftigen Wohnungen hat. Und diese Schwarzen fallen immer weiter zurück.

SPIEGEL: Verläuft der Graben heute vornehmlich entlang der Einkommensschichten? Gibt es Klassentrennung statt Rassentrennung?

Massaquoi: Sozial bleiben Schwarz und Weiß unter sich. Und Rassismus existiert weiter – in anderer Form, er ist vorsichtiger, raffinierter geworden. Der weiße Rassist trägt heute nicht mehr die Kapuze und Kutte des Ku-Klux-Klan, sondern den gestreiften Zweireiher des Geschäftsmannes.

SPIEGEL: Was sind dessen Waffen?

Massaquoi: Subtile Stimmungsmache. Da gibt es die selbst ernannten „wütenden weißen Männer“ – jene Leute, die glauben, dass die Anti-Diskriminierungs-Gesetze den Schwarzen unverdiente Vorteile einräumen. Sie behaupten, professionelle Anforderungen wurden gesenkt, nur damit Schwarze Zugang zu gut bezahlten Jobs bekämen. Für Weiße, die plötzlich in direkter Konkurrenz zu Schwarzen stehen, ist das ein bitteres Erlebnis …

SPIEGEL: … und die klagen nun ihrerseits über Rassendiskriminierung.

Massaquoi: Das ist lächerlich, denn noch immer haben die Weißen dieses Land völlig im Griff. Jeder Bereich dieser Nation ist unter der Kontrolle, im Besitz oder unter der Führung von weißen Männern.

SPIEGEL: Sind mit der Rückkehr der republikanischen Administration ins Weiße Haus die Fortschritte der letzten Jahrzehnte gefährdet?

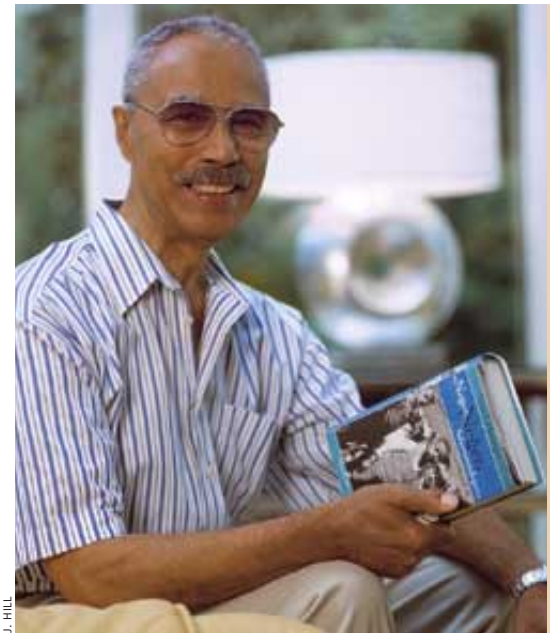
„Jeder Bereich dieser Nation ist im Besitz oder unter der Führung weißer Männer“

Massaquoi: Viele Schwarze befürchten das. Aber ich glaube, dass wir solch eine Entwicklung verhindern können. Schließlich ist George W. ja nicht mit einem Erdrutschsieg an die Macht gekommen, der solch eine politische Wende rechtfertigte.

SPIEGEL: Dennoch hat Bush sich nicht gescheut, mit dem ehemaligen Senator John Ashcroft einen Hardliner aus dem Umfeld der religiösen Rechten zum Justizminister zu berufen.

Massaquoi: Das ist eine schlimme Fehlentscheidung. Eines der wichtigsten Ämter ist mit einem Mann besetzt, dem man vorwirft, er habe als rassistischer Konservativer politisch Karriere gemacht und viele Anliegen der Schwarzen bekämpft.

SPIEGEL: War diese Nominierung nicht lediglich ein Tribut an die Parteirechte, so wie die Benennung der schwarzen Regie-



J. HILL

Schwarzer „Buttje“

Von seiner Kindheit in Nazi-Deutschland berichtet der in Hamburg geborene Hans-Jürgen Massaquoi, 75, in der Autobiografie „Neger, Neger, Schornsteinfeger“. Der Sohn eines Liberianers und einer deutschen Krankenschwester wanderte nach dem Zweiten Weltkrieg in die USA aus. Als Chefredakteur der Schwarzen-Zeitschrift „Ebony“ porträtierte Massaquoi die wichtigsten Afroamerikaner seiner Zeit – vom Boxer Muhammad Ali bis zum Bürgerrechtler Martin Luther King. Der Autor lebt mit seiner Frau Katharine in New Orleans.

Massaquoi heute, als Schüler
„In Deutschland immer allein“

Werbeseite

Werbeseite

rungsmitglieder oder der Latinos die Interessen der Minderheiten bedient?

Massaquoi: Mit Ashcroft ist Bush zu weit gegangen – der Mann ist ein Extremist.

SPIEGEL: Haben Sie von einem republikanischen Präsidenten etwas anderes erwartet?

Massaquoi: Nein. Es gibt ja dieses wunderbare deutsche Sprichwort: „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm – oder vom Pferd.“ Denken wir doch nur zurück an Bush Senior, der uns vor seiner Wahl eine „freundlichere, nettere Nation“ versprochen hat. Stattdessen benannte er den konservativsten schwarzen Juristen, den er finden konnte, für den Obersten Gerichtshof. Dort hat Richter Clarence Thomas seither alles daran gesetzt, jene Gesetze auszuhebeln, die den Schwarzen beim Ringen um Chancengleichheit helfen sollten. Thomas wird deswegen von vielen unter uns als Verräter an der eigenen Rasse angesehen.

SPIEGEL: Der Junior verkauft Vaters Botschaft nun als „mitfühlenden Konservativismus“.

Massaquoi: Und wir glauben ihm genauso wenig wie seinem Vater. Es ist ein anderer leerer Slogan, der gar nichts besagt.

AP

US-Präsident Bush (M.), Mitarbeiter Powell, Rice: *„Leerer Slogan“*

SPIEGEL: Wollen Afroamerikaner überhaupt noch die Integration in die US-Gesellschaft? Oder ist ihnen die bewusste Trennung von den Weißen nicht längst lieber?

Massaquoi: Schwarze fordern noch immer die wirtschaftliche, nicht die gesellschaftliche Integration. Wir werden nur von Außenstehenden als einheitliche schwarze Bevölkerungsgruppe gesehen. In Wahrheit gibt es so viele verschiedene Meinungen und Ansichten wie Schwarze. Jeder betrachtet die Rassenfrage unter dem ganz eigenen privaten Aspekt: Wohnort, Alter und Erziehung spielen eine große Rolle.

SPIEGEL: Den Wohlhabenden fällt die Eingliederung leichter.

Massaquoi: Sie haben einen anständigen Job, vielleicht an der Universität, machen gutes Geld und haben einen Lebensstil, der dem der weißen Mittelklasse entspricht. Für die stellt sich das Rassenproblem weniger. Daneben gibt es viele, die alle Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben längst verloren haben.

SPIEGEL: Und die suchen Zuflucht unter ihresgleichen im Ghetto?

Massaquoi: New Orleans ist ein gutes Beispiel für die verquere Rassenlage in den USA: Die Stadt, einst streng nach Rassen getrennt, ist heute – offiziell – integriert. Aber gesellschaftlich ist die Stadt noch immer geteilt. Bei „weißen Empfängen“ sind meine Frau und ich oft die einzigen Schwarzen; und zu gesellschaftlichen Anlässen der Schwarzen wiederum werden Weiße kaum eingeladen. Die meisten unserer schwarzen Freunde – Zahnärzte, Künstler, Professoren – bleiben gesellschaftlich unter sich, obwohl sie oft unter Weißen leben.

SPIEGEL: Zählt die Hautfarbe mehr als die Toleranz?

Massaquoi: Ja, es gibt die freigewählte Entscheidung zur Distanz. Verwunderlich ist das nicht. Die Bürgerrechtsbewegung be-

mühte sich nur um wirtschaftliche Angleichung. Es ging um gleiche Chancen, gleiche Arbeitsplätze, gleichen Lohn.

SPIEGEL: Heute arbeiten Schwarze und Weiße Seite an Seite – warum dann die Berührungsangst?

Massaquoi: Wo sie wirklich zusammenarbeiten, sind die Schranken gefallen. Aber es bleiben die Vorurteile. Wenn eine weiße Frau alleine mit einem Schwarzen im Aufzug fährt, umklammert sie oft ängstlich ihre Geldbörse – selbst wenn der dunkelhäutige Mann ein promovierter Akademiker ist. Für derart irrationales Verhalten gibt es natürlich Erklärungen: Erst werden Bevölkerungsgruppen auseinander gehalten, dann wachsen aus der Unkenntnis die Vorurteile. Und außerdem werden wegen der wirtschaftlichen Ungleichheit viele Schwarze kriminell, vor allem junge. Da decken sich die Fakten mit den Vorurteilen, und die bestehenden Stereotypen werden verstärkt.

SPIEGEL: Wie soll sich das ändern?

Massaquoi: Ich hoffe, es gibt Menschen, die mit ihrem Einsatz Vorbild und Identifikationsmuster sind, Lehrer und Pfarrer, die mit ihrem Beispiel vorangehen – so wie einst Martin Luther King, der als Mann der Religion seine Karriere begann und dann einsah, dass nur aktives Engagement wirklich eine Änderung bewirken kann.

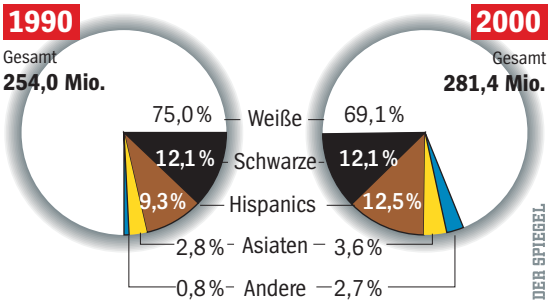
SPIEGEL: Sie vertrauen auf das leuchtende Vorbild von schwarzen Ikonen?

Massaquoi: Nicht allein auf die. Wir können auch andere Mittel einsetzen, etwa unsere Dollar: Die Jahreseinkommen der Schwarzen addieren sich zu 500 Milliarden Dollar. Stellen Sie sich vor, dass Schwarze keine Autos der Marke Ford mehr kaufen würden – die könnten dichtmachen. Diese wirtschaftliche Macht wiegt sehr schwer.

SPIEGEL: Gibt es eine politische Entsprechung?

Schrumpfende Mehrheit

Bevölkerungszusammensetzung der USA



Massaquoi: Unsere Stimmen bei den Wahlen. Generationen von Schwarzen haben für das gleiche Wahlrecht gekämpft, ihr Leben dafür eingesetzt und oftmals auch geopfert. Und dennoch gibt es Abertausende von Schwarzen, die sich noch nie in die Wahllisten eingetragen haben. Sie glauben, es nützt einfach nichts. Wir müssen sie vom Gegenteil überzeugen.

SPIEGEL: Die Zeit gewalttätiger Rassenunruhen wie in den sechziger Jahren ist inzwischen endgültig vorbei?

Massaquoi: Das hoffe ich. Aber es genügt, dass Schwarze glauben, dass sie nichts mehr zu verlieren haben – dann knallt's. Und es gibt immer noch zu viele Menschen, die in dieser Situation leben.

SPIEGEL: Trotz des achtjährigen Wirtschaftswunders während der Ära des früheren Präsidenten Bill Clinton?

Massaquoi: Das hat die Armen nicht wirklich erreicht. Profitiert haben nur jene Schwarzen, die bereits gut bezahlte Berufe hatten.

SPIEGEL: Im Deutschland der Nationalsozialisten erfuhren Sie als Kind Rassismus der übelsten Art; aber auch in Ihrem Traumland USA sahen Sie sich später ähnlichen Vorurteilen ausgesetzt. Wo würden Sie als Schwarzer letztendlich lieber wohnen?

Massaquoi: In Amerika natürlich. Hier fühle ich mich unter 35 Millionen Brüdern und Schwestern sicher. In Deutschland war ich als schwarzer „Buttje" immer allein.

Interview: Stefan Simons, Helmut Sorge

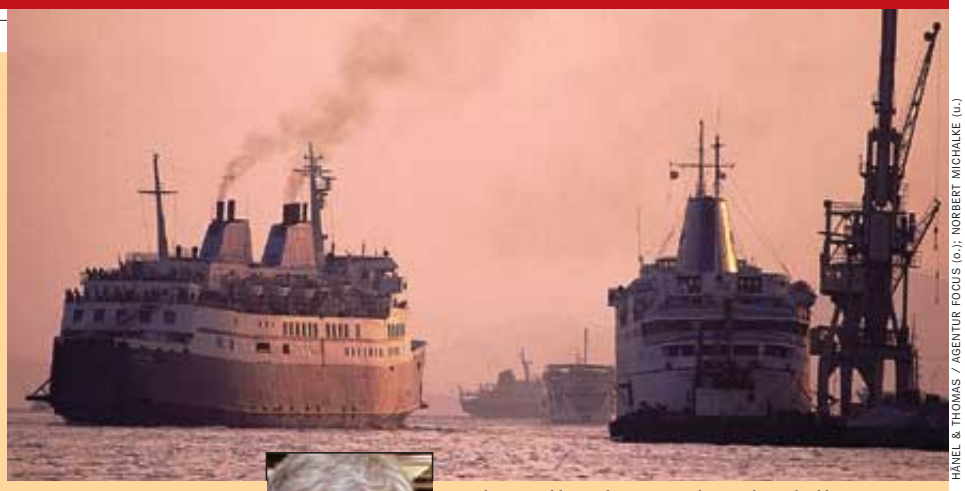
Werbeseite

Werbeseite

SCHIFFFAHRT

Sondermüll zur See

Volker Brenk, Schifffahrtsexperte vom Umweltbundesamt, über die Verschmutzung von Meer und Atmosphäre durch Schweröle



HÄNEL & THOMAS / AGENTUR FOCUS (o.); NORBERT MICHALKE (u.)

Schwerölforscher Brenk, Fährschiffe

SPIEGEL: Beim Schiffsunglück vorletzte Woche in der Ostsee ist Schweröl ausgelaufen. Ist das besonders schädlich?
Brenk: Schweröl ist zäher und schwerer als Rohöl und normaler Schiffsdiesel. Es taucht teilweise unter die Wasseroberfläche und erreicht als klebrige Masse die Strände. Roh- und Dieselöle verdunsten leichter. Durch Wellen bilden sich kleine Öltröpfchen, die leichter biologisch abgebaut werden.
SPIEGEL: Werden Bilder wie aus Dänemark zur Regel?
Brenk: Ich fürchte, ja. Denn bei vielen Schiffsunglücken, etwa dem Untergang der „Erika“ und der brennenden „Pallas“, war Schweröl im Spiel. Die Seeschiffe fahren immer häufiger auch vor der Küste und im Hafen mit diesem minderwertigen Treibstoff, wo sie vor einigen Jahren noch ihre Maschinen auf das umweltverträglichere Marinedieselöl umgeschaltet hatten.
SPIEGEL: Welche Gifte entstehen bei Schweröl-Verfeuerung?
Brenk: Zum einen fallen schädliche Ölrückstände bei der Aufbereitung des Treibstoffs auf den Schiffen an, die einige Kapitäne immer noch illegal ins Meer einleiten. In den Abgasen ist jede Menge Schwefel: In der Hamburger Innenstadt stammen rund 90 Prozent aller Schwefelemissionen aus der Schifffahrt.
SPIEGEL: Sind Schiffe eine Art schwimmende Sondermüllverbrennungsanlage?
Brenk: Die Zustände sind zunehmend unerträglich. Die verwendeten Schweröle fallen als Abfallprodukte in den Raffinerien an, sind billig, aber dafür voller Gifte.
SPIEGEL: Müssten Schweröle also verboten werden?
Brenk: Wenn es nach uns geht, ja. Doch in den internationalen Gremien, die solche Verbote verhängen könnten, haben Billigflaggenländer wegen der Größe ihrer Flotten die Stimmenmehrheit und blockieren Umweltmaßnahmen. Die Anliegerstaaten von Nord- und Ostsee müssen sich deshalb zur Einführung eigener, strenger Umweltstandards durchringen und sauberere Seeschiffe zum Beispiel durch günstigere Hafengebühren fördern.

TAUCHEN

Mundstücke nach Maß

Drückende Mundstücke vermindern nicht nur den Komfort von Sporttauchern, sie sind ein lebensbedrohliches Risiko bei jeder Erkundung der Unterwasserwelt. „Sie können zu Schwindel und Desorientierung führen“, warnt Ross Hobson von der Abteilung Zahngesundheit an der britischen University of Newcastle in einer Studie im „British Journal of Sports Medicine“. Standard-Mundstücke aus Gummi und Silikon, die nicht individuell auf das Gebiss des Tauchers abgestimmt sind, können beim Tragen das Kiefergelenk derart belasten, dass es zu lokalen Entzündungen kommt. Dadurch, so Hobson, seien auch die Gleichgewichtsfunktionen der Innenohren beeinträchtigt. Der Forscher empfiehlt deshalb maßgeschneiderte Mundstücke, auf die Taucher richtig draufbeißen könnten.

J. T. PENNINGTON / PLUS 49 / VISUM

Taucher mit Mundstück und Atemgerät

KLIMA

Tod im seichten Tümpel

In den idyllischen Tümpeln der „Cascade Range“, eines Gebirgszugs, der sich von Kalifornien bis nach Kanada erstreckt, verenden Hunderttausende Embryos der dort heimischen Nordkröte im kristallklaren Bergwasser. Forscher der State Universities von Oregon und Pennsylvania haben nun einen Hinweis für den Zusammenhang zwischen diesem Amphibiensterben und der globalen Klimaveränderung gefunden. Der Krötentod steht demnach am Ende einer langen Kette von Ursachen: Durch die Erwärmung des Oberflächenwassers im tropischen Pazifik häufen sich trockene Wetterlagen in den Cascade-Bergen, die Wassertiefe der Tümpel nimmt ab. Dadurch trifft die Krötenembryos mehr UV-B-Strahlung der Sonne und schwächt ihre Abwehrkräfte. Dies wiederum führt dazu, dass bis zu 80 Prozent des Amphibien-Nachwuchses von einem Pilz dahingerafft werden. In der Zeitschrift „Nature“ fordern die Forscher eine Kehrtwende zu alternativen Energien, um die Artenvielfalt der Erde zu bewahren.

JOHN MACGREGOR / PETER ARNOLD

Nordkröte

AFP/DPA

Radrennfahrer bei der Tour de France

FITNESS

Honig macht mobil

Den Honig sollte Jan Ullrich nicht vergessen, wenn er die nächste Tour de France gewinnen will. Ernährungswissenschaftler von der University of Memphis haben jetzt herausgefunden, dass Honig genauso viel Energie liefert und die Ausdauer der Fahrer stärkt wie herkömmliche Sportlernahrung aus Glukose. In der Studie mussten Radrennfahrer drei 64-Kilometer-Zeitfahren absolvieren. Dabei brauchte die Gruppe, die unterwegs Placebo-Präparate genommen hatte, über drei Minuten länger als die Fahrer mit Honig als Proviant. Gegenüber den gängigen industriell hergestellten Glukose-Zubereitungen hat das Naturprodukt einen Vorteil: Honig wirkt sich nicht so drastisch auf den Blutzuckerspiegel aus.

VERKEHR

Mit Sonne durch Indien

Längst treten viele Rikscha-Fahrer nicht mehr selbst in die Pedale. In Indien knattern Tausende motorisierte Varianten durch die Straßen und verpesten die Luft. Eine Solar-Rikscha soll das Smog-Problem lösen. Gebaut hat sie der Brite Malcolm Moss, 57. Vier Jahre hat der Geschäftsmann an dem Prototyp gebastelt, jetzt soll die Rikscha ihre Tauglichkeit auf einer rund 700 Kilometer langen Teststrecke zwischen Delhi und Udaipur beweisen. Die Solarzellen liefern so viel Leistung wie fünf Radfahrer, und der Elektromotor beschleunigt das Mobil auf 30 Stundenkilometer. So schnell wird sich der Qualm aber nicht verziehen. Denn die Solar-Rikscha kostet 30 000 Mark, eine handelsübliche Droschke dagegen nur 4500 Mark.

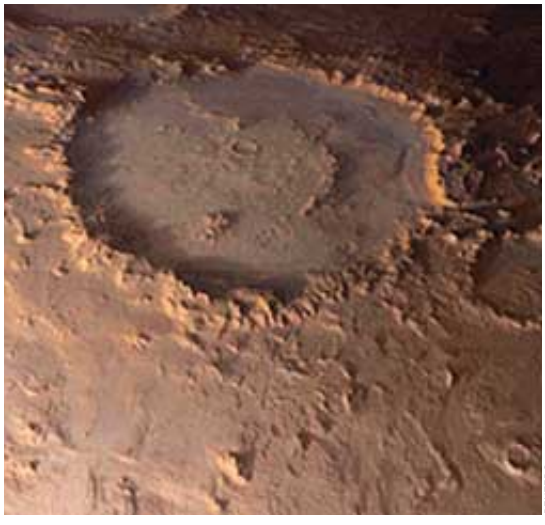
GORDON FOAT / FUTUREENERGIES.COM

Testfahrt einer Solar-Rikscha

RAUMFAHRT

Maurer auf dem Mars

Wie die ersten Menschen zum Mars kommen werden, wissen die Forscher noch nicht so genau. Aber woraus sie ihre Häuser auf dem unwirtlichen Planeten bauen werden, ist schon einmal geklärt. Wie das britische Wissenschaftsmagazin „New Scientist“ berichtet, hat der US-Chemiker Richard Kiefer gemeinsam mit Nasa-Forschern einen Baustoff entwickelt, der kommende Mars-Kolonisatoren vor kosmischen Strahlen schützen soll. Da die Raumfähren aber nicht ganze Paletten voller Steine transportieren können, haben die Forscher eine Art Ziegel entwickelt, der auf dem Mars produziert werden kann. Das Geheimnis: eine Mischung aus Mars-Staub und Polyethylen-Pulver, die eine halbe Stunde bei 110 Grad Celsius gebacken wird. Kiefer ist sicher, dass die Ziegel gebraucht werden: „Vielleicht werden die Menschen in ein paar Jahrzehnten zum Mars fliegen – und dann werden sie lange bleiben.“



REUTERS

Mars-Krater

MEDIZIN

Kobragift bei Rinderwahn

Mit gezielten Eingriffen ins Immunsystem lässt sich möglicherweise die Ausbreitung der für den Rinderwahn (BSE) und die Creutzfeldt-Jakob-Krankheit (CJK) verantwortlichen Erreger im Körper verzögern. Dies gelang Forschern aus Edinburgh bei der mit BSE verwandten Scrapie-Krankheit, indem sie einen Bestandteil von Kobragift in Versuchsmäuse injizierten. Verursacht wird das Hirnleiden sowohl bei Schafen und Kühen als auch bei Menschen durch bestimmte infektiöse Eiweißstoffe. Diese gelangen über den Darm in den Körper, vermehren sich in den Lymphknoten und wandern über die Nervenbahnen ins Gehirn, wo sie einen unaufhaltsamen Zerstörungsprozess in Gang setzen. Nachdem das Schlangengift injiziert wurde, infizierten die Forscher die Mäuse mit den Erregern. Symptome der Krankheit traten aber erst mit deutlicher Verspätung auf. Nachdem die Wissenschaftler bislang vor allem den Krankheitsverlauf von BSE und CJK untersuchten, weisen die im Fachblatt „Nature Medicine“ veröffentlichten Studien nun auf mögliche Wege zu einer frühen Therapie der tödlichen Infektionen hin.

Werbeseite

Werbeseite

AUTOMOBILE

Totschläger im Lenkrad

Auf 1000 Autoinsassen, denen der Airbag bei Unfällen das Leben rettet, kommen 57, die er erschlägt. Lange haben die Hersteller das Problem verdrängt. Jetzt zwingt der amerikanische Gesetzgeber sie zum Handeln. Die Prallsäcke müssen sich künftig sanfter entfalten oder im Notfall abschalten.

Ein Pathologe hätte vielleicht auf einen Fenstersturz aus dem fünften Stock getippt oder auf einen brachialen Keulenschlag: In der Schädelbasis der Toten klaffte ein gewaltiger Spalt.

Tatsächlich war der 47-jährigen Jennifer Reichardt aus Liverpool ein eher unspektakulärer Verkehrsunfall zum Verhängnis geworden. Nur etwa 30 Stundenkilometer fuhr sie mit ihrem Rover, als sie mit einem ebenso langsamen Opel kollidierte – eine Unfallkonstellation, bei der die Anwaltsgehilfin mit etwas Glück mit einigen Schrammen hätte davonkommen können.

Die Fahrerin des Rover hatte das Pech, ein modernes Gerät zur Minderung der Unfallschwere an Bord zu haben. Zu dicht, so die spätere Unfallanalyse, war die Frau am Lenkrad, als sich der Airbag entfaltete. Statt sie aufzufangen, erschlug er sie.

Nicht unbeträchtlich ist die Zahl der Fälle, in denen der als Lebensretter konstruierte Prallsack exakt das Gegenteil von dem macht, was er eigentlich tun sollte. Die amerikanische Verkehrssicherheitsbehörde National Highway Traffic Safety Administration errechnete nach Unfallanalysen eine eindrucksvolle Bilanz: Auf 1000 durch den Airbag gerettete Autoinsassen, kommen etwa 57 Airbag-Opfer.

Die meisten Autofahrer und Passagiere unterschätzen das Gefahrenpotenzial des Luftsacks oder kennen es überhaupt nicht. Werbefilme zeigen Crashversuche meist in Zeitlupe. Die Airbags entfalten sich darin scheinbar sanft wie Schmusekissen. „Da kriegen die Leute den Eindruck, man sei nachher schöner als vorher“, ärgert sich Professor Klaus Langwieder, Crashexperte vom Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV).

In der Wirklichkeit schießen die Prallsäcke mit ohrenbetäubenden Explosionen aus ihren Gehäusen hervor. Binnen 20 oder maximal 30 Millisekunden muss das Schutzpolster voll aufgeblasen sein.

Dieser Zeitdruck führt dazu, dass der Airbag beim Entfaltungsvorgang ein hochaggressives, lebensgefährliches Instrument ist. Schützen kann er nur den, der Distanz zu ihm hält. Wer sich näher als zehn Zentimeter vom Öffnungsdeckel des Airbags aufhält, schwebt in akuter Lebensgefahr. Einem Beifahrer, der sich nach vorn beugt, um sich die Schuhe zu schnüren oder etwas im Handschuhfach zu suchen, droht unweigerlich ein Schädel- oder Genickbruch; die Entwickler sprechen von einem Passagier „out of position“ (siehe Grafik).

Vor allem der Beifahrer-Airbag, dessen Entfaltungswucht häufig Kinder erschlägt, kam bei den Experten zunehmend in Verruf. Er muss ein enormes Gasvolumen von rund 130 Litern aufbauen, mehr als doppelt so viel wie ein Fahrer-Airbag, und hat deshalb beim Entfalten auch eine weit größere Zerstörungskraft.

Strittig ist, wie oft er überhaupt hilft – auch bei korrekt platzierten Passagieren. Einigkeit herrscht nur darüber, dass von ihm weit weniger Nutzen und weit mehr Schaden ausgeht als vom Airbag auf der Fahrerseite.

Denn der Fahrer würde trotz Gurt bei vielen Unfällen gegen das Lenkrad pral-

len. Der stoßdämpfende Luftsack bewahrt ihn eindeutig vor schweren Kopf- und Gesichtsverletzungen. Beim Beifahrer hingegen ist die Situation ganz anders. Der Airbag soll hier lediglich dazu dienen, eine Überdehnung des Nackens beim Aufprall zu verhindern – angesichts der erwiesenen Verletzungsrisiken, die das gewalttätige Luftkissen birgt, eine eher bescheidene Schutzfunktion.

Schon melden einige Versicherer Zweifel am Sinn des zweiten Luftkissens an. Laut GDV-Sprecher Klaus Brandenstein haben Unfalluntersuchungen gezeigt, „dass Beifahrer bei einem Crash in der Regel nicht auf den Schutz eines Front-Airbags angewiesen sind“. Hartmuth Wolff, Forschungsleiter beim Münchner Allianz Zentrum für Technik, behauptet, Beifahrer-Airbags seien nur bei Kleinstwagen wie dem Smart sinnvoll, da dort mangels Knautschzonen weit stärkere Verzögerungskräfte den Nacken belasten. Ob ein Insasse einen bestimmten Unfall auch ohne Airbag überlebt hätte, können die Gutachter jedoch nicht genau beurteilen.

Die kritische Einstellung der Versicherer rührt nicht zuletzt auch daher, dass ihnen durch die Prallsäcke enorme Instandsetzungskosten entstehen. Ein Feuerwerk aller Luftsäcke kostet in einem modernen Auto oft über 10 000 Mark, und das, obwohl in der Regel die meisten der zu schützenden Personen gar nicht an Bord sind. Bilanz einer Unfalluntersuchung des GDV: „Durch unnötige Auslösungen von Beifahrer-Airbags verpuffen in Deutschland jedes Jahr sinnlos rund 70 Millionen Mark.“

Mercedes rüstet seine Fahrzeuge inzwischen mit Sitzbelegungserkennungen aus, um unnötige Airbag-Schüsse ins Leere zu vermeiden. Zugleich aber beteuert der dortige Leiter der Sicherheitsentwicklung, Rodolfo Schöneburg, ein rein ökonomisches Kalkül um die Prallsäcke lehne er ab. Die werksinternen Unfallanalysen belegen aus seiner Sicht klar, „dass der Beifahrer-Airbag bei schweren Unfällen eine sehr hohe Schutzfunktion hat“. Gleiches gelte für die inzwischen von vielen Herstellern angebotenen Seiten- und Kopf-Airbags. Auch hier könnten die Unfallforscher „positive Effekte“ erkennen.

Vor allem müssen sie sich aber nun der Bekämpfung der negativen Effekte widmen. Als erstes Land der Welt werden die USA vom Jahr 2003 an den Schutz vor Airbag-Fehlauslösungen gesetzlich vorschreiben. Von da an gilt dort der verschärfte Sicherheitsstandard Nummer 208, an dessen Erfüllung alle Hersteller zur Zeit schwer knabbern.

Prüfvorschriften, die absurd anmuten, werden dort für alle Pkw-Typen zur Pflicht. Zu den Testkonstellationen zählen etwa „statische Prüfungen“, also solche, bei denen das Auto ganz still dasteht, statt gegen Barrieren oder Pfähle zu krachen. Innen steht oder kniet ein Kinderdummy vor dem Beifahrersitz, die Brust oder den Kopf gegen das Armaturenbrett gelehnt.

In diesen Situationen muss sich der Airbag entweder automatisch abschalten oder aber so sanft entfalten, dass er das Kind nicht verletzt.

Verzweifelt arbeiten derzeit die Ingenieure bei Herstellern und Zulieferern an beiden Lösungen. Bei Siemens, einem der Lieferanten von Airbag-Elektronik, wird ein Kamerasystem erprobt, das die Sitzpositionen der Insassen ununterbrochen überwacht. Noch allerdings kämpfen die Techniker mit großen Problemen. „Man muss sich seiner Sache schon sehr sicher sein, ehe man sich entscheidet, einen Airbag nicht zu zünden“, erklärt Jürgen Goetz, verantwortlich für die Sicherheitssysteme bei Siemens Automotive.

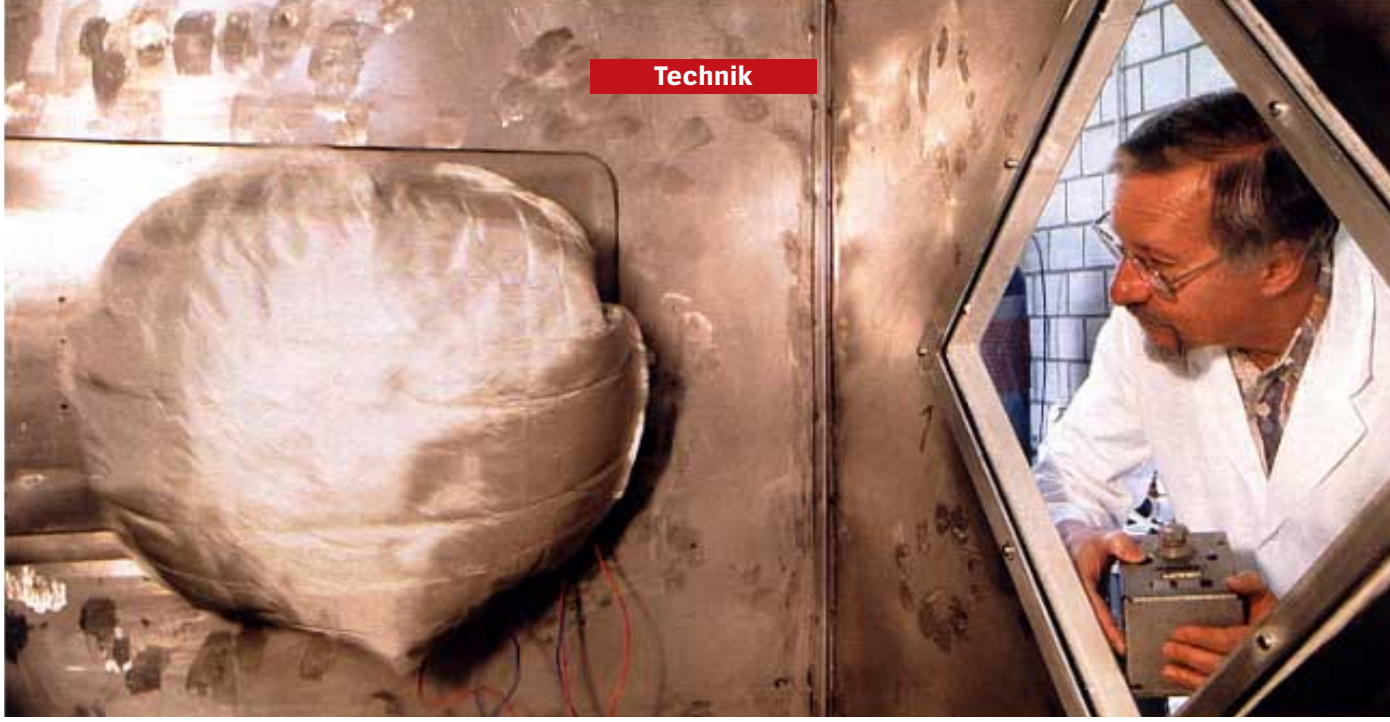
Bislang ist es zum Beispiel unmöglich, mit der Kamera zu erkennen, ob ein Beifahrer zu weit nach vorn gebeugt ist oder nur einen Blumenstrauß auf dem Schoß hat, den zu zerquetschen völlig ungefährlich wäre.

Unfallwagen von Jennifer Reichardt, tödlicher Airbag
Ein hochaggressives, lebensgefährliches Instrument

Knüppel aus dem Sack
Gefährliche Airbag-Zündungen

Den Automobilherstellern wäre deshalb die andere Lösung lieber. „Ich will den Airbag nach Möglichkeit gar nicht abschalten“, sagt Mercedes-Entwickler Schöneburg, auch wenn er weiß, dass ihn dies vor noch größere technische Probleme stellt.

„Low risk deployment“ heißt der Schlüsselbegriff für eine sanfte Aktivierung der Sprengladung, die sogar völlig falsch platzierte Insassen schont. Den ersten Schritt in diese Richtung ging DaimlerChrysler mit der Einführung eines zweistufigen Zündsystems. Abhängig von der



ULI DECK / DPA

Airbag-Prüfkammer im Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie: *Angst vor dem „Anschuss“*

Aufprallwucht und von der Information aus den Gurtschlössern, ob die Insassen angeschnallt sind, feuert der Airbag zuweilen nur mit halber Kraft.

Das Prinzip lässt sich noch deutlich verfeinern, etwa mit Sensoren, die das Körpergewicht der Insassen ermitteln. Derzeit schreckt es jedoch die Helfer der Feuerwehren und Rettungsdienste. Denn in Einzelfällen kam es zu Fehlauslösungen der zweiten Stufe nach dem Aufprall. Bei der Bergung der Unfallopfer lauert somit Lebensgefahr.

Doch schon ganz simple, mechanische Verbesserungen könnten das Verletzungspotenzial deutlich verringern. Entscheidend ist unter anderem die Faltung des Airbags im Gehäuse. Bislang legten die Konstrukteure die Hülle zusammen wie den Balg einer Ziehharmonika. Bei der Explosion saust zunächst das ganze Paket in den Innenraum und entfaltet sich dort mit enormer Gewalt. Fachleute sprechen von einem „starken Anschuss-Verhalten“.

Mercedes-Entwickler Schöneburg plädiert inzwischen für eine Raff-Faltung, bei der die Lagen nebeneinander statt übereinander gestapelt werden. Sie habe „so gut wie keinen Anschuss mehr“, verheddere sich aber noch gelegentlich beim Aufblasvorgang.

Unnötig viel Energie benötigen die Prallsäcke noch zum Durchstoßen der Abdeckklappe. In nur sieben Millisekunden muss der ausbrechende Luftbeutel das Material aufgeknackt haben. Und die Design-Vorgaben der Hersteller machen es den Zulieferern oft unnötig schwer. Deckel ohne sichtbare Nut sind zurzeit in Mode, jedoch noch schwerer zu öffnen. Mit bis zu 750 Kilogramm knüppelt der Sack gegen die Kunststoffschale. Das macht ihn beim Austritt unnötig aggressiv.

Zudem entstehen unerwünschte Nebeneffekte: Beim neuen Ford Mondeo bildete sich als Folge der brachialen Öffnung eine zu scharfe Bruchkante, die den Airbag beim Entfalten aufscheuerte und Ford zu Nachbesserungen zwang.

Inzwischen arbeiten die Zulieferer an eleganteren Öffnungsmechanismen, bei denen sich die Klappe etwa wie eine Schiebetür öffnet, ehe der Luftsack entweicht. Der gefährliche Anschuss-Impuls könnte dadurch deutlich abgeschwächt werden.

Darüber hinaus steht ein zweistufiges Zündsystem zur Diskussion, bei dem grundsätzlich erst eine schwache Dosis zur Explosion kommt. Schnüre im Inneren des sich entfaltenden Sacks ziehen dann Schaltbolzen aus einem Schloss und geben damit den Zündbefehl für die zweite Stufe. Stößt die Hülle dagegen schon während der ersten Zentimeter auf ein Hindernis, werden manche der Bolzen nicht zur vorgesehenen Zeit gezogen; die zweite Stufe schaltet sich automatisch ab.

Über zwei Jahrzehnte nach der Einführung der ersten Prallsäcke gehen die Hersteller damit nun Probleme an, die sie längst gelöst haben müssten. Mehr vom Marketing als von sicherheitstechnischer Notwendigkeit motiviert trieben sie in den vergangenen Jahren die Entwicklung von Kopf-, Tür- und Sitzlehnen-Airbags voran, statt die vorhandenen Systeme konsequent abzusichern.

Zu lange wurden die tödlichen Auslöser bagatellisiert oder auf das Fehlverhalten der Kunden geschoben – und dies obwohl sich keineswegs nur nachlässige Insassen „out of position“ befinden. Für manche Autofahrer bedeutet ihre ganz normale Sitzposition ständige Lebensgefahr durch den Airbag.

So zählt zu den neuen amerikanischen Testdisziplinen erstmals auch ein Crashversuch mit einer Dummypuppe am Steuer, die der so genannten „Fünf-Prozent-Frau“ entspricht, einer 48 Kilogramm leichten Person mit 150 Zentimeter Körpergröße. Solche Fahrerinnen sitzen naturgemäß sehr nah am Steuer, manche sogar ständig im lebensgefährlichen Anschuss-Bereich.

Ein Risiko, das die Hersteller lange völlig verschwiegen hatten, wird inzwischen sogar schriftlich zugegeben. Ein internes Volkswagen-Papier nennt als eines der Ziele der neuen Tests die „Reduzierung des Risikos für Kleinkinder, Kinder und kleine Erwachsene vor Verletzungen und Tötungen durch den Airbag“.

Zu deutlich sind die Indizien aus der Unfallforschung. Die vor einem Jahr in England verunglückte Rover-Fahrerin Reichardt hatte als Unfallgegner einen Opel älteren Baujahrs. Dessen Fahrer stieg nahezu unversehrt aus. Er hatte sich lediglich die Lippe aufgeschnitten. Sein Fahrzeug hatte noch keinen Airbag.

Christian Wüst

Werbeseite

Werbeseite

INTERNET

Frühling im Netz

Neue Adressen, neue Sprachen: Die lange angekündigte Generalüberholung des Internet beginnt. Doch die Reformen stiften womöglich noch größere Verwirrung.

Es war eine schwere Geburt. Gern erinnert sich Vint Cerf an jene heldenhaften Tage, da er widerspenstigen Großrechnern beibrachte, miteinander zu kommunizieren.

Cerf, 57, gilt als einer der Väter des Internet. Anfang der Siebziger schuf er mit seinen Kollegen die Universalsprache der Datenübermittlung, ohne die keine E-Mail ihren Empfänger erreichen würde: das Übertragungsprotokoll „TCP“.

Doch was der Netzveteran damals leistete, ist ein Kinderspiel verglichen mit seinem heutigen Job: Jetzt soll er die Kommunikation von mehr als 100 Millionen Internet-Rechnern weltweit organisieren.

Cerf, dessen Name man ausspricht wie die Aufforderung „Surf!“, ist ein charismatischer Dandy, der schon seit seiner Schulzeit in Jackett und Krawatte auftritt. Im Hauptberuf ist er Vizepräsident beim Telekommunikationsgiganten Worldcom, nebenberuflich ist er Chef des Internet. Genauer: Vorsitzender der Netzverwaltung Icann, die 1998 von der US-Regierung aus dem Boden gestampft wurde.

Die ersten beiden Jahre war die Icann vor allem mit ihrer Selbsterfindung beschäftigt und taumelte von einer Identitätskrise in die nächste: Die gemeinnützige Firma mit Sitz im Hafenörtchen Marina del Rey bei Los Angeles verwalte nur ganz brav die Internet-Namen, wird Cerf nicht müde zu betonen. Kritiker dagegen sehen die Icann als selbstherrliche Internet-Regierung ohne Mandat: Nur 5 von 19 Direktoren sind durch eine ohnehin umstrittene Online-Wahl legitimiert. Wahlbeteiligung: weit unter einem Promille. „Die haben eine Scheindemokratie aufgebaut, die die Öffentlichkeit in Atem hält“, sagt Michael Schneider, 38, Netzpionier und Mitglied eines Icann-Beratungsgremiums namens „Names Council“. „Aber während wir beraten, werden die Entscheidungen von einem kleinen Zirkel im Hinterzimmer getroffen.“

Internet-Chef Cerf
Zähmung renitenter Nutzer

STEPHEN J. BOITANO / AP

SIMON WAN / SINOPIX

Chinesische Tastatur: *Das Netz wird babylonisiert*

Nach Jahren der Nabelschau beginnen nun einige längst überfällige Renovierungsarbeiten im Internet – allerdings wiederum vom Hinterzimmer aus. Seit letzter Woche, so die Verheißung, ist das Internet international. Bislang sind Homepages ausschließlich mit dem US-Zeichensatz ASCII auffindbar. Seit dem 5. April jedoch könnten Netzadressen wie etwa „www.allah.com“ mit arabischen Schriftzeichen reserviert werden, auch Thai und Hebräisch sind nun möglich – allerdings nach wie vor gefolgt von herkömmlichen Endungen wie „.org“, „.net“ oder „.com“. Viele Beobachter sind verärgert: Verisign, mit 28 Millionen Netzdomains der größte Anmeldedienst der Welt, drückt damit ohne internationale Abstimmung einen eigenen Standard durch, mit Duldung der Icann.

Risiken und Nebenwirkungen: Das Internet, einst ein globaler Datenraum, könnte babylonisiert werden, zersplittert in regionale Unternetze. Denn um die neu zugelassenen Zeichen zu verstehen, braucht ein Computer spezielle Plug-in-Programme. Und wer einen chinesischen Domainnamen mit Hilfe einer deutschen Tastatur ansteuert, muss zukünftig Kauderwelsch wie etwa „www.bq--3b7vcv67.com“ eintippen.

Die neue Unübersichtlichkeit erfasst bald auch die Endungen von Internet-Adressen, die so genannten Top-Level Domains (TLD) wie „.com“ oder „.de“. Noch im Laufe dieses Jahres sollen insgesamt sieben neue TLDs hinzukommen, darunter „.name“ für Privatpersonen und „.aero“ für Fluglinien (siehe Grafik).

Doch während Cerfs Surf-Verein noch immer mit der Einführung zögert, werden auf einem grauen Markt bereits etliche neue TLDs feilgeboten. „Die Icann führt die ganze Welt am Nasenring herum, jetzt entwickeln wir unsere eigene Lösung“, sagt Pascal Bernhard von der Agentur Cube, die seit Anfang März den Dienst „beat-nic.de“ anbietet, bei dem Internet-Nutzer sich Namen mit 20 neuen Endungen reservieren können, von „.auto“ bis „.oeko“.

Die Anmeldung ist kostenlos, hat jedoch einen entscheidenden Nachteil: Gefunden werden die alternativen Namen nur von Surfern, die eine Einstellung am Rechner ändern – vielen dürfte das zu kompliziert sein. „Damit riskieren wir ein Zerfallen des Internet zu einer Kleinstaaterei“, warnt Michael Froomkin, Juraprofessor in Miami und Mitgründer der Netzbürgerbewegung Icannwatch, „aber Schuld daran ist allein das Taktieren der Icann.“

Cerf langweilen derlei Debatten. „Viele Leute sind völlig fixiert auf ihren Domainnamen“, sagte er bei seinem Cebit-Besuch. „Aber es wird nie genügend eingängige Namen geben. Wer auf gute Suchmaschinen setzt, kommt viel eleganter ans Ziel.“

Cerf schwärmt stattdessen lieber von seinem neuen, extravaganten Traumziel, bei dem es nur widerspenstige Maschinen zu zähmen gilt, keine renitenten Netznutzer: ein interplanetares Internet im Weltall.

HILMAR SCHMUNDT

Erweiterte Vielfalt

Neue Sprachen und Domains im Internet

DER SPIEGEL

Existierende Top-Level Domains

- .com, .org, .edu, .net, .gov, .mil, .int, .de sowie 242 weitere nationale und regionale Endungen

Neue Sprachen bei .com, .net und .org

- Hebräisch, Griechisch, Georgisch, Thai, Arabisch, Japanisch, Chinesisch, Russisch, Polnisch, Tschechisch u. a.
  Beispielanbieter: www.verisign.com

Neue geplante offizielle Top-Level Domains

- .biz, .info, .name, .pro, .coop, .aero, .museum

Mögliche neue inoffizielle Top-Level Domains

- .auto, .bahn, .buch, .edv, .musik, .oeko u. a.
  Beispielanbieter: www.beat-nic.de oder www.new.net

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

RECYCLING

Leben nach der letzten Spülung

In Berlin zerlegen Roboter Waschmaschinen in Einzelteile und trennen Wiederverwertbares vom Müll – in Zukunft sollen sie sogar Autos ausschlachten.

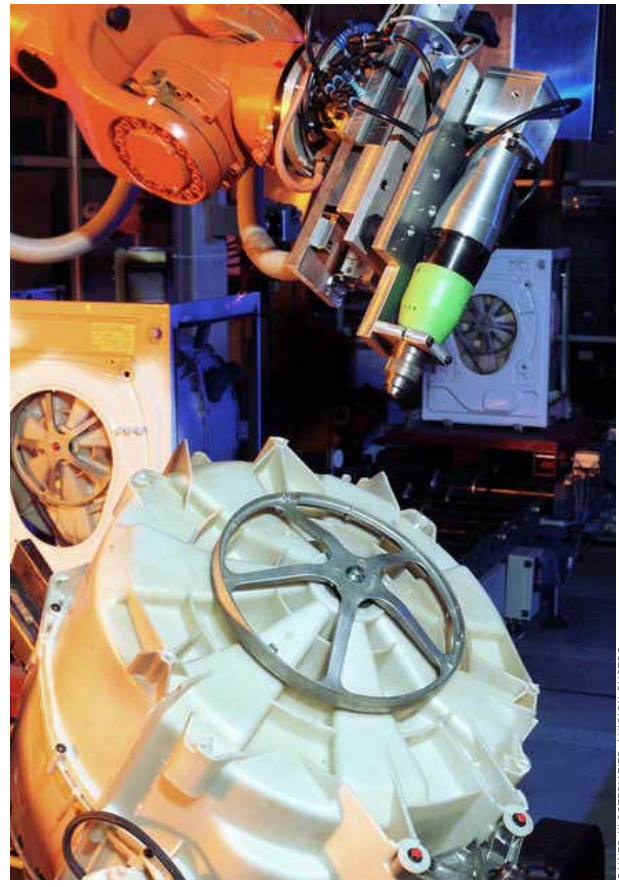
Die Versuchshalle der Technischen Universität Berlin (TU) in der Pascalstraße 8–9 sieht nicht gerade aus wie ein typisches Forschungslabor. Auf den Tischen liegen alte Bildröhren und Autoanlasser, auf dem Boden stapeln sich kaputte Waschmaschinen auf Holzpaletten. Doch hier werkelt nicht der Hausmeister. Inmitten des Schrotts rackern drei orangefarbene Roboter – Herzstücke eines millionenschweren Projekts: eine einzigartige Demontageanlage, die nahezu vollautomatisch Waschmaschinen zerlegt und wieder verwertbare Bauteile aussortiert.

Wenn der Diplomingenieur Bahadir Basdere, 27, in eine kaputte Waschmaschine guckt, blickt er in ein Ersatzteillager: „Da kann man so viel weiterverwenden: den Motor, die Laugenpumpe oder das Magnetventil, das den Wasserzulauf steuert – ist doch viel zu schade zum Wegwerfen“, sagt der Geschäftsführer des Sonderforschungsbereichs 281 „Demontagefabrik“. Doch das interessiere höchstens ein paar Kleinbetriebe und Hobby-Schrauber, „eine industrielle Wiederverwertung der Teile gibt es noch nicht, denn das ist teuer und schwere Arbeit“.

Bislang erwartet Waschmaschinen nach der letzten Spülung oft ein trauriges Schicksal: der Weg in den Schredder. Ein buntes Granulatgemisch aus Metall, Plastik, Beton und Glas ist alles, was von ihnen danach übrig bleibt. „Die Firmen wollen neue Geräte verkaufen“, sagt Projekt-Sprecher Günther Seliger, 54, „die haben kein Interesse an der Reparatur alter Maschinen.“

Otmar Frey, Leiter der Abteilung Umweltschutzpolitik beim Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI), bestätigt diese Vermutung. Es sei ökologisch gar nicht sinnvoll, eine zehn Jahre alte Waschmaschine zu reparieren, beteuert er: „Die verbraucht doch viel mehr Energie und Wasser als moderne.“ Basdere rechnet anders: „Man muss in der Ökobilanz auch die Energie für die Herstellung und die Gewinnung der Rohstoffe berücksichtigen – das ist weitaus mehr, als die Maschinen zum Waschen benötigen. Deshalb ist es umweltfreundlicher, ein Gerät so lange wie möglich zu benutzen.“

Trotz aller Abneigung könnte die Berliner Demontagefabrik auch für die Hersteller bald interessant werden: falls nämlich die EU die seit langem angekündigte Elektroschrottverordnung beschließt, die die Unternehmen zur Rücknahme von Waschmaschinen, Kühlschränken und anderen Apparaten zwingen soll. Rund 15 Millionen solcher Geräte landen nach ZVEI-Schätzung pro Jahr auf deutschen Müllkippen. Deshalb könnte sich eine Anlage, die billig Rohstoffe vom Abfall trennt, für die Betriebe lohnen. Interessenten gibt es bereits: Die Bosch-Siemens Hausgeräte GmbH begleitet das Berliner Projekt, und sogar ein Waschmaschinen-Hersteller aus Australien hat sich schon bei den deutschen Wissenschaftlern gemeldet.



RAINER KLOSTERMEIER / VISION PHOTOS

Roboter, Waschmaschinen-Trommel im Berliner TU-Labor
Herzstück eines Millionenprojekts

Möglich wird die neue Form der Demontage durch eine aufwendige Technik: Ein Rollensystem transportiert die Waschmaschine an drei Robotern vorbei. Die trennen zunächst die Seitenwände des Gehäuses mit einem Plasmazerstrahler heraus. Danach zerschneiden sie mit einer Hydraulikschere die Stoßdämpfer und die Aufhängung des Schwingsystems der Maschine, das unter anderem die Trommel und den Motor enthält, und nehmen es aus dem Gehäuse heraus.

Um den Motor von der Trommel zu trennen, benutzen die Roboter ein spezielles Berliner Werkzeug, auf das die Entwickler besonders stolz sind. „Das Gerät löst alle Arten von Schrauben – auch wenn sie rostig sind oder ihre Kerbe kaum noch vorhanden ist“, sagt Seliger. Der Trick: Mit seiner Spitze schlägt der Schrauber einfach wie ein Presslufthammer eine neue Kerbe in den Kopf der Schraube und dreht sie heraus.

Doch dazu muss der Roboter die Schrauben erst einmal finden, die an jedem Modell an anderen Stellen sitzen. „Dafür haben wir ihm eine Kamera eingebaut“, sagt Basdere. „Die Bildverarbeitung erkennt die Schrauben entweder an ihrer Form oder an einem leuchtenden Lack, der schon heute zum Markieren eingesetzt wird.“ Einfacher wäre es allerdings, wenn die Roboter die Baupläne kennen würden. Basdere: „Die könnte sich der Steuerungscomputer später über das Internet bei den Herstellern besorgen.“

Rund zwei Minuten dauert die Demontage. Ganz ohne Menschen funktioniert sie jedoch noch nicht: „Jemand muss das System überwachen“, sagt Basdere. „Außerdem brauchen wir zwei Arbeiter, die die Abdeckplatte abnehmen, die Kabel im Innenraum durchschneiden oder die Laugenpumpe ausbauen.“ Das den Robotern zu überlassen, sei technisch zwar schon möglich, aber noch zu teuer.

Bis Ende 2003 haben die Forscher mindestens noch Zeit, ihr Projekt weiterzuentwickeln. So lange unterstützt es die Deutsche Forschungsgemeinschaft mit drei Millionen Mark pro Jahr. 9 Professoren, 21 wissenschaftliche Mitarbeiter und 20 Studenten tüfteln mit an der Demontagefabrik: Ingenieure planen die Maschinen, Wirtschaftswissenschaftler errechnen, wie sie rentabel eingesetzt werden könnten, und Architekten planen die Gebäude dafür. „Als nächstes wollen wir Kühlschränke auseinander nehmen, später einmal auch Anlasser und Lichtmaschinen“, sagt Basdere. Sein Traum sei es, mal ein ganzes Auto in der Anlage zu zerlegen, „doch das ist noch eine Vision“.

Mehrfach haben Basderes Kollegen ihm schon vorgeschlagen, das einmal mit seinem Smart zu versuchen, doch der Ingenieur ignoriert beharrlich solche Frotzeleien: „Das Auto ist gerade mal 5000 Kilometer gefahren. In zehn Jahren können wir wieder darüber reden – dann ist unsere Technik hoffentlich auch so weit.“

TORBEN MÜLLER

Werbeseite

Werbeseite

Schlagzeilen über epidemiologische Studien: *„Die schlechten Nachrichten sind für die Journalisten oft die guten Nachrichten“*

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Datenfischen ist verbreitet“

Der Mainzer Epidemiologe Jörg Michaelis über Elektrosmog, Leukämie und die Tücken medizinischer Statistiken

SPIEGEL: Herr Professor Michaelis, die Erkenntnisse Ihres Fachs schüren eine Epidemie der Ängste. Grundlage sind epidemiologische Studien, die Kaffeegenuss für Bauchspeicheldrüsenkrebs, fettreiches Essen für Herzkrankheiten oder Antibabypillen für Thrombosen verantwortlich machen. Häufig genug folgen wenig später Studien, die genau das Gegenteil behaupten. Wie erklärt sich das?

Michaelis: Widersprüche kommen oft dadurch zu Stande, dass bei epidemiologischen Studien sehr umfangreich Daten erhoben werden. Da werden Bögen mit Hunderten von Fragen fabriziert. Dann hat man das statistische Problem, dass bei der Auswertung von allen möglichen Dingen immer auch Zusammenhänge aufscheinen, die sich zufällig aus den Zahlen ergeben.

SPIEGEL: Sie meinen, die Zusammenhänge sind oft bloß zufälliger Natur?

Michaelis: Ja. Und diese Dinge werden dann häufig als ein entscheidendes Ergebnis einer Studie herausgestellt. Die Daten werden schon deshalb so extensiv analysiert, weil diese Studien meist Hunderttausende oder Millionen Mark kosten. Da will man natürlich die Daten, die man alle gesammelt hat, auch auswerten. Die möglicherweise zufällig beobachteten Ergebnisse muss man aber – das ist der Knackpunkt – methodisch in einer weiteren Studie untersuchen. Und die kann dann eben das Gegenteil erbringen.

FRITZ STOCKMEIER / ARGUM

Jörg Michaelis
gilt als einer der führenden Epidemiologen in Deutschland. Er ist Direktor des Instituts für Medizinische Statistik und Dokumentation der Universität Mainz. Zu seinen Hauptforschungsgebieten zählt die Krebsepidemiologie. Michaelis, 60, ist Verfasser und Mitautor zahlreicher Studien über mögliche Ursachen kindlicher Leukämien.

SPIEGEL: Die Epidemiologie hat große Verdienste. Sie hat beispielsweise aufgedeckt, dass Tabakrauch, Asbest und radioaktive Strahlung aus Atomversuchen Krebs auslösen. Andererseits gab es auch Pleiten. Nach 4000 sehr schweren Missbildungen entdeckten zwei Psychologiestudentinnen in Hamburg eher zufällig den Zusammenhang mit dem Schlafmittel Contergan. Wäre solch eine Katastrophe in Deutschland heute noch denkbar?

Michaelis: Befriedigend ist die Situation noch immer nicht. Wir sollten ein flächendeckendes Fehlbildungsregister einrichten, das als Frühwarnsystem funktionieren könnte. Das haben wir leider noch nicht.

SPIEGEL: Wo sehen Sie die Zukunft der Epidemiologie?

Michaelis: Die Hoffnung und vielleicht auch Zukunftsperspektive für uns liegt darin, die Epidemiologie mit den genetischen Methoden zu verbinden. Auf diese Weise könnten die Vorhersagen präziser werden.

SPIEGEL: Wie sieht das im Einzelnen aus?

Werbeseite

Werbeseite

Michaelis: Das kann man am Beispiel Rauchen schön zeigen. Jeder von uns kennt Kettenraucher, die 90 Jahre alt werden; andere hingegen bekommen ihren Lungenkrebs im Alter von 50 Jahren. Vielleicht kann man künftig die genetische Veranlagung besser dingfest machen. Zudem ließen sich Krankheiten gezielt vermeiden: Dem einen Menschen könnte man seine Zigaretten oder seinen Alkohol erlauben, weil sein Körper damit besser fertig wird. Umgekehrt müsste man den anderen auf sein ganz spezielles Risiko hinweisen.

SPIEGEL: Das ist noch ein bisschen Zukunftsmusik. Im Augenblick stößt die Epidemiologie an Grenzen, zum Beispiel mit den großen Studien zum Thema Ernährung. Die laufen über viele, viele Jahre, in denen sich die Lebensgewohnheiten der Menschen oft ändern. Typisches Beispiel ist die so genannte Framingham-Herzstudie in Amerika, eine der größten Studien zum Thema Ernährung und Herzkrankheiten. Die lief in den ersten zehn Jahren völlig in die Irre, weil man nur das Fett für die Ursache des Herztods hielt. Dann entdeckte man, dass das Rauchen die Zahl der Herzkrankheiten viel stärker beeinflusst. Schließlich kam noch der Bewegungsmangel ins Spiel. Am Ende bleibt eine Binsenweisheit: Iss weniger Fett, rauch nicht, trink nicht zu viel Alkohol und beweg dich!

Michaelis: Sie sagen jetzt Binsenweisheit. Ich würde das positiver formulieren. Die klassischen Risikofaktoren Bluthochdruck, Hypercholesterinämie und Rauchen sind erst seit Framingham solide gesichert. Das Ergebnis zum Rauchen wurde damals sogar vehement angegriffen und nicht ernst genommen. Man wusste nämlich nicht, wie es funktioniert. Den Wirkmechanismus hat man erst 20 Jahre später an Mäusen wirklich aufgeklärt. Das ist ein Punkt, auf den wir gern hinweisen: dass die Epidemiologie der Medizin manchmal voraus ist. Wir machen Beobachtungen, die überraschend sind – und die man auch in Frage stellen kann –, die aber oft Erkenntnisse vorwegnehmen, die dann die Medizin erst nach und nach untermauern kann.

SPIEGEL: Die Folge der Framingham-Studie in Amerika ist, dass die Menschen auf Fett verzichtet haben und mehr Kohlenhydrate futtern. Trotzdem sind sie inzwischen im Durchschnitt deutlich dicker als zu Beginn der Studie vor über 50 Jahren …

Michaelis: … was aber wahrscheinlich mit dem Wohlstand zu tun hat und auch mit gewissen Phänotypen, die in Amerika verbreitet sind. Man sieht dort dicke Menschen, wie sie einem bei uns kaum begegnen. Das ist auch ein kultureller Unterschied.

SPIEGEL: Hier haben wir eben noch nicht so lange McDonald's.

Michaelis: Ja, vielleicht.

SPIEGEL: Sie haben jüngst eine Studie über den möglichen Zusammenhang zwischen Leukämie bei Kindern und elektromagnetischen Feldern, populär Elektrosmog genannt, veröffentlicht. Was ist Ihre Definition von Elektrosmog?

Michaelis: Das ist ein reißerischer und nicht sehr hilfreicher Ausdruck: Smog ist Nebel vermischt mit Abgasen, und das überträgt man jetzt auf elektromagnetische Felder. Dadurch löst der Begriff Ängste aus.

FRANK BRUENDEL / ACTION PRESS

Asbestsanierung: *„Oft sind wir der Medizin voraus"*

SPIEGEL: In Ihrer Studie sehen Sie einen Zusammenhang zwischen Leukämie von Kindern und Magnetfeldern von etwas mehr als 0,4 Mikrotesla, wobei das Magnetfeld der Erde etwa 40 Mikrotesla hat. Auf Grund der kleinen Zahl von nur sechs Kindern, so heißt es in Ihrer Veröffentlichung, sei der Befund statistisch „fast ohne Aussagekraft". Könnte es sich auch hier nur um einen zufälligen Zusammenhang handeln, vergleichbar dem Rückgang der Storchenzahl und dem gleich starken Geburtenrückgang beim Menschen?

Michaelis: Als ich die ersten epidemiologischen Studien zu der Frage der Elektromagnetfelder und Krebs gesehen habe, dachte ich auch eher an die Störche. An einen ursächlichen Zusammenhang habe ich nicht geglaubt. Dann hat sich die Methodik solcher Studien aber über lange Zeit qualitativ entwickelt, bis hin zu den Messungen, die wir jetzt in unseren Studien gemacht haben. In der Zwischenzeit bin ich nachdenklich geworden, weil wir nach der ersten und zweiten Generation jetzt eine dritte Generation von Studien haben. Die kommen weitgehend übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass ein, wenn auch sehr schwacher, statistischer Zusammenhang besteht zwischen relativ starken Feldern und den Leukämien bei Kindern.

Nun könnte man natürlich vermuten, dass vielleicht alle Studien denselben Fehler gemacht haben. Man hat wirklich nach Dingen gesucht, welche die Studienergebnisse als ein Kunstprodukt, als ein Artefakt erklären könnten. Aber trotzdem ist immer noch etwas übrig geblieben, so dass man im Moment, vorsichtig formuliert, sagen muss: Wir haben einen statistischen Zusammenhang.

SPIEGEL: Ihre Studie zeigt auch, dass in 99,8 Prozent der Haushalte kein statistischer Zusammenhang da ist. Und in Großbritannien kommt das National Radiological Protection Board jetzt zu dem Ergebnis, alle bisherigen epidemiologischen Befunde seien zu schwach, den klaren Schluss zu rechtfertigen, die Felder lösten Krebs aus.

Michaelis: Genau das sagen wir auch. Die verfügbare Evidenz reicht nicht dazu aus, den klaren Schluss zu ziehen, dass solche Felder ursächlich für Leukämie sind.

SPIEGEL: Können wir uns ein bisschen zurücklehnen?

Michaelis: Das muss man mal alles sortieren. Die Situation sieht so aus: Wir finden einen schwachen Zusammenhang, der allerdings nur einen minimalen Teil der Bevölkerung betrifft. Wenn der Zusammenhang ein kausaler wäre – was nicht bewiesen ist –, dann wären hiervon nur 3 bis 4 der jährlich 620 Leukämiefälle bei Kindern in Deutschland betroffen. Das ist auf jeden Fall die gute Botschaft.

SPIEGEL: Das Magazin „Focus" aus München betitelt einen Bericht über Ihre Studie „Krebs aus der Stromleitung".

Michaelis: Das ist genau das, was wir nicht erreichen wollten. So ist das mit den Schlagzeilen. Das ist eines der großen Dilemmata der Epidemiologie.

Werbeseite

Werbeseite

SPIEGEL: Gibt es noch ein weiteres?

Michaelis: Das andere Dilemma habe ich vorhin genannt: dass die Autoren selbst oft nicht kritisch genug sind und ihre Ergebnisse kräftig verpacken. Damit möchten sie auch neue Forschungsgelder einwerben oder bekannt werden. Aber das ist dann problematisch, wenn es sich um Überraschungsbefunde handelt. Es ist ganz wichtig auseinander zu halten: Einerseits gibt es eine Primärhypothese, die sie mit ihrer Studie überprüfen wollen. Und dann gibt es das, was wir explorative Datenanalyse nennen. Manche sagen auch ein bisschen despektierlich Datenfischen. Dabei kämmt man also die Daten durch und fischt mit dem Computer irgendetwas heraus.

SPIEGEL: Ist das weit verbreitet?

Michaelis: Das ist verbreitet. Das ist auch legitim. Wenn man eine Studie mit Millionenaufwand gemacht hat, dann soll man die Daten ja auch analysieren. Warum hat man nach der Krankheit der Großmutter gefragt, wenn man es nachher nicht auswertet? Dabei können natürlich auch Sachen rauskommen, die auf den ersten Blick völlig unplausibel erscheinen. Ob es blonde Haare sind, die mit irgendeiner Krankheit korrelieren, oder die Schuhgröße.

SPIEGEL: Dennoch werden solche Scheinbefunde immer wieder veröffentlicht.

Michaelis: Da machen die Epidemiologen oft den Fehler, dass sie ihre Studie auf-

THOMAS SCHMITT / ARGUS

Wohnhaus unter Hochspannungsleitungen: *„Elektrosmog ist ein zu reißerischer Begriff“*

werten wollen und noch ungesicherte Zufallsfunde als definitive Ergebnisse verkaufen. Und dann wird das nachher zur Schlagzeile gemacht. Im Übrigen sind die Medien auch nicht ganz unschuldig, denn sie stehen natürlich unter dem gleichen Erfolgsdruck wie die Wissenschaftler. Die schlechten Nachrichten sind für Journalisten oft die guten Nachrichten. Die Versuchung, die reißerische Schlagzeile zu wählen, ist entsprechend groß. Wir haben bei unserer Pressekonferenz nach der Studie versucht, so etwas zu vermeiden. Es ist auch weitgehend gelungen. Wir haben schon ganz gut rübergebracht, dass man Entwarnung geben kann.

SPIEGEL: Das klingt, als ob man das Kapitel Magnetfelder und Leukämie schließen könnte.

Michaelis: Wir halten es nicht für sinnvoll, dies noch mal mit einer epidemiologischen Studie nachzuuntersuchen, denn wir sind jetzt an der Grenze dessen angekommen, was man überhaupt erkennen kann. Es geht um maximal drei bis vier Erkrankungsfälle in Deutschland. Die kann man epidemiologisch kaum erkennen. Das geht praktisch im statistischen Rauschen unter.

SPIEGEL: Auch Handy-Strahlen sind ein viel diskutiertes Thema. Kürzlich sind dazu drei epidemiologische Studien mit mehr als 420 000 Handy-Nutzern in Fachzeitschrif-

ten erschienen, die allesamt keinen Zusammenhang zwischen Handys und Hirntumoren finden konnten. Zuvor waren andere Untersuchungen zu dem gleichen Ergebnis gekommen.

Michaelis: Ich teile die Auffassung, dass man eigentlich heute keinen konkreten Anlass hat, ernsthaft zu befürchten, dass das Handy Krebs macht. Es gibt keine krank machenden Mechanismen. Es gibt zwar durchaus physiologische oder biologische Effekte. Nach heutiger Kenntnis haben die jedoch keine krankheitsauslösende Wirkung. Wenn man aber die Menschheit mit einer völlig neuen Technik überzieht, die wirklich flächendeckend eingesetzt wird, dann ist man doch eigentlich auch verpflichtet, zu untersuchen, ob das nicht doch Gefahren beinhaltet. Wenn ich mir vorstelle, dass allein für die UMTS-Lizenzen fast 100 Milliarden Mark ausgegeben wurden, dann müssten auch ein paar Millionen für die Forschung drin sein, damit man sich nicht nachher Vorwürfe macht.

SPIEGEL: Das Phänomen wird gegenwärtig mit Millionenaufwand erforscht. Bisherige Studien finden aber keinen Zusammenhang zwischen Handy-Strahlen und Krebs.

Michaelis: Dann ist das ja schon mal ein guter Hinweis, auch wenn diese Studien keine Aussage zu möglichen Langzeitwirkungen zulassen. Aber in der Epidemiologie ist es eben immer erforderlich, dass man sich nicht nur auf eine Studie verlässt, sondern dass man verschiedene unterschiedlich strukturierte Studien macht, die sich gegenseitig ergänzen und in der Evidenz verstärken. Insofern machen wir jetzt an einer europaweiten Fallkontrollstudie mit. Diese EU-Studie ist auch auf außereuropäische Staaten ausgedehnt und untersucht 12 000 Menschen. Wir suchen speziell nach Hirntumoren, um diesen Bereich sicherheitshalber noch mal abzuchecken.

FRITZ STOCKMEIER / ARGUM

Medizinstatistiker Michaelis (2. v. l.), SPIEGEL-Redakteure*
„Es gehen vagabundierende Ängste um“

SPIEGEL: Wird denn diese groß angelegte EU-Kontrollstudie irgendwann ein abschließendes Ergebnis bringen?

Michaelis: Das weiß man immer erst hinterher. Die Studie läuft noch bis 2003. Wenn die Erhebung ein Negativergebnis bringt, wie das einige Studien ja bereits tun, welche die Phänomene in kleinerem Maßstab schon untersucht haben, dann kann man die Akte wahrscheinlich erst mal schließen.

SPIEGEL: „Die Elektrosmog-Gläubigen geben nie auf“, schreibt das „British Medical Journal“. Dabei sei es ganz egal, zu welchen Ergebnissen eine Studie kommt.

Michaelis: Ja, so ist das mit Glaubenssachen. Wenn man einem Glauben stark genug anhängt, ist man auch durch wissenschaftliche Gewissheit nicht davon abzubringen. Der Gießener Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter sagt, es gingen vagabundierende Ängste um. Im Krieg oder bei offensichtlichen Gefahren richten sie sich auf die handfeste Bedrohung. Wenn aber sonst alles friedlich ist, kommen andere Sorgen auf, und das sind dann eben die Müllverbrennungsanlage oder die Hochspannungsleitung oder das Handy.

SPIEGEL: Herr Professor Michaelis, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Jörg Blech, Rolf S. Müller und Hans Halter.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

MARK PINDER

Psychophysikerin Jordan
Kompositionen aus neuartigen Farben

GENETIK

Buntes Gemisch

Forscher erkunden die Sinneswelt einer eigenartigen Form menschlicher Mutanten: Sie sehen mehr Farben als ihre Mitwelt.

Lynne M. sah durch ihre blaugrauen Augen offenbar schon immer mehr als alle anderen – vor allem wenn es um das ging, was die anderen „gelb“ nannten.

Noch immer kann sich die Sozialarbeiterin aus dem britischen Cambridge darüber empören, wie scheußlich sich ihre große Schwester zu kleiden pflegte: „Ein kieferngrüner Wollmantel und dazu ein geranienroter Schal – ist das nicht schrecklich?“ Das Problem war nur: Keinen außer ihr entsetzte diese Kombination.

M. gehört einer kaum bekannten, eigenartigen Schwesternschaft an: der Gruppe der so genannten Tetrachromaten. Diese teilen ein bestimmtes Genmerkmal miteinander und sehen deshalb Farbnuancen, für die ihre Mitwelt blind ist.

In der menschlichen Netzhaut finden sich gewöhnlich drei verschiedene Typen von zapfenförmigen Farbrezeptoren; der eine reagiert besonders empfindlich auf blaues, der zweite auf grünes, der dritte auf rotes Licht. Aus der unterschiedlichen Reizung dieser drei Zapfen errechnet das Hirn dann die Farbtöne.

Tetrachromaten hingegen verfügen über vier Farbrezeptoren: Zusätzlich zum Standardset hat die Natur sie mit einer vierten Art von Sinneszelle beschenkt, die speziell auf den Spektralbereich zwischen Rot und Grün anspricht, jenen Bereich mithin, den der Mensch normalerweise in Gelbtönen wahrnimmt (siehe Grafik).

Im Tierreich sind seit langem Wesen bekannt, deren Farbsinn den des Homo sapiens überflügelt: Bienen etwa nutzen vier verschiedene Zapfentypen, um Blüten präziser unterscheiden zu können, bei Schmetterlingen kommt sogar noch ein fünfter hinzu.

In den achtziger Jahren machte der Cambridger Psychologe John Mollon dann unter südamerikanischen Totenkopfäffchen eine verblüffende Beobachtung: Einige der Weibchen schienen Farben besonders gut unterscheiden zu können, was sie ihren Artgenossen überlegen machte. Sie konnten die Fruchtreife besser einschätzen und leichter saftige Leckerbissen im dichten Dschungellaubwerk ausmachen. Die Netzhaut dieser Mutanten ist mit drei Farbrezeptoren bestückt, während gewöhnliche Totenkopfäffchen mit nur zwei Zapfentypen auskommen müssen.

Könnte ein ähnliches Phänomen auch unter Menschen denkbar sein? Lange war darüber nichts bekannt. Erst in jüngster Zeit haben sich Forscher in Großbritannien und den USA auf die gezielte Suche nach Menschen gemacht, die auf vier Kanälen Farben sehen – keine einfache Aufgabe, denn Tetrachromaten sind außerordentlich rar. Vor allem aber lassen sie sich nicht leicht ausfindig machen: Wer sieht einem Menschen schon an, wie viele Farben er sieht?

Den angelsächsischen Wissenschaftlern war klar, dass sie sich bei ihrer Suche an das weibliche Geschlecht würden halten müssen, „dessen Auge“, wie schon Goethe zu wissen glaubte, „jedes Verhältnis der Farben so fein beurteilt“. Denn die Gene für den Rot- wie für den Grünzapfen liegen auf dem weiblichen X-Chromosom. Am besten, so jedenfalls sagt es die Genetik voraus, müssten die Chancen, Tetrachromaten zu finden, paradoxerweise bei Müttern rot-grün-blinder Söhne sein.

Tatsächlich hatte die an der britischen University of Newcastle lehrende Psychophysikerin Gabriele Jordan bald Glück bei der Fahndung: 14 Mütter rot-grün-blinder Söhne unterzog sie einer ganzen Reihe von Wahrnehmungstests. Und tatsächlich: Zwei von ihnen verhielten sich, wie es bei Tetrachromaten zu erwarten war.

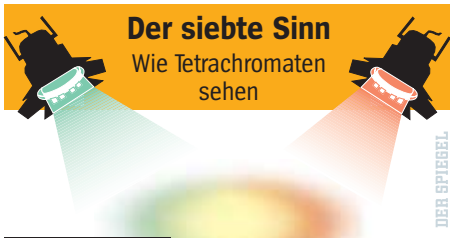
Normalsichtige nehmen unterschiedliche Lichtgemische mitunter als ein und dieselbe Farbe wahr. Als Jordan jedoch ihre beiden Probandinnen anhielt, derartige Gemische zu vergleichen, zeigte sich, dass sie dank ihres zusätzlichen Farbkanals feine Unterschiede machten. „Was ich für farbidentisch halte“, berichtet Jordan, „ist für die so unterschiedlich wie Äpfel und Birnen.“

Niemand weiß bisher, wie es der komplexe Rechner im Kopf vollbringt, Aufgaben zu übernehmen, für die er gar nicht ausgelegt ist. Denn um Farben verfeinert wahrnehmen zu können, reicht ein zusätzlicher Rezeptor in der Netzhaut nicht aus; das Hirn muss seine Signale auch deuten, um neuartige Farbempfindungen komponieren zu können.

Der Neurobiologe Jay Neitz, der am Medical College of Wisconsin einen Gentest für Tetrachromasie entwickelt, sieht gerade hierin die größte Bedeutung von Studien über die seltene Anomalie: „Wenn wir eines Tages Farbenblindheit und andere neurologische Erbkrankheiten genetisch therapieren wollen, müssen wir herausfinden, unter welchen Umständen die Signale zusätzlicher Sinneszellen auch ins Bewusstsein dringen.“

Eine Frage allerdings wird wohl aller Forschung zum Trotz offen bleiben: Wie sehen die zusätzlichen Farben, die Tetrachromaten wahrnehmen, eigentlich aus? „Ich weiß nicht, ob wir uns das je werden vorstellen können“, sinniert die Farbforscherin Jordan. „Denn leider können wir unseren Testpersonen ja nicht in den Kopf gucken.“

HUBERTUS BREUER



Normalsichtige Menschen haben Rezeptoren für die Farben Grün, Rot und Blau. Die im Farbspektrum zwischen Rot und Grün angesiedelten Gelbtöne werden wahrgenommen, wenn sowohl Rot- als auch Grünrezeptoren auf der Netzhaut gereizt werden.

Tetrachromaten haben zusätzlich einen Rezeptor für eine Farbe zwischen Rot und Grün. In einer Mischung aus rotem und grünem Licht können sie daher viel mehr Farbabstufungen unterscheiden als Normalsichtige.

Werbeseite

Werbeseite

POLIZEITECHNIK

Rocker in der Kakerlaken-Falle

Lärmende Motorradgangs terrorisieren Japans Bürger. Nun will die Polizei der Plage mit einer neuen Erfindung begegnen: Klebestreifen auf der Straße.

Morgens um halb zwei tauchen die Übeltäter auf. Von weitem schon heulen ihre aggressiv frisierten Motorräder und schrecken ganze Viertel aus dem Schlaf.

Seit Stunden hat Tetsunari Kotsubo, 51, diesem Moment entgegengefiebert. An einer Kreuzung nahe der südjapanischen Stadt Fukuoka liegt der Polizist mit seiner 30-köpfigen Truppe zur „Bekämpfung der Motorrad-Lärm-Banden“ im Straßengraben auf der Lauer.

Bei der Einsatzplanung klang alles so einfach: Wenn die Bande naht, bläst die Polizei ein Plastiknetz als Straßensperre auf. Die überraschten Rocker drehen daraufhin in eine Seitenstraße ab – und genau dort erwartet sie der Motorrad-Fangapparat.

„Kakerlaken-Falle“ nennen die Beamten ihr neues Spielzeug: Ein Gürtel aus flachen Aluminium-Schachteln wird quer über die Straße gelegt. Sobald ein Motorradvorderrad auf eine der Boxen fährt, springt ein Deckel auf, ein Klebeband darunter legt sich um das Hinterrad. An diesem Band wiederum ist ein Tau mit Gummistoppern befestigt. 30 Meter weit kommt das Motorrad noch, dann kann die Polizei zugreifen.

Zwei Jahre tüftelten Kotsubo und seine Kollegen an der Erfindung. Nun sind 30 der Geräte im Einsatz, bei vier Razzien schnappte die Falle erfolgreich zu. Seither pilgern Polizeiexperten aus anderen Präfekturen nach Fukuoka. Selbst Taiwan meldete Interesse an der Wunderwaffe an.

Seit Jahrzehnten werden Japans Bürger des Nachts von Krachmacher-Banden gepeinigt. Immer brutaler werden Nippons Motorradgangs. Einige sind mit Baseballschlägern und Messern bewaffnet. Häufig halten sie Verbindung zur Yakuza-Mafia.

Im Kampf gegen die Plage ist die Polizei zu friedlichen Methoden verdammt. Denn würde sie auch nur einen der Randalierer ernsthaft verletzen, wäre in der auf Harmonie bedachten japanischen Gesellschaft ein Aufschrei der Empörung die Folge.

„Auch Motorradrowdys genießen Menschenrechte“, sagt Kotsubo pflichtbewusst. Auf keinen Fall dürfe Blut fließen, deshalb habe seine Truppe bisher auch nur selten Missetäter verhaftet: „Sobald uns die Motorräder in die Klebefalle fuhren, sprangen die Kids ab und liefen wie die Strandkrebse davon“, erklärt er lächelnd.

In dieser Nacht allerdings bleibt Kotsubos Truppe erfolglos: Die Motorradbande ist kurz vor der Kreuzung abgedreht. Offenbar hat sie einer ihrer Kundschafter gewarnt. Schnell packen die Polizisten ihre Fallen wieder ein. Dann brausen zwölf getarnte Polizeifahrzeuge zu einer anderen Kreuzung. Mehrmals wiederholt sich das Katz-und-Maus-Spiel. Jedes Mal nähern sich die Kids gerade dicht genug, um ihre Häscher mit lautem Motoren-Geheule zu necken. Dann drehen sie wieder ab.

Gleichwohl ist die japanische Polizei stolz auf die abschreckende Wirkung ihrer neuartigen Waffe. Die „Kakerlaken-Falle“ habe den nächtlichen Lärmpegel in der Präfektur hörbar verringert, beteuert Kotsubo. Die meisten Banden seien bereits auf einen Kern von kaum mehr als zehn Mitgliedern geschrumpft.

Mit den Rockern sei es allerdings leider wie mit den Kakerlaken, sagt Kotsubo: „Es wachsen immer wieder neue nach.“

WIELAND WAGNER

FOTOS: TOM WAGNER / SABA

Motorrad-Fangapparat, blockiertes Hinterrad: *„Auch Rowdys genießen Menschenrechte“*

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

LITERATUR

Rattern im Kopf

Leo Kaplan ist Jude, Schriftsteller und Schürzenjäger. Mit Hannah, einer Tochter steinreicher Eltern verheiratet, brauchte er „die Illusion, nach Belieben aus dem auswählen zu können, was das Leben zu bieten hatte“, und das waren vor allem: Frauen. Sobald sich ihm die Gelegenheit bot, eine Affäre anzufangen, „fühlte er sich so befreit, als hätte er die Schwerkraft abgestreift“. Dabei geht nicht nur die Ehe mit Hannah in die Brüche, auch seine schriftstellerische Energie kommt ihm abhanden. Noch keine 40 und schon ausgebrannt, wartet Leo Kaplan darauf, endlich das Millionenerbe seines Vaters annehmen zu können, der vor 15 Jahren gestorben ist und außer viel Geld auch ein schikanöses Testament hinterlassen hat. Da trifft Kaplan nach 20 Jahren Ellen, seine erste große Liebe, wieder, und für einen Moment sieht es so aus, als bekäme er eine letzte Chance, „diese Ruhelosigkeit, dieses Rattern im Kopf“ zu beenden, erlöst zu werden. Natürlich bleibt er unerlöst. Am Ende verführt er noch die überreife Tochter eines älteren Freundes, und danach breitet sich sein Leben „wie eine gut überschaubare niederländische Landschaft“ vor ihm aus.

Leon de Winter hat „Leo Kaplan“ in den Jahren 1984/85 geschrieben, erschienen ist das Buch in den Niederlanden 1986, Jahre bevor der Autor mit „Hoffmans Hunger“ bekannt wurde. „Leo Kaplan“, jetzt erst in deutscher Übersetzung herausgekommen, nennt de Winter, 47, selbst „ein Frühwerk“. Das Buch trägt autobiografische Züge – sowohl Leo wie Leon sind Söhne reich gewordener Altwarenhändler – und schöpft aus dem Vollen, als hätte der Autor Angst, irgendetwas auszulassen. Das einzige Ordnungsprinzip sind die Orte, die als Kapitelüberschriften dienen, von Amsterdam bis Florenz. „Es ist ein wildes, turbulentes Buch, das sich nicht um literarische Strukturen kümmert“, sagt de Winter, „ein Literaturvarieté mit vielen kleinen Szenen.“ Was dem Buch an Disziplin fehlt, das macht de Winter mit Witz und Weisheit wett. Denn Leo und Leon sind schließlich nahe Verwandte.

Leon de Winter: „Leo Kaplan“. Aus dem Niederländischen von Hanni Ehlers. Diogenes Verlag, Zürich; 544 Seiten; 46,90 Mark.

SEEGER-PRESS

Wagner-Familie Katharina, Wolfgang, Gudrun

BAYREUTH

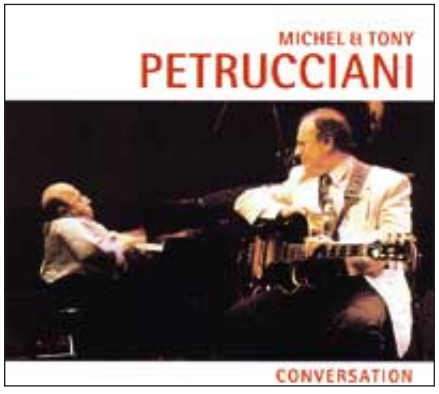
Zeit der Zärtlichkeit

Auf den Fehdehandschuh folgt nun die ausgestreckte Hand: Bayerns Kunstminister Hans Zehetmair will in den nächsten Wochen Verhandlungen mit Wolfgang Wagner, 81, dem greisen Chef der Bayreuther Wagner-Festspiele, aufnehmen – nachdem Zehetmair, 64, vergangene Woche mit dem Stiftungsrat des Festivals die Wagner-Tochter aus erster Ehe, Eva Wagner-Pasquier, 55, zur neuen Chefin auf dem Grünen Hügel ausgerufen hatte, die schon im Herbst 2002 antreten soll. Im Grunde habe Zehetmair, so sagt sein Sprecher Toni Schmid, 50, in den letzten Monaten „den bösen Buben spielen müssen“. Das Verhältnis zum ablösungsunwilligen Bayreuth-Chef sei aber „keineswegs so zerrüttet, wie es manche Medien, die unbedingt Blut sehen möchten, gerne hätten“. Aus der Umgebung Wagners, der erst am Freitag von einer Asien-Reise zurückkehrte, gebe es bereits „zarte Signale für eine Verhandlungsbereitschaft“. Worüber aber kann verhandelt werden? Eine Beteiligung der Wagner-Tochter Katharina, 23, an der Festspielleitung, über die spekuliert wurde, schließt Schmid aus, „Chefin wird auf jeden Fall Eva Wagner-Pasquier allein“. Allerdings lasse sich „unterhalb dieses Niveaus vieles regeln“. Wird also Wolfgang Wagner, wovor es vielen Fachleuten graust, auch in Zukunft in Bayreuth Regie führen dürfen? Für die nun anbrechende Zeit der Zärtlichkeit setzt Schmid ein strenges Limit: „Bis zum Ende der diesjährigen Spielzeit müssen wir zu einer Regelung kommen.“ Was im Münchner Ministerium nicht gesagt wird: Für den Fall, das es bis Ende August keine Lösung gibt, droht Eva Wagner-Pasquier mit dem Absprung.

JAZZ

Mein Papa, der Lehrer

Musikalisch war Michel Petrucciani ein Gigant, körperlich ein Knirps – die Folge der Glasknochenkrankheit. Dem großen Publikum bekannt wurde der Pianist mit dem kraftvollen Anschlag, der vor Energie schier explodieren konnte, als Musikbegleiter in Roger Willemsens ZDF-Talkshow; in der Jazz-Welt aber war der Mann da längst ein gefeierter Star. Petrucciani starb 1999 im Alter von 36 Jahren. Nun erinnert „Conversation“, ein Mitschnitt aus einem Club in Lyon von 1992 (Dreyfus Jazz/Edel Contraire), an den vitalen Künstler: „Mon père, mon professeur“, stellt Petrucciani seinen Vater und Duo-Partner vor, den Gitarristen Tony Petrucciani. Vater und Sohn improvisieren wunderbar beherzt über Stücke von Gershwin, Ellington und Charlie Parker.



Michel Petrucciani mit Vater Tony

AUSSTELLUNGEN

Echt falsch

Jedes Museum hat wohl seine Leichen im Depot – stolz erworbene, dann aber als falsch entlarvte Schaustücke. Nicht nur Gemälde werden nachgemacht: Das Hannoversche Kestner-Museum, das Plastik und Kunstgewerbe seit der Antike sammelt, gibt jetzt den Blick auf dubiose Eigenbestände an scheinbar mittelalterlichen Bronzen, vorgeblich altägyptischen Reliefs und pseudorömischen Gläsern frei. Unter dem Wortspiel-Titel „geaECHTet“ demonstriert die didaktische Ausstellung (bis 1. Juli) das Virtuosentum begabter Fälscher, aber auch manche Tapsigkeit, mit der sie sich verraten. Erst geachtet, dann geächtet: Mal sind abgekupferte Motive sinnwidrig kombiniert, mal Pinselspuren vom Auftrag täuschender Patina zurückgeblieben. Ein Gießgefäß in Elefantenform setzt bessere zoologische Kenntnisse voraus, als mittelalterliche Künstler sie besaßen; ein anderes, pferdeähnliches wurde durch eine Analyse der Metall-Legierung überführt. Nachträglich ist kaum zu fassen, dass 1927 der armenische „Meisterfälscher“ Oxan Aslanian selber dem Kestner-Museum einen ägyptisierenden Frauenkopf andrehen konnte – mit einer im Altertum unbekannten Perückenmode. Es gibt aber auch Gegenbeispiele: Eine bislang verdächtigte Jupiter-Statuette wird jetzt, nach chemischer Untersuchung, wieder in die römische Kaiserzeit datiert und muss, sozusagen geechtet, nicht in den „Fälschungsschrank“ des Hauses zurück.

KESTNER-MUSEUM, HANNOVER

Gefälschtes Gießgefäß, Original (um 1400)

DREILAUG / DREIMASTEN

Ausstellungstext

ZEITGESCHICHTE

Immer wieder sonntags

Wozu ist das Wochenende da? Durchatmen, die Familie genießen, von Pflichten frei sein und einfach Spaß erleben: Das sind laut Umfragen die aktuellen Sonntagspräferenzen der Deutschen. Jetzt widmet das Hamburger Museum der Arbeit der „Kulturgeschichte eines besonderen Tages“ eine Ausstellung. An Gemälden, Fotos und vielen Utensilien ist zu sehen, wie sich die Bräuche in Deutschland wandelten: Am siebten Tage ruhen wie Gott der Herr mögen viele, zum Kirchgang rafft sich aber kaum noch einer auf. Lieber wäscht der Bürger seinen Wagen oder tapeziert in Schwarzarbeit eines anderen Wohnung; statt Anzug und Krawatte sind Joggingkluft oder Gärtnerschürze der bevorzugte Sonntagsstaat. Überhaupt, so der Katalog, regiere heute „demonstratives Ruheverhalten“ – von den alten Traditionen scheinen nur Parkspaziergang und Kaffeerunde halbwegs überlebt zu haben. Und wie steht es um die Zukunft des Sonntags? Schon 1885 orakelte Reichskanzler Bismarck: Ließe man den Leuten die Wahl, widmeten sie auch den siebten Tag am liebsten dem schnöden Zweck des Geldverdienens.

Kino in Kürze

„!Zusammen!“. Die Unschuld ist gegen Lügen immun. Der Blick von Kindern oder Halbwüchsigen auf die selbstsüchtige Erwachsenenwelt kann ratlos und naiv sein, doch er ist direkt, unvoreingenommen, im einfachsten Sinne: neu. Diese Offenheit, sich ohne Herablassung auf die Seite der Jugend zu schlagen, hat der schwedische Regisseur Lukas Moodysson schon in seinem ersten Film gezeigt, dem erfolgreichen Kleinstadt-Pubertätsdrama „Raus aus Åmål“. Dass das kein bloßer Glücksfall war, beweist er nun mit dieser figurenreichen, konfliktfreudigen Mittelstandskomödie: Da geht es, im Jahr 1975, um eine genervte Hausfrau, die vor ihrem Gatten flieht und mit ihren beiden Kindern zu ihrem Bruder in eine Kommune zieht, wo zeitgeistgemäß Pazifismus, Anarchie und freie Liebe auf dem Selbstverwirklichungsprogramm stehen. Was leicht zur abgekarteten Satire hätte missraten können, gewinnt durch Moodyssons Erzählkunst Lebendigkeit und überraschende Frische; indem er keine Nachsicht, doch Zuneigung zu den Jüngsten in der Gruppe zeigt, lässt er leisen Trotz-Optimismus siegen.

„Engel des Universums“. In Island, umwoben von Sagen und Tiefdruckgebieten, gehört „Schizophrenie zum Nationalcharakter“, wie jemand im Film sagt. Das erfährt auch der Träumer Páll (Ingvar Eggert Sigurdsson), der noch bei seinen Eltern in Reykjavik wohnt und so recht nicht durchschaut, ob er verrückt ist oder die Welt. Páll landet in der Anstalt und spintisiert vor sich hin, bis er eines Tages entlassen wird und lieber ein schnelles Ende sucht, als in der Umnachtung zu verrotten. Mit galligem Humor und ohne den Trost einer Erklärung erzählt Regisseur Fridrik Thór Fridriksson vom Irrwitz, bis auch für den Zuschauer Wahn und Wirklichkeit verschwimmen.

Szene aus „Engel des Universums“

FOTO: BILLY & HELLS

„Billy & Hells“-Fotos

FOTOGRAFIE

Deutsch für alle

Schiller? Lange her. Bauhaus? Ergraute Moderne. Boris Becker? Verblasener Ruhm. Womit kann Deutschland die Welt beglücken? Vielleicht mit „Deutsch“, einem neuen vierteljährlich erscheinenden Hardcover-Magazin. Anders als der Titel androht, geht es nicht um teutonische Erklärungssucht, sondern um Bilder, die für sich selbst sprechen sollen. In dem Periodikum aus dem Hamburger Fotoverlag Kruse gibt es lediglich einen kurzen einführenden Text auf Deutsch und Englisch, dann folgt unkommentiert eine Bildstrecke, die jeweils von jungen deutschen Fotografen stammt. Die erste Ausgabe dieses weltweit angebotenen Botschafters deutscher Lichtbildkunst präsentiert das Berliner Fotografen-Paar „Billy & Hells“ (68 Seiten; 38 Mark). Dessen Aufnahmen sehen wie Schwarzweißfotos aus, die nachträglich koloriert wurden, um sie noch irrealer wirken zu lassen: ein elegantes Damenporträt mit verwegener grauer Sturmfrisur, ein Babygesicht mit Hypnoseblick aus türkisglänzenden Kulleraugen, ein verschrecktes Modell mit Fühlern auf der Stirn und Flügeln auf dem Rücken – Biene Maja analysereif. Was auffällt, ist die ästhetische Anstrengung, die Welt noch morbider erscheinen zu lassen, als sie ist. Da ist „Deutsch“ ganz deutsch.

RECHTSSTREIT

Ulk mit Goethe

Als hätte es der Meister geahnt: „Verflucht, was uns in Träumen heuchelt / Des Ruhms, der Namensdauer Trug! / Verflucht, was als Besitz uns schmeichelt.“ So schimpft Faust bei Goethe. Das Goethe-Institut lässt sich von der Warnung seines Namensgebers nicht beeindrucken und verfolgt mit deutscher Humorlosigkeit den Island-begeisterten Berliner Künstler Wolfgang Müller. Als die Münchner Zentrale 1998 die Dependance in Islands Hauptstadt Reykjavík schloss, gründete Müller bald darauf ebendort ein „privates Goethe-Institut“ – und installierte in einem Museum einen Schreibtisch mit einem Telefon, das immer dann klingelte, wenn jemand die Nummer der geschlossenen Einrichtung anwählte. Die Münchner fanden den Schelmenstreich erst „originell“, doch weil Müller weiteren Goethe-Ulk trieb, will das Haus ihm nun verbieten, „ein der Marke ‚Goethe-Institut‘ ähnliches Zeichen“ zu verwenden. Die nämlich sei „gegen jede Benutzung durch Dritte“ geschützt, teilte ein geharnisches Schreiben aus der Münchner Zentrale im März dem Künstler mit. Da er eine geforderte Unterlassungserklärung nicht unterschrieb, droht Müller nun eine Strafe von rund 10 000 Mark. Dabei hat er sein Goethe-Dauerprojekt mittlerweile in „Walther von Goethe Foundation Reykjavík“ umbenannt, in Erinnerung an den unglücklichen Goethe-Enkel Walther.

S. SAUER

Künstler Müller

Am Rande

Kanak-Dada

Die Karwoche bietet Zeit zur Einkehr – und zur Gedankenarbeit wider die herrschenden Verhältnisse. Die Berliner Volksbühne hat dies begriffen und veranstaltet am kommenden Karfreitag „Kanak Attak – Dieser Song gehört uns“. „Kanak Attak“, Pop-Türkisch für Anfänger, ist längst ein durchgesetzter Slogan multikulturellen Selbstbewusstseins. Die Ossis aus Berlin-Mitte aber machen aus der Kampfdevise fremdstämmiger junger Menschen eine Dada-Fanfare zum allgemeinen Aufstand: Einen ganzen Tag lang geht es, so verspricht das Volksbühnen-Programm, gegen die verlogene „Asimil-Kültür-Kanak“, gegen „Kanak Chic“ als ideologische Verbrämung des alltäglichen Rassismus und gegen jene „Kanak-Kultur“ in den Massenmedien, die die „Migranten“ zu „hybriden Subjekten“ stilisiert und sie so vom Aufruhr gegen die deutsche Niedertracht abhält. Schon die Presseerklärung des Theaters pflegt die luzide Sprache eines dialektisch geschulten, durchaus vertrackten Asimil-Kanak-Marxismus-Leninismus: „Geschichte ist immer die Geschichte der Sieger“, heißt es da mit der ganzen Erfahrung von 5000 Jahren Menschheitsgeschichte. Warum sollen Ali und Abdallah da nicht gleich zu Hause bleiben? Weil es, so das Programm, um Strategien der Selbstbehauptung zwischen „Kanakfußball“ und „Kanak-Rap“ gehen soll. Dafür lassen (unter anderem) DJ Natascha Sadr Haghighian und die European Kanak Resistance an vorderster Front den Plattenteller rotieren, bis den Faschisten die Glatze von der Rübe fällt. Es wird ein wunderbarer Karfreitag werden. Nie wieder soll Harald Schmidt ausrufen, „Üzgür, fahr schon mal den Wagen vor!“

FILMGESCHÄFT

Viktor fährt den Wagen vor

Schleichwerbung und Product Placement galten lange als anrüchig, doch heute werden ganze Werbekampagnen in Filmhandlungen integriert. Die neue deutsche Kinokomödie „Viktor Vogel“ spielt sogar im Werbermilieu – mit freundlicher Unterstützung des Opel-Konzerns.

Beide sind recht kräftig gebaut, beide verbreiten einen eher rustikalen Charme, und beide ziehen alle Blicke auf sich. Das ist der Sinn der Sache: Sie wirken nämlich beim Film, und zwar vor der Kamera.

Tatsächlich könnten sich die beiden Hauptdarsteller also ähnlicher kaum sein. Nur: Der eine ist ein Mensch, der andere eine Maschine.

Der Mensch heißt Götz George, ist Schauspieler, 62, und seit 50 Jahren im Geschäft; seine Tagesgage liegt bei 15 000 Mark, ohne Extras. Die Maschine heißt Opel Speedster, ist ein Sportwagen und kommt in Kürze in den Handel; der Listenpreis beträgt 60 000 Mark, ohne Extras. George und der Speedster treten gemeinsam auf in „Viktor Vogel – Commercial Man“, einem deutschen Komödiendrama, das diese Woche in den deutschen Kinos anläuft. Opel und George – Zufall? Nicht ganz. Eher ein Unfall. Vor allem aber ein sehr spezieller Fall von Product Placement.

Product Placement gibt es, weil sich immer mehr Menschen dem Dauerfeuer der Werbung verweigern. Kommt ein Reklameblock im Fernsehen, schalten sie um oder gehen aufs Klo; sehen sie eine Anzeige in der Zeitung, blättern sie nach ein paar Sekunden weiter. Wenn aber zum Beispiel der beliebte Fernseh-Kommissar Mercedes fährt, bleibt der Zuschauer in der Regel dran. Dass der Kommissar vor allem deshalb Mercedes fährt, weil DaimlerChrysler den Wagen der TV-Produktionsfirma kostenlos überlassen hat – sowie vielleicht auch noch ein paar Lkw für den Transport der Filmausrüstung –, interessiert den Zuschauer nicht, weil er sich daran gewöhnt hat, dass Kommissare fast immer Mercedes fahren oder BMW oder Audi, aber nur selten Opel oder VW.

Diese Form von Product Placement – die Platzierung von Produkten in Filmen gegen Honorar oder im Gegengeschäft – gibt es seit Jahrzehnten; früher hieß so etwas Schleichwerbung und fiel den meisten nur dann auf, wenn James Bond plötzlich die Automarke wechselte oder seine dicke Armbanduhr selbst dann nicht ablegte, wenn er mit Sophie Marceau ins Bett stieg.

Doch nie zuvor waren Markenprodukte und -firmen so präsent in Film und Fernsehen wie heute: der Onlinedienst AOL in der Liebes-

CINETEXT (re.); COLUMBIA TRI-STAR (gr. u. li.)

„Viktor Vogel“-Darsteller Scheer im Opel Speedster (u.), mit Götz George (l.), Szene aus „Manta Manta“ (M., 1991)

CINETEXT

„Cast Away"-Szenen mit Hanks, FedEx-Paketen: *Größte Placement-Aktion aller Zeiten*

komödie „E-Mail für Dich" (1998), Armani-Klamotten im Krimi-Reißer „Shaft" (2000), der Kosmetikkonzern Clinique im Liv-Tyler-Lustspiel „Eine Nacht bei McCool's" (Start: 26. April). Und nie zuvor standen Marken im Mittelpunkt einer Geschichte – wie jetzt in einigen neuen Kinofilmen.

CINETEXT

Die größte Product-Placement-Aktion aller Zeiten beginnt mit einem Absturz. Ein Frachtflugzeug gerät in ein Unwetter und muss notwassern; der einzige Überlebende rettet sich auf eine einsame Insel im Südpazifik. Das Einzige, was ihm bleibt, sind ein paar Pakete des Kurierdienstes Federal Express (FedEx), die an den Strand gespült werden und deren Transport er eigentlich überwachen sollte. Denn der Mann, so heißt es, arbeitet für Federal Express.

In Wirklichkeit arbeitet er natürlich für Hollywood. Superstar Tom Hanks, 44, machte das moderne Robinson-Drama „Cast Away – Verschollen" zum Welterfolg – und die vorher vor allem in den USA bekannte Kurierfirma FedEx zu einem Unternehmen von Weltruf.

Die Werbung via Film sei rund 54 Millionen Dollar wert, rechnete FedEx aus, „ein unglaublicher Coup", freute sich die PR-Abteilung. FedEx stellte der „Cast Away"-Produktion 500 Mitarbeiter als Komparsen zur Verfügung, ließ FedEx-Uniformen schneidern und Hanks die Firmenphilosophie nachsprechen. Selbst der echte FedEx-Chef Graham Smith trat in einer Szene auf.

Vor allem aber warben unzählige FedEx-Anzeigen und TV-Spots nicht nur für den Kurierdienst selbst, sondern gleichzeitig für „Cast Away". Mit Erfolg: Mittlerweile hat der Film allein in den USA 230 Millionen Dollar eingespielt; in Deutschland wollten ihn seit Mitte Januar fast 4,9 Millionen Leute sehen. Jetzt kennen diese 4,9 Millionen auch FedEx – ob sie wollen oder nicht.

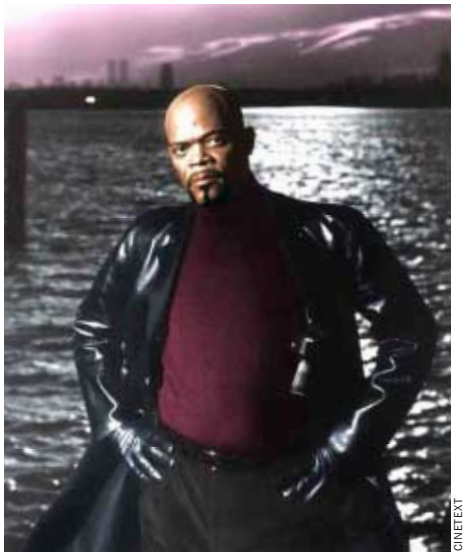
Wesentlich subtiler bringt zurzeit der Turnschuh-Multi Nike seine Produkte auf die Leinwand – mit Hilfe von Mel Gibson und der Komödie „Was Frauen wollen". Gibson spielt den Mitarbeiter einer Werbeagentur, der nach einem Unfall die Gedanken von Frauen lesen kann. Und was wollen Frauen – außer Komplimenten, Zuneigung, Verständnis und mit Mel Gibson ins Bett?

Sie wollen natürlich Turnschuhe von Nike – oder zumindest eine Werbekampagne, die ebenso perfekt auf junge Frauen zugeschnitten ist wie der Spielfilm selbst. Und so bosseln Gibson und seine Kollegin Helen Hunt minutenlang an einem passenden Slogan herum; das Ergebnis – ein Werbespot mit der Zeile „No games. Just sports" – und dessen Präsentation sind wie selbstverständlich in die Handlung integriert. Kein Wunder: Der Spot stammt von der echten Nike-Werbeagentur. Allein in Deutschland haben ihn schon über sechs Millionen Kinozuschauer gesehen: „Was Frauen wollen" ist der bisher erfolgreichste Film des Jahres.

Auch „Viktor Vogel – Commercial Man" spielt in einer Werbeagentur, die Hauptfiguren sind Werber, und wie in „Was Frauen wollen" wird auch bei „Viktor Vogel" um einen wichtigen Werbekunden gekämpft. Diesmal geht es um den Reklame-Etat von Opel, 120 Millionen Mark. In Wirklichkeit geht es auch mal wieder um die Zukunft des deutschen Kinos, denn „Viktor Vogel" ist das Prestigeprojekt des Filmfrühjahrs 2001. Knapp 9 Millionen Mark hat die deutsche Columbia TriStar, eine Sony-Tochter, in das Werk investiert. „Unsere Konkurrenz", sagt Columbia-Pressechefin Petra Schwuchow, „sind die amerikanischen Blockbuster."

Viktor Vogel (Alexander Scheer, der Hauptdarsteller aus „Sonnenallee") ist ein hibbeliger junger Mann, der von einer Karriere in der Werbebranche träumt. Unangemeldet stolpert er in dem Moment in eine Frankfurter Agentur, als der alte Reklameprofi Kaminsky (Götz George) von der Opel-Marketing-Leiterin auseinander genommen wird. Seine Ideen für die Markteinführung des neuen Sportwagens gefallen ihr nicht. „Die Zielgruppe des Speedsters", doziert die Dame, „ist halb so alt wie Sie." Da kommt ihr Vogel gerade recht: Der wirkt spontan und kreativ, und deshalb muss Kaminsky widerwillig mit dem Grünschnabel zusammenarbeiten.

Doch das klappt besser als gedacht: Vogel klaut eine Idee seiner Freundin, einer Künstlerin, und macht daraus die neue – fiktive – Speedster-Kampagne. Erfolg, so die nicht ganz neue Botschaft von „Viktor Vogel", hat seinen Preis.



CINETEXT

Armani-Model Samuel L. Jackson in „Shaft"
Nie waren Markenprodukte so präsent

Das dürfte mittlerweile auch Lars Kraume gemerkt haben. Kraume ist Regisseur und Drehbuchautor, „Viktor Vogel" sein erster großer Kinofilm. Ursprünglich wollte er eine Satire auf die Werbebranche inszenieren. „Die kenne ich eben", sagt Kraume, 27, denn sein Vater ist Werber. Doch auch als man die Satire-Idee längst fallen gelassen hatte und das Drehbuch von „Viktor Vogel" sich in eine Richtung entwickelt hatte, die man in Hollywood „Dramatic Comedy" nennen würde, waren Vater Kraumes Kontakte gefragt.

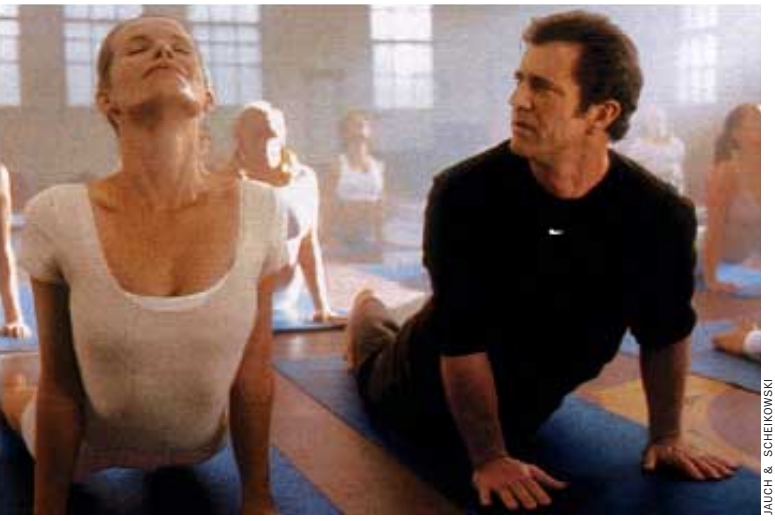
Schließlich wollte man mit großen Firmen zusammenarbeiten, zur Not „auch mit einem Zahnpasta-Hersteller" (Kraume). So

überredete Kraume unter anderem das Marketing-Blatt „Horizont“, den Bierkonzern Heineken sowie den Reiseveranstalter Airtours, ihre Namen in „Viktor Vogel“ verwenden zu dürfen. Aber Autos geben natürlich mehr her, optisch wie finanziell.

Also schrieb man an Mercedes. Die lehnten ab. Dann an Ford. Die reagierten gar nicht. Schließlich an Opel. Dort durfte Kraume immerhin sein Drehbuch vorstellen, aber auch in Rüsselsheim „hat man sich nicht gerade darum gerissen, mit uns zusammenzuarbeiten“, so Kraume.

Am Ende sagte Opel doch zu. Geld gab es zwar angeblich nicht, dafür aber den Speedster, für den man „eine neue Filmwelt“ geschaffen habe, wie ein Opel-PR-Mann erklärt. Auf Deutsch: Die Adam Opel AG will um jeden Preis ihr biederes bis prolliges Image loswerden – Manta, Manta, ade.

Deshalb läuft jetzt in den Ausstellungsräumen der Opel-Händler ein „Viktor Vogel“-Trailer. Deshalb konnte man dort eine Statistenrolle in einer der nächsten Columbia-Produktionen gewinnen. Deshalb verlost Columbia zum Filmstart einen Opel Speedster. Deshalb sitzt Götz George in der ARD-Talkshow „Beckmann“ und erzählt, man habe „mit richtigen Reklamesachen“ gearbeitet. Und deshalb heizen George und Scheer eben mit Fahrzeugen von Opel über die Leinwand: George mit einem Opel-Oldtimer, dem Aero GT, Scheer mit dem neuen Opel Speedster. Außerdem reden sie dauernd über Opel. Sie leben von Opel. Sie tun alles, um Opel zu gefallen.



JAUCH & SCHEIKOWSKI

Nike-Träger Gibson in „Was Frauen wollen“: *Penetranz schadet*

Kurz: „Viktor Vogel“ ist – seit dem grandios schwachsinnigen Proleten-Epos „Manta Manta“ (1991) – der Film mit der größten Opel-Dichte aller Zeiten. Nur: Wer hat etwas davon? Der Regisseur? Die Produzenten? Die Zuschauer?

Opel jedenfalls nicht. Das meint zumindest Manfred Auer. Auch Auer hatte mit „Viktor Vogel“ zu tun, zog sich aber bald „mit Entsetzen zurück“. Außerdem habe er einen Brandbrief an den Autokonzern geschrieben mit der dringenden Empfehlung, die Finger von George und „Viktor Vogel“ zu lassen.

Auer ist nicht irgendwer. Bei ihm rufen Schauspieler an und fragen, wie viel Geld er ihnen zahlt, damit sie bei Dreharbeiten eine Saftflasche so in die Kamera halten, dass das Etikett gut zu sehen ist. Denn Auer ist Geschäftsführer einer Firma mit dem etwas verklemmten Namen „Arrangement Group GmbH“. Von seinem Büro in Alfter bei Bonn aus sorgt er dafür, dass seine Kunden ihre Produkte in den richtigen Filmen unterbringen können.

„Viktor Vogel“, sagt Auer, ist kein richtiger Film. Das Drehbuch sei zu schlecht, der Regisseur ein Anfänger, und statt Götz George hätte er lieber Mark Keller gehabt.

CINETEXT

Bond-Darsteller, Dienst-BMW*: *Marke gewechselt*

Keller – das sagt Auer allerdings nicht – kann zwar nicht schauspielern, das aber dafür bei der „Autobahnpolizei“ von RTL. Außerdem ist Keller erst Mitte 30, und wenn er auf einer Party einer Popsängerin seine Hand auf den Schoß legt, steht es ein paar Tage später in der „Bild“-Zeitung. Solche Typen passen zum Opel Speedster.

Product Placement, meint Auer, könne nur dann erfolgreich sein, wenn die Marke in einer guten Geschichte auftaucht. So nützte es Siemens wenig, sich mit mehreren Millionen Mark (und unter dem Bildschirm-Pseudonym Althan) beim Kinofilm „Feindliche Übernahme“ engagiert zu haben: Den deutschen Action-Thriller mit Désirée Nosbusch (Produktionskosten: 15 Millionen Mark), Anfang Februar unter großem PR-Getöse gestartet, wollten nur 41 000 Zuschauer sehen.

Um solche Desaster zu vermeiden, betreiben manche Konzerne inzwischen sogar umgekehrtes Product Placement: Sie bezahlen Regisseure dafür, dass diese die Konzernprodukte *nicht* in ihren Filmen zeigen – oder wenigstens nicht die Bösewichte mit ihren Autos herumfahren. Dieses so genannte Replacement dürfte so manchen schlechten Film erst möglich gemacht haben.

In jedem Fall gilt: Penetranz, so Placement-Profi Auer, schadet einer Marke. „Optimal ist es, wenn der Zuschauer überlegt – war das jetzt Product Placement oder nicht?“ Deshalb plädieren Experten im Zweifelsfall eher für Zurückhaltung, denn sonst werde der Zuschauer – der in einem Kinofilm eigentlich keine Werbung erwarte – sauer. Reaktanz nennen Psychologen dieses Phänomen, der Volksmund spricht vom Bumerang-Effekt.

Zumindest im deutschen Fernsehen kann das allzu plumpe Präsentieren eines Produkts auch richtig teuer werden, und zwar über die rund 2000 Mark hinaus, die ein Hersteller pro Sekunde Bildschirmpräsenz an die Placement-Agentur zahlen muss: Die Landesmedienanstalten können seit einem Jahr Bußgelder bis zu einer Million Mark verhängen, wenn „die direkte oder indirekte Erwähnung von gewerblichen Waren oder deren Herstellern, von Dienstleistungen und deren Anbietern außerhalb von Werbesendungen“ nicht „aus überwiegend programmlich-dramaturgischen Gründen erfolgt“. So steht es im Rundfunkstaatsvertrag.

Prompt wurde „Big Brother“-Produzent Endemol zu 100 000 Mark Bußgeld verdonnert: Moderator Oliver Geissen hatte den Namen des Wohnmobilherstellers, mit dem die Kandidaten zum Container gekarrt wurden, erst falsch ausgesprochen und sich dafür später mit dem entlarvenden Satz „Der Kunde hat sich beschwert“ entschuldigt. Endemol hat gegen den Bußgeldbescheid Einspruch eingelegt; jetzt prüft die zuständige Staatsanwaltschaft in Hannover den Fall.

Bei Kinofilmen, entschied der Bundesgerichtshof 1995, ist dagegen so ziemlich alles erlaubt: Im schlimmsten Fall muss schon im Vorspann erwähnt werden, dass es sich um Werbung handelt. Bei „Viktor Vogel“ fehlt ein solcher Hinweis.

Zu Recht: Wichtiger wären sowieso die Namen der Firmen, die bei „Viktor Vogel“ nicht dabei sein wollten. MARTIN WOLF

* Pierce Brosnan in „James Bond – Die Welt ist nicht genug“, 1999.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

ETOILES / ZAZ / SIPA PRESS

Adams-Kantate „El Niño“ in Paris: *Ohrwürmer zum Lagerfeuer*

MUSIK

Verdammt verwegen

Der US-Stardirigent Kent Nagano macht Berlin zur Hauptstadt der musikalischen Avantgarde. In seinen Konzerten kreuzt er selbst die heiligsten Kühe der Klassik mit experimentellen Neutönereien. *Von Klaus Umbach*

Zuerst, da war er so um die sechs, wollte der Junge Farmer werden und Artischocken züchten. „Wild waren wir damals“, erinnert sich der Enkel japanischer Einwanderer, „richtige wüste Bauernkids“, die als saubere Früchtchen die 860 Morgen der großelterlichen Plantage unsicher machten, fetzig Gitarre spielten, an schrottreifen Oldsmobiles herumbastelten und die Wellen der kalifornischen Pazifikbrandung ritten, was die Bretter hielten. Vita Kunterbunt.

Spleene, nichts als Dumme-Jungen-Träume, jedenfalls in den Augen der akademisch gebildeten Eltern, die ihren Sohn auf einen klassischen Bildungsweg lenken wollten. Dad war schließlich Architekt, Mum gelernte Mikrobiologin; klar, dass die beiden auch für Kent was Standesgemäßes wollten, was mit Hand und Fuß und fürs Hirn und fürs Leben.

„Es waren die Watergate-Jahre“, erinnert sich Nagano an seine Studentenzeit, „der Vietnam-Krieg ging zu Ende, wir alle waren voll gesellschaftskritischem Engagement.“ Damals wählte er an der University of California in Santa Cruz zwar Soziologie und Musik als Hauptfächer, war aber, ganz gehorsamer Sohn, schon auf dem definitiven Sprung in die juristische Fakultät. Dann, fast über Nacht, vollzog er die Wende: doch Musik, ganz klar Musik, und zwar nur noch Musik.

Okay, die Mutter hatte ihrem Filius nicht nur gezeigt, wie man Erbsen pflanzt und Fische fängt und, natürlich, Artischocken erntet, sondern auch, wie man Koto und Klavier spielt, Bratsche und Klarinette, und mit acht hatte der spindeldürre Kent sogar mal den Kinderchor der Dorfkirche leiten dürfen. Aber viel mehr als ein Beach-Boy, der leidlich Noten lesen konnte, steckte damals nicht hinter Naganos Geschichte.

Knapp 30 Jahre später gilt Kent Nagano, 49, als „Protagonist einer neuen Dirigentengeneration“ („Süddeutsche Zeitung“), als „heimlicher Revolutionär“ („Die Welt“), als „Jahrhundertbegabung“ („Fono Forum“), als „Mann für jeden Tonfall“ und – fortissimo – als „der erste Dirigent des 21. Jahrhunderts“ („Tagesspiegel“), der erste auch, der in T-Shirt, Jeans und Turnschuhen auf Plakatwänden Modell gesessen hat – als Kunstjünger für die philharmonischen Spezereien seiner CDs und als

KASSKARA

Dirigent Nagano
Maestro der kontrollierten Ekstase

Dressman für den amerikanischen Klamottenschneider Gap.

Seit letztem Herbst, mit der Übernahme des Deutschen Symphonie-Orchesters Berlin (DSO), setzt Nagano vor allem im Concerto grosso der deutschen Hauptstadt aparte Akzente und extravagante Maßstäbe: Dieser Neue, ein Mann der asketischen Slim Line und ein Maestro der kontrollierten Ekstase, ist derzeit die verlässlichste Triebkraft in der eher faden Berliner Klassik-Hefe.

An den beiden bevorstehenden Ostertagen wird er das jüngste, von ihm uraufgeführte Bühnenstück „El Niño“ des amerikanischen Neutöners John Adams aus dem Pariser Châtelet in die Berliner Philharmonie importieren, anschließend mit dem DSO auf große Tour gehen, vom Baden-Badener Festspiel- zum Wiener Konzerthaus, von der Bonner Beethovenhalle bis zum Cankarjev-Dom in Ljubljana. Reisen bis Los Angeles sind fest geplant.

Vor allem aber Berlin, so viel steht fest, kann sich unter Naganos Taktstock auf einiges gefasst machen. Denn der charmant agierende und elegant taktierende Kapellmeister, der auf dezente Art zu überrumpeln und mit analytischem Scharfsinn zu bezaubern versteht, hat im weltweit abgeschlafften Klassikbetrieb schon mehrmals für Überraschungen gesorgt.

In knapp zehn Jahren, von 1989 bis 1998, hat der smarte Exot die Opéra National de Lyon zu Frankreichs avantgardefreudigstem Musiktheater geliftet und mit einem exquisiten Spielplan dem schwerfälligen hauptstädtischen Schlachtschiff, der Pariser Bastille-Oper, das blaue Band abgetrotzt: Lyon wurde führendes Opernhaus, das Stuttgart der Grande Nation.

Fast gleichzeitig übernahm Nagano die Leitung des künstlerisch und wirtschaftlich ausgebluteten Hallé Orchestra in Manchester, führte den traditionsreichen Klangkörper, immerhin Britanniens ältesten, auf triumphale Tourneen nach Salzburg und Fernost und verschaffte den Musikern am Ende auch daheim wieder volle Säle, eine neue Konzerthalle und eine Bestandsgarantie der Kommune.

Noch leitet er mit Berlins DSO kaum mehr als ein solides Ensemble der klingenden C-Klasse. Doch unter seiner Obhut hat das aus dem früheren Rias-Symphonie-Orchester hervorgegangene Ensemble die Chance zum schnellen Aufstieg in die Champions League, und das ohne all den Süß- und Schmier- und Schaumstoff des philharmonischen Mainstream. So wenig Zuckerschlecken war jedenfalls lange nicht – und auch nicht so viel erregende Aufbruchstimmung.

Bei seinem ersten Konzert als neuer DSO-Chef beispielsweise dirigierte Nagano Mitte September 2000 ausschließlich Werke von Alban Berg, nicht gerade Weichspieler. Zwei Wochen später mutete er seinem Publikum ein reines Stockhausen-Programm zu, auch das kein Lollipop. In seiner dritten Soiree koppelte er Anton Weberns radikales Neutöner-Opus 1 mit einer Messe des niederländischen Polyphonikers Johannes Ockeghem aus dem 15. Jahrhundert zu einer faszinierenden Mesalliance.

Und genauso ausgefallen, instruktiv und unterhaltsam geht das jetzt weiter. Da übernimmt der Chef in der nächsten Spielzeit immerhin 34 Berliner Auftritte, und was, bitte, hat er da zu bieten? In der ganzen

Saison nicht mal eine halbe Stunde Mozart, nicht eine Note von Bach, keinen einzigen Ton von Ludwig van Beethoven. Nein, das schwere Tafelsilber der abendländischen Tonkunst fasst er am liebsten gar nicht erst an, und wenn, dann mit den spitzen Fingern eines intelligenten Provokateurs.

So mischt er Schuberts biedermeierliche „Rosamunde“-Musik mit Texten der Wiener Radikal-Poetin Elfriede Jelinek auf, verfremdet das „Deutsche Requiem“ von Brahms durch kess darin versprenkelte Neutönereien des Avantgardisten Wolfgang Rihm und scheut nicht mal davor zurück, mitten in Bruckners neunter, „dem lieben Gott“ geweihter Sinfonie das psychoanalytische Monodram „Erwartung“ von Arnold Schönberg aufzuführen.

DPA

Nagano-Kollege Bernstein (1989)
Mit Inbrunst in die Kummerfalte

Verdammt verwegen, wie er seinem Publikum das Trommelfell über die Ohren zieht; verdammt spannend, wie die Kundschaft darauf reagiert: Ein Drittel der alten Berliner Abonnenten hat ihm die Gefolgschaft gekündigt – bei 45 Prozent Neueingängen ein sattes Plus.

Doch so viel neues, sperriges Material Nagano sich, seinem Orchester und seiner Klientel auch aufhalsen mag, so häufig und unerschrocken er György Ligeti, Hans Werner Henze, Alfred Schnittke oder gar Novizen wie die koreanische Komponistin Unsuk Chin auf seine Programme setzt – dieser in Statur und Gestus jugendliche Taktierer kultiviert auch das typisch amerikanische Crossover aus klassischer Bauweise mit halbseidenem Entertainment. Er hat halt, nach Landessitte, auch eine Schwäche für ff Talmi.

Wenn da zu Ostern unter seiner Leitung der biblische Zimmermann Joseph verschwitzt von der Baustelle heimkehrt, von der seltsamen Schwangerschaft seiner Maria erfährt und mit Bassgewalt seine Wut herausbrüllt über den angeblich himmlischen Begatter und den Balg „El Niño“, der ihm da ungebeten in die Krippe kommen wird, dann hat das deutsche Großfeuilleton seine Watschen schon längst verteilt: „Mickymaus wärmt Jesulein“, hatte die „FAZ“ nach der Pariser Premiere von

Adams' „El Niño" Mitte Dezember gespottet, und auch die „Süddeutsche Zeitung" rümpfte über „Mariä Verhängnis" und den „Säuglingszauber" der Christmas-Kantate genüsslich die Ohren.

Doch wenn einer dieser postmodernen Mixtur aus heiligem Bimbam und hollywoodeskem Glamour Form, Stil und Power verpasst hat, dann Nagano. Er sorgte an der Krippe für orchestralen Wumm, zum Lagerfeuer des holden Paares tischte er Adams' Ohrwürmer auf, und über dem Bretterbuden-Pathos des Regisseurs Peter Sellars jubelten die himmlischen Heerscharen, die er mit Bravour durch den irdischen Chorsatz lenkte.

Ist Nagano mit seiner Emphase und seinem draufgängerischen Elan vielleicht doch der neue Bernstein, den vor allem die Amerikaner aus ihm machen möchten? War das Magazin „New York" doch nicht vorlaut und voreilig, als es im März 1994 seine Hommage an Nagano mit „Lenny", dem populärsten Kosenamen des amerikanischen Klassikbetriebs, übertitelte?

Kent Nagano, so seinerzeit das hymnische Journal, sei nach seinem Debüt in der New Yorker Met mit einer „geradezu überwältigenden Ovation empfangen" und „zum aufregendsten amerikanischen Dirigenten seiner Generation" gekürt worden, in ihm dürfte die Musikwelt „den nächsten Bernstein gefunden" haben.

Nett, aber Nonsens. Denn mit Bernstein, diesem Maestro pomposo, hat Nagano wenig gemein. Er ist alles andere als ein schwitzender, keuchender Theatraliker der Tonkunst, der sich voll Inbrunst in jede sinfonische Kummerfalte kniet, bei jeder Kantilene, die seine Seele streichelt, Tränen des Glücks vergießt und jedes Crescendo der Klänge mit einem Luftsprung seines Körpers krönt.

Nagano bleibt, selbst wenn sein Temperament abhebt, mit den Füßen auf dem Boden. Er schwärmt, aber mit Berechnung und kühlem Kopf, und die Romantik, Bernsteins Mutterboden, ist für ihn nur „ein Stück Tradition mehr": „Nun, da das 20. Jahrhundert zum vergangenen Jahrhundert geworden ist, haben wir noch einmal 100 Jahre mehr, auf die wir Rückschau halten können."

Berlin bietet ihm dafür beste Chancen, „diese Stadt in ihrer stolzen Aufbruchstimmung" findet er „an jeder Ecke faszinierend", und er will ihr vorerst auch treu bleiben. Aber den ganzen Nagano wird die Hauptstadt dennoch nicht länger für sich beanspruchen können: Im kommenden Sommer geht der umworbene Star, auf Einladung von Operndirektor Plácido Domingo, als Principal Conductor ans Musiktheater von Los Angeles. Erstes spektakuläres Großprojekt: Wagners Nibelungen-„Ring". Bis Wotans Welt am Pazifik untergeht, kann Nagano dort jede Menge Artischocken ernten. ◆

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

MUSIKMARKT

Wunder und Wahnwitz

Vom Konzertsaal in die Disco: Weil die Klassik-Umsätze schrumpfen, sollen junge Menschen für eine neue Mixtur aus Pop und alten Meistern begeistert werden.

Als sich im März die wichtigsten Einzelhändler der deutschen Klassik-Szene in München trafen, plauschte man zunächst wie je in gepflegter Kammermusik-Atmosphäre – doch dann war es plötzlich mit der Harmonie vorbei.

Ein Knabe mit kurz geschorenem Haar und nachgeschneidertem Designer-Anzug ergriff verschmitzt grinsend das Wort: „Alles schön und gut, aber jetzt möchte ich präsentieren, was mich interessiert“, sagte Martin Hossbach, 25, Junior Product Manager bei Universal Classics. Er habe hier ein paar Platten mit zeitgenössischer Klassik und die seien „einfach krass“ – was im Slang junger deutscher HipHopper so viel wie großartig bedeutet.

Das Vokabular erzürnte einen Händler derart, dass er aufsprang und sich verbat, hochkulturelle Themen mit derart „flapsigen Worten“ abzutun. Eine junge Kollegin aber fand, dass es angesichts trauriger Klassik-Verkaufszahlen überfällig sei, sich endlich auch in der E-Kultur mit der Welt und dem Jargon der Jugend anzufreunden.

Ein Job, an dem sich Christian Kellersmann, 40, und Boss des jungen Wilden Hossbach, zurzeit versucht. Seit März vergangenen Jahres ist Kellersmann Chef von Universal Classics, zu der Traditionsmarken wie Decca und die Deutsche Grammophon gehören. Sein Ziel liegt irgendwo zwischen Wunder und Wahnwitz: Er will die in der jungen Generation traditionell als verschnarcht geltende klassische Musik mit einem jungen Team für die Viva- und MTV-Generation attraktiv machen.

Natürlich gab es Ähnliches schon: So verhalf ein zeitweise sehr modisches Crossover aus Klassik, Jazz und Pop in den Sechzigern und Siebzigern Jacques Loussier („Play Bach“) oder Bands wie Ekseption und Emerson, Lake & Palmer zu Millionenerfolgen. Auf Dauer nützte all das wenig.

Derzeit jedenfalls gilt die Klassik-Branche als bedürftiger Pflegefall. Die Verkäufe gingen allein von 1998 auf 1999 um über 17 Prozent zurück. Die Folgen: Firmenfusionen und massiver Stellenabbau.

Schuld an der Misere ist das miese Image: Die Werke von Bach bis Vivaldi gelten vielen Menschen unter 50 zwar als respektabel, aber reif fürs Platten-Altersheim.

Kellersmann ist keiner jener Plattenmanager, die nebenbei in einem Club auflegen. Er hat ein Studium der Musikwissenschaften mit Note Eins abgeschlossen und mit Andreas Dorau und den Zimmermännern verquer schöne Popmusik produziert. Seit 1990 hat er in der Jazz-Abteilung der Polygram, heute Universal, erfolgreich Programm und Image modernisiert. Als ihm daher auch die Klassik-Abteilung zugeschlagen wurde, musste er seinen jungen Mitstreitern „erst mal die Angst vor Klassik nehmen“, sagt Kellersmann. Ähnliches hat er nun mit der Pop-Kundschaft vor: „Damit es im Hirn ‚Klick‘ macht, he, Klassik ist gar nicht so schlimm.“

THESOUNDSTORM.COM

Londoner Klassik-DJ
Entspannung im Club

Klicken soll es dank einer Pop-Strategie: Discos, DJs und Design sollen Symphonien und Sonaten Glamour verleihen.

Das ist nicht so verwegen, wie es sich anhört: Pop-Größen wie Air und Aphex Twin schwärmen von Ravel und Rachmaninow. Der Madonna-Produzent und Musiker William Orbit landete jüngst einen Hit mit der CD „Pieces in a Modern Style“, auf der er Werke von Beethoven und John Cage zu sanftem Elektrogesäusel umprogrammierte. Die Pet Shop Boys, bekennende Klassik-Fans, sangen vor Jahren „Ché Guevara and Debussy dancing to a disco beat“.

In Londoner Clubs, wo sonst House- und Electro-Beats wummern, sorgen Bach und Mozart schon regelmäßig für lässige Entspannung. Auch in Deutschland etabliert sich das Pop-Klassik-Kombipack. „Classic goes Disco. Schmusen mit Mozart“, berichtete „Bild“ über den „After Work Classic“-Club im Hamburger Schanzenviertel. Im „Kochsalon“ in St. Pauli drängte sich jüngst das Szenevolk zu Satie und Mozart.

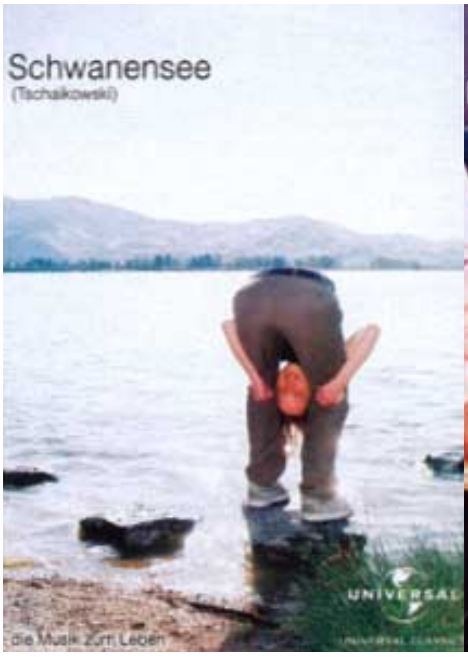
In guter alter Farbtradition der Deutschen Grammophon soll eine „Yellow Lounge“ als regelmäßiger Clubabend in diesem Jahr europaweit eingerichtet werden. Zum Chillout im Wohnzimmer werden auf einer Yellow-Lounge-CD Klassik-Hits wie Disco-Nummern ineinander gemixt.

Wie Universal sucht auch die Konkurrenz die Rettung im Disco-Beat. So ließ Sony Classical für das Album „Club vs. Classics“ E-Musik-Gassenhauer wie Smetanas „Moldau“ vom deutschen Techno-Nachwuchs mit Elektro-Gezirpe aufpeppen: „Viele junge DJs und Musiker haben eine intensive Beziehung zur klassischen Musik, die sie nun ausleben können“, sagt Michael Brüggemann, Vice President Europe von Sony Classical.

Dass vielen Klassik-Puristen da das Blut gefriert, ist kaum verwunderlich – doch selbst einige Künstler der Klassik-Branche sind abenteuerlustig. So veröffentlicht die Star-Mezzosopranistin Anne Sofie von Otter in dieser Woche die CD „For the Stars“, die sie mit dem gefeierten Songwriter Elvis Costello aufgenommen hat. Costello und die schwedische Diva präsentieren neben Eigenkompositionen Klassiker von den Beach Boys und Tom Waits als kunstvoll arrangierte Barmusik.

Ob sich das Werk des Duos wirklich verkauft, muss sich noch erweisen. Ohnehin ist nicht ausgemacht, dass die Fusion von Pop und Klassik langfristig ankommt. Kellersmann sagt: „Ich sitze hier auch nur, solange das gut geht.“

CHRISTOPH DALLACH



E-Musik-Werbung für junge Hörer: *„Klassik ist gar nicht so schlimm“*

Werbeseite

Werbeseite

LEGENDEN

Ein alter Schwede, fit for fun

Die Lebensgeschichte des Arztes und Frauenhelden Struensee plündert der Dichter Per Olov Enquist in seinem neuen Roman – mit dem realen Vorbild hat sein Held wenig zu tun.

Die Stimmung auf dem Richtplatz war heiter und erwartungsfroh. 30 000 neugierige Dänen hatten sich zum Osterfeld aufgemacht, draußen vor den Toren Kopenhagens. Alle hatten eine gute Sicht auf das Blutgerüst, damals, am 28. April 1772, auch die Kinder.

„So soll seine rechte Hand und darauf sein Kopf ihm lebendig abgehauen werden“, hatte die Inquisitionskommission über das ritualisierte Procedere der Hinrichtung beschlossen, „sein Körper geviertheilet und aufs Rad geleget, der Kopf mit der Hand auf einen Pfahl gestecket werden.“

Dann stieg Johann Friedrich Graf Struensee aus der Kutsche. Der 34-Jährige trug einen blau samtenen Anzug, darüber einen kostbaren Pelzrock. Sein langes, blondes Haar bedeckte ein schwarzer Hut, den er höflich lüftete, denn die meisten der Herren Zuschauer an der Richtstatt kannte Struensee gut. Schließlich war der Delinquent noch vor drei Monaten der einzige „Geheime Kabinettsminister“ seiner Majestät gewesen – und damit der mächtigste Mann im Staate Dänemark.

Als wisse er von seinem frühen Tod, hatte Struensee in knapp anderthalbjähriger Amtszeit mehr als 1800 Kabinettsorders erlassen, alle in deutscher Sprache: den Frondienst der Bauern eingeschränkt, die Pressefreiheit verkündet, die Folter abgeschafft, Schulwesen, Krankenhäuser und Universitäten reformiert, uneheliche Kinder vor dem Gesetz gleichgestellt, Kirchen in Hospitäler umgewandelt und – als alle Herrschenden ihm schon Feind waren – auch noch das Volk verprellt durch ein Verbot des Schnapsbrennens.

Nebenbei, gewöhnlich um die Mittagsstunde, hatte der Pastorensohn Struensee zudem Zeit gefunden, der Königin beizuwohnen. Als sie, im Juli 1771, mit einer Tochter niederkommt, entbindet er seine Geliebte selbst, Arzt ist der Kavalier ja auch.

Sein letztes Wort ist nicht überliefert. Strittig ist auch, ob der Atheist im Angesicht des Richtblocks zu Gott gefunden hat, wie die Kleriker später behaupteten. Man weiß nur, dass der Henker kein Meisterstück zu Wege brachte und seine Knechte Mühe hatten, den starken Deutschen festzuhalten. Im Schinderkarren fuhr man den gevierteilten Leib zum Kopenhagener Galgenberg. Das Volk verlief sich, es war zufrieden, Struensee war tot.

In Wahrheit scheint Johann Friedrich Struensee aus Halle an der Saale jedoch unsterblich. Mehr als 600 literarische Bearbeitungen hat sein Leben erfahren, Bänkelsänger haben sich seiner angenommen, die Filmfritzen („Herrscher ohne Krone“, 1957) – und nun auch der Schwede Per Olov Enquist, einer der bedeutendsten Romanciers in Skandinavien.

AKG

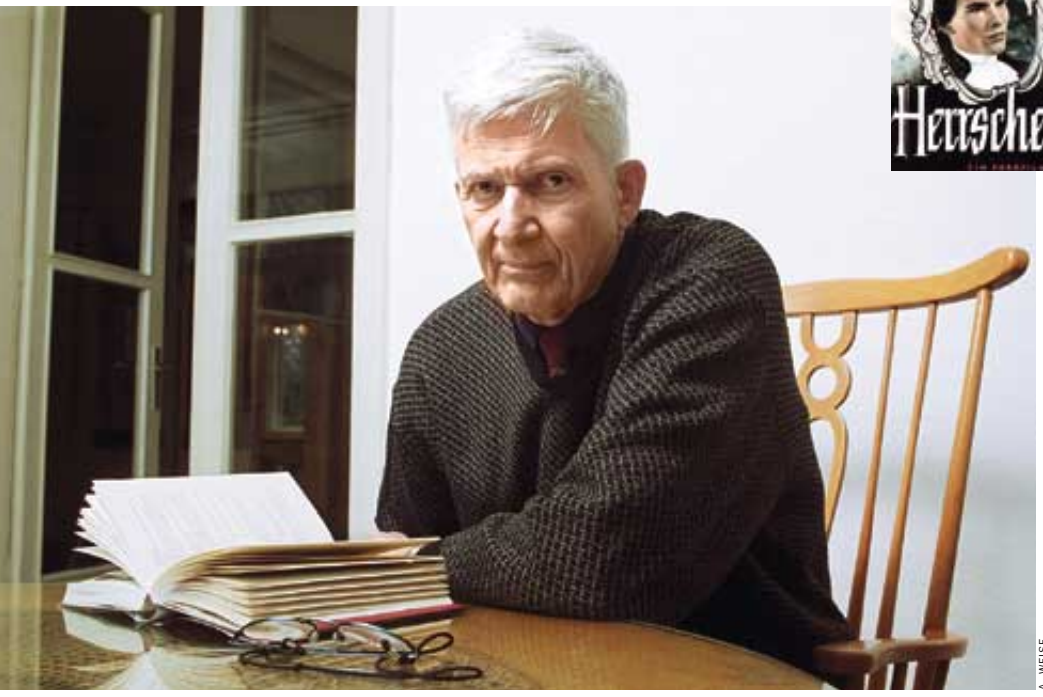
Struensee*, Filmplakat (1957)
Aufklärer ohne Doppelmoral

AKG

„Der Besuch des Leibarztes“ heißt das neueste Werk des Dichters, und sein deutscher Verlag rühmt es als „psychologisches Drama um Politik, Macht und Liebe“**. Die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ greift gleich in die Kiste mit den Superlativen und lobt: „Ein großes Buch, ein mächtiges Buch, souverän und selbstbewusst überragt es die landläufige Produktion der Belletristen.“ Deshalb sei Per Olov Enquist der wahre Anwärter für den nächsten Literatur-Nobelpreis.

Zumindest hat der alte Schwede, er steht im 67. Lebensjahr, die dichterische Freiheit souverän ausgeschöpft. Mit den biografischen Einzelheiten seines Helden geht er großzügig um – lieber eine Wahrheit verlieren als eine Pointe. Ein Roman ist ein Roman?

Zwar darf Fiktion alles, und doch schimpft Stefan Winkle, 89, Medizinprofessor in Hamburg und *der* Struensee-Kenner schlechthin, über einen „Kulturskandal“. Winkle hat 40 Jahre seines Lebens hingegeben, um die verwehten Spuren seines Helden aufzuspüren. Sein dickleibiges Buch – „Johann Friedrich Struensee. Arzt, Aufklärer und Staatsmann“, 1983 erschienen, Auflage: 2000 Stück – enthält allein 2178 Anmerkungen, ist von den Medizinhistorikern hoch gelobt worden, beantwortet jede Frage, ist längst vergriffen und wird wohl nie wieder aufgelegt werden. „Dieser Enquist“, grummelt



A. WEISE

Romancier Enquist: *Dichterische Freiheit souverän ausgeschöpft*

* Zeitgenössischer Kupferstich von Joseph Friedrich Rein.
** Per Olov Enquist: „Der Besuch des Leibarztes“. Aus dem Schwedischen von Wolfgang Butt. Carl Hanser Verlag, München; 376 Seiten; 42 Mark.

Werbeseite

Werbeseite

Winkle, „hat mein Buch niemals in der Hand gehabt.“

Muss er ja auch nicht. Details über Struensees königlichen Sex mit Ihrer dänischen Majestät Caroline Mathilde, 18, findet man beim Biografen Winkle sowieso nicht. Beim Dichter Enquist liest sich das so:

Er konnte vollkommen still liegen, lange, sein Glied tief in ihr, und ihren Schleimhäuten lauschen, als seien ihre Körper verschwunden und als gäbe es nur ihr und sein Geschlecht … Sie bewegte ihren Unterleib fast unmerklich, unendlich langsam, er tastete mit seinem Glied in ihr, als wäre es eine empfindliche Zungenspitze, die nach etwas suchte …

Aber es nicht findet, denn die Liebe geht immer so weiter – „unerhörter Genuss … niemals etwas Ähnliches erlebt“.

Glaubt man Romancier Enquist, probiert die Königin ihre Reize auch an einem älteren bösen Dänen aus, diesmal die „Rundung ihrer Brüste“, die „Brüste in ihrer ganzen Fülle“, also ihre „fast entblößten Brüste“. Dem Beschauer kommen die Tränen, und zwar aus „Gemütsbewegung“.

„Dieses ganze Buch“, urteilt Winkle, „ist die reinste Pornografie. Von Struensee stimmt nichts, aber auch gar nichts.“

Das scheint Struensees Schicksal zu sein. Bevor sein Kopf unter das Beil geriet – der Henker hieb mehrfach zu – führte der Hochbegabte ein umtriebiges Leben, immer rebellisch gegen die hergebrachte Wissenschaft, allen Konventionen feindlich gesinnt und zu fast jedem Risiko bereit.

Struensee war 14 Jahre alt, als er in seiner Geburtsstadt Halle mit dem Medizin-

Struensee beschrieb als Erster die – später so benannte – Maul- und Klauenseuche

studium begann, und 19 Jahre, als er es mit einer lateinischen Dissertation abschloss. Als 20-Jähriger, 1757, wurde er Stadtphysikus und Armenarzt in Altona. Die Hafenstadt an der Elbe hatte 20 000 Einwohner, sie war seinerzeit Dänemarks zweitgrößte Gemeinde.

Wie Ebbe und Flut kamen die großen Seuchen über die Stadt: Pocken, Ruhr, Fleckfieber, Diphtherie, Syphilis. Amtsarzt („Physikus“) Struensee tat mehr als üblich und war oft erfolgreich. Er bekämpfte Schmutz und Schlendrian im Waisenhaus und in den Hospitälern, den Aberglauben und die Doppelmoral. In Adelskreisen galt die Syphilis als „galante Kavalierskrankheit“, für das gemeine Volk aber als „wohlverdiente göttliche Strafe an den Körpertheilen, mit denen man gesündiget“, wie die Bußprediger urteilten. Struensee sah die Sache anders: „Es ist falsch zu glauben, was die einen thuen, sey Galanterie, und was die anderen thuen, sey Unzucht. Es giebt nur eine Moral, wie es auch nur eine Geometrie giebt.“

Bei seinen Reisen in die ländliche Umgebung betätigt sich Physikus Struensee auch als Tierarzt. Er seziert verstorbene Tiere und publiziert 1764 einen „Versuch von der Natur der Viehseuche und der Art sie zu heilen“: Es ist die weltweit erste Beschreibung der Maul- und Klauenseu-

Bestseller

Belletristik

1 (1) **Henning Mankell** Der Mann, der lächelte *Zsolnay; 39,80 Mark*

2 (3) **Joanne K. Rowling** Harry Potter und der Feuerkelch *Carlsen; 44 Mark*

3 (2) **Joanne K. Rowling** Harry Potter und der Stein der Weisen *Carlsen; 28 Mark*

4 (5) **John Grisham** Die Bruderschaft *Heyne; 46 Mark*

5 (4) **Joanne K. Rowling** Harry Potter und die Kammer des Schreckens *Carlsen; 28 Mark*

6 (6) **Joanne K. Rowling** Harry Potter und der Gefangene von Askaban *Carlsen; 30 Mark*

7 (9) **Ingrid Noll** Selige Witwen *Diogenes; 39,90 Mark*

8 (7) **Minette Walters** Schlangenlinien *Goldmann; 46 Mark*

9 (8) **Charlotte Link** Die Rosenzüchterin *Blanvalet; 48 Mark*

10 (10) **Rosamunde Pilcher** Wintersonne *Wunderlich; 49,80 Mark*

11 (12) **Liza Marklund** Studio 6 *Hoffmann und Campe; 44,90 Mark*

12 (11) **Donna Leon** In Sachen Signora Brunetti *Diogenes; 39,90 Mark*

Der venezianische Kommissar in Nöten: Die eigene Gattin wird im Dienst einer gerechten Sache zur Gesetzesbrecherin

13 (14) **Amitav Ghosh** Der Glaspalast *Blessing; 49 Mark*

14 (15) **Sándor Márai** Die Glut *Piper; 36 Mark*

15 (–) **Zeruya Shalev** Mann und Frau *Berlin; 39,80 Mark*

che (die diesen Namen erst im 19. Jahrhundert erhält). Immerhin entwickelt Struensee eine richtige Methode, die ansteckende Seuche zu heilen – durch eine Schutzimpfung. 180 Jahre später wird sie zum ersten Mal und erfolgreich ausprobiert.

Dieser Struensee war eben, wie sein Verehrer Winkle sagt, „ein heller Verstandesmensch“. An seinem Charakter sei nichts „Zwielichtiges oder Zweideutiges“ gewesen, seine ärztliche Kunst über jeden Tadel erhaben. Als der dänische König Christian VII. 1768 einen Begleitarzt für seine Reise nach England sucht, fällt die Wahl auf den deutschen Untertanen.

König Christian ist 19 Jahre alt und, wie so viele Majestäten in Dänemarks Geschichte, verrückt. Er leidet an Schizophrenie und wird von Halluzinationen und Verfolgungswahn gequält. Während der Kabinettssitzungen spielt er unter dem Tisch mit seinem Hund und einem kleinen schwarzen Pagen. Vertraut man dem Romancier Enquist, so ist des Königs eigentliches Leiden das „Laster der Onanie“:

Struensees Geliebte, die junge Königin, wurde ins Exil nach Celle überführt

Christians manische Art und Weise, seine Melancholie mittels dieses Lasters zu dämpfen, schwächte langsam sein Rückgrat, griff sein Gehirn an und trug zu der kommenden Tragödie bei. Manisch, stundenlang, versuchte er, einen Zusammenhang herbeizuonanieren oder seine Verwirrung wegzuonanieren.

Struensee, inzwischen Ehrendoktor in Oxford und Cambridge, wird in Kopenhagen zum Leibarzt ernannt. Er akzeptiert weder den religiösen Hokuspokus der „Besessenheit“ noch die offizielle „Säftelehre“ als Ursache für das psychische Leiden seines Patienten. Denn als Anhänger der Aufklärung liest er Voltaire, Rousseau und die französischen Philosophen, intellektuelle Rechtschaffenheit ist sein Leitstern. König Christian fasst zu dem ichstarken Doktor Vertrauen, bald ist Struensee sein einziger Freund.

Als er seinem Leibarzt auch noch die politischen Geschäfte anvertraut und die Hofaristokratie entmachtet, sammeln sich Verschwörer. Nach einem Maskenball verhaften Putschisten den deutschen Doktor. Mit zwei Ketten schmieden sie ihn in der Gefängniszelle an, Struensee ist 34 Jahre.

Seine Reformen, die viele soziale Krisen friedlich entschärften und so auf humane Art vorwegnahmen, was die Französische Revolution von 1789 nur mit viel Blut durchsetzte, wurden zumeist annulliert.

Struensees Geliebte, die junge Königin, arretierte man und ließ sie dann in das Exil nach Celle überführen. Von Struensee sprach sie als dem „seligen Grafen“. Mit 23 Jahren starb sie, angeblich an einem „ansteckenden Fieber“. Es kann aber, deutet Romancier Enquist an, auch Gift gewesen sein, beigebracht von der dänischen Regierung. Damit wird er wohl Recht haben, ausnahmsweise. HANS HALTER

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „Buchreport“

Sachbücher

1 (1) **Sebastian Haffner**
Geschichte eines Deutschen
DVA; 39,80 Mark

2 (2) **Norman G. Finkelstein**
Die Holocaust-Industrie *Piper; 38 Mark*

3 (3) **Dietrich Schwanitz** Bildung
Eichborn; 49,80 Mark

4 (5) **Günter Ogger** Der Börsenschwindel
C. Bertelsmann; 44 Mark

5 (4) **Florian Illies** Generation Golf
Argon; 34 Mark

6 (7) **Hans-Olaf Henkel**
Die Macht der Freiheit *Econ; 39,90 Mark*

7 (6) **Günter de Bruyn** Preußens Luise
Siedler; 28 Mark

8 (8) **Dale Carnegie** Sorge dich nicht, lebe! *Scherz; 46 Mark*

9 (9) **Bodo Schäfer** Der Weg zur finanziellen Freiheit *Campus; 39,80 Mark*

10 (10) **Lance Armstrong**
Tour des Lebens *Lübbe; 36 Mark*

11 (12) **Carola Stern** Doppelleben
Kiepenheuer & Witsch; 39,90 Mark

12 (–) **Fritz F. Pleitgen**
Durch den wilden Kaukasus
Kiepenheuer & Witsch; 39,90 Mark

13 (–) **Edwin Black** IBM und der Holocaust *Propyläen; 59,90 Mark*

14 (–) **Bodo Schäfer**
Wohlstand ohne Stress
Campus; 49,80 Mark

Wer richtig investiert, kann nicht verhindern, reich zu werden, meint der bekannte Finanzguru

15 (14) **Sabriye Tenberken**
Mein Weg führt nach Tibet
Kiepenheuer & Witsch; 38 Mark

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

F. BORKENAU

Huber-Inszenierung „Saussures Herz“ in Hannover*: *Ohne Verfremdung macht die Illusion keinen Spaß*

KUNST

Herzkammer im Berg

In Hannover schickt der Münchner Künstler Stephan Huber sein Publikum auf Traumpfade durch eine bizarre Welt aus Gips-Gipfeln und umgestülpten Zimmern.

Das Allgäu – „ein an die Alpen gepresstes Hügelland“; so kann man es auch sagen. Der Künstler Stephan Huber beschreibt seine Heimat mit diesen Worten als Übergangsregion und Spannungsfeld. Denn als Kind in der Kleinstadt Lindenberg fühlte er sich von der Sicherheit eines großbürgerlichen Elternhauses umfangen, gleich hinter dem Ort jedoch stieg, lockend und bedrohlich, das Hochgebirge auf.

Seit einiger Zeit denkt Huber, mittlerweile 49 und zweifacher Vater, intensiver als je zuvor an seine Kindheit zurück. Und prompt ist ein passendes Leitmotiv in seine opulente, symbolträchtige Kunst der Objektmontagen und Rauminstallationen geraten: der Berg.

Ganze Gipfelmassive hat Huber in den vergangenen Jahren meterhoch aus schneeweißem Gips aufgetürmt. In München, wo er wohnt, grüßen sie unter freiem Himmel vom Messegelände Riem zum realen Alpenhorizont hinüber. In Landshut baute er sie in einer Kirche auf („Gott als Berg denken“). Und bei der Venedig-Biennale 1999 ragten sie am alten Kriegshafen über ein Meer aus Schrott empor. Sogar Alpinisten-Promi Reinhold Messner hat schon wegen der Anschaffung eines Kunst-Bergs vorgefühlt.

Zu einer neuen – wie er ankündigt: letzten – Bergpartie lädt Huber jetzt das Publikum in die norddeutsche Tiefebene, in den Kunstverein Hannover. Ehe sich die majestätische „Pathosformel“ vielleicht peinlich abnutzt, hat er noch einmal plastische Abbilder der Schweizer Eisriesen Jungfrau, Mönch und Eiger als „Barriere“ mitten in seine bislang größte Ausstellung postiert. Aus älteren und neu erschaffenen Werken baut er da einen ebenso witzigen wie unheimlichen Parcours zusammen, durch den der Besucher traumwandeln kann wie Alice durch ihr Wunderland**.

So dringt man etwa zur Berg-Barriere ahnungslos und gebückt durch eine niedrige Pforte vor und findet sich in einer Art Liftkabine wieder. Aus deren stählerner Wandverkleidung ist ein Schaukasten ausgespart, in dem, mit vernehmlichem Geräusch, ein großes Herzmodell pocht.

Der Kabinenausgang führt dann in einen langen, scheinbar leeren Saal. Erst wer sich beim Weitergehen umdreht, erkennt, dass er eine Bergkette durchquert und ihr gewissermaßen ins Herz geblickt hat. Der Werk-

F. BORKENAU

Huber in seinem „Kopf-Labyrinth“: *Verwirrung zwischen Klinik und Museum*

* Mit Kunstvereinsdirektor Stephan Berg.

** Bis 3. Juni; später im Museum der bildenden Künste, Leipzig, und im Lenbachhaus, München. Texte zu Huber: 48 Seiten; 18 Mark. Bebilderter Katalog (ab Mai): 48 Seiten; 25 Mark.

Werbeseite

Werbeseite

titel freilich lautet „Saussures Herz“ – doppelte Anspielung auf Horace Bénédict de Saussure, den Schweizer Naturforscher und Montblanc-Besteiger (1787), sowie auf dessen Antipoden und Urenkel Ferdinand, den Pionier des Strukturalismus. Sich auf einen der beiden festzulegen, wäre Huber zu simpel vorgekommen.

Schließlich geht es ihm weder um schlichte Illustrationen aus der erhabenen Gipfel- und klaustrophobischen Höhlenwelt der Alpen noch um glatt lösbare Psycho-Rätsel. Wohl ist die ganze Ausstellung eine autobiografische Inszenierung, aber mit der „Nabelschau des kleinen Stephan“ kann es nicht getan sein; dahinter müssen „archetypische Bilder“ (Huber) aufsteigen. Und jede Illusion fordert zugleich Verfremdung, sonst macht sie keinen Spaß. Eine bizarre „Mischung aus Barock und Brecht“ ist angestrebt.

F. BORKENAU

Eingangsinstallation von Huber: *Wie Alice durchs Wunderland*

Folglich erscheint Hubers Lindenberger Elternhaus, dieser Gegenpol alles Steilen und Schroffen, einerseits in ausgesprochen naturnaher Wiedergabe, andererseits aber in cool manipulierten Zusammenhängen. Das gediegene Fünfziger-Jahre-Heim, das seine Mutter nun allein bewohnt, versetzt der Künstler mit digitalen Fototricks in eine Trümmerwüste vom Ende des Zweiten Weltkriegs.

Für eine zweite Lichtbildserie hat er sich ein handliches Hausmodell ins Atelier gestellt – und darum herum eine wahre Klimakatastrophe angerichtet: Styropor, Gips und Trockeneis erzeugen die Suggestion einer eisigen Polarlandschaft. Das letzte Bild indes führt den Betrachter hinter die schon merklich abgeschmolzenen Kulissen. Mit dem Werktitel „Shining“ zitiert Huber Stanley Kubricks Nachtmahr-Film: Im einsamen, verlassenen Berghotel sind die Bewohner dem Wahnsinn ausgeliefert.

Horror droht auch in Hannover hinter jeder Ecke. Im Stil einer Immobilienanzeige ist die Ausstellung als Hubers Lebensraum deklariert („7,5 Zi.-Whg. f. Künstler, 49 J.“), im Entree scheint jemand seine Koffer und einen Riesenhut deponiert zu haben. Wer aber weitergeht, findet manche Türen fest verschlossen, diejenigen der Berg-Herzkammer sind niedrig wie für Kleinwüchsige, eine andere ist spaltweit offen fixiert und erlaubt den Blick auf ein verrücktes, gleichsam umgestülptes Zimmer, in dem das Parkett an der Decke klebt. Drei halbhoch in die Wände verschiedener Räume eingebaute Durchreicheklappen animieren den Besucher unwiderstehlich, sie aufzumachen – eine raffinierte Falle.

Denn Achtung: Im Seelen-Haushalt der Schau sind dies die Schleusen zum Chaos des Unbewussten. Wer das Tabu bricht und sie öffnet, dem dröhnt betäubender Lärm entgegen, und er sieht schreckliche Dokumentarbilder in Videoprojektion. Hier geht ein Haus in Flammen auf, da wird eines mit Lawinengewalt in die Luft gewirbelt, dort samt Bewohner von den Strudeln einer Überschwemmungsflut in den Untergang gerissen. Der Impuls, die Klappe nur ganz schnell wieder zuzuwerfen, hat etwas von Verdrängung oder von dem Wunsch, aus einem Alptraum zu erwachen.

In zusätzliche, künstlerisch weniger zwingende Verwirrung stürzt Hubers „Labyrinth in meinem Kopf“ den Ausstellungsbesucher: Große Landkarten sind auf Ständern wie zu Triptychon-Altären montiert, und wer sich in ihre Topografie vertieft, ist rettungslos verloren. Vor Tokio beispielsweise liegt ein „King of the Mountains Island“ mit dem Märchenschloss Linderhof des Bayernkönigs Ludwig II., mit „Freuds Klinik“ und dem „Museum Stephan Huber“. Auf einem anderen Blatt ragt überraschend die Halbinsel „Westallgäu“ ins Gelbe Meer. So neckische Privatscherze lassen sich noch lange weitertreiben, und leider hat der Künstler das auch vor.

Gleich nebenan allerdings ist ihm die Wirklichkeit erst einmal verheerend und irgendwie auch sinnig in die Fiktion gekracht. Wieder einmal war er dabei, seine 18 Jahre alte Installation „Ich liebe dich“ aufzubauen, jenen Vexierraum mit zwei Sesseln, wisperndem Tonbanddialog und einem üppigen, irritierend hereinpendelndem Kronleuchter – nicht über Fußbodenparkett, das hier vielmehr an der Wand verlegt ist, sondern über einem unten angebrachten Stuck-Plafond. Nun war das tragende Drahtseil durchgescheuert und riss. Der schon immer suggestiv drohende „Absturz zur Decke“ (SPIEGEL 39/1983) wurde banale Tatsache.

Danach hatte Huber viel Mühe, das Leuchtergestänge zurechtzubiegen und verstreute Glasperlen neu aufzufädeln. Aber pünktlich zur Ausstellungseröffnung war sein paradoxes Kunstkabinett wieder intakt.

JÜRGEN HOHMEYER

FOTOS: S. HUBER / GALERIE SIX FRIEDRICH LISA UNGAR

„Shining“-Fotos von Huber: *Zum Schluss ein Blick hinter die abgeschmolzenen Polarkulissen*

Werbeseite

Werbeseite

RUDDIES / FACE TO FACE

Dreharbeiten in Marokko für den Action-Film „Kreuzritter“: *Jerusalem im Nirgendwo*

TV-PRODUKTIONEN

Profit mit Jesus

Das Billiglohnland Marokko hat sich zu einem beliebten Drehort entwickelt – und profitiert vom neuen Interesse an History-Spektakeln mit Orient-Flair.

Ein lauter Knall, und in der Nähe des Jaffa-Tors steigt dichter schwarzer Qualm in den Himmel. Die Altstadt von Jerusalem erlebt mal wieder einen verheerenden Terroranschlag.

Doch das Bild trügt. Weder haben islamische Extremisten eine Bombe gezündet, noch sind jüdische Eiferer schuld am Tumult. Stattdessen hat ein Filmteam die Explosion fabriziert. Und auch der Tatort ist eine Täuschung. Das Jaffa-Tor steht nicht im Heiligen Land, sondern auf einem Hügel im marokkanischen Nirgendwo.

Der nordafrikanische Staat hat sich in den letzten fünf Jahren zum Lieblingsspielplatz für Filmschaffende entwickelt. Das Städtchen Ouarzazate am Fuß des Atlas-Gebirges gilt inzwischen gar als eine Art maghrebinisches Hollywood. Pro Jahr fallen mittlerweile bis zu zehn Produktionsteams ein.

Auslöser für den Boom war die deutsche Kirch-Gruppe, die gerade in dem nachgebauten Jerusalem den historischen Action-Zweiteiler „Die Kreuzritter“ abgedreht hat. Von Frühjahr 1993 an ließ der fromme Katholik Leo Kirch hier mit der Verfilmung der Bibel eines seiner Lieblingsprojekte verwirklichen. Die auf 21 Episoden angelegte, in 34 Länder verkaufte Mammut-Reihe (die Folgen 19 und 20 werden Ostern in der ARD ausgestrahlt*) entstand vornehmlich in Ouarzazate. Die Kirch-Leute hatten sich Marokko ausgesucht, weil die archaische Landschaft, die noch anmutet wie vor 2000 Jahren, ins Konzept passte. Da Strommasten und andere Zivilisationsspuren fehlen, sind noch ungehinderte Schwenks mit der Kamera möglich.

Rund 400 Millionen Mark haben die bisherigen Marokko-Produktionen von Kirch gekostet. „Davon blieben rund 60 Prozent im Land“, so ein Mitarbeiter.

Vor allem die niedrigen Löhne ziehen die Filmleute an: Für rund 25 Mark am Tag sind Einheimische bereit, zwölf Stunden bei sengender Sonne als Statist zu arbeiten. In Europa oder den USA bekommen Komparsen dagegen bis zu 300 Mark pro Tag.

Auch die Arbeit von Technikern und Kulissenbauern, Handwerkern und Kostümschneidern ist in Marokko bis zu zehnmal günstiger. Ein weiterer Vorteil: Die Kulissen müssen nach Drehschluss nicht einmal abgebaut werden – nervende Naturschützer und klagefreudige Landschaftsfreunde gibt es unter den 40 000 Bewohnern Ouarzazates nicht.

Für sein Land, so glaubt der Unternehmer Mohamed Asli, sei das Filmgeschäft inzwischen „wichtiger als der Tourismus“. Asli kassiert mit. Seine Firma Dagam Film besorgt alles, was die Produzenten wünschen – vom Esel bis zum Beduinenzelt. Regelmäßig suchen Dagam-Mitarbeiter in den Dörfern nach geeigneten Statisten. Dass die Marokkaner auch schon mal Christen darstellen müssen, die gegen Muslime kämpfen, stört die Komparsen nach Aslis Meinung nicht: „Kein Problem – wir machen doch Profit mit Jesus.“

Auch sonst bemühen sich die Marokkaner um Reibungslosigkeit: Dreh- und Baugenehmigungen sind kostenlos. Selbst die Armeeführung ist engagiert und kommandiert Soldaten samt Jeeps und Maschinengewehren für Filmaufnahmen ab.

Das Land profitiert zurzeit vor allem von der neuen Lust an monumentalen Historien-Spektakeln. Längst lassen die TV-Sender lieber selbst produzieren, als die Rechte an teuren Kinofilmen zu erwerben, denn die gibt es zumeist nur im Paket mit drittklassiger Ware. Die meisten der aufwendig gemachten Fernsehfilme erreichen traumhafte Quoten – und das, obwohl sie uralte Geschichten erzählen. So erzielten auch „Arche Noah“ und „Cleopatra“, beide von Robert Halmis Hallmark Entertainment produziert, 1999 und 2000 in Deutschland zwischen 19 und 29 Prozent Marktanteil.

Der Kölner Sender RTL, der beide TV-Filme koproduzierte und den Vertrag mit dem Amerikaner bis Ende 2003 verlängert hat, glaubt an die Kraft des Bekannten: „Der Erfolg liegt daran, dass die Geschichten eben nicht neu sind“, so RTL-Sprecherin Anke Eickmeyer, „die Zuschauer kennen die Mythen zwar, aber nicht gut genug. Darum schalten sie ein.“

Der finanzielle Rahmen der Fernsehfilme ist natürlich enger als der von Kinoproduktionen. So standen Robert Halmi, dem weltweit größten unabhängigen Produzenten von TV-Movies (SPIEGEL 47/1999), vergleichsweise bescheidene 30 Millionen Dollar für den pompösen Zweiteiler „Cleopatra“ zur Verfügung. Der Unternehmer ließ in Marokko drehen und hatte so nicht nur genügend Geld, um das alte Rom wieder aufzubauen und 20 000 Statisten aufmarschieren zu lassen, sondern konnte auch noch halbwegs bekannte Schauspieler wie Ex-Bond-Darsteller Timothy Dalton bezahlen.

Doch der Boom könnte ebenso schnell wieder beendet sein, wie er begonnen hat. „Wird es irgendwann doch teurer“, schildert Produktionsleiter Roberto Giussani achselzuckend die Branchenpolitik, „zieht die Karawane eben weiter.“

Dass dieses Schicksal seinem Land widerfahren könnte, mag Mohamed Asli nicht glauben. Und wenn es doch mal so kommt? Der Geschäftsmann lacht und zeigt auf das falsche Jerusalem auf dem Hügel: „Dann bringen wir eben die Touristen hierher, und aus Ouarzazate wird ein gigantischer Freizeitpark.“

FENJA MENS

* „Paulus“, Teil 1: 13. April, 18.40 Uhr; Teil 2: 16. April, 18.28 Uhr.

DEFD

Kirch-Produktion „Paulus“
Archaische Landschaft wie vor 2000 Jahren

Werbeseite

Werbeseite

KINDERFILM

Tyrannei in der Tiefsee

Kinder werden zu Meerestieren und besiegen das Böse: Der clever-charmante deutsche Trickfilm „Hilfe! Ich bin ein Fisch“ tritt gegen die US-Konkurrenz an.

Die globale Erwärmung sei ein sehr komplexes Thema, behaupten die Klimaforscher immer. Was da mit was zusammenhinge, Abgase und Kühlschränke mit zu heißen Sommern oder zu lauen Wintern, das sei nur Spekulation.

Alles falsch. Im Labor von Professor Mac Krill steht ein Modell der Klimaerwärmung: Oben auf der Weltkugel sitzen Pinguine auf Eiswürfeln. Die schmelzen ihnen unter den Hintern weg, das Wasser rauscht am Globus hinab in einen Glaskasten. Dort ist eine Insel aufgebaut, die langsam unter den steigenden Fluten versinkt.

Doch der Professor hat zum Glück eine Lösung für die globale Katastrophe gefunden: ein Mittel, das Menschen in Fische verwandelt. So einfach ist die Sache – im Zeichentrick jedenfalls.

Der in dieser Woche mit knapp 500 Kopien startende Film „Hilfe! Ich bin ein Fisch“ weist nicht nur der Wissenschaft neue Wege. Auch die europäische Animationsindustrie betritt eine unbekannte Dimension: Sie will nun endgültig den Hollywood-Produktionen von Disney, Warner und Dreamworks Konkurrenz machen. 27 Millionen Mark hat die deutsch-dänisch-irische Produktion gekostet. Das ist zwar nur ein Sechstel dessen, was US-Studios in Löwenkönige und königliche Lamas investieren, aber trotzdem europäischer Rekord.

Tatsächlich ist „Hilfe! Ich bin ein Fisch“ nur schwer von einem Werk der US-Konkurrenz zu unterscheiden. Die Figuren sind niedlich und großäugig, die Handlung wird durch Lieder unterbrochen (auf Deutsch gesungen von der dänischen Teenie-Band Little Trees), und die Geschichte hat ein so simples wie universales und archaisches Thema: David gegen Goliath.

Der tatendurstige Fly schleift seine kleine Schwester Stella und seinen dicklichen Cousin Chuck zum Angeln ans Meer. Die drei werden von der Flut überrascht, fallen aber durch eine Geheimtür in eine Felshöhle. Dort entdecken sie auf einem Schiff das Labor des konfus-genialen Professors Mac Krill. Als der einen Vortrag über die Klimaerwärmung hält, nimmt Stella einen Schluck aus dem Zaubertrank – und wird, nomen est omen, zum Seesternchen. Versehentlich wirft Fly seine geschrumpfte und verformte Schwester ins Meer und muss dann selbst zum Fisch werden, um sie zu retten. Auch der dicke Chuck verwandelt sich in ein Meerestier: in eine Qualle, natürlich.

Animationsfilm „Hilfe! Ich bin ein Fisch“: *Intelligenz per Zaubertrank*

Leider ist auch das Gegengift in der Tiefsee versunken, wo der Lotsenfisch Joe es zufällig in sich hineinschlürft. Joe stöhnt und ächzt, und, plopp, gibt ihm die Krillsche Erfindung Sprache und Intelligenz. Genug ist es mit dem Sklavenleben, beschließt Joe – und errichtet mit Hilfe des zum Diener degradierten Hais, dem er früher noch die Zähne putzte, ein totalitäres Regime. Am Ende müssen Fly, Chuck und Stella erst den Fisch-Faschismus besiegen, um endlich wieder Menschen zu werden.

Schon der George-Orwell-Klassiker „Farm der Tiere“, aber auch neuere US-Erfolgsproduktionen wie „Der König der Löwen“ und „Antz“ waren Fabeln über Größenwahn und Totalitarismus. Wie Hitler im Dritten Reich, so lassen auch die Tierreich-Diktatoren ihre bedrohlichen Armeen aufmarschieren. Ob Hyänenrudel, Ameisentruppen oder Krabbenheer – die Ästhetik erinnert an Bilder aus der deutschen Wochenschau.

Bezahlbar sind solche Massenszenen im Trickfilm erst, seit es die digitale Animation gibt. Die Tiersoldaten müssen also nicht mehr einzeln gezeichnet werden, sondern werden einfach kopiert. „Früher mussten wir Aufmärsche mit akustischen Mitteln suggerieren“, sagt der Münchner „Hilfe! Ich bin ein Fisch“-Produzent Eberhard Junkersdorf, 58, „heute können wir sie endlich zeigen.“ Allerdings sind die meisten Szenen immer noch von Hand gezeichnet, und zwar von deutscher, dänischer, irischer und thailändischer.

Produziert wurde der Film auf Englisch und damit für den internationalen Markt. Nach Frankreich, Italien und Südamerika ist die Fisch-Fabel schon verkauft, mit drei US-Verleihern verhandelt Junkersdorf derzeit. In Dänemark sahen eine halbe Million Menschen „Hilfe! Ich bin ein Fisch“, was bei fünf Millionen Einwohnern ein echter Erfolg ist.

Die Zeiten für Zeichentrick sind auch in Deutschland günstig. Alle Großproduktionen wie „Werner“, „Das kleine Arschloch“ oder der ebenfalls von Junkersdorf produzierte Bremer Stadtmusikantenfilm „Die furchtlosen Vier“ waren in den vergangenen Jahren Publikumserfolge – weshalb seit Dezember 1999 die Fondsgesellschaft „Berlin Animation Film“ Gelder bei Privatanlegern einsammelt und in hoffnungsvolle Animationsprojekte investiert. In diesem Januar gab es das nächste Zeichentrickwunder: Während deutsche Real-Kinofilme wie „Marlene“ oder „Gripsholm“ im vergangenen Jahr spektakulär gefloppt waren, wurde die Zeichentrickproduktion „Pettersson und Findus“ mit bisher 1,1 Millionen Kinobesuchern zum Hit.

Trickhelden Stella, Fly
Niedlich im Disney-Stil

„Hilfe! Ich bin ein Fisch“ hat gute Aussichten, die Erfolgsgeschichte deutscher Animationsproduktionen fortzuschreiben: die richtige Geschichte zur richtigen Zeit, und, wie in den US-Trickfilmen, der richtige Schluss, ein Happy End nämlich.

Die Botschaft sei, sagt der Produzent Junkersdorf, „dass die Macht des Bösen nicht ewig dauert, sondern auch gebrochen werden kann“.

Das gilt wohl auch für die nicht ganz so böse Vorherrschaft der Hollywood-Studios.

MARIANNE WELLERSHOFF

Werbeseite

Werbeseite

BASKETBALL

U-Boot mit guten Manieren

Erstmals seit elf Jahren haben sich die Dallas Mavericks für die Play-offs qualifiziert. Und nicht nur die Fans wissen, wem sie diesen Erfolg zu verdanken haben: Dirk Nowitzki aus Würzburg. Amerika hat viel vor mit dem Wunderknaben, der so vorbildlich normal ist.

Wo andere nach tief schürfenden Erklärungen suchen, zieht der Amerikaner eine Statistik hervor. „38 Punkte sind 38 Punkte.“ Widerworte zwecklos. Marc Stein, Sportreporter bei den „Dallas Morning News“, sitzt an seinem Arbeitsplatz in der Reunion Arena auf einem schwarzen Drehstuhl. Er hat die Hände hinter dem Kopf verschränkt und grinst in seinen Laptop.

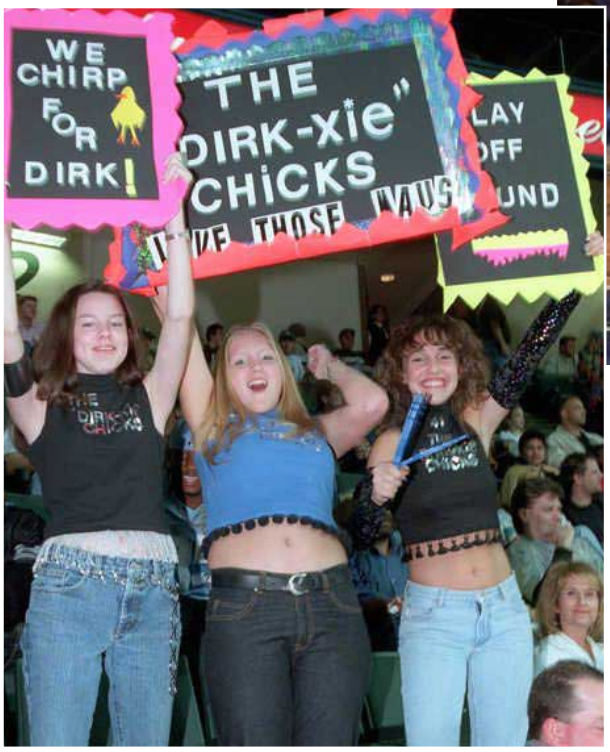
Stein, 32, hat die Datei „Player Profile Nowitzki“ aufgerufen. Auf dem Bildschirm erscheint eine Tabelle mit grünen Zahlen, dem Arbeitsnachweis des Basketballprofis Dirk Nowitzki. „Dieser Kerl macht pro Spiel durchschnittlich 22 Punkte. Das ist unglaublich. Gegen Orlando waren es 38. Das ist sensationell.“ Seit sieben Jahren schreibt Stein über die National Basketball Association (NBA), und so wie heute hockt er bei jedem Heimspiel der Dallas Mavericks direkt am Spielfeldrand. Sein Pult steht ganz rechts, auf einer Linie mit dem Korb. Von dort aus hat er beobachtet, wie Michael Jordan seine Gegner umkurvte wie Slalomstangen. Er hat Kobe Bryant bestaunt. Shaquille O’Neal. So einen wie Nowitzki aber hat er noch nie gesehen. „Er ist 2,11 Meter groß und kann alles: dribbeln, passen, werfen. Er ist ein Wunderkind.“

Als der hoch gelobte Deutsche fünf Minuten später die ausverkaufte Halle betritt, um sich für das Match gegen die Golden State Warriors aufzuwärmen, rollen vier Männer mit Cowboyhüten, die sich auf ihre nackten Oberkörper die Buchstaben D, I, R, K gemalt haben, auf der Tribüne ein Transparent aus: „You are the greatest!“

Nowitzki, 22, ist der Fleisch gewordene Superlativ. Kein Neuling hat die Liga so schnell erstürmt wie der Schlaks aus Würzburg. Schon jetzt, in seiner dritten Saison, gilt er als der beste Ausländer, der jemals in Amerika Basketball gespielt hat. „German submarine“, deutsches U-Boot, hat ihn Marc Stein getauft, denn „wo Nowitzki auftaucht, wird es gefährlich“.

Der Blonde aus der Alten Welt ist so treffsicher, dass er ein Spiel in zwei Minuten allein entscheiden kann. Ihm ist es zu verdanken, dass sich die Dallas Mavericks zum ersten Mal seit elf Jahren wieder für die Play-offs qualifiziert haben, die am 21. April beginnen. Und ihm ist es auch zu verdanken, dass der Verein prosperiert wie nie zuvor. Die Mavericks verkaufen doppelt so viele Tickets wie in der vergangenen Saison, sie erreichen doppelt so hohe Einschaltquoten und erzielen doppelt so hohe Fernsehgelder.

Nowitzki hat die Mavericks zu dem gemacht, was sie sind. Aber Dallas bot auch den Nährboden, auf dem er zu dem wachsen konnte, was er ist. Denn als Nowitzki im Januar 1999 in der texanischen Metropole seinen Dienst antrat, kam er in eine Stadt der Versager. Die Mavericks waren ein lausiger Club, der öfter verlor als gewann und ungefähr so viel Glamour besaß wie der VfL Bochum. Zu ihren Auftritten verirrten sich meist nur 5000 Zuschauer, von denen die Hälfte weit vor Schluss wieder ging.



DPA

Nowitzki-Fans in Dallas: *„You are the greatest“*

Profi Nowitzki (r., gegen Orlando Magic):

L. MURDOCH / NBA PHOTOS

„Er kann alles: dribbeln, passen, werfen“

Nowitzki war in Amerika ein Niemand, bevor er nach Dallas umsiedelte, aber in einem Team ohne Stars spielte das keine Rolle. Der Trainer schickte ihn gleich in der ersten Saison für durchschnittlich 20 Minuten aufs Parkett – bei einem besseren Club hätte er niemals so viel Spielpraxis bekommen.

Zufall? Oder glückliche Umstände? Holger Geschwindner weist das zurück. Der ehemalige Kapitän der deutschen Basketballnationalmannschaft hat Nowitzki entdeckt und den Aufstieg des Jungen so akribisch geplant wie eine Invasion. Geschwindner, 55, ist ein angriffslustiger Mann, dessen Sprache keine Kompromisse kennt. Am Tag nach dem Spiel gegen die Warriors wacht er im Tom Landry Sports & Recreation Center, der Trainingsstätte der Dallas Mavericks, über seinen Schützling, der ein paar Freiwürfe übt. Die beiden haben sich in Schweinfurt kennen gelernt. Nowitzki war 16, spindeldürr und spielte für DJK Würzburg. „Ich habe sofort gesehen, dass Dirk Talent hat“, sagt Geschwindner.

Er wurde Nowitzkis Privatcoach und prägte seinem Schüler ein: „Entweder du trainierst vernünftig, gehst nach Amiland und mischst die NBA auf, oder du machst weiter wie bisher und wirst nur ein guter Bundesligaspieler.“

In täglichen Sonderschichten verpasste Geschwindner, der in Bamberg eine Firma für Projektmanagement besitzt, dem Hochbegabten den nötigen Feinschliff. „Ich hatte einen hybriden Plan“, erzählt er. Spätestens in fünf Jahren sollte Nowitzki reif sein für den härtesten Sportbetrieb der Welt. „Es war nie eine Frage für mich, ob Dirk es schafft.“

Wenn Geschwindner über Nowitzki redet, klingt er manchmal wie ein verliebter Teenager. Es scheint, als projiziere er, der selbst nur kurz in Australien als Profi gespielt hat, seinen Traum vom NBA-Profi auf Nowitzki.

Geschwindner spielt im Leben des Emporkömmlings eine ähnliche Rolle wie Günther Bosch in dem von Boris Becker. Nur hat Nowitzki, anders als der frühere Tennisprofi, nicht die Nabelschnur zu seinem Mentor durchtrennt.

Noch heute prüft Geschwindner jede Anfrage und jedes Angebot. Die beiden telefonieren fast täglich, bis zu zwei Stunden. Dabei geht es auch um ganz profane Dinge. Wenn Nowitzki zum Beispiel nicht weiß, ob er als Profi Alkohol trinken darf, rät ihm Geschwindner, sich „mal richtig einen zu löten“. Am nächsten Tag werde er ja sehen, wie fit er sei.

Auch für sportliche Belange ist der Vertrauensmann zuständig. Wenn Nowitzki in einem Formtief steckt, setzt er sich ins nächste Flugzeug, um ihm persönlich aus der Krise zu helfen. Sie gehen dann spätabends in die Halle und feilen an der Wurftechnik, bis die Trefferquote wieder stimmt.

Dass Nowitzki offenbar einen „Babysitter“ braucht, wie Geschwindner in Dallas genannt wird, ist kein Problem. Am wenigsten für Don Nelson. Der Coach der Mavericks gibt nach dem Training eine Pressekonferenz. Er trägt Anzug und Wanderstiefel, um den Hals baumelt eine rote Muschelkette. Nelson, 60, leidet an Prostatakrebs und hat gerade eine Therapie hinter sich. „Eigentlich müsste ich meinen Job aufgeben“, sagt er, „aber ich will mit Dirk noch viele Siege feiern. Er wird von Tag zu Tag besser. Niemand kann ihn stoppen.“

Nelson spürte den Deutschen im März 1998 in San Antonio auf. Nowitzki spielte, so war das mit Geschwindner besprochen, in einer internationalen Juniorenauswahl gegen die besten Nachwuchsspieler der USA. Er machte 33 Punkte und holte 14 Rebounds. „Er war der beste 19-Jährige, den ich in meinem Leben je gesehen habe“, sagt Nelson. Er holte den Abiturienten nach Dallas.

Nowitzki war am Ziel. Doch die Auslese in der NBA ist gnadenlos. Nur die Hälfte der jährlich 58 Debütanten halten sich länger als ein Jahr in dieser Liga. Keiner, der einmal durchgefallen ist, erhält eine zweite Chance.

DPA

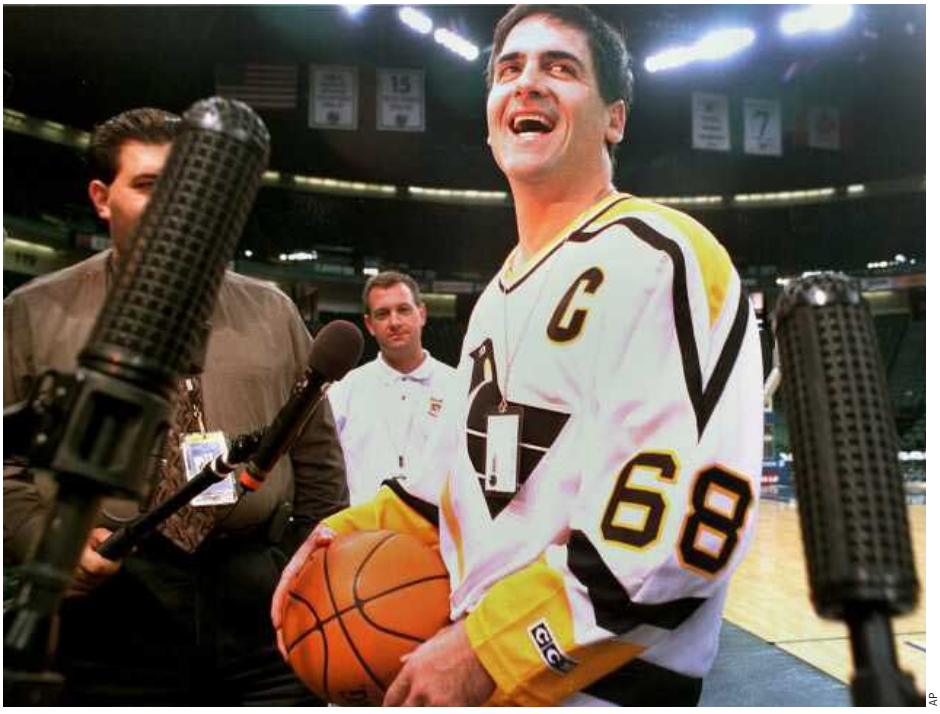
Medienliebling Nowitzki: *„Bescheiden und nett“*

Nelson hätte eine Menge Gründe gehabt, Nowitzki abzuschieben. Die erste Saison lief bescheiden. Doch der Coach folgte seinem Instinkt: „Ich wusste: Ein Junge mit diesem Talent, der so bereitwillig an sich arbeitet, kann nur gut werden.“

Das Vertrauen wurde belohnt. In der zweiten Saison hatte sich Nowitzki an die schnelle, aggressive Spielweise gewöhnt. Er erzielte durchschnittlich 17,5 Punkte. Detlef Schrempf, der dreimalige NBA-Allstar aus Leverkusen, brauchte acht Jahre, um es auf 19,1 Punkte zu bringen.

Seit die Mavericks mit Nowitzki auf Erfolgskurs liegen, steigt bei Heimspielen wie gegen die Los Angeles Clippers eine grandiose Party. Bei der Präsentation der Mannschaft läuft Nowitzki als Zweiter auf das Feld. Lichtkegel zucken durch das Dunkel der Arena, die Fans kreischen hysterisch. Das Volk feiert seinen Erlöser.

Kurz vor dem Anpfiff nimmt Mark Cuban, der Besitzer des Clubs, auf der Spielerbank Platz. Der Turnschuhträger hat, als an der Nasdaq noch die Bullen regierten, seine Firma Broadcast.com für 5,7 Milliarden Dollar an Yahoo verkauft. Dann, vor gut einem Jahr, erwarb er für 280 Mil-



AP

Mavericks-Besitzer Cuban: *„Mit Dallas wird Dirk zum Megastar“*

lionen Dollar die Dallas Mavericks. Deren Profis verhätschelt er, als wären sie seine Kinder. Nowitzki hat es ihm dabei besonders angetan.

„Ich mag Dirk, ich bewundere seine Professionalität“, sagt Cuban, 42. „Er ist unser Juwel, unsere Zukunft.“ Daher hat er ihm einen Rentenvertrag in Aussicht gestellt: „Dirk kann so lange bleiben, wie er will. Am Geld soll es nicht liegen.“

Derzeit kassiert Nowitzki 1,7 Millionen Dollar pro Saison, demnächst werden es vermutlich 11 Millionen sein.

Cuban tut alles, damit Nowitzki Spaß hat bei der Arbeit. Der Patron hat das Team verstärkt und in der Umkleidekabine jeden Spind mit DVD-Player und Sony Playstation ausgerüstet. Kommende Saison zelebrieren die Mavericks ihre Heimspiele in einer neuen Hightech-Arena. Zu den Auswärtsbegegnungen reisen sie dann in einem Privatjet inklusive Satellitenfernsehen, Fitness-Studio und Duschen. „Mit Dallas wird Dirk zum Megastar“, sagt Cuban.

Nowitzki ist nämlich der richtige Mann zur richtigen Zeit. Auf einen Ausländer mit guten Manieren haben die NBA-Macher bloß gewartet.

Denn in Amerika ist das Unternehmen, das jährlich zwei Milliarden Dollar umsetzt, an seine Grenzen gestoßen. Die Fernsehrechte sind meistbietend verkauft, und jeder Fan ist ausreichend mit T-Shirts und Mützen ausstaffiert. Deshalb werden die Spiele inzwischen in 206 Länder übertragen, und in 15 Büros auf der ganzen Welt kümmern sich Marketingexperten um den Außenhandel.

Für sie ist Nowitzki der lebende Beweis, dass Basketball kein uramerikanisches Spiel mehr ist. So wie Nowitzki mit der NBA die Menschen in den Vereinigten Staaten erobert hat, will die NBA mit Nowitzki die Menschen in Deutschland einfangen. Als eine Art Vorzeigeathlet soll er den Markt erschließen; seit kurzem kann man in deutschen Sportgeschäften seine Trikots kaufen.

R. ECKERT

J. VINNIK / NBA MAVERICKS

Manager Geschwindner, Trainer Nelson
„Mal richtig einen löten“

Der Mann, der die Expansion steuert, sitzt im 19. Stock des Olympic Tower an der Fifth Avenue in New York. Andrew Messick ist Senior Vice President International der NBA, zuständig für die Auslandsvertretungen des Sportkonzerns, also „für die Globalisierung“.

Der Manager mit Einstecktuch sieht in Nowitzki einen Modellfall. „Wir träumen davon“, sagt er, „eines Tages bei den Olympischen Spielen in jedem Nationalteam fünf NBA-Profis zu haben.“ Da ist es nur konsequent, dass vorigen Donnerstag mit Wang Zhizhi erstmals ein Chinese in der amerikanischen Profiliga gespielt hat.

Aber auch für den Inlandsmarkt kommt Nowitzki wie gerufen. Das Publikum hat genug von selbstsüchtigen NBA-Stars, die mit Diamantringen protzen oder wegen Drogenbesitzes festgenommen werden. Der Zeitgeist, sagt Messick, verlange nach zurückhaltenden Typen wie dem Golfer Tiger Woods. Frische, unprätentiöse Helden müssen her.

Für Messick ist Nowitzki „der Junge von nebenan – freundlich, bescheiden und nett“. Und er ist ein Weißer, was sicher dem Geschäftsgang dient, auch wenn der NBA-Stratege es nicht zugeben mag. „Dirk muss nur rausgehen und gut Basketball spielen“, sagt Messick, „den Rest macht die NBA mit ihrem Marketingapparat.“

Nach dem Spiel gegen die Clippers wird Nowitzki vor seinem Spind von Reportern umzingelt. Er trägt einen weißen Bademantel und Schlappen, während sich seine Kollegen splitternackt am Büfett bedienen. Nach den Interviews wirft er sich in Jeans und Sweatshirt. Die übrigen Spieler tragen Designermode; schwarze Anzüge, unifarbene T-Shirts, Lackschuhe. „Nicht mein Stil“, sagt Nowitzki und verschwindet.

Nowitzki lebt in einem Paralleluniversum voller Egozentriker. Es ist eine fremde Welt für ihn, und sie wird ihm wohl immer fremd bleiben. Er wohnt zur Miete in einem Apartment mit zwei Zimmern und großem Fernsehsessel. Putzt selbst, wäscht selbst und sieht keinen Grund, das zu ändern.

Mit Freundin Sibylle, die ihn regelmäßig mit Weingummis versorgt, führt er eine stabile Fernbeziehung – was in der NBA, in der statistisch jeder Spieler ein uneheliches Kind gezeugt hat, ein eher ungewöhnlicher Zustand ist. 10 Werbetermine schreibt die NBA Nowitzki jährlich vor, aber er macht natürlich mindestens 15. Er besucht ein Kinderkrankenhaus, und es ist für ihn keine lästige Pflichterfüllung: „Wenn ich helfen kann, Basketball zu promoten, bin ich dabei.“

Wenn es darum geht, sich selbst zu promoten, ist er nie dabei. „Ich bin von Natur aus schüchtern“, sagt er. American Way of Life? „Kenne ich gar nicht.“ Sein Leben sind die 48 Spielminuten, die 82 Vorrundenspiele in sechseinhalb Monaten und 60 000 Kilometer im Flugzeug.

Amerika ist für Nowitzki ein Land, in dem er arbeitet. Wenn er vor dem Spiel die US-Hymne hört, empfindet er nichts. Er hat wenig Freunde, und in den paar deutschen Restaurants, die es in Dallas gibt, ist das Essen von ausbaufähiger Qualität. Sobald die Dallas Mavericks aus den Playoffs ausgeschieden sind, wird der Franke die Koffer packen, heim nach Würzburg fliegen.

Für Marc Stein von den „Dallas Morning News“ brechen dann harte Zeiten an. Er ist normalerweise Nowitzkis Schattenmann; wo Dirk ist, ist er auch. Kürzlich hat sich der Deutsche die blonden Haare stutzen lassen. Stein war das eine Schlagzeile wert.

MAIK GROSSEKATHÖFER

Werbeseite

Werbeseite

METELMANN

ISL-Geschäftsfeld Tennis (am Hamburger Rothenbaum): *„Zwei Kilometer hinter dem Wahnsinn“*

MARKETING

Easy Rider in Nadelstreifen

Mit milliardenschweren Investitionen wollte der Sportvermarkter ISL den weltweiten Rechtehandel beherrschen. Nun stehen die Dassler-Erben vor den Trümmern ihres Expansionsdrangs.

Auf der Harley-Davidson, die durch das Nobelhotel am Zürcher Flughafen röhrte und nach einer Runde um die Tische im Konferenzraum zum Stehen kam, saß ein Mann im feinen Zwirn: Heinz P. Schurtenberger, der Boss des Schweizer Sportvermarkters ISL.

Dass er gut drauf war an diesem Novembertag 1998, bewies auch seine Rede vor 20 Führungskräften. „You are leaders of the pack“, hieß der Easy Rider in Nadelstreifen seine erstaunten Angestellten willkommen – und überreichte jedem eine Skulptur, die, passend zur Ansprache, einen Leitwolf darstellte.

Schurtenbergers energischer Auftritt passte zum Programm. Angetreten war der ehemalige Mövenpick-Manager im Jahr zuvor mit dem Ziel, das auf die Vermarktung von Fußball-Welt- und Europameisterschaften spezialisierte Unternehmen „auf eine breitere Basis zu stellen“. Wunschgemäß kaufte die ISL ein, was der Sportrechtemarkt so hergab.

Sie hat sich übernommen. Am vorvergangenen Mittwoch beantragte die Holding ISMM, die 90 Prozent der Anteile an der ISL Worldwide hält, beim Zuger Kantonsgericht den Aufschub eines Konkursverfahrens für drei Monate – bis Ende voriger Woche mochte der zuständige Richter dem Begehren nicht zustimmen.

Und selbst wenn die Pleite noch abgewendet werden sollte: Die ISMM-Gruppe, die mit etwa 320 Millionen Mark verschuldet sein soll, wird es in dieser Form schon bald nicht mehr geben – der französische Mischkonzern Vivendi, so heißt es in der Branche, prüft derzeit, ob er die abgehalfterte Nobelfirma in sein Imperium eingliedert.

Der Niedergang von ISL ist einzigartig in diesem Geschäft. Denn erstens machen eine Menge großer und kleiner Unternehmen vor, wie mit der prosperierenden Unterhaltungsware Sport gutes Geld zu verdienen ist. Und zweitens erstaunt, dass ausgerechnet ein Pionier des Gewerbes ins Schleudern gerät, der sich stets auf sein fein gesponnenes Netzwerk zu den Wichtigen des Weltsports verlassen konnte.

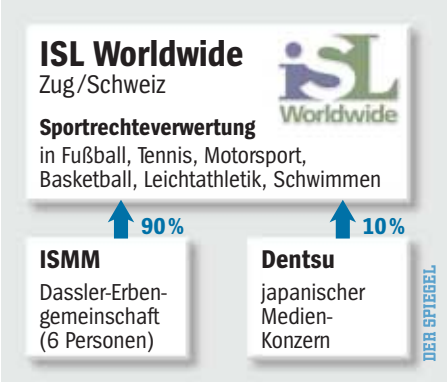
Es war Adidas-Juniorchef Horst Dassler, der Anfang der achtziger Jahre erkannte, wie viel Potenzial in den großen Sport-Events steckt. Und weil er zu den Fürsten des Weltfußballverbandes (Fifa) und des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) schon immer beste Beziehungen gepflegt hatte, bekam seine 1982 gegründete Agentur ISL das Recht, Fußball-Weltmeisterschaften und Olympische Spiele zu vermarkten. Vier Jahre später, beim WM-Turnier in Mexiko, machte der clevere Franke aus 54 Millionen Mark Einsatz 240 Millionen Mark Erlös.

Vor allem IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch hofierte Dassler nach Kräften. Wie einem Naturgesetz folgend durfte ISL lange Zeit die Marketingagentur des IOC sein. Und als der Adidas-Patron 1984 mit dem Olympischen Orden dekoriert wurde, pilgerte Samaranch mit seinem Gefolge ehrerbietig nach Herzogenaurach.

Nach Dasslers Tod 1987 franste das Beziehungsgeflecht jedoch aus. Zudem regierte die sechsköpfige Erbengemeinschaft dem ISL-Management immer stärker in die Geschäfte hinein. Peu à peu suchten die Top-Leute das Weite. Prompt kamen die IOC-Weisen auf die Idee, die lukrativen Deals mit den Sponsoren im Alleingang abzuwickeln – ISL hatte 1996 ausgedient.

Spätestens jetzt wurde dem Dassler-Clan die Abhängigkeit bewusst. Er beschloss eine umfangreiche Diversifikation – mit der Absicht, das Unternehmen fit zu machen für einen Börsengang. Die massive Expansionspolitik, teilweise auf Pump finanziert, erreichte absurde Dimensionen. Die Bilanzsumme schwoll allein innerhalb der letzten drei Jahre von etwa 500 Millionen auf knapp 9 Milliarden Mark an. Zahlen, zu denen sich die ISMM-Gruppe nicht äußern will.

So gönnte sich die Firma für 2,5 Milliarden Mark die Sponsoren- und außereuropäischen TV-Rechte – mit Ausnahme



DPA

Firmengründer Dassler (r.)*
Fein gesponnenes Netzwerk

* Bei der Verleihung des Olympischen Ordens durch IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch am 19. Oktober 1984.

Werbeseite

Werbeseite

ALLSPORT / ACTION PRESS

Cart-Rennen (in Michigan): *„Politische Preise“*

der USA – an den Fußball-Weltmeisterschaften 2002 und 2006. Zudem stieg ISL für zehn Jahre dick in die Vermarktung des Männertennis ein. Der Preis: 1,2 Milliarden Dollar bis zum Jahr 2009 für neun ATP-Top-Turniere und die Weltmeisterschaft.

Die Höhe dieses Betrags ist um so überraschender, weil der letzte mitbietende Konkurrent bei rund 600 Millionen Dollar ausgestiegen war. „Ohne Not“, so ein Branchenkenner, ließ sich ISL-Boss Schurtenberger auf die doppelte Summe hochhandeln – und akzeptierte zusätzlich eine Bankgarantie über 120 Millionen Dollar für den Fall, dass der Sportvermarkter vorzeitig aus dem Vertrag ausstiege.

Der Poker stieß intern auf heftigen Widerstand. So kursierte in der Chefetage der ISL-Zentrale ein Memorandum, in dem Mitarbeiter vor dem Abschluss des Geschäfts warnten. Der Kontrakt liege „zwei Kilometer hinter dem Wahnsinn“.

Selbst dem abgezockten Ion Tiriac schien der Deal peinlich. Der rumänische Tycoon, der die Tennisvereinigung ATP vertrat, rief nach dem Abschluss einen ISL-Manager an und rechtfertigte sich für die groteske Summe: „Was hätte ich machen sollen – etwa Nein sagen?“

Auch auf anderen Feldern des Sports sackte ISL blindlings ein, was einzusacken war. Für die weltweiten Rechte an der US-Rennserie Cart machte die Geschäftsführung pro Jahr rund 20 Millionen Dollar locker – obwohl eine hauseigene Expertise den jährlichen Verkaufswert der TV-Bilder in Europa gerade einmal auf etwa 150 000 Dollar veranschlagt hatte. Kritiker im eigenen Haus bügelte die Geschäftsleitung ab: Man zahle „politische Preise“.

Das galt wohl auch für den Einstieg in den brasilianischen Vereinsfußball – denn auch dort klotzte ISL. Das Investment in die zwei Spitzenclubs Grémio Porto Alegre und Flamengo Rio de Janeiro war in der Startphase auf mehr als 100 Millionen Dollar pro Jahr kalkuliert. Laufzeit der Verträge: bis 2015. Die ISMM will diese Angaben nicht bestätigen.

Die Spekulationsblase platzte, nachdem im Juni 2000 die tiefroten Zahlen des Tennis-Deals ruchbar wurden. Die ISL-Bosse erstatteten dem Verwaltungsrat Rapport über ein Minus von mehr als 100 Millionen Mark, das sie aus der Rechteverwertung im Geschäftsjahr 2000 erwarteten.

In der Folge brachen alle Dämme. Schurtenberger verließ die Firma, sein Kollege Daniel Beauvois rückte zum alleinigen Geschäftsführer auf. Der Börsengang wurde abgeblasen. Dabei hatte das Schweizer Bankhaus UBS Warburg das Unternehmen fast ein Jahr lang geprüft und den Wert von ISL auf etwa zwei Milliarden Schweizer Franken taxiert – Mitarbeiter befassten sich gar schon mit einer Road Show für potenzielle Investoren.

BONGARTS

ISL-Partner Fifa
Beste Beziehungen

Auch die beabsichtigte Ausgabe von Anleihen scheiterte. Um an frisches Kapital zu kommen, wollte ISL mit Fußballrechten gesicherte Bond Issues auf dem Kapitalmarkt platzieren und damit über 400 Millionen Mark einnehmen.

Offiziell redet die ISMM ihr Scheitern nun mit „unglücklichen Entwicklungen“ schön. Tatsächlich hat Missmanagement ISL an den Rand des Ruins getrieben. „Hier wird mit voller Wucht“, so das Fazit eines ISL-Managers aus Gründertagen, „ein Rolls-Royce an die Wand gefahren.“

Ehemalige Mitarbeiter berichten von „Zuständen wie in einer Klitsche“. So soll die Finanzabteilung im ISL-Hauptquartier nicht immer durchgeblickt haben, welche Rechte für wie viel Geld die Niederlassungen auf vier Kontinenten eigentlich verkauft hatten – Außenstände wegen nicht ausgestellter Rechnungen summierten sich so schon mal auf mehrere Millionen Mark.

Für Verwirrung im Umgang mit den großen Zahlen sorgten gelegentlich die Währungen. Bei Meetings mit der Geschäftsleitung in der Schweiz war den angereisten Rechtehändlern oft nicht klar: Referierte der Vorstand in Dollar, in Schweizer Franken oder in Deutscher Mark?

Nun stehen die Dassler-Erben vor den Trümmern ihres Geschäftsgebarens – und längst führen die Banken, wie ein Ex-Manager anmerkt, „im Headquarter in Zug ein strenges Regiment“.

Für die ersten drei Monate dieses Jahres konnte die ISMM-Gruppe bei ihren Gläubigern, einem Konsortium von elf Kreditinstituten, angeblich noch eine Zinsstundung durchsetzen. Das Unternehmen, das seinen führenden Rechtehändlern – nicht wenige von ihnen sind um die 30 Jahre alt – Jahreseinkommen in Millionenhöhe zusichert, geriet bisweilen mit seinen Gehaltszahlungen in Verzug. Die ISMM-Gruppe weist diese Darstellung zurück.

Ende März lief nun die Schonfrist bei den Banken ab – und die Probleme spitzen sich zu. Die Profitennis-Organisation ATP zögert, in eine Vertragsauflösung einzuwilligen, weil sie auf bessere Konditionen bei einem Verkauf von ISL spekuliert. Und mit der US-Rennserie droht gar ein langwieriger Rechtsstreit. Die einseitige Kündigung des Kontraktes durch ISL Ende Februar, verbunden mit einer Klage über 150 Millionen Dollar wegen wiederholten Vertragsbruchs, haben die Cart-Manager mit einer Schadensersatzklage über 100 Millionen Dollar vor einem Gericht in Oakland (Michigan) gekontert.

Die Luft wird immer dünner. Bei einer Sitzung am 20. März, die nach Auskunft eines Beteiligten „sehr turbulent“ gewesen sein soll, wurde der Gang zum Kantonsgericht geebnet. Nun klammert sich die havarierte ISMM an Verhandlungen mit einem „finanzstarken Partner“, der die Mehrheit der Anteile übernehmen soll – Vivendi.

Eine trügerische Hoffnung? Bisher wirkte der kritische Blick in die ISL-Bücher bei Übernahmeinteressenten durchweg abschreckend. Mehrere Unternehmen – darunter angeblich Konkurrenten wie IMG und Octagon – prüften die Bilanzen der Schweizer Agentur in den letzten Monaten eingehend nach so genannten Due-Diligence-Kriterien – und winkten hernach ab. Ein früherer ISL-Mann glaubt zu wissen, warum: „Die stehen mit abgesägten Hosen da.“

MICHAEL WULZINGER

Werbeseite

Werbeseite

SERVICE

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Brandstwiete 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de
Fragen zu SPIEGEL-Artikeln
Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de
Nachbestellung von SPIEGEL-Ausgaben
Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachbestellung@spiegel.de
Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:
Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.
Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de
übriges Ausland:
New York Times Syndication Sales, Paris
Telefon: (00331) 47421711 Fax: (00331) 47428044
für Fotos: Telefon: (040) 3007-2869
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de
DER SPIEGEL auf CD-Rom und DVD
Telefon: (040) 3007-2485 Fax: (040) 3007-2826
E-Mail: service@spiegel.de
Abonnenten-Service
SPIEGEL-Verlag, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg
Reise/Umzug/Ersatzheft
Telefon: (040) 411488
Auskunft zum Abonnement
Telefon: (040) 3007-2700 Fax: (040) 3007-3070
E-Mail: aboservice@spiegel.de
Abonnenten-Service Schweiz:
DER SPIEGEL, Postfach, 6002 Luzern
Telefon: (0041) 41-248 44 18 Fax: (0041) 41-248 44 04
E-Mail: leserservice@spds.ch
Abonnement für Blinde
Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259
E-Mail: info@blista.de
Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt Frankfurt am Main
Telefon: (069) 955124-15 Fax: (069) 5976296
E-Mail: m-kirchner@t-online.de
Abonnementspreise
Inland: zwölf Monate DM 260,–
Studenten Inland: zwölf Monate DM 182,–
Schweiz: zwölf Monate sfr 260,–
Europa: zwölf Monate DM 369,20
Außerhalb Europas: zwölf Monate DM 520,–
Halbjahresaufträge und befristete Abonnements werden anteilig berechnet.
Abonnementsaufträge können ohne Begründung innerhalb von 14 Tagen ab Bestellung mit einer schriftlichen Mitteilung an den SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg, widerrufen werden. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg.
Oder per Fax: (040) 3007-3070.
Ich bestelle den SPIEGEL frei Haus für DM 5,– pro Ausgabe mit dem Recht, jederzeit zu kündigen. Zusätzlich erhalte ich den kulturSPIEGEL, das monatliche Programm-Magazin.
Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück.
Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich möchte wie folgt bezahlen:
❑ Zahlung nach Erhalt der Jahresrechnung
❑ Ermächtigung zum Bankeinzug von 1/4-jährlich DM 65,–

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstitut

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

Widerrufsrecht
Diesen Auftrag kann ich ohne Begründung innerhalb von 14 Tagen ab Bestellung schriftlich beim SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg, widerrufen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

2. Unterschrift des neuen Abonnenten SP01-002

DER SPIEGEL

Brandstwiete 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax-2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · **SPIEGEL ONLINE** www.spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein

CHEFREDAKTEUR Stefan Aust (V. i. S. d. P.)

STELLV. CHEFREDAKTEURE Dr. Martin Doerry, Joachim Preuß

DEUTSCHE POLITIK *Leitung:* Michael Schmidt-Klingenberg, Ulrich Schwarz, Dr. Gerhard Spörl. *Redaktion:* Karen Andresen, Wolfram Bickerich, Stephan Burgdorff, Christian Habbe, Dr. Hans Michael Kloth (Panorama), Julia Koch, Bernd Kühnl, Joachim Mohr, Hans-Ulrich Stoldt (Hausmitteilung), Klaus Wiegrefe. *Autoren, Reporter*: Henryk M. Broder, Dr. Thomas Darnstädt, Hans-Joachim Noack, Hartmut Palmer; **Berliner Büro** *Leitung:* Jürgen Leinemann, Ulrich Deupmann (stellv.). *Redaktion:* Ralf Beste, Petra Bornhöft, Susanne Fischer, Martina Hildebrandt, Jürgen Hogrefe, Horand Knaup, Christoph Mestmacher, Alexander Neubacher, Dr. Gerd Rosenkranz, Dr. Rüdiger Scheidges, Alexander Szandar

DEUTSCHLAND *Leitung:* Clemens Höges, Georg Mascolo, Jürgen Dahlkamp (stellv.). *Redaktion:* Annette Bruhns, Carsten Holm, Ulrich Jaeger, Sebastian Knauer, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Cordula Meyer, Norbert F. Pötzl, Andreas Ulrich. *Autoren, Reporter*: Jochen Bölsche, Klaus Brinkbäumer, Gisela Friedrichsen, Gerhard Mauz, Bruno Schrep; **Berliner Büro** *Leitung:* Heiner Schimmöller, Wolfgang Krach (stellv.). *Redaktion:* Wolfgang Bayer, Stefan Berg, Susanne Koelbl, Irina Repke, Sven Röbel, Peter Wensierski

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Gabor Steingart. *Redaktion:* Beat Balzli, Dr. Hermann Bott, Dietmar Hawranek, Frank Hornig, Hans-Jürgen Jakobs, Alexander Jung, Klaus-Peter Kerbusk, Marcel Rosenbach. *Autor*: Thomas Tuma; **Berliner Büro** *Leitung:* Konstantin von Hammerstein (stellv.). *Redaktion:* Markus Dettmer, Christian Reiermann, Michael Sauga, Ulrich Schäfer

AUSLAND *Leitung:* Dr. Olaf Ihlau, Fritjof Meyer, Hans Hoyng (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Dr. Carolin Emcke, Adel S. Elias, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Hans Hielscher, Joachim Hoelzgen, Siegesmund von Ilsemann, Reinhard Krumm, Dr. Christian Neef, Roland Schleicher, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Dr. Erich Follath, Carlos Widmann, Erich Wiedemann

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Johann Grolle, Olaf Stampf (stellv.); Jürgen Petermann. *Redaktion:* Philip Bethge, Jörg Blech, Manfred Dworschak, Marco Evers, Beate Lakotta, Dr. Renate Nimtz-Köster, Rainer Paul, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Katja Thimm, Gerald Traufetter, Christian Wüst. *Autoren, Reporter*: Dr. Hans Halter, Werner Harenberg

KULTUR UND GESELLSCHAFT *Leitung:* Wolfgang Höbel, Dr. Mathias Schreiber. *Redaktion:* Susanne Beyer, Anke Dürr, Fiona Ehlers, Nikolaus von Festenberg, Angela Gatterburg, Matthias Geyer, Hauke Goos, Lothar Gorris, Doja Hacker, Dr. Volker Hage, Dr. Jürgen Hohmeyer, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip, Ulrike Knöfel, Dr. Joachim Kronsbein, Reinhard Mohr, Dr. Johannes Saltzwedel, Peter Stolle, Dr. Rainer Traub, Klaus Umbach, Claudia Voigt, Susanne Weingarten, Marianne Wellershoff, Martin Wolf. *Autoren, Reporter*: Ariane Barth, Uwe Buse, Urs Jenny, Dirk Kurbjuweit, Dr. Jürgen Neffe, Cordt Schnibben, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Alfred Weinzierl. *Redaktion:* Maik Großekathöfer, Jörg Kramer, Gerhard Pfeil, Thilo Thielke, Michael Wulzinger

SONDERTHEMEN Dr. Rolf Rietzler; Dr. Walter Knips, Kirsten Wiedner, Peter Zobel

SONDERTHEMEN GESTALTUNG Manfred Schniedenharn

PERSONALIEN Dr. Manfred Weber; Petra Kleinau, Katharina Stegelmann

CHEF VOM DIENST Horst Beckmann, Thomas Schäfer, Karl-Heinz Körner (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Reinhold Bussmann, Dieter Gellrich, Hermann Harms, Bianca Hunekuhl, Anke Jensen, Rolf Jochum, Maika Kunze, Katharina Lüken, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Ptersen, Gero Richter-Rethwisch, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Christiane Gehner, Michael König, Matthias Krug, Anke Wellnitz; Manuela Cramer, Josef Csallos, Peter Hendricks, Andrea Huss, Elisabeth Kolb, Peer Peters, Monika Rick, Sabine Sauer, Claus-Dieter Schmidt, Karin Weinberg. *E-Mail*: bildred@spiegel.de

GRAFIK Martin Brinker, Ludger Bollen; Cornelia Baumermann, Renata Biendarra, Tiina Hurme, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Rainer Sennewald, Ralf Geilhufe, Sebastian Raulf; Christel Basilon-Pooch, Katrin Bollmann, Regine Braun, Volker Fensky, Petra Gronau, Ria Henning, Barbara Rödiger, Doris Wilhelm, Reinhilde Wurst

PRODUKTION Wolfgang Küster, Sabine Bodenhagen, Frank Schumann, Christiane Stauder, Petra Thormann, Michael Weiland

TITELBILD Stefan Kiefer; Iris Kuhlmann, Christina Werner, Monika Zucht

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Friedrichstraße 79, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 203875-00, Fax 203875-23; Deutschland, Kultur und Gesellschaft Tel. (030) 203874-00, Fax 203874-12

BONN Combahnstraße 24, 53225 Bonn, Tel. (0228) 26703-0, Fax 26703-20

DRESDEN Andreas Wassermann, Steffen Winter, Königsbrücker Straße 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Andrea Stuppe, Karlplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Dietmar Pieper; Almut Hielscher, Wolfgang Johannes Reuter, Wilfried Voigt, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

HANNOVER Osterstraße 3, 30159 Hannover, Tel. (0511) 36726-0, Fax 3672620

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Heiko Martens, Bettina Musall, Conny Neumann, Stuntzstraße 16, 81677 München, Tel. (089) 4180040, Fax 41800425

STUTTGART Felix Kurz, Alexanderstraße 18, 70184 Stuttgart, Tel. (0711) 3509343, Fax 3509341

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BELGRAD Renate Flottau, Teodora Drajzera 36, 11000 Belgrad, Tel. (0038111) 669987, Fax 3670356

BRÜSSEL Dirk Koch; Winfried Didzoleit, Sylvia Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

ISTANBUL Bernhard Zand, Beşaret Sokak No. 19/4, Ayazpaşa, 80040 Istanbul, Tel. (0090212) 2455185, Fax 2455211

JERUSALEM Annette Großbongardt, P.O. Box 2799, Shamei St., Jerusalem 91027, Tel. (009722) 6224538-9, Fax 6224540

JOHANNESBURG Birgit Schwarz, P. O. Box 2585, 44a, 7th Avenue, Parktown North, SA-Johannesburg 2193, Tel. (002711) 8806429, Fax 8806484

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 7604944, Fax 7607655

LONDON Michael Sontheimer, Christoph Pauly, 6 Henrietta Street, London WC2E 8PU, Tel. (004420) 75206940, Fax 73798599

LOS ANGELES Helmut Sorge, 1134 Cory Avenue, Los Angeles, CA 90069, Tel. 001-310-2741333, Fax 2741308

MOSKAU Jörg R. Mettke, Uwe Klußmann, 3. Choroschewskij Projesd 3 W, Haus 1, 123007 Moskau, Tel. (007095) 9400502-04, Fax 9400506

NEW DELHI Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel. (009111) 4652118, Fax 4652739

NEW YORK Jan Fleischhauer, Thomas Hüetlin, Alexander Osang, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N Y 10036, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Dr. Romain Leick, 1, rue de Berri, 75008 Paris, Tel. (00331) 42561211, Fax 42561972

PEKING Andreas Lorenz, Ta Yuan Wai Jiao Ren Yuan Gong Yu 2-2-92, Peking 100600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

PRAG Jilská 8, 11000 Prag, Tel. (004202) 24221524, Fax 24220138

RIO DE JANEIRO Matthias Matussek, Jens Glüsing, Avenida São Sebastião 157, Urca, 22291-070 Rio de Janeiro (RJ), Tel. (005521) 2751204, Fax 5426583

ROM Hans-Jürgen Schlamp, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Rafaela von Bredow, Michaela Schießl, 3782 Cesar Chavez Street, San Francisco, CA 94110, Tel. (001415) 6437550, Fax 6437530

SINGAPUR Jürgen Kremb, 15, Fifth Avenue, Singapur 268779, Tel. (0065) 4677120, Fax 4675012

TOKIO Dr. Wieland Wagner, Chigasaki-Minami 1-3-5, Tsuzuki-ku, Yokohama 224, Tel. (008145) 941-7200, Fax 941-8957

WARSCHAU Claus Christian Malzahn, ul. Chopina 5 b m. 24, 00-559 Warszawa, Tel. (004822) 6216158, Fax 6218672

WASHINGTON Dr. Stefan Simons, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20 045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

WIEN Walter Mayr, Herrengasse 6-8/81, 1010 Wien, Tel. (00431) 5331732, Fax 5331732-10

ZÜRICH Jan Dirk Herbermann, Freudenbergstraße 105, 8044 Zürich, Postfach 3108, 8021 Zürich, Tel. (00411) 3508763, Fax 3508762

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen; Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Dr. Helmut Bott, Dr. Britta Bugiel, Lisa Busch, Heiko Buschke, Heinz Egleder, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Dr. Dieter Gessner, Dr. Sabine Giehle, Thorsten Hapke, Hartmut Heidler, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Gesa Höppner, Stephanie Hoffmann, Christa von Holtzapfel, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Jürgens, Ulrich Klötzer, Angela Köllisch, Anna Kovac, Sonny Krauspe, Peter Kühn, Peter Lakemeier, Hannes Lamp, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Ulrich Meier, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Bernd Musa, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Thorsten Oltmer, Andreas M. Peets, Anna Petersen, Peter Philipp, Axel Pult, Thomas Riedel, Beate Rieple, Constanze Sanders, Petra Santos, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Mario Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Dr. Iris Timpke-Hamel, Hans-Jürgen Vogt, Carsten Voigt, Peter Wahle, Ursula Wamser, Peter Wetter, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt

BÜRO DES HERAUSGEBERS Irma Nelles

INFORMATION Heinz P. Lohfeldt
KOORDINATION Katrin Klocke
LESER-SERVICE Catherine Stockinger
NACHRICHTENDIENSTE AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Helma Spieker
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 55 vom 1. Januar 2001
Postbank AG Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20
Verantwortlich für Vertrieb: Lars-Henning Patzke
Druck: Gruner Druck, Itzehoe

KOMMUNIKATION Matthias Schmolz
MARKETING Christian Schlottau
VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck

GESCHÄFTSFÜHRUNG Rudolf Augstein, Karl Dietrich Seikel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $310 per annum.
K.O.P.: German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Telephone: 1-800-457-4443. E-mail: info@glpnews.com. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and at additional mailing offices. Postmaster:
Send address changes to: DER SPIEGEL, German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631.

SAMSTAG, 31. 3.

NERVENKRIEG Die Festnahme des früheren jugoslawischen Machthabers Slobodan Milošević scheitert zunächst. Erst am frühen Sonntagmorgen lässt sich der ehemalige Staatspräsident aus seiner Belgrader Villa ins Gefängnis bringen.

SONNTAG, 1. 4.

KOLLISION Ein amerikanisches Spionageflugzeug muss nach dem Zusammenstoß mit einem rotchinesischen Kampfjet auf der China-Insel Hainan notlanden. Der Pilot des Jagdfliegers wird vermisst, die 24 US-Besatzungsmitglieder bleiben unverletzt und werden arretiert.

EINKAUF Der Aufsichtsrat der Dresdner Bank stimmt der Übernahme durch die Allianz zu. Ab Mitte des Jahres steigt das Unternehmen zum weltweit fünftgrößten Vermögensverwalter auf.

MONTAG, 2. 4.

VORSTOSS Die norddeutschen Küstenländer verlangen, die Zahl der Castor-Transporte ins Zwischenlager Gorleben auf einen pro Jahr zu beschränken.

DIENSTAG, 3. 4.

URTEIL Das Bundesverfassungsgericht erklärt Teile der 1995 eingeführten Pflegeversicherung für verfassungswidrig. Eltern muss ein Abschlag gewährt werden, der sich nach der Kinderzahl richtet.

KONJUNKTUR Der Internationale Währungsfonds rechnet 2001 für die deutsche Wirtschaft nur noch mit einem Wachstum von etwa 2 Prozent. Die Bundesregierung hält an der Wachstumsprognose von mindestens 2,6 Prozent fest.

VERDACHT Im münsterländischen Kreis Steinfurt werden nachts 100 Ferkel wegen einer möglichen Erkrankung an der Maul- und Klauenseuche getötet. Der Verdacht, dass die Seuche erstmals in Deutschland ausgebrochen sein könnte, erweist sich als noch unbegründet.

MITTWOCH, 4. 4.

BÜNDNIS Die geplante Kooperation zwischen dem Axel Springer Verlag und der Deutschen Telekom beginnt mit einer Beteiligung der Telekom-Tochter T-Online am Internet-Portal der „Bild"-Zeitung.

DONNERSTAG, 5. 4.

ANSTIEG Millionen Mitglieder von Betriebskrankenkassen müssen noch in diesem Jahr mit höheren Beiträgen rechnen, nachdem Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt sich mit den Spitzenvertretern der Kassen auf einen Mindestbeitragssatz von 12,5 Prozent geeinigt hat.

DATENSCHUTZ Der Bundesdatenschutz-Beauftragte Joachim Jacob kritisiert, dass die Zahl der Telefonüberwachungen durch die Polizei sprunghaft angestiegen ist.

FREITAG, 6. 4.

BUNDESWEHR Bis zum Jahresende wird laut Verteidigungsminister Rudolf Scharping eine vorläufige Eingreiftruppe der EU aufgebaut. Bis 2003 sollen 60 000 Soldaten bereitstehen, darunter 18 000 aus der Bundeswehr.

Außer sich vor Freude ist Bayern-Kapitän Stefan Effenberg, als Paulo Sergio am Dienstag in der Champions League das 1:0 gegen Manchester United gelingt.

DPA

SPIEGEL TV

MONTAG
23.15 – 23.45 UHR SAT.1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Die Frauen der Nazis, Teil 3 „Nibelungentreue"

Albert Speer (u. r.), Rüstungsarbeiterinnen

SPIEGEL TV

Der „Totale Krieg" veränderte zwangsläufig das Frauenbild in Nazi-Deutschland: Frauen arbeiteten nun in der Rüstungsindustrie, dienten als Flakhelferinnen an der Front, bargen nach den Bombennächten Tote aus den Trümmern, wurden als Künstlerinnen zur Truppenbetreuung eingesetzt. Und manche taten als KZ-Aufseherinnen Dienst, mit erbarmungsloser Härte.

DONNERSTAG
21.55 – 22.50 UHR VOX

SPIEGEL TV EXTRA

Welt im Untergrund – die Berliner U-Bahn
150 Kilometer Schienenstrang, 169 Stationen, täglich 1,5 Millionen Passagiere: Berlins U-Bahn-System ist eine eigene Welt unter dem Asphalt. Zugführer, Wartungstrupps, Kontrolleure und Sicherheitsbeamte sorgen dafür, dass die größte Metro Deutschlands reibungslos funktioniert.

SAMSTAG
22.00 – 23.05 UHR VOX

SPIEGEL TV SPECIAL

Tod im Wüstensand – über die geheimen Operationen israelischer Elitesoldaten
Fast täglich kommt es im Nahen Osten zu Zusammenstößen zwischen Israelis und Palästinensern. Mit bisher unveröffentlichten Aufnahmen der israelischen Armee wird der Kampf zwischen der Hisbollah und einer israelischen Fallschirmjägerstaffel im Libanon dokumentiert.

SONNTAG
RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Entfällt wegen der Osterfeiertage.

GESTORBEN

John Lewis, 80. Weil er den Jazz aus der Schmuddelecke holen wollte, trat er lieber im Smoking in Konzertsälen auf als in Jeans in verrauchten Kellern. Denn der klassisch ausgebildete Pianist schätzte den Blues so sehr wie Barockmusik. Lewis war dabei, als junge Schwarze um den Saxofonisten Charlie Parker in ekstatischen Jazz-Nächten in New York den neuen Stil des Bebop kreierten. Er hat aber auch Stücke aus Bachs

AP

„Wohltemperiertem Klavier" aufgenommen. Mit dem Modern Jazz Quartet – vier baumlangen schwarzen Gentlemen an Piano, Vibrafon, Bass und Schlagzeug – bezauberte Lewis fast 50 Jahre lang Bildungsbürger in aller Welt. Seinem „Kammerjazz auf Zehenspitzen" („Frankfurter Allgemeine") fehlte freilich nie die rhythmische Spannung des Swings. Lewis glänzte nicht als Solist am Piano, aber er verfügte über die stille Autorität eines Bandleaders und komponierte Klassiker wie „Django", in Erinnerung an den französischen Zigeunergitarristen Django Reinhardt. John Lewis starb am 29. März in New York.

Hans-Joachim Mähl, 77. Seniorgärtner der blauen Blume hätte ein Poet den Kieler Germanisten nennen mögen: Die von ihm betreute Ausgabe der Werke des Erzromantikers Novalis („Hymnen an die Nacht"), im Lauf der Jahrzehnte zum Monument gewachsen und unablässig überprüft, aber auch seine mustergültigen Studien über die philosophischen Hintergründe der romantischen Sehnsucht machten den hageren, uneitlen Forscher zum heimlichen Doyen seiner Zunft. Hans-Joachim Mähl starb am 31. März bei Kiel.

Jean-Marc Bory, 67. Der Theater- und Filmschauspieler wurde über Nacht berühmt und eine Cause célèbre für die Moral im gaullistischen Frankreich: Borys heftige Liebesszenen mit Jeanne Moreau in Louis Malles kühnem Film „Die Lie-

DEFD

benden" (1958) wurden zum Skandal und spalteten die Nation. Um dieses Skandal-Image loszuwerden, lehnte der schöne junge Mann mehrere Filmrollen ab, dann etablierte er sich als Charakterdarsteller. Der gebürtige Schweizer, der als 19-Jähriger nach Frankreich ging, spielte unter den Größten – Jean-Luc Godard, Roberto Rossellini, Pier Paolo Pasolini, Michel Deville, Pierre Granier-Deferre. Die Theaterfans in Paris, Lyon oder Straßburg indes schwärmen noch immer von Borys grandiosen Bühnenleistungen, unter anderem in Stücken von Kleist, Schiller, Bernhard und Müller. Jean-Marc Bory starb am 31. März auf der Insel Belle-Ile-en-Mer vor der Küste der Bretagne.

Darrell Posey, 53. Der Farmersohn aus Henderson (US-Staat Kentucky) hat sich als Anthropologe weltweit mit dramatischen Aktionen für das Überleben indianischer Völker und die Erhaltung ihres Lebensraums eingesetzt. Gemeinsam mit dem Rockstar Sting kämpfte er im Amazonas-Regenwald gegen ein Staudammprojekt auf indianischem Land. 1988 zog er mit zwei Kayapó-Indianern nach Washington vor die Weltbank und erreichte, dass der angekündigte Kredit für das Projekt gestrichen wurde. Posey kam dafür bei seiner Rückkehr nach Brasilien in Haft. Zur Gerichtsverhandlung erschienen 500 nackte Kayapó-Krieger in Bemalung. Später holte der brasilianische Umweltminister José Lutzenberger Posey ins Ministerium. Die Uno ehrte ihn mit dem „Global 500 Roll of Honor Award", der Sierra Club mit dem „Chico Mendes Award". Als Unwissender habe er den Regenwald betreten und als Gebildeter sei er wieder heraus gekommen, so seine Überzeugung. Darrell Posey starb, wie erst jetzt bekannt wurde, am 5. März an einem Gehirntumor in Oxford.

URTEIL

Julius Viel, 83, ist vom Landgericht Ravensburg wegen Mordes aus niedrigen Beweggründen zu zwölf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Er soll im Frühjahr 1945 sieben Häftlinge aus einem Gestapo-Gefängnis, die einen Panzergraben ausheben mussten, als SS-Untersturmführer erschossen haben. Das Gericht stützte sich auf den Zeugen Adalbert Lallier, der als SS-Mann den Vorgang beobachtet haben will (SPIEGEL 10/2001). Die Verteidigung hat für Viel, der die Tat bestreitet, Revision beim Bundesgerichtshof eingelegt.

Werbeseite

Werbeseite

Personalien

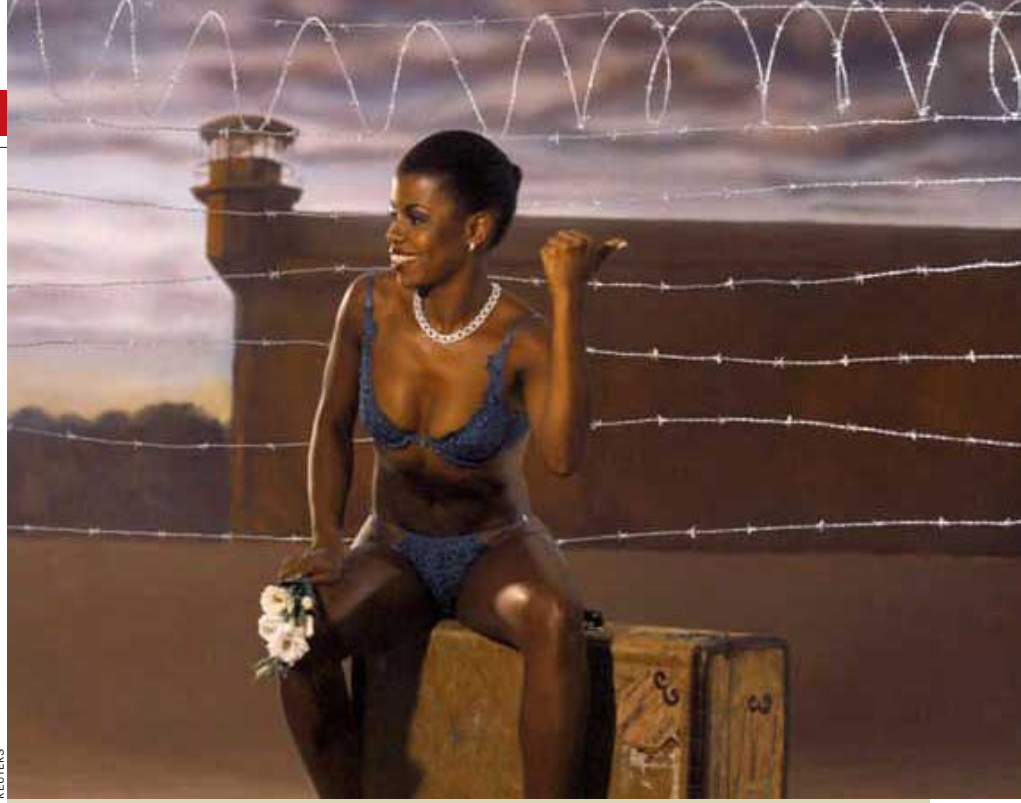
Wolfgang Berghofer, 57, bis zum Mai 1990 Oberbürgermeister von Dresden, kann sich offenbar doch nicht von der Vergangenheit lösen und übt sich – wie einst – in der Konspiration. Der frühere SED-Funktionär, der auch als Inoffizieller Mitarbeiter der Stasi diente, hat Vertrauten gegenüber erklärt, dass er noch vor Ostern allen Spekulationen um seine mögliche Kandidatur zu den Bürgermeisterwahlen im Juni für den Chefposten in der sächsischen Landeshauptstadt ein Ende machen will. Er wolle antreten, erklärte er Freunden. Berghofer, seit 1990 parteilos, hat auch bereits einen Pressesprecher und eine Werbeagentur angeheuert. Doch den Termin für die Bekanntgabe seiner – nach eigenen Aussagen – Kandidatur „mit nationaler Bedeutung" hat er mehrfach verschoben. Inzwischen zieht der virtuelle Kandidat in Dresden schon Spott auf sich. Er müsse, heißt es in Anspielung auf seine Vergangenheit, schon vor der Wahl seine Kandidatur erklären, danach sei diesmal nichts mehr zu machen. Berghofer war nach der friedlichen Revolution 1992 wegen Wahlfälschung verurteilt worden.

Friedhelm Beucher, 54, Vorsitzender des Sportausschusses des Bundestags, pflegt eine besondere Art der Kleptomanie: Vor ihm ist kein Schreibgerät sicher. Der ehemalige Schulrektor aus dem oberbergischen Land sammelt Stifte und Papier für Schulkinder auf Kuba, die dort erbärmlich

F. OSSENBRINK

Beucher

schlecht ausgestattet seien. Freunde, aber auch Bundestagskollegen, von denen er erfährt, dass sie auf die Castro-Insel fliegen, werden von ihm mit einem „Solidaritäts-Koffer" (Beucher) ausgestattet, abzugeben in irgendeiner Schule. Über Ostern fliegt der SPD-Politiker selbst auf die Insel und hat jede Menge Übergepäck dabei; neben Schreibsachen und Medikamenten auch Hemden und Jacken von der Bundespost, die nach dem Logo-Wechsel ausgemustert wurden, sowie zwei Fahrräder.



REUTERS

Werbemotiv mit da Silva

Lúcia Maria Costa da Silva, 27, Gefängnisinsassin in Rio de Janeiro, posiert für die neue Werbekampagne des brasilianischen Unterwäsche-Herstellers Duloren. Seit acht Monaten ist die junge Frau im halboffenen Vollzug, tagsüber arbeitet sie in einer Metallfabrik. Sie ist eine von mehreren armen Brasilianerinnen, die für die jüngste Kampagne des Lingerie-Produzenten fotografiert wurden. Duloren (Slogan: „Sie können sich nicht vorstellen, wozu eine Duloren fähig ist") wirbt seit Jahren mit provozierenden und oft geschmacklosen Fotos. Unter anderem lancierte die Wäschefirma einen Schnappschuss auf den Slip von Hillary Clinton – das Motiv wurde auf Drängen des Weißen Hauses wieder abgesetzt.

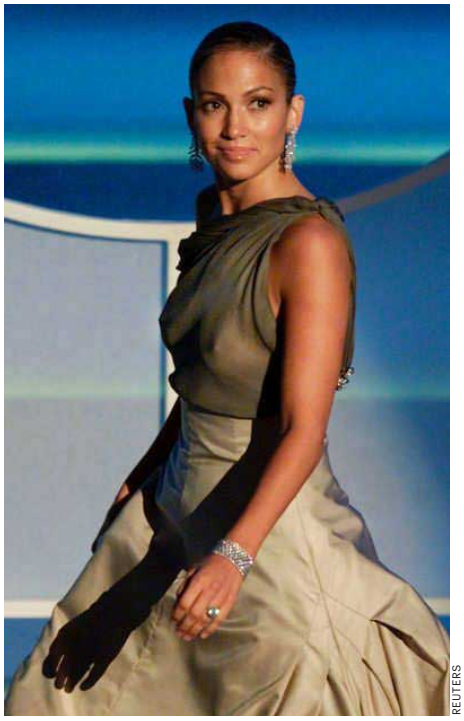
Kenneth Tynan, vor 20 Jahren im Alter von 53 gestorbener amerikanischer Theaterkritiker und Musicaltexter, hätte postum einen Theater-Oscar verdient: für den nachhaltigsten Bühnenskandal aller Zeiten. Seit über drei Jahrzehnten sorgt sein Erfolgsstück „Oh! Calcutta!", in dem Darsteller nackt auftreten, weltweit für öffentliche Erregung. Vorvergangene Woche entflammte die Empörung der Züchtigen bei der Premiere einer Neuinszenierung in Mailand. Das Singstück zum Thema Sex – auch der Titel „Calcutta" ist ein obszön-ironisches Wortspiel mit dem französischen Satz „Quel cul tu as" (etwa: „Oh, was für ein Hintern") – brachte viele Mailänder in Rage. Eine Zuschauerin ging anschließend gar zur Polizei: Sie erstattete Anzeige wegen öffentlicher Unsittlichkeit.

Matthias Berninger, 30, grüner Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Verbraucherschutz und Landwirtschaft, setzt auf die neu-alte Devise „Ehrlich währt am längsten". Bei einer Diskussionsrunde mit einer Gruppe von Natur-

„Oh! Calcutta"-Szene in Mailand

kost-Erzeugern wurde dem politischen Jungstar die nicht gerade überraschende Frage gestellt: „Was können Sie denn Neues in der Polik bewirken?“ Berninger antwortete offen: „Trotz des harten Stils im Ministerium von Frau Künast habe ich mich in die Regierungserklärung eingebracht. So ist der Satz ‚Regional ist 1. Wahl‘ von mir. Na, nicht ganz von mir. In Kassel kaufe ich seit Jahren bei Te-gut meine Biomilch, da steht auf dem Aufsteller ‚1. Wahl regional‘. Aber bitte jetzt keine Gebühren verlangen.“ Berninger wurde alsbald entlastet von einem Kreuzberger Biomilch-Großhändler: „Also det mit den Sprüchen kommt nicht aus Kassel. Bei uns steht seit 1986 auf der Milchpackung ‚1. Wahl regional‘, also abkupfern muss nicht immer die Politik, das können andere ooch.“

Jennifer Lopez, 30, amerikanische Sängerin und Schauspielerin („Antz“, „The Cell“) mit – nach eigener Einschätzung – „dickem Hintern“, den sie mit viel Fahrradfahren „straff“ hält, hat nicht nur Bewunderer. Auf der Oscar-Preisverleihung trug die


REUTERS

Lopez

Schöne ein halbdurchsichtiges Oberteil, was die Spottlust des Late-Night-Show-Plauderers Jay Leno weckte: „Nun hat sie doch endlich ein Mittel gefunden, das die Leute davon abhält, auf ihren Hintern zu starren.“

Wolfgang Thierse, 57, Bundestagspräsident, ist zu einer seltenen Ehre gekommen – er durfte drei Stunden mit dem kubanischen Revolutionsführer **Fidel Castro,** 73, speisen und debattieren. Thierse hielt sich

Thierse, Castro

aus Anlass der Konferenz der Interparlamentarischen Union in Kuba auf. „Ich habe 40 Jahre Sozialismus auf dem Buckel“, ließ der Mann vom Prenzlauer Berg Castro beim ersten Zusammentreffen – auf einem Empfang – wissen. Kurz darauf wurde dem Gast aus Deutschland signalisiert, der Comandante wolle mit ihm einmal in Ruhe reden. Bei überbackenen Jakobsmuscheln erkundigte sich dann der Revolutionsführer – zum Erstaunen seines Gastes – nach der Anzahl der Toten an der Berliner Mauer, um sogleich auf die Opfer an der amerikanisch-mexikanischen Grenze zu sprechen zu kommen. Thierse erklärte dem Máximo Líder das „in Europa gewachsene System von Grundwerten“ und die Vorzüge des Mehrparteiensystems. Castro hatte für seinen deutschen Gast ewige Wahrheiten parat: „Wahre Tugend“, dozierte er, „erwächst nur aus dem Kampf mit dem Bösen.“ Zum Schluss bedankte sich Castro für den „Austausch zwischen zwei seriösen Männern“ und schenkte dem Gast Zigarren. Die lässt Nichtraucher Thierse nun Zigarrenfreund Gerhard Schröder zukommen.

Willi Lemke, 54, Bildungssenator des Landes Bremen, scheint sich mit dem Behördentum anzufreunden. Der einstige Manager des Fußballclubs SV Werder Bremen hatte nach dem Motto „Geht nicht, gibt’s nicht“ neuen Schwung in die Amtsstuben zu bringen versucht. Inzwischen sind seine Hoffnungen dahin, Lehrer nach Leistung zu honorieren; sie heuern und feuern zu können. Damit die rund 1000 angestellten Lehrer nicht von anderen Bundesländern abgeworben werden, plädierte er unlängst im Senat gar dafür, auch Lehrer jenseits des 40. Lebensjahres zu verbeamten, was freilich Finanzressort und Senatskanzlei wegen der Folgekosten durch Pensionsansprüche verweigerten. Aber nicht nur mit dem Beamtengesetz, auch mit der Bremischen Landesverfassung ist Lemke neuerdings per Du. Auf dem Bildungsparteitag der Bremer SPD brillierte er mit detaillierten Verfassungskenntnissen, auf die er stolz verwies mit einem viel belachten Versprecher: „Das kann ich fast sinngemäß zitieren.“

Sie haben Spaß am Verkauf und Führen von Menschen?

Aus der „Frankfurter Allgemeinen“

Aus der „Frankfurter Rundschau“: „Das eigentliche Problem ist nach Worten Schilys der illegale Waffenbesitz. Darüber gebe es keine verlässlichen Zahlen. Jährlich würden von der Polizei etwa 2000 Waffen festgestellt und etwa 6000 gestohlen.“

Neubau in Rohrbach-Eppingen „Artgerechtes betreutes Wohnen“

Aus der Werbung einer Wohnungsbaugesellschaft

Aus den Dortmunder „Ruhr Nachrichten“: „Nach der Besichtigung markanter Punkte wurden dem Gast aus Düsseldorf auch noch ein Ordner voller Frauen mit auf dem Weg gegeben.“

Aus der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“: „Will folgt Bauer nach, die die Moderation wegen ihrer bevorstehenden Geburt aufgibt.“

Aus einem Werbeprospekt der Firma „Fotopoint“

Aus „Spektrum der Wissenschaft“: „Vor allem mit dem ‚Burst and Transient Source Experiment‘ (Batse) an Bord des Compton-Gammastrahlungsobservatoriums konnten in den neunziger Jahren mehrere tausend dieser einmaligen Ereignisse nachgewiesen werden.“

Dollar wieder über 0,89 Dollar

Aus der „Frankfurter Allgemeinen“

Zitat

Die „Frankfurter Allgemeine“ zum SPIEGEL-Titel „Was fühlen Tiere?“ (Nr. 13/2001):

Seit wir planen, die Tiere in Massen zu töten, haben wir sie wieder ins Herz geschlossen. Der SPIEGEL macht sich in seiner jüngsten Titelgeschichte Sorgen darum, was unsere vierbeinigen Freunde fühlen, wenn wir sie schlachten. Frau Künast wird angeklagt, weil sie – und zwar nicht zuletzt als Grüne – den Teufel durch Beelzebub austreiben und also BSE mit der radikalsten Folge für alle Rindviecher bekämpfen will. Und da nun auch noch die Maul- und Klauenseuche droht, fragt man sich, was man sich schon lange hätte fragen sollen: ob denn alles mit rechten Dingen zugeht, wenn man Tiere mit Produktionsmaschinen verwechselt.

Der SPIEGEL berichtete …

… in Nr. 52/2000 „Affären – Marmor aus Lucca“ über Korruptionsvorwürfe gegen den Saarbrücker SPD-Oberbürgermeister Hajo Hoffmann, dem beim Bau seines Privathauses von einem Bauunternehmer finanzielle Vorteile gewährt worden sein sollen.

Wegen Untreue in zwei Fällen beantragte die Staatsanwaltschaft Saarbrücken vergangene Woche einen Strafbefehl über 37 500 Mark gegen Hoffmann. Der OB, zugleich Präsident des Deutschen Städtetages, soll unter anderem bei der Außengestaltung seines Privathauses „Hilfeleistungen“ einer Firma im Wert von rund 50 000 Mark in Anspruch genommen haben. Ausgerechnet dieses Bauunternehmen hatte mit Hoffmanns Zustimmung in einem ungewöhnlichen Eilverfahren den Zuschlag für ein 24-Millionen-Projekt in Saarbrücken erhalten. Laut Antrag der Staatsanwaltschaft soll die Geldstrafe ein Jahr zur Bewährung ausgesetzt werden. Als Bewährungsauflage soll der Oberbürgermeister außerdem 60 000 Mark an die Staatskasse zahlen. Unionspolitiker fordern den Rücktritt des Sozialdemokraten, der erst im Februar in einer Direktwahl im Amt bestätigt worden war.

… in Nr. 42/2000 „Der Guru des Neuen Marktes“ über die fragwürdigen Methoden des Fondsmanagers Kurt Ochner, der bevorzugt in marktenge Hightech-Werte investierte und damit die Kurse in die Höhe trieb.

In der vergangenen Woche entband die Julius Bär Kapitalanlage AG Ochner von seinen Aufgaben. Die Trennung wurde mit „unterschiedlichen strategischen Auffassungen bezüglich der Geschäftstätigkeit“ begründet. Viele der von Ochner favorisierten Aktien stürzten am Neuen Markt ab.